

Kommune

Forum für Politik und Ökonomie



**Naturwissenschaft
+ Zukunft der Arbeit**

IN DIESEM **Kommune** HEFT...

| | |
|---|-------|
| Editorial / Impressum | 4 |
| Vor den Gewerkschaftstagen: Kursänderung? | 5 |
| Wider das Kastendenken | 7 |
| Gewerkschaften | 9 |
| Wiederbelebungsversuche – Gewerkschaft und Genossenschaft | 9 |
| Der stille Zwang des Rentensystems | 10 |
| Mitmenschlichkeit und Geborgenheit zahlen sich aus ... Wie die CDU | 13 |
| Mutterschaft und Familie moralisch auf- und materiell abwertet | 16 |
| Mutterschafts- und Elternurlaubs- maßnahmen in anderen europäischen Ländern | 16 |
| Bei den Grünen kommt eine spannende Diskussion in Gang | 17 |
| Wirtschaft und Soziales | 18/19 |
| Im Wortlaut: Keine gemeinsame Liste in Bremen | 19 |
| Auf die Straße gehen für die Volksbefragung? | 20 |
| Was aus der islamischen Revolution geworden ist | 21 |
| Unter den persischen Teppich geschaut | 25 |
| Labyrinth von Hoffnung, Dilemma und Machtinteressen – das Palästinenserproblem | 29 |
| Internationales | 32 |
| Bad Hersfeld: Idylle im Angriff | 53 |
| Forum Danton: | |
| Fatalismus ohne Erkenntniswert | 58 |
| Verschüttete Angst | 59 |
| Im Innersten das Unverletzbar – zum Tode von Anna Seghers | 60 |
| Spurensicherung der Geschichte – aber wie? Über Christine Wittrocks Buch „Weiblichkeitsmythen“ | 61 |
| „All das Vergangene ...“ | 62 |
| Sowjetunion, die Totalitarismus- theorie und die 68er Bewegung – in den Augen von Manès Sperber | |
| Zeitschriften | 64 |
| Leserbriefe / Termine | 65/66 |

Schwerpunkt

| | |
|---|----|
| Jens Scheer: Kommunismus – Naturalismus – Humanismus | 33 |
| Franz Dick: Neue Ergebnisse der Naturwissenschaft und Zukunft der Arbeit | 38 |
| Raymond Fisser, Werner Heuler, Friederike Riemann, Jens Scheer: | 42 |
| Entfesselung der Produktivkräfte oder Entfesselung des Menschen und der Natur | |
| Willfried Maier: Wende alternativ | 51 |
| Fritjof Capras Buch „Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild“ | |

Wie die Regierung haushält

Meisterhaft versteht es die neue Regierung, die wirklichen gesellschaftlichen Probleme zu verhüllen — zum Beispiel, wie und von wem die Renten tatsächlich künftig aufzubringen wären oder wie die Naturbasis gesellschaftlicher Reproduktion, die Geburt und Erziehung von Kindern, mit anderen Bedürfnissen und Erfordernissen zu vereinbaren wäre. *Friedemann Bleicher* geht der Frage der Versorgung der Alten auf dem Hintergrund der Bevölkerungs- und Erwerbstätigenstruktur nach und entwickelt einige Prinzipien eines Rentensystems, das die Benachteiligung von Eltern, insbesondere von Frauen, gegenüber Kinderlosen einschränken würde — was erhebliche Umwälzungen verlangt. **Seite 10**



Mit der Widersprüchlichkeit konservativer Familienpolitik befaßt sich *Cornelia Falter* am Beispiel der Regierungsabsicht, Mutterschaftsurlaub und -geld zu kürzen, ohne jedoch das versprochene Erziehungsgeld, geschweige denn tatsächliche Entlastungen für Mütter (und Väter) einzuführen, wie es sie in einigen anderen europäischen Ländern gibt. **Seite 13**

Geballte Harmlosigkeit und blinde Weltoffenheit — osthessische Provinz

Bad Hersfeld — Kur- und Festspielstadt unweit der „Zonengrenze“ inmitten hessischen Grüns — ist ins Gerede gekommen. Die auf gemeinsame Geschäftsinteressen gegründete, von herablassender Toleranz und Ignoranz geprägte Einheit der Bürger, die das Sagen haben, empfindlich gestört. *Fritz Güde*, seit einigen Jahren in der Gegend ansässig, zeichnet nach, wie der lange Jahre taugliche Wall, der Kultur und Umsatz in dem behaglichen Fachwerkstädtchen gegen die moderne Zeiterscheinungen wie Arbeitslosigkeit und Atomwaffenstationierung begleitende Unruhe abschirmte, plötzlich zu bersten drohte. Proteste gegen ein Nazi-Traditionstreffen brachten die Festspiele in Gefahr ... **Seite 53**



Alltag und Klassen im Iran

Unerwartet schnell für die meisten iranischen Linken war die Opposition gegen das Schah-Regime angewachsen. Genauso unerwartet war auch, daß diese Bewegung weitgehend unter der Führung eines Teils der Geistlichkeit stand. Je weiter der staatliche und halbstaatliche Terror des „Schah mit dem Turban“ um sich griff, desto mehr Gruppen distanzieren sich von der neuen Diktatur. Zu Recht, wie der Reisebericht von *D. Arasch* zeigt. Mit der Distanzierung begann die kritische Aufarbeitung der eigenen Analysen und Strategien. *Wolfgang Endler* versucht in seinem Artikel, zum Verständnis der heute im Iran wirkenden Klassen und Kräfte beizutragen. **Seite 21**

editorial

Der letzte Satztermin dieses Heftes lag unmittelbar nach Ende des Bundeskongresses der Grünen in Hannover. Es war uns deshalb nicht möglich, ausführlich über die Kontroverse zu berichten, die innerhalb der Grünen begonnen hat, verschiedene Standpunkte zu dokumentieren und uns gründlich damit auseinanderzusetzen. Es mußte bei einem kurzen Kommentar bleiben. Wir wollen es aber damit nicht bewenden lassen.

Soll man sich auf das konservative Potential werfen oder auf das traditionelle Spektrum der Arbeiterbewegung konzentrieren, so stehen sich die Positionen innerhalb der Grünen jetzt gegenüber, und die Kompromißlinie lautet ungefähr, man müsse die Konflikte suchen, in denen sich konkrete Interessen artikulieren und von daher das bestehende Partienspektrum aufbrechen, zu dem die Grünen insgesamt und gleichermaßen im Gegensatz stünden.

Die Grünen wie die Bewegungen insgesamt haben sich in den letzten Jahren hauptsächlich in Widerspruch zu einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung herausgebildet. Ihre Strategie lief unter der Hand darauf hinaus, der Sozialdemokratie Kräfte abzujaagen und dennoch darauf zu setzen, daß die Sozialdemokratie am Ruder bleibt und als schützende Käseglocke gegenüber der offenen Reaktion wirkt.

Ausdruck fand diese Strategie in der sogenannten bedingten Tolerierungslinie. Links von der SPD sollten sich die Grünen als selbständige Kraft allmählich herausbilden. In der Regierungspolitik sollte der Sozialdemokratie die Initiative überlassen bleiben, wenn sie nur einige Minimalbedingungen erfüllte. Diese Strategie ist nicht am Wahlergebnis vom 6. März gescheitert, sondern das Wahlergebnis vom 6. März ist Ausdruck der Tatsache, daß eine solche Strategie zum Scheitern verurteilt ist, weil sie auf jede selbständige Initiative, den politischen Kurs der Gesellschaft zu bestimmen, verzichtet. Insofern war die Linie der Fundamentalopposition bloß das konsequente Spiegelbild solchen Verzichts auf Initiative, seinerseits eine Wende einzuleiten, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo sie auf die Tagesordnung kommt, auch wenn es einem vielleicht noch nicht so recht paßt.

Die CDU/CSU-Regierung beendet die relativ gemüthlichen Aussichten, auf die trotz Global 2000 die Strategie der Grünen, ob nun als Tolerierungslinie oder als Fundamentalopposition, ausgerichtet war. In der Initiative ist jetzt die CDU/CSU und zwar nicht bloß als Macher, sondern auch ideologisch.

Die Frage, in welche Potentiale muß man einbrechen, nämlich in die der CDU/CSU, und die Frage, mit wem kann man Bündnisse schließen, um die notwendigen gesellschaftlichen Umwälzungen und politischen Veränderungen einzuleiten, ist nicht die gleiche. Es handelt sich um zwei verschiedene Fragen. Eine gesellschaftlich tragfähige Mehrheit kann sich parlamentarisch nur bilden, wenn die Grünen durch selbständige Politik das CDU/CSU-Lager an dessen Bruchstellen praktisch und ideologisch aufzulösen beginnen und wenn sie dadurch gegenüber der Sozialdemokratie erst eigenständiges Gewicht bekommen und zur unabhängigen Variablen in der Konstellation Grüne-Sozialdemokratie

werden. Auf verschrobene Weise haben am ehesten die Baden-Württemberger Grünen für diese Aufgabenstellung ein gewisses Gespür.

Wie groß das politische Dilemma ist, in das Tolerierungslinie und Fundamentalopposition als siamesische Zwillingstrategien die Grünen geführt haben, wird die hessische Landtagswahl im Herbst zeigen. Jetzige Hamburger Verhältnisse, d.h., eine absolute Mehrheit der SPD, hält nach dem 6. März und nach der parlamentarischen Versumpfung der gegenwärtigen hessischen Verhältnisse wohl kaum einer für möglich. Schon vor den Wahlen ist allein die CDU in der Initiative, denn ihre absolute Mehrheit könnte wenigstens dem Anschein nach aus der blockierten Lage herausführen und den Anschluß an die bundesdeutsche Erneuerung herstellen. Die Grünen haben sich durch ihren Tolerierungskurs auch noch von der Sozialdemokratie das Wenige abkaufen lassen, was sie in Sachen Vorschaltgesetz erreichen konnten. Mit der Übernahme der Forderungen einiger Bewegungen in der Region werden diesmal auch keine Wahlen zu bestreiten sein. Der falscheste Ausweg wäre ein Wahlkampf mit dem Hauptziel, negativ einen CDU-Sieg verhindern zu wollen. Er könnte bestenfalls der SPD zugute kommen. Es wird wohl ein sehr grundsätzlicher Wahlkampf, ein Kampf ums Programm bleiben. Kurzfristig ist sowas meistens verlustreich.

Um so notwendiger, daß die strategische Debatte jetzt gründlich geführt wird. Eine Tabuisierung der Frage, wie das CDU-Lager wenigstens an seinen Rändern aufgelöst werden kann, wäre dabei genauso schädlich wie die Tabuisierung der Frage, mit welchen Organisationen auf mittlere Sicht Bündnisse überhaupt denkbar sind. Das erste Tabu überhaupt die Gruppierung um Z/MOZ zu errichten, um das zweite Tabu kümmern sich bloß die Baden-Württemberger nicht.

Impressum Kommune. Forum für Politik und Ökonomie. Monatszeitschrift · **Herausgeber:** M. Ackermann, H. Biesecker, F. Dick, C. Falter, G. Heinemann, V. Lehmann, A. Mönich, A. Nikolaus, G. Schabram, J. Schmierer, Th. Siegener, H. Simon, H. Sörje, B. Wagner, J. Walla · **Redaktion:** M. Ackermann (ma), F. Bleicher (fb), C. Falter (cf), G. Heinemann (gh), Th. Mehlen (tm), J. Schmierer (js). Verantwortlich im Sinne des Presserechts: J. Schmierer · **Gestaltung:** M. Ackermann · **Beiträge,** die namentlich gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder · **Adresse der Redaktion:** Kommune-Redaktion, Postfach 111162, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 36, Telex: 41 30 80 kuehl d · **Verlag und Anzeigenverwaltung:** Kühl Verwaltungen GmbH & Co. Verlagsgesellschaft, Postfach 111162, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11 · Es gilt Anzeigenpreisliste 1/1983 · **Satz und Druck:** CARO Druck GmbH, Frankfurt · **Vertrieb, Bestellungen und Abonnements:** Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 111162, 6000 Frankfurt 11, Telefon 0611/73 02 34 · Postscheckkonto PschA Ffm, Kto.-Nr. 18 74 90-607 (BLZ 500 100 60) · **Bezugsbedingungen:** Einzelheft 5 DM, Jahresabonnement 60 DM, Halbjahresabonnement 30 DM, Förderabonnement 100 DM. Abonnements, die per Einzugsverfahren gezahlt worden sind, verlängern sich nach Ablauf des Abonnements automatisch, wenn nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wurde. Abonnenten, die per Scheck, Überweisung oder bar bezahlt haben, erhalten spätestens 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eine erneute Zahlungsaufforderung · „Mit Rücksicht auf die Umsatzsteuererhöhung zum 1.7.1983 werden die Abonnements, die vor dem 1.7.1983 begonnen haben und nach dem 30.6.1983 enden, in zwei Abrechnungszeiträume mit entsprechenden Teilleistungen aufgeteilt. Der erste Abrechnungszeitraum endet am 30.6.1983, der zweite beginnt am 1.7.1983. In dem auf die Zeit bis zum 30.6.1983 entfallenden zeitanteiligen Betrag des Bezugsgeldes ist die Umsatzsteuer in Höhe von 6,5 v.H. des Entgelts (6,1 v.H. des anteiligen Bezugsgelds) enthalten, in dem zeitanteiligen Bezugsgeld für die Zeit nach dem 30.6.1983 in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. des anteiligen Bezugsgelds). Beginnt ein Abonnement am 1.7.1983 oder später, so enthält das Bezugsgeld insgesamt die Umsatzsteuer in Höhe von 7 v.H. des Entgelts (6,54 v.H. Bezugsgelds)“. **Spendenkonto:** „Kommune“, Frankfurter Volksbank eG, Kto.-Nr. 27 16 91 (BLZ 501 900 00) · **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habe Nahme“ ist keine Auslieferung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtauslieferung zurückzusenden · ISSN 0723-7669



Von Gerd Heinemann



Kursänderung?

Nachdem die Debatte über die „Krise der Gewerkschaften“ lange nur im akademischen Raum von Interesse schien, wovon die Gewerkschaften seltsam unberührt blieben – höchstens daß mal das latent vorhandene Unbehagen anlässlich eines Skandals wie bei der „Neuen Heimat“ oder eines schlechten Tarifabschlusses wie in der Stahlindustrie 1978/79 als lautstarke Kritik an „denen da oben“ hochkam – hat sich dies in den letzten Jahren geändert.

„Krise der Gewerkschaften – heute“ ist mehr als die „Nichtvertretung der Frauen, der Ausländer, der Arbeitslosen, all der an den Rand gedrängten, der Marginalisierten“. „Krise – heute“ ist auch mehr als das Versagen der „Lohnmaschine“ Gewerkschaft, wie es im dreimaligen Reallohnverlust zum Ausdruck kommt. Obwohl gerade dies für den Stamm der Gewerkschaften, die Facharbeiter und den aus ihnen weitgehend rekrutierten unteren Funktionärskörper, der Punkt war, an dem sie das Versagen überkommener gewerkschaftlicher Politik nicht mehr leugnen konnten. Das begann mit den unter den Preissteigerungsraten liegenden Abschlüssen in den vorigen Jahren und hatte den vorläufigen Höhepunkt darin, daß die IG Metall in der diesjährigen Metalltarifrunde erhebliche Mobilisierungsschwierigkeiten für ihre Warnstreiks hatte, die bis zur Verweigerung von Aktionen von einzelnen Belegschaften gingen.

Auf die Dauer bedeutsamer erscheint der Stopp der stetig wachsenden Zahl von Mitgliedern in den Gewerkschaften. Bei insgesamt 7 849 003 Mitgliedern mußte der DGB einen Rückgang von 108 000 zum Jahresende 1982 melden. Den Löwenanteil des Rückgangs mußte mit 45 000 die IG Metall hinnehmen. „Die Arbeitslosigkeit läßt die

Mit der SPD keine Vertretung in der Regierung, Schwierigkeiten auch nur Warnstreiks zu organisieren, die Mitglieder laufen von dannen – selbst in den Gewerkschaften wird die Krise nicht mehr glatt bestritten.

Da richten sich die Hoffnungen auf eine rasche Veränderung auf die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und auch auf die anstehenden personellen Veränderungen der Vorstände im Herbst auf den Gewerkschaftstagen.

Mitgliederzahlen schrumpfen“, sucht die *Quelle* zu erklären. Aber sollen nicht die arbeitslosen Mitglieder durch sehr niedrige Beiträge in der Gewerkschaft gehalten werden? Und vor allem, hatten nicht die Gewerkschaften immer reklamiert, sie seien auch die Vertreter der arbeitslosen Arbeitnehmer? Umgekehrt wird ein Schuh daraus – ein mehr als hunderttausendfaches „Ungeügend“ für die Arbeitslosenpolitik der Gewerkschaften.

Zustimmung für die Gewerkschaften geringer

Die „Krise der Gewerkschaften“ drückt sich auch in einer veränderten Meinung über die Nützlichkeit von Gewerkschaften aus. Der DGB läßt regelmäßig ein „Gewerkschaftsbarometer“ erstellen, eine repräsentative Meinungsbefragung zum Thema Gewerkschaften und ihrer Politik. Nach den Ergebnissen der letzten Umfrage Ende 1982 stehen die Zeiger auf Sturm.

Herausstechendstes Ergebnis der jüngsten Umfrage ist, daß die Zustimmung der Befragten zu den Gewerkschaften sich seit 1979, als noch 78% die „uneingeschränkte Notwendigkeit“ von Gewerkschaften sahen, stark verringert hat. Innerhalb von

drei Jahren sank die Quote auf 71%. Zwar sieht DGB-Bundesvorstandsmitglied Zimmermann darin eine noch immer hohe Zustimmung – das ist sie auch – aber bei solchen Umfragen kommt ein Rückgang von 10% einem Erdbeben gleich, zumal in den letzten Jahrzehnten ein immerwährender Sympathie-Zuwachs für die Gewerkschaften verzeichnet werden konnte.

Und selbst für diese 71% ist der Schritt von der Zustimmung zur Organisierung in einer der hier „real existierenden Gewerkschaften“ noch weit. Zwar bekunden mehr als 40% der bisher nicht Organisierten Beitrittswilligkeit, es sind aber bisher nur rund 42% aller Lohnabhängigen in Gewerkschaften organisiert.

40% aller Organisierten erscheint heute der Einfluß der Gewerkschaften auf die Regierungspolitik zu gering. 1979 waren erst 25% dieser Ansicht, ein Resultat der Passivität des DGB und der Einzelgewerkschaften gegenüber der sozialliberalen Koalition.

Schien sich im letzten Jahr mit den großen Demonstrationen gegen die Politik der Regierungen in Bonn und mit der Aufstellung eines „Beschäftigungspolitischen Programms des DGB“ eine Änderung der Haltung zu Regierung und SPD anzudeuten, so

ist dieser Eindruck heute einer um so stärkeren Ernüchterung gewichen.

Im Verlauf der Zeit wurde das Beschäftigungsprogramm zu einem reinen Ausgabe-Programm runtergeredet. Kaum waren die blaugelb-rosa Operationen '81 und '82 von einer Operation '83 unter schwarz-blaugelbem Fähnlein abgelöst, reduzierten sich die Forderungen der Gewerkschaften auf die nach Beibehaltung des alten Zustands. In diesem Sinn wurden Appelle, Briefe an die neue Regierung gerichtet. Der „Druck der Straße“ wurde zurückgenommen, er wäre für eine schlichte Verteidigung des Status quo auch wohl nicht von den Mitgliedern ausgeübt worden. Nach dem 6. März ist klar, daß der Weg zurück zu den klassischen sozialdemokratischen Rezepten eine Sackgasse auch für die Gewerkschaften ist. Doch dies wird nicht eingestanden. Gleichzeitig wird jedoch die neue Regierung in Bonn dämonisiert. Das Scheitern noch nicht zur Kenntnis nehmen, Dämonisierung der Wende bei gleichzeitiger Anbiederung in einzelnen Fragen, das macht den Immobilismus der Gewerkschaften gegenüber Bonn aus.

Gewerkschaften – nur Widerstand gegen Gewalttaten des Kapitals

Karl Marx hat in „Lohn, Preis und Profit“ angemerkt, daß die Gewerkschaften ihren Zweck gänzlich verfehlten, wenn sie sich beschränkten, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es

zu verändern. Ist das vielleicht der Grund für die Krisen, in die die Gewerkschaften kommen, sobald das kapitalistische System ebenfalls in der Krise ist? Es scheint den Arbeitern immer relativ am besten zu gehen, wenn es den Kapitalisten blendend geht. Dann können die Gewerkschaften auch Erfolge erreichen. Sobald dann aber die Kapitalisten Schwierigkeiten haben, unterhöhlt die „Opfer für die Kapitalisten bringen“-Mentalität teilweise das gewerkschaftliche Selbstverständnis und die gewerkschaftliche Handlungsfreiheit.

Eine Änderung zu einer Politik, die die Gewerkschaften zur Keimzelle einer neuen gesellschaftlichen Bewegung zur Veränderung der Gesellschaft macht, setzte voraus, daß die Gewerkschaften sich wieder ein die Lohnarbeiterrolle überwindendes Ziel stellen müßten. Emanzipation ist heute in den Gewerkschaften heruntergekommen auf „Verhinderung des Schlimmeren“ und Reformen, um die Lohnarbeiterrolle erträglich zu machen. Die systemüberwindende Aufgabe haben die Gewerkschaften in Deutschland seit mehr als 80 Jahren faktisch nicht mehr als ihre Aufgabe begriffen. Wenn sie objektiv vor diese Aufgabe gestellt waren, wie 1918 und auch nach dem Zweiten Weltkrieg, haben sie sich dieser Aufgabe versagt oder konnten sie aus den verschiedensten Gründen nicht ausfüllen.

Von welchen Punkten könnte eine solche Umwälzung der Politik der Gewerkschaften ausgehen?

● Vom Lohnkampf kaum. Gerade die letzten Tarifkämpfe haben gezeigt, daß die Kapitalisten mit zunehmender Krise immer stärker geworden sind. Andererseits ist die Lohnfrage für die Arbeitnehmer gegenwärtig nicht die Frage, die sie existentiell berührt. Dies zeigen die Ergebnisse, die im Rahmen des „Gewerkschaftsbarometers“ gewonnen wurden, aber auch die Fortsetzung der Untersuchungen „Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein“. Ja, und auch die Ereignisse in der diesjährigen Metalltarifrunde. Die Situation, bei der die Beschäftigten weitere Lohneinbußen nicht mehr hinzunehmen bereit wären, ist noch nicht da. Dieser Punkt ist z.B. erreicht, wenn ein Einkommen in der Familie wegfällt. Insofern ist die Arbeitsplatzfrage viel entscheidender – auch wenn viele Arbeiter noch immer meinen, *ihr* Arbeitsplatz sei nicht bedroht oder durch individuelle Anstrengungen könnten sie *ihren* Arbeitsplatz erhalten.

Wenn diese Einschätzung verallgemeinerbar ist, und dies legt zumindest die Metalltarifrunde Anfang des Jahres nahe, so kann sich an der Lohnfrage kein systemüberwindendes Bewußtsein bilden. Dies gilt zumindest solange, wie die Kapitalisten in der Lohnfrage einen „annehmbaren Kurs“ steuern.

● Es stellt sich also die Frage, ob die 35-Stunden-Woche der Kristallisationspunkt sein kann, an dem sich massenhaft revolutionäres Bewußtsein bildet, von woher auch eine Umwälzung der Gewerkschaftspolitik ausgehen kann.

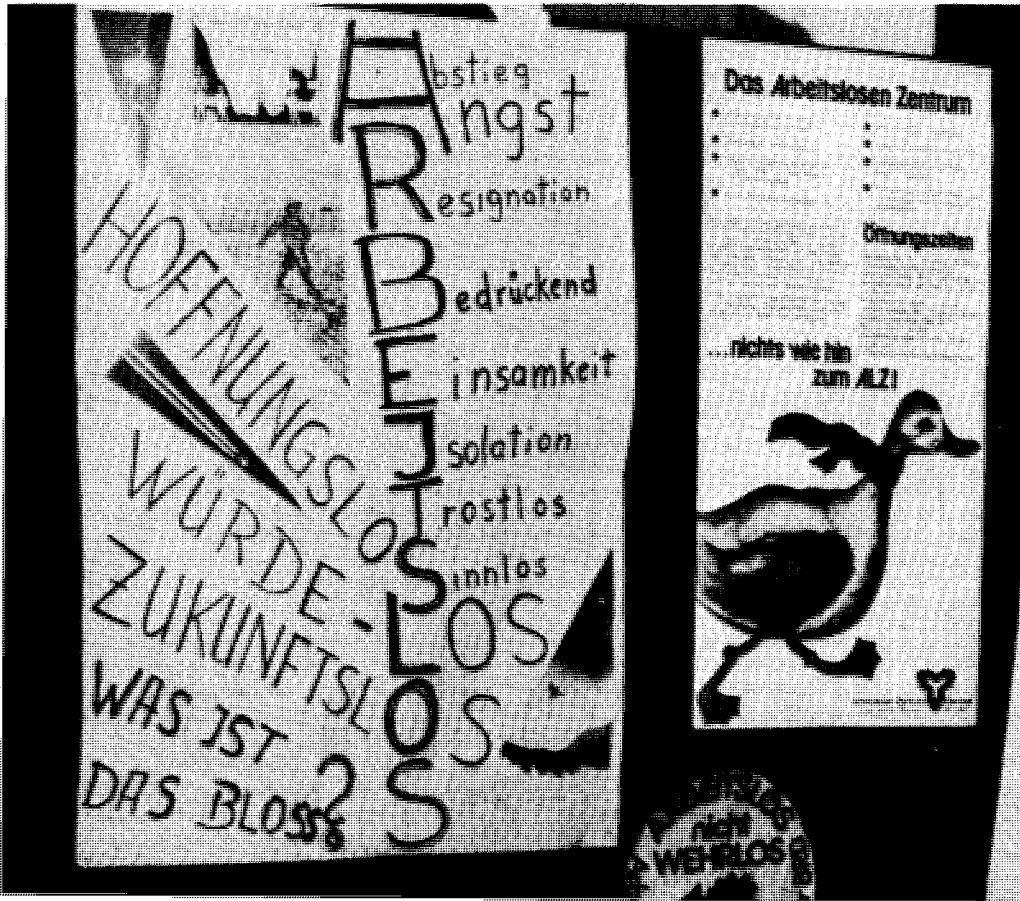
In der „Betriebs- und Gewerkschaftslinken“ werden große Hoffnungen in die 35-Stunden-Woche-Kampagne gesetzt. Die Gewerkschaften erhoffen eine integrative Wirkung, um die inneren Widersprüche in den Gewerkschaften nach rechts und links wieder zusammenzubringen. Ohne im einzelnen die verschiedenen Faktoren hier abzuwägen, haben wir folgendes Szenarium:

– Bei den Arbeitern besteht jetzt noch keine Einheit für die 35-Stunden-Woche. Darauf werden die direkt beteiligten Gewerkschaften in der verbliebenen Zeit hinarbeiten.

– Die Rahmenbedingungen, die entscheidend für die Wirksamkeit einer Arbeitszeitverkürzung sind, Leistungsbegrenzung, Regelung der Arbeitsbedingungen, Überstunden, werden bis dahin nicht geregelt sein.

– Im nächsten Jahr werden zumindest drei Gewerkschaften, IG Metall, IG Druck und HBV und Teile der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in die Auseinandersetzung gehen.

– Eine *wirksame* Arbeitszeitverkürzung können und werden die Kapitalisten nicht zulassen. Das zu verhindern, dazu bieten



die fehlenden Rahmenbedingungen ebenso wie die geringe Kapazitätsauslastung der Produktionen, die hohe Produktivitätskompensationen versprechen sowie kleine Stufen bei der Arbeitszeitverkürzung über einen langen Zeitraum reichlich Möglichkeiten.

Ohne jegliche Regelung, mit einer totalen Niederlage zu enden, das würde das politische Aus für die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor bedeuten. Das können auch die Kapitalisten nicht wollen, denn das bedeutete politische Instabilität. Also wird es zu einem schlechten, weil kaum wirksamen Ergebnis kommen. Dies auch erst nach Kämpfen.

● Eine solche Auseinandersetzung, bei der der Katzenjammer schon abzusehen ist, wird kaum der Ausgangspunkt für eine Umwälzung der Politik der Gewerkschaften sein.

Es stellt sich aber die Frage, ob eine solche nicht, betrachtet man die rasche Entwicklung der Produktivkräfte und die zerstörerische Wirkung auf Arbeitsinhalte und Arbeitskraft, von der Auseinandersetzung um die Arbeitsbedingungen und die reale Veränderung der menschlichen Arbeit ausgehen kann. Denn bei den Lohnabhängigen besteht ein großes Interesse, hier Einfluß zu nehmen. Bei der Frage, welche Wirkung die Mitbestimmung erreichen sollte, rangiert die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an erster Stelle. In dieser Frage ist der Widerspruch zwischen erfahrener Verschlechterung bis zur Unerträglichkeit und dem Wunsch nach Veränderung am krassesten und damit die Triebkraft für Veränderung groß.

Daß sich in ökonomischen Teil-Kämpfen jedoch politisches Bewußtsein bildet, das in systemüberwindende Kämpfe mündet, scheint heute, im Gegensatz zu den Frühzeiten der Entstehung der Arbeiterbewegung, so nicht der Fall zu sein.

Politische Differenzierung in der Arbeiterbewegung

Die personellen und organisatorischen Strukturen sind politischen Veränderungen in den Gewerkschaften nicht gerade förderlich. Der Reformismus in den Gewerkschaften ist zusätzlich dadurch geprägt worden, daß sie sich seit mehr als 50 Jahren in der Verteidigung des Erreichten ergehen. Dies gilt auch beim Lohn, selbst wenn bei günstigen Kräftekonstellationen auch mal ein Reallohnzuwachs herausgeholt werden kann. Das prägt den Apparat und die Funktionäre und bringt eine dementsprechende Philosophie hervor. Da ist es schon wie eine Revolution, wenn Arbeitsbedingungen nicht mehr als Lohnfaktoren behandelt werden, sondern selbst positiv einflußt werden sollen.

Wider das Kastendenken

Immer noch ist es beliebt, die „neuen sozialen Bewegungen“ gegen die traditionelle Arbeiterbewegung auszuspielen oder umgekehrt diese gegen jene. Das Problem fängt schon damit an, daß keiner genau weiß, was die traditionelle Arbeiterbewegung heute denn eigentlich konkret ist. Gemeint sein können eigentlich nur die Gewerkschaften, die aber, soweit sie Bewegung sind und machen, auch nicht einfach mit der traditionellen Arbeiterbewegung in eins gesetzt werden können. Was aber ist an den „neuen sozialen Bewegungen“ neu? Doch wohl nicht, daß sie aus Schichten kämen, aus denen sich nicht auch die Gewerkschaftsbewegung rekrutiert, aus der lohnabhängigen Bevölkerung also. Vielleicht wäre es viel fruchtbarer, sich zu überlegen, ob die „neuen sozialen Bewegungen“ nicht Anfänge eines Prozesses sind, in dessen Verlauf sich die Arbeiterbewegung neu konstituiert, als Bewegung eben und nicht als abstrakte, strikt ökonomische Kategorie der Klasse produktiver Arbeiter im Sinne des Kapitals.

Wenn die Lohnabhängigkeit allgemein wird, und im entwickelten Kapitalismus erfaßt sie fast die gesamte Bevölkerung, dann hört sie auf, als solche die jeweils konkreten Lebensverhältnisse zu bestimmen und die sozialen Bewegungen zu konstituieren. Lohnabhängig ist der Stahlarbeiter genauso wie die Supermarkverkäuferin, der Beamte wie der Ingenieur, der Schüler und Student nicht weniger als die Hausfrau und der Rentner oder die Arbeitslosen. Ihr Geldeinkommen speist sich direkt oder indirekt aus dem gesellschaftlichen Lohnfonds, und ihr gemeinsames Interesse, daß dieser möglichst groß ist, droht schon hinter den unterschiedlichen Verteilungsinteressen zu verschwinden, so daß es Gemeinsamkeit kaum stiften kann oder doch nur sehr abstrakt. Bei Entstehen des Kapitalismus und Entwicklung der Lohnabhängigkeit war das noch anders, die konkreten Lebensverhältnisse wurden durch sie als besonderes Schicksal bestimmt. Auf dieser Basis entwickelte sich die Arbeiterkultur, entwickelten sich gemeinschaftliche Interessen. Wer vom Lohn abhängig war, wußte auch genau, auf welche Weise, denn diese Abhängigkeit vermittelte sich über Personen, für die Alten über die Kinder, für die Kinder über die Väter und für die Frauen allermeist über die Männer. Das Gesamtinteresse der Klasse entwickelte sich über die Lohnarbeit, und der erwachsene Arbeiter stand im Zentrum der Bewegung. Für eine Differenzierung der Bewegung war wenig Raum. Um so leichter konnte sie durch eine Partei und parteiabhängige Gewerk-

schaften umfassend repräsentiert werden.

An der Randgruppentheorie war und ist wohl soviel dran, daß nicht nur am Rande der Klasse, sondern auch in ihrem Zentrum sich Bewegung nicht ohne weiteres an den allgemeinen elementaren Lohninteressen der Klasse entwickelt, sondern an den Bedingungen, die die Lebensverhältnisse konkret bestimmen, den Arbeitsbedingungen am Band oder im Büro, der Straßenführung im Wohnviertel, der Rolle der Frau und an den gesamtgesellschaftlichen Fragen, von denen *alle* betroffen sind.

Frauenbewegung, Ökologiebewegung, Friedensbewegung und Bewegung für Arbeitszeitverkürzung, Selbstorganisation von Arbeitslosen oder Rentnern bezeichnen dann die Fronten, an denen sich heute die Arbeiterbewegung neu konstituiert unter Bedingungen, wo die Lohnarbeit allgemein geworden ist, die konkreten Lebensverhältnisse aber ganz unterschiedlich bestimmt. Die Arbeiterbewegung läßt sich nicht mehr über einen Leisten schlagen, auch nicht über den der Partei. Ihr Gesamtinteresse nur vermittelt über die Selbstorganisation der jeweiligen gesellschaftlichen Bewegungen, das gegenseitige Abwägen der Interessen entwickeln und so die Ausbildung eines Gesamtwillens ermöglichen. Die Emanzipation wird zum konkreten Problem. Assoziation auf den verschiedensten Ebenen und Zusammenwirken dieser Assoziationen wird zum Organisationsprinzip der Bewegung und nicht mehr der Staat als Verkörperung eines illusorischen Gesamt- und bloß allgemeinen Interesses oder Parteien, die auf die Macht im Staat ausgerichtet sind.

Die Gewerkschaften entleeren sich ihres konkreten Klasseninhalts und werden zu rein abstrakten, von den wirklichen Arbeitern getrennten Organisationsformen, wenn sie innerhalb ihrer Strukturen der Arbeiterbewegung keinen Platz lassen, sich an den Fronten zu entfalten, wo sie sich in den verschiedenen Bewegungen der lohnabhängigen Bevölkerung neu konstituiert. Was sind im übrigen heute die elementaren Interessen der Arbeiterbevölkerung, sind es noch einfach die Lohninteressen? Gilt das auch noch dann, wenn die wichtigsten Probleme der Reproduktion der Gesellschaft in der Form der Lohnarbeit gar nicht mehr gelöst werden können?

Klassentheoretiker aber, die die jetzigen Bewegungen am Anteil der Lohnarbeiter im strikt ökonomischen Sinn messen, laufen Gefahr, die Bewegung aus der Klasse hinauszudefinieren.

Joscha Schmierer

Für die Beurteilung der Gewerkschaften ist es nützlich, sich die verschiedenen politischen Positionen anzusehen.

Im Verlauf der wirtschaftlichen Krise und des Niedergangs der sozialliberalen Regierung und dann des Wechsels in Bonn haben sich die verschiedenen politischen Kräfte auseinanderentwickelt bis zum offenen Gegensatz und blockieren sich gegenwärtig bis zu einem gewissen Grad.

Da sind einmal die, die darauf setzen, über den traditionellen Weg via SPD Einfluß auf die Politik zu nehmen. Mit der Vertreibung der Sozialdemokraten von den Schaltstellen der Macht sind sie einigermaßen orientierungslos über die Forderung hinaus, jetzt gelte es eine politische Korrektur

Schaltstellen des DGB sitzt die „Opposition“. Sie stellt nicht die Politik der Einflußnahme über die SPD in Frage. Sie hätte es nur gerne ein wenig energischer; eben eine Politik „konsequent für Arbeiterinteressen“. In Verfolgung dieses Ziels ist sie auch schon mal zu Verstößen gegen den sozialdemokratischen Korpsgeist bereit.

Während bei der zweiten Gruppe eine Tendenz zu korporatistischen Lösungsformen besteht, haben für die dritte Gruppe die „klassischen“ Rezepte der Gewerkschaften: „Verstaatlichung“ und „Kaufkraft“ Konjunktur.

Die politischen Generationen

Jedenfalls lassen sich mit dem Widerspruchspaar Basis – Führung die politischen Verhältnisse in den Gewerkschaften schwerlich beschreiben, finden sich doch

besonders eng. Ihre typischen Vertreter in den Gewerkschaften sind die farblosen Apparatschiks der mittleren Ebene. Ihr Aufstieg kann nur über oder in der SPD erfolgen.

Die jüngste Generation, die die Arbeiterbewegung prägt, hat ihre Erfahrungen in den Streikämpfen zwischen 1969 und 1974, den politischen Auseinandersetzungen in der ersten Zeit der sozialliberalen Koalition und teilweise auch aus den Ausläufern der 68er Bewegung gewonnen. In Verallgemeinerung des allerdings historischen Sonderfalls, daß es in dieser Zeit unter günstigen inneren und äußeren Faktoren durch Streikämpfe gelang, die Lohnquote erheblich auszuweiten, ist ihre bevorzugte Taktik die Radikalisierung der – ökonomischen – Kämpfe. Jetzt, wo diese Taktik offensichtlich gescheitert ist, findet bei großen Teilen eine „Wende rückwärts“ statt mit einer Renaissance traditioneller Ziele der deutschen Arbeiterbewegung wie „Verstaatlichung“, „Kaufkraftstärkung“ und „überbetriebliche Mitbestimmung“. Gerade diese Politikmodelle haben im Zusammenhang mit der staatlich-bürokratischen Politik der SPD/FDP-Bundesregierung sowie der „Inflationserfahrung“ keine massenwirksame Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit.

Keine schnelle Änderung zu erwarten

Obwohl an einigen Stellen, z.B. in der Frage der Neuen Technologien, der Arbeitsbedingungen, der qualitativen Wirtschaftsentwicklung unter dem Druck der Verhältnisse ein vorsichtiges Umdenken beginnt, sind die Gewerkschaften aus den oben aufgeführten Bedingungen weit davon entfernt, kurzfristig zum Ausgangspunkt einer neuen systemüberwindenden gesellschaftlichen Bewegung zu werden. Eher im Gegenteil.

In einer so starren Organisation wie den Gewerkschaften stehen und fallen politische Inhalte mit den Personen, die sie repräsentieren. Da die auch nur über die sogenannte ‚Ochsentour‘ fallen können, kann sich im allgemeinen die Demokratie ebenfalls nur auf diesem Pfad bewegen.

Und so kann es denn sein, daß entgegen allen Hoffnungen auf „Steinkühler“ der Wachwechsel, der auf den Gewerkschaftstagen im Herbst ansteht, die Position der farblosen Verwalter der Gewerkschaften insgesamt nochmal gestärkt wird und die Linke sich in mehrheitsuntauglichen Konzepten verrennt. Das würde die inneren Gegensätze in den Gewerkschaften unfruchtbar verschärfen und im Resultat den Immobilismus sogar nochmal kurzfristig stärken.

Der Wechsel im DGB-Vorstand hat sich jedenfalls bis jetzt noch nicht positiv ausgewirkt. □



tur – sprich Wahl der SPD – herbeizuführen. Eine Große Koalition sähen sie gegenwärtig als nicht die schlechteste Lösung an, um die Lage der Arbeitnehmer nicht allzusehr zu verschlechtern. Diese Positionen finden sich von der Basis bis in die Gewerkschaftsführungen, dort stehen vielleicht Loderer, Döding und Rappe für diese Richtung.

Eine zweite Gruppe setzt auf enge politische Zusammenarbeit mit der Regierung in Bonn, gleich wer dort sitzt. Sie fordern protektionistische Lösungen, z.B. für Kohle und die Textilindustrie. Zunehmend kommen in Sachen Stahlindustrie auch von der IG Metall protektionistische Töne. Allerdings, während der IG Bergbau-Chef Schmidt hoffen kann, wird dies dem Textiler Keller nach wie vor weitgehend versagt bleiben.

In den kleineren, nicht so einflußreichen Gewerkschaften und auch nicht an den

alle diese drei Positionen auf allen Ebenen, angefangen bei der Mitgliedschaft. Allerdings läßt sich auch sowas wie eine horizontal geschichtete politische Struktur in den Gewerkschaften erkennen. Diese hängt aber mehr mit den politischen Generationen, ihren besonderen Erfahrungen, die ihre Theorie und Praxis geprägt haben, und andererseits mit der Hierarchie der Gewerkschaften zusammen.

Da ist einmal die „alte Garde“, die durch die „Aufbauphase“, aber auch durch die Kämpfe nach dem Weltkrieg und die Niederlagen Anfang der 50er Jahre geprägt ist. Daraus hat sich dann die enge Bindung an die SPD als politischer Arm ergeben. In den Gewerkschaftsführungen werden die Vertreter dieser Generation jetzt abgelöst.

Die nächste Generation hat ihre politischen Erfahrungen in der Prosperitätsphase der 50er und 60er Jahre gemacht. Ihre Bindung an die SPD ist ungebrochen und

Gute Nacht – Aufgewacht!

Damit hatte niemand gerechnet, der Schlichtungsspruch für den öffentlichen Dienst, mit Zustimmung der ÖTV-Vertreter einstimmig gefällt, fand in der Großen Tarifkommission der ÖTV keine Mehrheit.

Ab 1.3. sollte 2% mehr Lohn und Gehalt gezahlt werden, ab 1.7. dann um 0,5% auf 2,5% erhöht und für die Zeit vom 1.3. bis 31.8.1984 nochmal um 0,5% auf 3% erhöht. Alle die noch keine 30 Tage Urlaub bekommen, haben Anspruch auf einen Tag mehr.

Im Gegenzug hatten die ÖTV-Vertreter eine stufenweise Beschränkung der Altersversorgung der Angestellten ab 1985 auf 90% des letzten Nettoeinkommens hinnehmen müssen. Beim Rationalisierungsschutz gab es keinen Fortschritt.

„Lohndiktat '83 wurde gebrochen, es gibt keine Lohnpause, die Lohnleitlinie ist vom Tisch“, so begründete der Hauptvorstand seine Zustimmung. Die Lohnleitlinie von 1983 wurde überschritten und die Lohnpause ist auch weg. Allerdings nur in diesem Jahr. Für das nächste ist mit der Laufzeit von 18 Monaten bei einer minimalen Steigerung um 0,5% faktisch einer Lohnpause von sechs Monaten schon jetzt zugestimmt. Stoltenbergs Plan einer Nullrunde 1984 ist schon knapp zur Hälfte Realität.

„ÖTV-Vorsitzende mußte Lehrgeld bezahlen“, kommentierten unisono FAZ, Spiegel und taz. Abgesehen davon, daß ihr Konkurrent und Tarifexperte Mertens, der schon die Zulagenpleite auf dem Konto hatte, dies ausgehandelt hat, – Lehrgeld müssen die Beschäftigten zahlen – rund 'nen Fünfiger bei 2000 DM Tarifeinkommen. Und die Lehre für sie?

Streik? Gerade die überraschende Streikbeteiligung – auch aus Bereichen, die bisher nie in Auseinandersetzungen verwickelt waren – war der Grund für die Stärke der Ablehnungsfront. Dennoch erscheint ein Streik nicht organisierbar, hat sich die ÖTV zwischen alle Stühle gesetzt. Ein Arbeitskampf wurde dies Jahr nie einkalkuliert und vorbereitet. Eine Zustimmung zu einem Schlichtungsspruch kann auch nicht einfach ausgelöscht werden. In Zukunft ist der öffentliche Dienst entweder Vorreiter beim Lohnkampf, oder die nächste Lohnpause ist schon programmiert. Über einen Lohnstreik kann die ÖTV nicht aus dieser Zwickmühle heraus.

Bleibt die Altersversorgung. Hier müßte ein Streik für Beibehaltung der alten Regelung geführt werden, das ist aber gegenüber den anderen Lohnabhängigen politisch nicht haltbar.

Mit dieser Tarifrunde hat sich die ÖTV erstmal aus dem Lohnkampf abgemeldet – vielleicht wacht sie bei der Arbeitszeitverkürzung langsam auf. gh

Wiederbelebt

Vom 16. bis 19. Mai fand die Woche der Wissenschaft 1983 im Rahmen der Ruhrfestspiele Recklinghausen statt. DGB, GEW und Ruhruni Bochum waren die Veranstalter. Unter dem Titel „Gemeinsam sind wir stärker. Eine Gedankenwerkstatt über Wege aus der Krise der Industriegesellschaft“ ging es um geschichtliche und zukünftige Bedeutung von Wohnungs-, Konsum- und Produktionsgenossenschaften.

Die Eröffnungsveranstaltung mit H.O. Vetter, R. Bahro und E. Mandel über „Mehr Staat oder mehr Selbsthilfe“ zog zwar fast 600 Zuhörer an, brachte aber nicht viel. Es wurde polemisch und platt über Abschied vom Proletariat, ja oder nein, gestritten und wenig zum Thema.

Mehr brachte der zweite Tag zum Thema Wohnungsbaugenossenschaften. Beeindruckend war die Ausstellung über die Leistungen der Genossenschaften bis 1933. Meist Arbeiter mit gemeinsamer politischer Meinung taten sich zu überschaubaren Benutzergenossenschaften zusammen, ließen für ihre konkreten Bedürfnisse bauen und legten v.a. auf Gemeinschaftshäuser mit Kindergärten und Kegelbahn, Versammlungsraum und viel Grün wert. Klaus Novy (Hochschullehrer aus Wuppertal) forderte, daß die Nutzung und Verwaltung der gebauten Häuser wieder den Mietern in Selbstverwaltung übergeben werden solle und eine Umstellung der staatlichen Förderungsbedingungen, die bis heute Privatbesitz bevorzugen. Städtebauer Neuffer (Ex-OB von Hannover, Ex-NDR-Intendant) setzte sich für eine Änderung des Bodenrechts in Richtung Abschaffung des Privateigentums ein. Demgegenüber wirkte der NH-Vorsitzende Hoffmann sowohl inhaltlich als auch im Auftreten wie Marxens „Charaktermaske des Kapitals“.

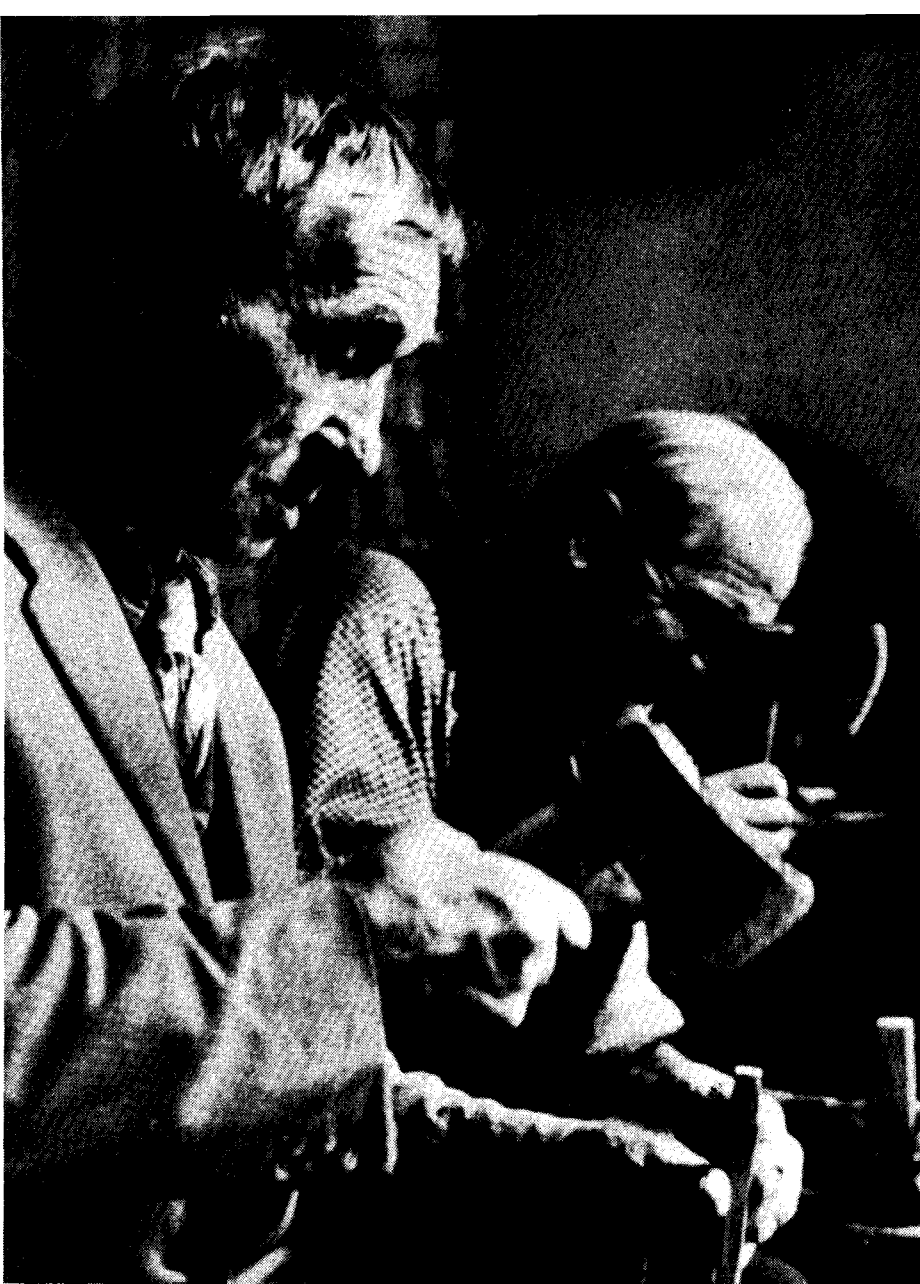
Der dritte Tag stand unter dem Thema „Kommune als Form des gemeinschaftlichen Produzierens, Konsumierens und Lebens“. Natan Reiss, ein Pionier der Kibbuzbewegung aus Israel, referierte. Die Grundidee der Kibbuzim, in denen heute 4% der Bevölkerung Israels lebt, ist sozialistischen Ursprungs. Russische Einwanderer, die unter dem Eindruck der gescheiterten Revolution von 1905 und später unter dem Einfluß der Oktoberrevolution standen, brachten die Idee mit. Direkte Demokratie, einschließlich des Rotationsprinzips (keine Wiederwahlmöglichkeit) für das Sekretariat des

Kibbuz, gemeinschaftliche Verrichtung der Hausarbeit wie Essen, Waschen, gemeinsame Kindererziehung in Kinderhäusern, Verbindung von Kopf- und Handarbeit (beliebt ist der Wechsel oder der gleichzeitige Einsatz des Sekretärs als Kellner im Speisesaal) und das Prinzip: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen, bestimmen das Kibbuz-Leben.

Am letzten Tag ging es um Produktionsgenossenschaften. Auffällig war, daß sich die „Alternativen“ vom Netzwerk am besten vorbereitet hatten und als einzige ihre Beiträge schriftlich vorlegten. Yves Lichtenberger, Generalsekretär der französischen Gewerkschaft Handel, Versicherungen und öffentlicher Dienst in der CFDT, zog die geschichtliche Verbindung bis zur Pariser Commune. Für die CFDT sei die Genossenschaftsbewegung ein wichtiges Element mit Beispielcharakter für eine sozialistische Produktionsweise. Sie träte für die Selbstverwaltung der ganzen Gesellschaft, nicht nur einzelner Betriebe ein. Ein Problem sei noch immer die wirkliche Vergesellschaftung der Staatsbetriebe. Da sich Genossenschaften vorrangig als Konsumentenorganisationen und Gewerkschaften vorwiegend als Produzentenorganisationen verstanden haben, wäre die Geschichte beider auch eine Geschichte der gegenseitigen Gleichgültigkeit.

In der Diskussion mit Betriebsräten aus verschiedenen Betrieben zeigte sich, daß es noch ein weiter Weg ist, nicht nur den Erhalt der Arbeitsplätze, sondern auch die Übernahme der Produktion in Arbeiterselbstverwaltung zu diskutieren. Meist ging es bei allen konkreten Projekten nur um ersteres, am besten unter einem neuen Kapitalisten oder dem Staat. Das Problem: Zur Übernahme von Industriebetrieben braucht man mehr als Ideen und geschulte Arbeitskraft, nämlich Kapital zur Umrüstung, Modernisierung oder auch zum Kauf. Ohne „Staatsknete“, ohne Enteignungen und ohne Intervention schon vor dem Bankrott wird das selten gehen. Heinz Bierbaum (IGM-Wirtschaftsabteilung) gab zwar zu bedenken, daß der IGM-Vorstand sich nach intensiver Diskussion über Olympia in Leer zu einer prinzipiell positiven Haltung gegenüber Betriebsübernahmen durchgerungen hätte. Bislang ist es aber mehr eine Position wie bei Radio Eriwan – im Prinzip ja ...

Günter Schabram



In der Regierungskoalition tobt ein großer Kampf, wie den Rentnern am stillsten und heimlichsten was genommen werden kann. Die Dispute sind relativ langweilig, denn an die überkommenen Prinzipien soll nicht gerührt werden. Gerade in der Struktur sind aber Reformen notwendig — alte Zwänge müssen aufgehoben werden.

Der stille Zwang des Renten- systems

Von Friedemann Bleicher

Daß die Sozialversicherungen und namentlich die Rentenversicherung als Ausgleichsposten für einen nimmersatten Staatshaushalt mißbraucht werden, daran hat sich mit dem Ministerwechsel von Westphal (SPD) zu Blüm (CDU) ebensowenig geändert wie zuvor beim Wechsel von Ehrenberg zu Westphal. Da werden Bemessungsgrundlagen neu definiert, Beitragsabführungen der einen Versicherung an die andere alle Jahre wieder geändert, sollen die Rentner ihre Krankenversicherung selbst zahlen, wofür allerdings der Rentenzahlbetrag entsprechend erhöht werden soll; doch ehe die Neuregelung sich auswirkt, wird sie dahingehend aufgehoben, daß eine Senkung der Rente folgt; Anpassungen werden verschoben, aktualisiert und desaktualisiert, Berechnungsgrundlagen und Ansprüche hin und her manipuliert, Leistungen verlagert oder gestrichen usw.

In nichts ist die Bonner Sozialverwaltung so Spitze wie im Verhüllen von Problemen. Mit wechselnden Begründungen werden Gelder verschoben und „Sachzwänge“ geschaffen, bis dem Publikum dann die von

den Haushaltsanierern gewollte Lösung als unumgängliche Naturnotwendigkeit erscheint. Rentenkürzungen werden zur Operation „wir machen die Renten sicher“, das Informationsamt verkauft BILD-haft, wofür emsige Politiker hinter den Kulissen die Weichen gestellt haben.

Parlamentsbeschlüsse in der Rentenpolitik entscheiden unmittelbar über das Lebensniveau von 10 bis 15 Millionen Menschen; die Selbstverwaltung der Versicherung, so dubios ihre Zusammensetzung und zuweilen ihre Ratschlüsse, hat noch nicht mal Gewicht im Konzert der für die Öffentlichkeit produzierten Meinungen.

All das ist verwerflich und hat dazu geführt, daß unsere Alten, namentlich die Frauen, unter Sozialwissenschaftlern wieder als „Armutspotential“ figurieren. Doch die Probleme der Altersversorgung liegen heute nicht so sehr beim (durchschnittlichen) Rentenniveau, sondern sind struktureller Natur. Obwohl keine Neuigkeit, droht diese Erkenntnis im aufgeplusterten Gerangel um Rechenaufgaben mit zurechtgestutzten Ausgangsbedingungen unterzugehen.

Recht auf ein würdiges Leben

Beim herrschenden Grad an Verwirrung empfiehlt es sich, ganz vorne anzufangen. Im Grunde nämlich ist das Rentenproblem einfach, kompliziert wird es nur durch die Gesellschaftsordnung. Es geht ja einfach darum, das jährliche Produkt des produzierenden Teils der Gesellschaft so zu verteilen, daß auch jene in Anstand leben können, die andere notwendige Arbeiten verrichten, noch nicht, nicht oder nicht mehr arbeitsfähig sind. Nichts ist daher dümmere als die „Versorgungsansprüche“ der Versicherten in individuelle Vermögenswerte umzurechnen.

Die Lebensmittel im weiteren Sinne werden in der heutigen Gesellschaft als Waren produziert und also muß der Mensch ein Geldeinkommen haben, um an seine Existenzmittel zu kommen. An die Stelle der persönlichen Abhängigkeiten früherer Jahrhunderte ist die direkte und indirekte Abhängigkeit vom Arbeitsmarkt getreten — auch dies eine Seite einer historischen Epoche, in der die Entwicklung der materiellen Produktion Vorrang vor allem anderen hatte.

Kapitalistisch heißt dies, daß der Mensch nur zählt, soweit er ausbeutbare Arbeitskraft, soweit er der Verwertung des Werts dienlich; und in der Umgangssprache nicht nur unserer christlichen Politiker wird daraus die Formel, Leistungsmüsse sich wieder lohnen. Ist der Erwerbstätige vom Arbeitsmarkt abhängig, so sind alle jene doppelt abhängig, die über kein eigenes Erwerbseinkommen verfügen und vom Einkommen anderer mitleben müssen. Ohne Sicherung der materiellen Existenz ist die Entwicklung des Individuums undenkbar, und es sind die skizzierten Verhältnisse, die die vielbeschworene Menschlichkeit ruinieren. Nicht der Ruf nach „mehr Menschlichkeit“ ist illusionär oder reaktionär, sondern der Rahmen, der von den geistigen Erneuerern hierzu gefordert wird. Denn dort wird der Mensch über den Kamm des Arbeitsmarktes geschoren; wo an höhere Werte appelliert wird, werden sie alten Zwängen und persönlichen Abhängigkeiten ausgeliefert; Vereinzelung ist angesagt, nicht Individualität gesellschaftlicher Wesen, die ihre Existenzgrundlage kollektiv und solidarisch sichern.

Niemand rüttelt heute daran, daß die Rente ganz von der *Erwerbstätigkeit* der Versicherten bestimmt ist und fast alles andere unter den Tisch fällt. Daran muß aber gerüttelt werden, weil die Erwerbstätigkeit nur einen Teil der zur Reproduktion der Gesellschaft notwendigen Arbeit und Aufwendungen umfaßt.

Die Wohnbevölkerung Westdeutschlands umfaßt rund 62 Millionen Menschen. 25 Millionen hiervon beziehen die Geldmittel für den Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit; knapp 12 Millionen leben überwiegend von eigener Rente (darunter weit über 4 Millionen Frauen von Witwenrente, gut 2 Millionen Frauen von eigener Versichertenrente); etwa 14 Millionen Kinder und Jugendliche werden von ihren El-

tern unterhalten; ca. 7 Millionen Hausfrauen und etwa 2 Millionen Rentnerinnen hängen vom Einkommen ihres Ehemannes ab.

Das ist ein grobes Bild, das als Momentaufnahme die verschlungenen Abhängigkeiten über die Lebensläufe hinweg noch unterzeichnet. Die Grundprobleme der Altersversorgung lassen sich aber bereits daran erkennen: Wie entwickelt sich der Anteil der Rentner, was sagt er über die Gesellschaft aus; wie werden die Kosten für den Lebensunterhalt der Kinder berücksichtigt; damit zusammenhängend: wie wird die häusliche Arbeit der Frauen bewertet und werden von der Altersversorgung her Zwangsverhältnisse abgebaut?

Mehr (Früh-)Rentner

Obwohl sich die Bevölkerungsentwicklung – abgesehen von gesellschaftlichen Katastrophen – relativ leicht vorausberechnen läßt und sich politischer Einflußnahme so und so weitgehend entzieht, zeichnet sich die gegenwärtige Rentendebatte selbst in dieser Hinsicht durch Augenwischerei aus.

Bis zum ersten Weltkrieg hatte die deutsche Bevölkerungspyramide jene Tannenbaum-Form, wie sie für Gesellschaften im industriellen Aufbruch typisch ist. Vermittelt wurde dies durch die Tatsache, daß Kinder die hauptsächliche Altersversicherung waren (und in Entwicklungsländern noch heute sind). Seither haben zwei Welt-

kriege und die Weltwirtschaftskrise ihre tiefen Spuren hinterlassen (Tote und Geburtenrückgang); seit nun der neuerliche Gipfelsturm des Wirtschaftswachstums zum Stehen gekommen ist und seine Pferdefüße sichtbar geworden sind, verminderte sich die Geburtenrate, so daß die Gesamtbevölkerung vorübergehend schrumpfte, jedenfalls auch in absehbarer Zukunft nicht mehr wie in früheren Zeiten wachsen wird.

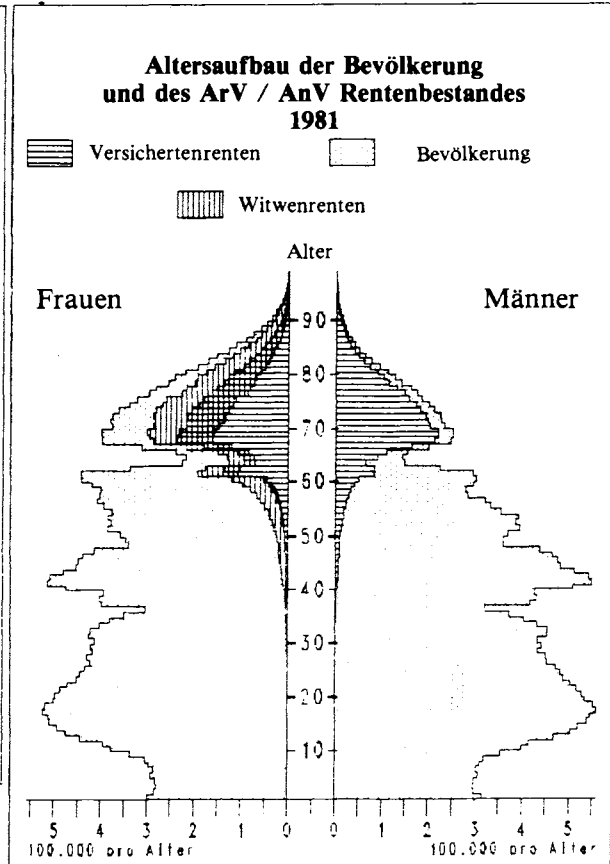
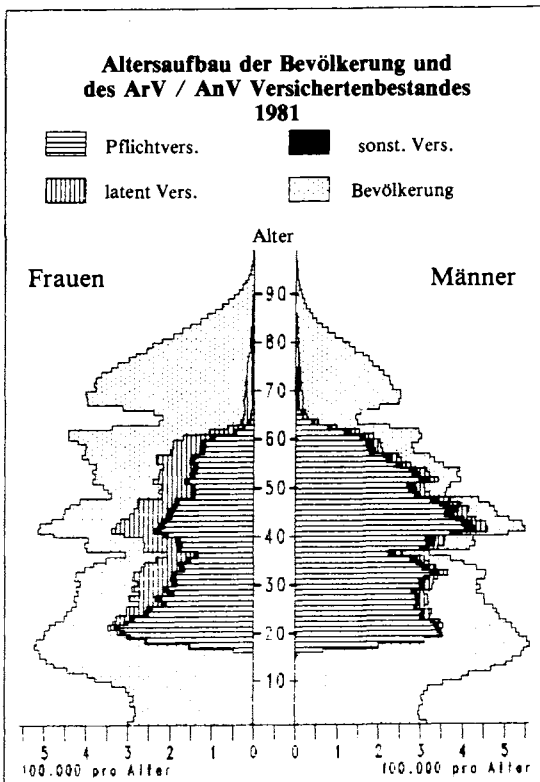
Die Hauptergebnisse der Berechnungen und Projektionen der Rentenversicherungen sind die folgenden:

- Die Zahl der über 67jährigen im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (20- bis 64jährige) hat sich von 17% im Jahre 1960 auf 25,7% im Jahre 1982 erhöht.

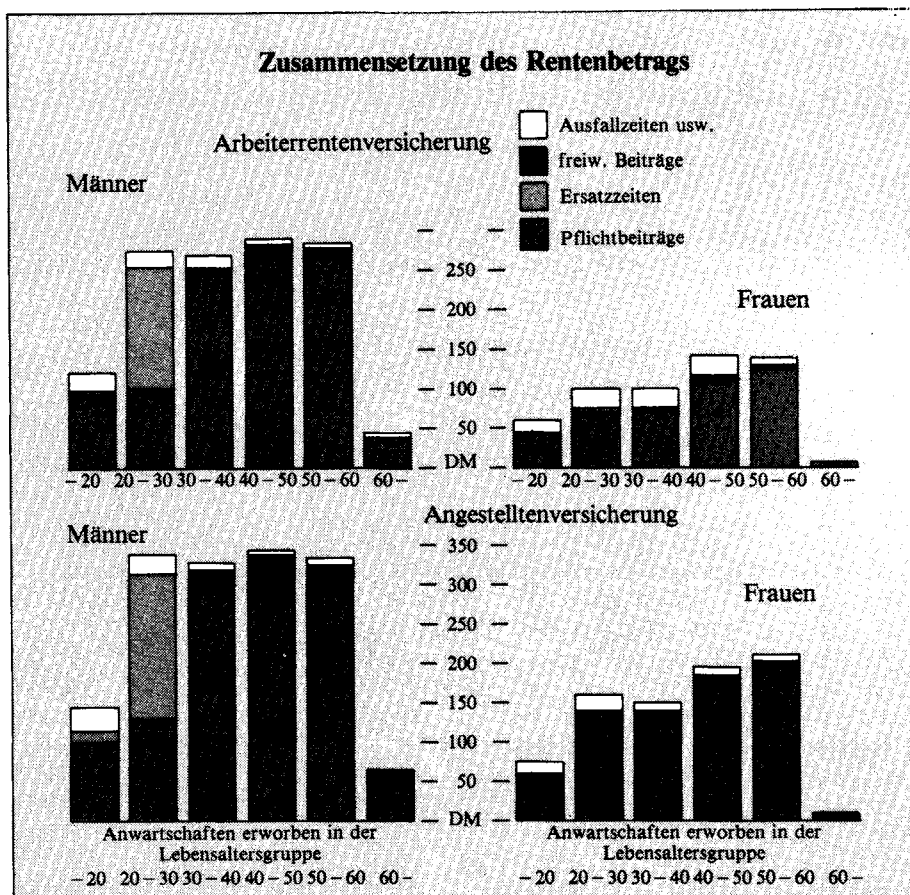
- Legt man die Altersgrenze bei 60 Jahren an, so hat sich der Altersquotient von 29% 1960 auf 36% 1982 erhöht.

- Viel höher als der Altersquotient liegt der Rentnerquotient. Er setzt die Zahl der Rentenbezieher ins Verhältnis zur Zahl der Pflichtversicherten (auf die Unterscheidung von Rentenfall und Rentner(innen) wegen den ca. 1,5 Mio. „Doppelrentenbezieherinnen“ soll hier verzichtet werden). Er stieg im selben Zeitraum von rund 38% auf 52%, d.h. auf einen Versicherten kommen etwa zwei Rentenfälle.

- In den nächsten 15 Jahren wird der Altersquotient in etwa auf derzeitigem Niveau verharren (was die Gemütlichkeit unserer



Latent Versicherte haben zwar früher Versicherungsbeiträge gezahlt, gehen aber derzeit weder einer versicherungspflichtigen Tätigkeit nach, noch beziehen die Rente. Von den weiblichen Versicherten waren am Stichtag 27% latent Versicherte.



Kraft muß auf Maßnahmen zur Erhaltung der Gesundheit bis ins Alter konzentriert werden; daher muß die Verkürzung der Wochenarbeitszeit unbedingten Vorrang haben, weil der Produktion von Invaliden Einhalt geboten werden muß, unter anderem weil der „Rentnerquotient“ wieder an den „Altersquotient“ angenähert werden muß.

Die Grauzonen des Rentensystems

Die Verallgemeinerung der Altersversorgung hat die Differenzierung von Lebensverhältnissen überhaupt erst ermöglicht. Wahr aber bleibt, daß die Altersversorgung das Nachwachsen neuer Generationen erfordert. In unserer heutigen Rentenversicherung ist dieser Zusammenhang insofern verwischt, als Kosten und Arbeit für Kinder keinen Niederschlag finden. Verallgemeinerung der Alterssicherung verlangt auch Verallgemeinerung der Kosten für die Versorgung von Kindern.

Die Einschränkungen, die Eltern gegenüber Kinderlosen abverlangt werden, sind doppelt. Sind die Kinder klein, so verursachen sie erstens Kosten, zweitens verlangen sie Arbeit, die (in der Regel) die Mütter für eine außerhäusliche Arbeit unabkömmlich macht. Später, wenn die Kinder erwachsen sind und unter anderem durch ihre Arbeit die Altersversorgung sichern, dürfen die Eltern – und zwar die Frauen – weniger Rente erwarten als Kinderlose, deren Rentenbiographie keine Lücken aufweist.

Der Sachverhalt selbst ist schon länger bekannt, erst im letzten Jahr aber ist durch Unterstützung der „Deutschen Liga für das Kind“ eine Forschungsarbeit erschienen, die das Problem auch zu quantifizieren versucht. Man mag die Intentionen der Verfasser teilen oder nicht, ihre Ergebnisse verdienen Beachtung.

Die Studie will das Lebensniveau von Eheleuten mit einer unterschiedlichen Zahl von Kindern vergleichbar machen mit dem eines Ehepaares ohne Kinder. Maßstab des Lebensniveaus ist das im gesamten Leben erzielte Einkommen aus Lohn, Sozialleistung und Rente.

Die durchschnittlichen Daten des Jahres 1979 unterstellt, ergibt der Vergleich einen Abfall im Lebensniveau für Eltern gegenüber einem kinderlosen Ehepaar bis zur Hälfte (bei 5 Kindern); die schroffste Stufe ergibt sich mit dem ersten Kind.

Ein Teil dieser Einschränkungen rührt einfach aus den Kosten für die Kinder. Die Autoren zeigen aber, daß der größte Teil des Verlustes an Lebensniveau (2/3) ausschließlich an der Gestaltung der Altersversorgung liegt.

Nun ist auch den Autoren bekannt, daß der starke Abfall des Lebensniveaus von Eltern mit steigender Kinderzahl häufig

In den Schaubildern spiegelt sich der durchschnittliche Lebenslauf der Rentner wider, die 1981 erstmals ein Altersruhegeld erhielten: in welchem ihrer Lebensabschnitte wurden welche Rentenansprüche erworben. In die Ansprüche geht sowohl die jeweilige Versicherungsdauer als auch das relative Einkommen ein. Zur Beurteilung der Lebensläufe der Frauen muß besonders beachtet werden, daß nur Frauen mit eigener Versichertenrente und zwar nur mit Altersruhegeldern erfaßt sind.

Politprofis erklärt), der Rentnerquotient wird sich um leicht 15% erhöhen.

– In den Jahren danach allerdings treten erhebliche Verschiebungen ein. Bei Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklung tritt bis zum Jahr 2035 hinsichtlich des Alters- und des Rentnerquotienten eine Verdopplung der derzeitigen demographischen Belastung der Rentenversicherung ein.

– Wird für die kommenden 15 Jahre ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit derart unterstellt, daß ab dann die Sterbefälle ausgeglichen werden, so wird die demographische Belastung im Jahr 2030 etwa 50% über dem derzeitigen Niveau liegen.

– In beiden Fällen bleibt der Unterschied zwischen Altersquote der über 65jährigen und Rentnerquote bedeutend; in letzterem Fall 34% gegen 79%.

Zwei Punkte sind vor allem beachtenswert. *Erstens* kann angenommen werden, daß die Bevölkerung in den Industriestaaten künftig allenfalls minimal wachsen wird – wengleich derzeit innerhalb der EG lediglich für die BRD und Luxemburg eine Schrumpfung abzusehen ist.

Zweitens scheint mir hinsichtlich einer weiteren Herabsetzung des Rentenalters erhebliche Skepsis geboten. Die Gründe ergeben sich nicht einfach aus Alters- und Rentenquotient und ihrer Differenz – es wäre aber eine Vogel-Strauß-Haltung, ihre Entwicklung nicht zur Kenntnis zu nehmen.

1982 etwa sah es bei den Rentenzugängen so aus: Bei den Frauen war in 51,4% der Fälle Erwerbsunfähigkeit der Rentengrund, 33,4% der Neurentner waren Altersruhegeld für 60jährige Frauen.

Bei den Männern entfielen gut 48% der Zugänge auf Frührenten – vor allem wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit; weitere knapp 17% erhielten ein Altersruhegeld mit 60 Jahren wegen Schwerbehinderung oder Erwerbs- bzw. Berufsunfähigkeit. Nochmals 11% gingen wegen Arbeitslosigkeit vorzeitig in Rente, knapp 13% hatten das eigentliche „flexible“ Altersruhegeld mit 63 Jahren in Anspruch genommen. Die Zugänge wegen Vollendung des 65. Lebensjahres sind bloß noch eine Randerscheinung.

Das alles scheinen Argumente, das normale Rentenalter weiter vorzuziehen, und es ist auch verständlich, daß der Wunsch nach früherer Verrentung in allen Umfragen ganz vorne rangiert. Auch wäre eine solche Arbeitszeitverkürzung am ehesten durchzusetzen, weil sie die Dispositionsfreiheit der Unternehmen am wenigsten einschränkt. Der Weg ist aber letztlich ein Irrweg; die Antwort auf die vorzeitige Ruinierung der Arbeits- und Lebenskraft darf nicht die Forderung nach vorzeitiger Verrentung sein. Wer hier den Hebel zur Arbeitszeitverkürzung ansetzt, hat tatsächlich die menschenfeindlichen Arbeits- und Lebensbedingungen bereits akzeptiert. Alle

Mitmenschlichkeit und Geborgenheit zahlen sich aus . . .



Wie die CDU Mutterschaft

und Familie moralisch auf- und materiell abwertet

Von Cornelia Falter

Die Familie schafft Kultur und ist zugleich ein Produkt der Kultur. Kulturelle Entwicklung, die sich von der Familie löst, entfernt sich von ihrem Ursprung. Härte, Egozentrik und Wildwuchs der modernen Industriegesellschaft sind auch das Ergebnis mangelnder Treue zur Familie. Zurück zur Familie ist also kein Rückmärschbefehl in eine Familienidylle, wie sie sich in der Geschichte immer verschiedenartig ausgeprägt hat, sondern eine Vorwärtsstrategie zurück zur Natur des Menschen . . . Die Fußspuren der Mondfahrer sind längst verweht. Das Nachtgestirn gehört wieder den Liebenden, Ölschock und anhaltende Wirtschafts- und Beschäftigungskrise haben uns auf den Boden des Planeten zurückgeführt. Die Welt ist endlich. Es hat keinen Zweck mehr, alles zu machen, was wir machen können . . .

Der Begriff der Menschlichkeit ist durch einen sentimental Humanismus unterwandert . . . Deshalb sind wir für Mütterlichkeit als Symbolwert der Tugenden einer sanften Gesellschaft, in der jedes Leben aufgehoben ist . . . Mutterarbeit als ‚Leben entwickeln‘ und ‚Zuwendung geben‘ ist daher auch mehr als Erziehungsarbeit und erst recht mehr als Erwerbsarbeit. Die Erwerbsarbeit wird weniger in der Gesellschaft. Wir müssen die Arbeit verteilen . . . Unsere Leistungsgesellschaft ist auf Erwerbsarbeit fixiert als Platzanweiser. Doch

durch Mehrarbeit der Mütter ausgeglichen wird. Zu Recht aber lassen sie dies als Gegenargument nicht gelten, sondern weisen darauf, daß ein solcher Gewinn an wirtschaftlichem Lebensniveau durch Verlust von Freizeit erkauft wird.

Weiterhin könnte eingewandt werden, schließlich finanzierten die Ledigen auch die Witwenrenten. Das Problem aber ist, daß auch die erwerbstätigen Frauen mit Kindern, die ohnehin schon doppelter Arbeitsbelastung ausgesetzt sind, die Altersversorgung der „Hausfrauen-Ehe“ mitfinanzieren.

Richtig ist, daß auf den ersten Blick vermittelt der Hinterbliebenenversorgung die „Hausfrauen-Ehe“ subventioniert wird – auf den zweiten Blick besteht aber die eigentliche Undurchsichtigkeit darin, daß dies ganz unabhängig davon ist, ob die Hausfrau notwendige Arbeit verrichtet hat oder bloß des Gatten gesellschaftlichen und geselligen Verpflichtungen Genüge tat.

Und entgegen allen Gerüchten entscheidet immer noch vornehmlich die Höhe des Einkommens über die Erwerbstätigkeit der Frau. So liegt in den Nettoeinkommensklassen unter 1250 DM die Erwerbsquote von Müttern mit drei und mehr Kindern höher als die kinderloser Ehefrauen in der

höchsten Einkommensklasse. Die Hausfrauen-Ehe ist tendenziell die reichere.

Die Sache kann auch von der benachteiligten Stellung der Frauen in der Rentenversicherung her aufgerollt werden. Im Erwerbsalter abhängig vom Einkommen des Ehemannes, bleiben sie im Alter abhängig von den Rentenansprüchen des Ehepartners, weil sie zeitweise „bloß“ als Hausfrau gearbeitet haben.

Alles verlangt nach einer Lösung, die auf eigenständigen Rentenansprüchen, entsprechend dem Beitrag zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit, aufbaut. Konkrete Modelle in diese Richtung sind bereits in der Diskussion; einerseits müßten Erziehungszeiten anerkannt werden, andererseits müßten Nur-Hausfrauen auch Beiträge entrichten. In der genauen Ausgestaltung gibt es da erheblichen Spielraum, wichtig wäre die Festlegung einsichtiger Prinzipien.

Gegen die Anerkennung von Erziehungszeiten wird immer wieder ins Feld geführt, damit würden die Frauen von der Erwerbstätigkeit geradezu ferngehalten, während ein „offensives“ Konzept die Erwerbstätigkeit der Frau zum Ausgangspunkt der Alterssicherung nehmen müßte. Aber selbst, wer das Konzept „Emanzipation durch Er-

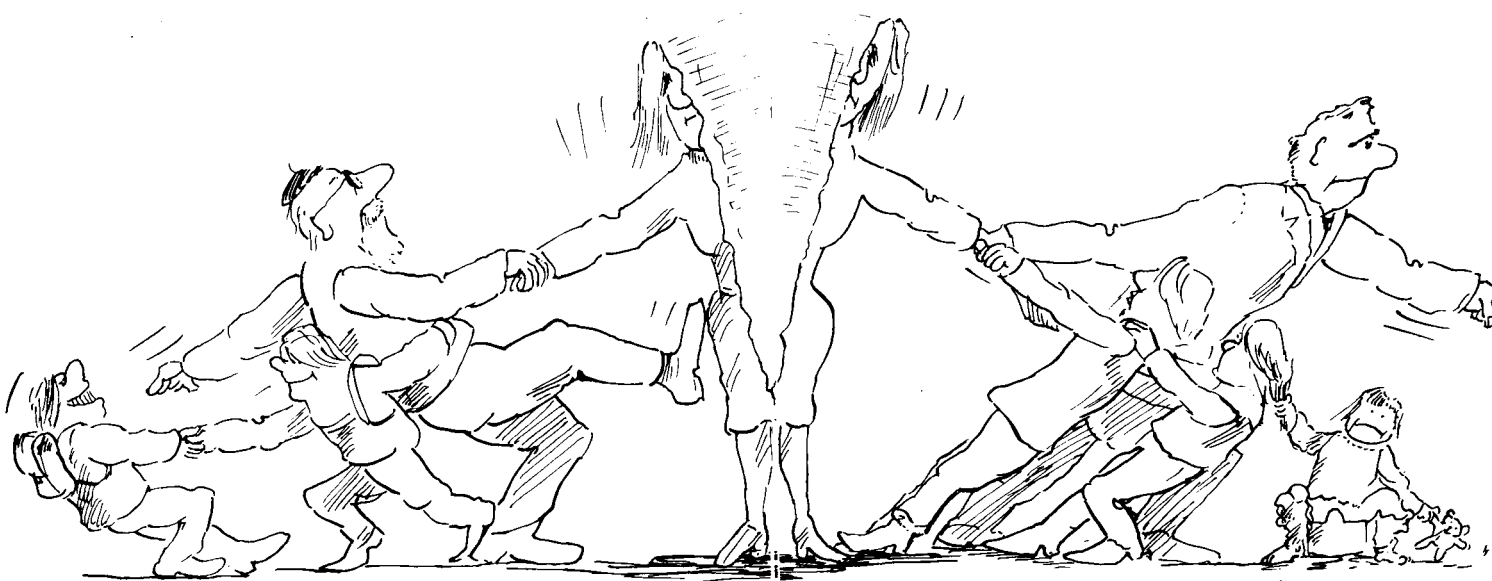
werbstätigkeit“ teilt, kann sich nicht um das Problem der Anerkennung häuslicher Arbeit drücken.

Ein großer Schnitt

Die Gestaltung der Altersversorgung übt weitreichenden Einfluß aus, weit über die Rentner hinaus. So ist etwa der Erwerb von Rentenansprüchen ein häufig genannter Grund für die Erwerbstätigkeit von Frauen. Die Bundesregierung sucht sich gegenwärtig durch ablenkende Paukenschläge der '84er-Reform zu entziehen, eine viel grundlegendere Reform ist aber notwendig.

Von verschiedenen Seiten wird immer wieder gesagt, eine solche grundlegende Veränderung sei nicht finanzierbar. Doch sachlich verbirgt sich dahinter bloß, daß eine Unmasse gesellschaftlicher Arbeit in den Einkommensbeziehungen nicht auftaucht. Die Arbeit selbst muß dennoch gemacht werden, ihre Anerkennung bedeutet natürlich eine Umwälzung.

Die anderen Probleme sind im großen und ganzen Folgen der bereits skizzierten: Einbeziehung der Betriebsrente in die Gesamtversorgung, Anhebung statt Senkung des Rentenniveaus, Ausgleich der schroffen Unterschiede bei der Rentenhöhe, Mindestversorgung. □



ZWISCHEN BERUF UND FAMILIE

Binks

angesichts der quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Erwerbsarbeit wachsen Zweifel an ihrer alleinseligmachenden Wirkung, beginnt die Suche nach Selbstverwirklichung durch Arbeit in anderen, dem Menschen oft näherstehenden Formen. Humanisierung ist also mehr als saubere Hände und gesunde Verhältnisse am Arbeitsplatz. Zur Humanisierung der Arbeit gehört auch, daß eine Frau nicht aus finanziellen oder Prestige Gründen zur Erwerbsarbeit genötigt wird. Nicht die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau, wohl aber die Ideologie, daß sie sich nur in der Erwerbsarbeit entwickelt, steht zur Debatte ...". Dies schreibt ein Lutz Esser im Nachwort zu den Leitsätzen der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, die im Herbst 1981 unter

dem Titel „Die sanfte Macht der Familie“ verabschiedet worden sind.

Ist das nicht schön, wie hier auf der Klaviatur der gestörten zwischenmenschlichen Beziehungen und des Unbehagens an den Auswüchsen der „Industriegesellschaft“, den unmenschlichen Arbeitsbedingungen, der zunehmenden Sinnentleerung der Arbeit im Produktionsprozeß und gerade der schlechten Erfahrungen der Frauen auf dem weiblichen Teilarbeitsmarkt bei unverständlicher Doppel- und Dreifachbelastung gespielt wird? Jedenfalls mehr als pure propagandistische Verpackung einer konservativen Politik, der es nur die Maske von der Fratze zu reißen gelte – und die Trümmerfrau, die Adenauer wählt, guckt hervor. Nein, viel deutlicher als es die Ghostwriter von Helmut II. in Regierungserklärung und Parteitagreden sich leisten konnten (wegen des begrenzten finanziellen Rahmens halt), vermitteln solche (Aus-)Sprüche, wie es die CDU geschafft hat und schafft, „anzukommen“ bei den Leuten, gerade bei den sogenannten einfachen. Dumm wär's, das für dumm zu halten.

Das Menschliche, das Mütterliche sollen auch Väter erwerben. Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit sind natürlich in erster Linie gedacht, die „Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern“, aber: „Teilzeitarbeit kann auch für Männer attraktiv werden.“ (Kohl in der Regierungserklärung) Mehr Anerkennung für die Tätigkeit im Haus und für die Kinder, ihre Gleichwertigkeit mit „außerhäuslicher Erwerbstätigkeit“ in einem kinderfreundlichen Land, wo nicht nur für die Familie, sondern auch für Alleinerziehende gilt: Wer Kinder hat, soll weniger Steuern zahlen als derjenige, der keine Kinder hat – Versatzstücke der „geistig moralischen Erneuerung“. Geistig moralisch, denn Münze gibt's erst, wenn „die Finanzlage es zuläßt“ (ebendort). Diese Sorte Konservatismus, der sich anschickt, die Mobilisierung sämtlicher Investitionsreserven auf Kosten der „Arbeitsplatzbesitzer“ wie erst recht der Ausgesteuerten mit den vielfach erst jüngst entdeckten und im Kampf gegen die drohende Apokalypse gern beschworenen

Werten des (Leben-)Bewahrenden, des Miteinanderfühlers, der Solidarität zu verknüpfen, ist schon was anderes als das ärmelaufkremelnde Ethos der Wirtschaftswunderära – und ist so sehr Gefahr wie Betrug. Dem soll am Beispiel der konservativen Sicht und Behandlung der Kleinkinderziehung nachgegangen werden.

Die CDU geht davon aus, daß die Familie die erste und wichtigste Erziehungsgemeinschaft für das Kind ist. „Jedes Kind hat ein Recht auf seine Familie, auf persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe der Eltern, denn die Entwicklung des Sprach- und Denkvermögens, personale Eigenständigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit, Wert- und Verantwortungsbewußtsein hängen wesentlich von der Erziehung in der Familie ab“, heißt es im Grundsatzprogramm von 1978, und weiter wird – fernab von vielen positiven sozialen Erfahrungen, die Kleinkinder machen können, wenn sie schon früh eine gewisse Zeit des Tages mit anderen zusammen sind (Kinderbewahranstalten oder -heime sind hier nicht gemeint) – behauptet: „Diese Zuwendung kann den Kindern meist nur dadurch gegeben werden, daß die Mutter in den ersten Lebensjahren ihres Kindes auf die Ausübung eines Erwerbsberufes verzichtet.“ Deshalb und weil „Kindererziehung auch gesellschaftlich eine hoch zu veranschlagende Leistung ist“, müsse die schwere Benachteiligung der nicht erwerbstätigen Hausfrauen und Mütter, auch der selbständigen und im Familienbetrieb mithelfenden Frauen, durch ein Erziehungsgeld beseitigt werden, das bis zum 4. Geburtstag des Kindes gezahlt wird, „wenn Mutter oder Vater in dieser Zeit nicht erwerbstätig sind“. Mutterschaftsurlaub und -geld für Arbeitnehmerinnen, die am 1. Juli 1979 eingeführt wurden – „ein falscher Weg“ – stehen damit zur Disposition.

So wundert es nicht, daß sich die christliche Regierung gleich munter daran macht, die Bevorzugung der erwerbstätigen Mütter durch die Kürzung des Mutterschaftsurlaubs von vier auf drei Monate und die Senkung der Leistung von 25 auf 20 Mark pro



Tag (600 statt 750 Mark pro Monat) einzudämmen. (Die Sozialausschüsse wollen „nur“ die Zahlung auf 450 Mark kürzen und die Dauer unverändert lassen.) Und das Erziehungsgeld, das Zuckerle? Später, viel später ... wenn die Finanzlage es zuläßt. *Herauskommt, daß die doch als so wichtig erachtete gesellschaftliche Aufgabe der Kindererziehung geringer statt höher bewertet wird.* Schließlich läßt sich in Zeiten so hoher Frauenarbeitslosigkeit auch auf den Köder, mit dem der Arbeitsmarkt entlastet werden sollte, leichter verzichten.

Die Arbeit der Kinderbetreuung fällt trotzdem an. Allen großmäglichen Tarnungen zum Trotz bleibt, was Folge der kapitalistischen Trennung von Produktion und Reproduktion ist, ein „Frauenproblem“: die Vereinbarkeit von Kindererziehung und materiell ausreichender Sicherung. Mann fällt zurück noch hinter die unter sozialdemokratischer Regie (bei entsprechender Wirtschaftslage) durchgesetzte bürokratische Form der Vergesellschaftung tatsächlich gesellschaftlicher Aufgaben. Das Erziehungsgeld, was nun noch nicht mal gezahlt wird, sollte „Kinderkrippen und deren weiteren Ausbau überflüssig machen ... und zu erheblichen Einsparungen bei Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz“ führen. *Private is beautiful* – aber

„menschlich“ und „sozial“? „Opferbereitschaft“ vor allem der dazu qua Sozialisation und Suggestion eh prädestinierten Frauen ist vielmehr oberstes Lernziel. Noch klarer wird so herum, was mit dem „Symbolwert Mütterlichkeit“ gemeint ist.

Um die Entlastung des Arbeitsmarktes war es allerdings auch den Sozialliberalen gegangen, als sie vor vier Jahren den Mutterschaftsurlaub im Anschluß an die Mutterschutzfrist eingeführt haben, nicht etwa um die Umsetzung z.B. der SPD-Parteitagsbeschlüsse von 1977. Dort war die Einführung eines Elternurlaubs vor allem für gering verdienende Eltern und Alleinerziehende für dringlich gehalten worden. Gefordert wurde eine Regelung, die mindestens bis zum 18. Lebensmonat des Kindes, langfristig jedoch bis zum 3. Lebensjahr geht. Der Anspruch sollte zwischen den Eltern aufgeteilt werden können. Soziale Absicherung, die Rückkehr ins Erwerbsleben ohne unzumutbare Nachteile sollten garantiert werden. So sollte jedoch nicht einfach die Nachfrage nach Betreuungseinrichtungen begrenzt werden, vielmehr wurden auch flankierende Maßnahmen wie Krippen, neue Formen der Tagespflege, Möglichkeiten von familienangepaßter Arbeitszeit und der Ausbau des Freistellungsanspruchs zur Pflege kranker Kinder begrün-

det und konkretisiert. – Nichts davon fand sich im Gesetz über den Mutterschaftsurlaub. Durch eine gesundheitspolitische Begründung bleiben Väter (und Adoptivmütter) ausgeschlossen. Sicher spricht viel für eine solche Erholung für die leibliche Mutter, doch schließt das die Wahlmöglichkeit nicht aus. Ein wenig wäre damit auch der rechtsliberalen Argumentation, der Mutterschaftsurlaub diskriminiere die Frauen – wie andere Schutzrechte auch – auf dem Arbeitsmarkt und stehe der Gleichstellung entgegen, der Wind aus den Segeln genommen. Die Hamburger Gesetzesinitiative zum jetzigen Zeitpunkt, die die Ausdehnung der bestehenden Regelung auf den – mit der Mutter verheirateten – Vater forderte und die natürlich, weil „aus familienpolitischen Gründen nicht zu rechtfertigen“, bei den Christdemokraten keinerlei Chance hat, ist vielleicht geeignet, die Sache im Gespräch zu halten, tatsächlich eher ein Flop.

Denn schon die alte Regierung hatte die Streichung des Mutterschaftsurlaubsgeldes erwogen und die Bedingungen und die Finanzierung aus Steuermitteln beschnitten: Mit der Operation '82 war die „Mißbrauchsmöglichkeit“, noch nach Eintreten der Schwangerschaft ein Arbeitsverhältnis einzugehen, beseitigt worden durch die Bindung des Anspruchs an ein mindestens neunmonatiges Beschäftigungsverhältnis vor der Entbindung; die Sozialversicherungsbeiträge trägt seitdem auch nicht mehr der Staat, sondern die Solidargemeinschaft; in der Rentenversicherung werden seit 1.1.1982 Mutterschaftsurlaubszeiten nur noch als Ausfallzeiten angerechnet, während sie vorher als echte Beitragszeiten zur Erreichung der Wartezeit (15 Jahre) zählten; und der „Mißbrauch“ durch arbeitslose junge Mütter, die per Arbeitsförderungsgesetz einen „verlängerten Mutterschutzurlaub“ nahmen, indem sie nach Ablauf weiter arbeitslos gemeldet blieben (worauf in der SPD beharrlich hingewiesen wurde), ist sowieso ein Hohn angesichts der Praxis der Arbeitsämter, die gerade gegenüber Müttern das Kriterium der Verfügbarkeit (wer betreut die Kinder?) äußerst restriktiv anwenden.

Wie wirkt sich nun der CDU-Plan für die Frauen und die Familien aus? Betroffen sind viele. Ein Jahr nach Einführung des Mutterschaftsurlaubs nahmen ihn 88% der Mütter, 1981 schon 95% in Anspruch, trotz der keineswegs fürstlichen Lohnausgleichszahlung. Knapp die Hälfte der Mütter kehrte danach wieder in den Beruf zurück. Das entspricht nicht ganz dem Anteil derer, die nach einer Erhebung des Deutschen Jugendinstituts mit der Dauer der (noch) bestehenden Regelung in etwa zufrieden sind.



Die Familienideologie der CDU kommt da natürlich in Widersprüche, wenn kinderreiche Familien weniger entlastet werden, wenn sie auf ihre „Eigenverantwortung“ zurückgeworfen werden.

Mutterschafts- und Elternurlaubsmaßnahmen in anderen europäischen Ländern

Die beste bestehende Lösung wird in Schweden praktiziert. In Schweden gibt es ein Elternurlaubsgesetz und eine Elternschaftsversicherung im Sozialversicherungssystem, aus dem der Elternurlaub bezahlt wird.

Voraussetzung für die Inanspruchnahme des Elternurlaubs ist eine Beschäftigungszeit von 6 Monaten beim gleichen Arbeitgeber oder eine Erwerbstätigkeit von 12 Monaten in den letzten zwei Jahren.

Es gibt einmal den Elternurlaub bei Geburt eines Kindes, der für beide Eltern zusammen maximal 180 Tage beträgt und mit 90% des Bruttolohns bezahlt wird, allerdings müssen davon noch Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge entrichtet werden. Dieser Urlaub wurde in 97% der Fälle voll in Anspruch genommen.

Weiter gibt es den besonderen Elternurlaub, der im Anschluß an den Elternurlaub bei Geburt eines Kindes gewährt wird, allerdings auch später genommen werden kann, bis das Kind 8 Jahre alt ist. Die Dauer beträgt nochmal maximal 180 Tage, wovon die letzten 90 Tage allerdings nur mit dem Mindestsatz der Elternversicherung bezahlt werden. Diese Freistellung von der Arbeit kann auch als Arbeitszeitreduktion genommen werden, so daß die 180 Tage in halbe oder dreiviertel Tage aufgeteilt werden.

Bis das Kind 18 Monate alt ist, haben die Eltern das Recht auf unbezahlte Freistellung mit anschließender Weiterbeschäftigungsgarantie. Der Begriff Eltern umfaßt in Schweden Adoptiv- und Pflegeeltern und auch unverheiratete Paare.

DDR: Der Mutterschaftsurlaub in der DDR beträgt 26 Wochen, davon 20 Wochen nach der Geburt des Kindes, für diese Zeit besteht ein Anspruch auf Leistungen in Höhe des letzten durchschnittlichen Nettoverdienstes. Nach Ablauf der 26 Wochen können sich die Mütter für das zweite und jedes weitere Kind bis zum

Ende des ersten Lebensjahres freistellen lassen und bekommen dafür Mütterunterstützung in Höhe des Krankengeldes, das die Mutter nach siebenwöchiger Arbeitsunfähigkeit erhalten würde. Alleinstehende Mütter, die nach diesem Mutterschaftsurlaub keinen Krippenplatz haben, erhalten weiterhin dieses Krankengeld.

Zur Geburt eines Kindes zahlt der Staat 1000 Mark; zinslose Kredite, die junge Eheleute bekommen, werden bei der Geburt eines Kindes teilweise erlassen.

Nachdem die Geburten aufgrund der hohen Erwerbsquote der Frauen stark zurückgegangen waren, erhöhte sich die Geburtenrate durch die sozialpolitischen Maßnahmen von 1974 bis 1976 um 30%.

Österreich: Ein Jahr Karenzurlaub mit Arbeitsplatzgarantie, 3200 Schilling Karenzgeld für verheiratete Mütter, 4800 Schilling für alleinerziehende. Das Karenzgeld ist eine Leistung der Arbeitslosenversicherung, es liegt weit unter dem Durchschnittslohn. Der Karenzurlaub wurde 1957 eingeführt, das Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung ist sehr schlecht, und Österreich braucht für den großen Dienstleistungsbereich viele weibliche Arbeitskräfte.

Großbritannien: Erst seit 1975 gibt es gesetzliche Mutterschutzregelungen wie Kündigungsschutz für Schwangere und bezahlten Mutterschaftsurlaub. Voraussetzung für die Leistungen ist, daß die Frauen zwei Jahre ununterbrochen beim selben Arbeitgeber beschäftigt waren und mindestens 16 Stunden pro Woche gearbeitet haben oder, wenn sie weniger gearbeitet haben, eine fünfjährige Betriebszugehörigkeit. Es wird ein 40wöchiger Mutterschaftsurlaub (11 Wochen vor dem erwarteten Geburtstermin) gewährt, von denen maximal 17 Wochen bezahlt werden. Die Zahlung gliedert sich in Mutterschaftsunterstützung aus der Sozialversicherung für 11 Wochen vor und 6 Wochen nach der Geburt. Die Unterstützung

besteht aus einem Sockelbetrag von 22,5 Pfund pro Woche plus einem Zuschlag von 0,8 Pfund pro Kind. Der Arbeitgeber zahlt dann noch ein Mutterschaftsgeld, das den Sockelbetrag der Mutterschaftsunterstützung auf 90% des letzten Bruttoverdienstes aufstockt, allerdings nur für 6 Wochen.

1980 erhielten nur 1,9% aller berechtigten Frauen Mutterschaftsgeld, und lediglich 0,3% nahmen den Mutterschaftsurlaub wahr.

Neben den gesetzlichen Maßnahmen gibt es noch einzeltarifvertragliche Regelungen (z.B. Mutterschaftsurlaub von 12 Monaten) und Sonderleistungen von großen Unternehmen sowie im öffentlichen Dienst.

Frankreich: Beschäftigungsverbot 6 Wochen vor und 10 Wochen nach der Geburt, die Zeit wird von der Krankenversicherung mit 90% des sozialversicherungspflichtigen Einkommens bezahlt. In manchen Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen werden zusätzliche Regelungen festgelegt (finanzielle Zusatzleistungen, kürzere tägliche Arbeitszeit etc.). Für erwerbstätige Frauen gibt es auch einen zehnwöchigen Adoptionsurlaub, der bezahlt wird wie der Mutterschaftsurlaub.

Im Anschluß an den Mutterschaftsurlaub können die Frauen einen maximal zweijährigen unbezahlten Erziehungsurlaub nehmen, wenn sie in einem Betrieb mit über hundert Beschäftigten arbeiten und dort mindestens ein Jahr angestellt waren. Nach dem Erziehungsurlaub besteht ein Anrecht, aber keine Garantie auf Weiterbeschäftigung.

Luise Wagner

Dies ist aufgrund des Platzmangels nur ein grober Überblick; für Interessierte: DJI Materialien – Ergebnisse der europäischen Vergleichsstudie zu Mutterschaftsurlaubs- und Elternurlaubsmaßnahmen in Finnland, Österreich, Schweden, Ungarn und der BRD, München 1982

IIMV / Arbeitsmarktpolitik-Wissenschaftszentrum Berlin: Maßnahmen zugunsten einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, November 1982

Die finanzielle Absicherung wird von etwas weniger als der Hälfte als ausreichend betrachtet. Für 43% der Mütter sind Geld und Arbeitsplatzgarantie gleich wichtig, und auch der Weiterführung der Sozialversicherung, besonders der Rentenversicherung, wird große Bedeutung beigemessen.

Demgegenüber stehen die Erfahrungen mit den CDU-Modellversuchen mit einem Erziehungsgeld in Baden-Württemberg und Niedersachsen. Das Fehlen eines Kündigungsschutzes war ein Hauptgrund für die Nichtwahrnehmung des angebotenen Erziehungsgeldes (bis zu 850 DM für Alleinstehende für die Dauer eines bzw. von eineinhalb Jahren). Die Sicherung des Rentenanspruchs, so wichtig sie ist, reicht aus nahe liegenden Gründen nicht aus – darauf liefen aber die noch in der Endphase der sozialliberalen Regierung vertretenen Modelle eines – unbezahlten – Elternurlaubs im Anschluß an den Mutterschaftsurlaub hinaus.

Doch scheint der Streit um Elternurlaubsmodelle im Moment eher ein theoretischer, verdienen die im CDU-Spektrum ventilerten Vorschläge zur Ausweitung von Teilzeitarbeit mehr Beachtung. Tatsache ist, daß viele Frauen, als deren Problem die Versorgung der Kinder ja immer noch wesentlich begriffen wird, auf diesem Weg versuchen, Erwerbstätigkeit und die Bedürfnisse des Kindes unter einen Hut zu kriegen – mit entsprechenden Lohn einbußen. Am schwersten fällt das bekanntlich alleinerziehenden Müttern; doch der Anteil sogenannter Halbfamilien steigt. 1979 waren es 11% aller Haushalte mit Kindern (1,5 Millionen), davon hatten 1,3 Millionen einen „weiblichen Haushaltsvorstand“. 63% dieser Frauen waren erwerbstätig. Rund 8% oder 100000 solcher Halbfamilien verfügten über ein monatliches Einkommen von weniger als 1000 Mark. Diese Gruppe und die Familien mit geringen Einkommen werden in der ganzen Teilzeitarbeit- und

Job-sharing-Diskussion regelmäßig nicht beachtet. Was können sie noch teilen?

Sollten sich tatsächlich unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr Frauen und auch Männer gezwungen sehen, von der Möglichkeit der „individuellen Arbeitszeitflexibilisierung“ auf der Ebene des Einzelvertrags Gebrauch zu machen (wie das beispielsweise die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU auf ihrem 2. Frauenkongreß im letzten November propagiert hat), so würde das einmal die Grenzen des Arbeitstages noch weiter aufweichen und zudem einige Hürden mehr im Kampf um die 35-Stunden-Woche und mehr noch um „familiengerechte Arbeitszeiten“ unter dieser Marke bedeuten. Das aber sind dringliche Ziele, um Müttern und Vätern – und anderen Menschen auch – mehr Zeit für Kinder und Spielraum auch für Mitwirkung und Kooperation in kommunalen oder freien Erziehungseinrichtungen zu verschaffen. □

Bei den Grünen kommt eine spannende Diskussion in Gang

Es ist unzweifelhaft, daß der größte Teil der Wähler der Grünen bei den Wahlen im März die „Wende“ verhindern wollte. Der Wahlsieg der CDU/CSU mußte also eine ideologische und politische Krise unter den Wählern der Grünen hervorrufen. Die grüne Partei hätte sich darüber hinwegtrösten können. Immerhin haben die Wähler die Grünen ins Parlament gebracht. Es ist ein gutes Zeichen, daß das nicht der Fall ist und daß die Grünen bereits jetzt zu diskutieren beginnen, welche strategischen Konsequenzen aus dem Wahlsieg der CDU/CSU zu ziehen sind, und nicht erst in vier Jahren.

Vor allem Bahro hat diese Diskussion erzwungen. Mit der Bundeskonferenz wurde sie öffentlich. Bahros Fragestellung lautet: Die neue Regierung kann sich auf ein breites konservatives Potential stützen, wie kommen wir an die Menschen heran, auf die sich die CDU/CSU stützt und wie können wir sie für unsere Sache gewinnen? Gegen die Fragestellung kann man nichts einwenden. Sie muß sogar sein. Rainer Trampert schien in seiner Rede auf der Bundeskonferenz noch nicht mal die Fragestellung begriffen zu haben. Die unausgesprochene Denkfigur ist: Über die Radikalisierung der Abwehrkämpfe, in denen wir partiell mit der Sozialdemokratie zusammengehen, werden wir der SPD und die SPD der CDU Kräfte abziehen, und beides zusammen wird die neue Mehrheit ergeben. Eins der Probleme ist dabei, daß die ganze Strategie damit von der SPD abhängig wird: Kann es ihr gelingen, Kräfte von der CDU abzuziehen? Da das der SPD keinesfalls im nennenswerten Umfang gelingen wird, ist dieser Kurs zum Scheitern verurteilt.

Das Gefährliche an Bahros Überlegungen ist, daß sie rein intuitiv sind und fast jeder Analyse entbehren. Das fängt damit an, daß mit Begriffen wie „konservativ“ heillos herumgeführt wird. So ist seine Prämisse:

„Wenn wir die Veränderungen in der Außenwelt erreichen wollen, die uns das Überleben sichern, dann muß es bis zum Jahr 2000 zu unserer Annahme durch die Mehrheit der Gesellschaft, zu ihrer Versöhnung mit uns kommen. Und unsere Versöhnung mit ihr wird der Schlüssel sein. Daß diese Mehrheit konservativ ist, lebenskonservativ, wie wir bei dieser Wahl gesehen haben, das steht dem nicht so sehr entgegen wie wir denken. Sie müssen uns nicht alles mögliche bestreiten, sie müssen uns etwas aufbauen sehen!“

Was sie „uns“ aufbauen sehen sollen, sind die 3000-Seelen-Gemeinden. Das wäre nochmal ein eigenes Kapitel. Der Wurm liegt aber schon in der „Analyse“. In dem kleinen Wortspiel „konservativ / lebenskonservativ“ steckt die ganze analytische Misere. Setzen wir konservativ gleich lebenskonservativ, d.h. lebenserhaltend, dann ist es in der Ideologie mit wenigen Ausnahmen jeder und keiner. Das Leben ist ja auch nicht so nackt. Welche Lebensform soll also erhalten bleiben und für wen? Welches Leben lassen die herrschenden gesellschaftlichen Zustände überhaupt zu? Wer das „gute Leben“ erkämpfen will, weil es so nicht weitergehen kann und sich so nicht leben läßt, wäre der „lebenskonservativ“ oder revolutionär oder beides? Wer die herrschenden Verhältnisse aufrechterhalten will, auch wenn sie die Lebensbedingungen untergraben, wäre der konservativ oder reaktionär oder beides? Auch so was wäre zu klären, und zwar begrifflich, das heißt so, daß man mit den Worten ein Stück Wirklichkeit, soziale und politische Strömungen begreift. Bahro schließt mit seiner Gleichsetzung von konservativ und lebenskonservativ, was sich gegenseitig interpretieren soll, jedes Begreifen aus. Das hat strategische und politische Folgen:

„Ich finde die Hoffnung nicht ganz unbegründet, daß die Stimmungswelle, die die CDU an die Regierung gebracht hat, sie auch auf den Sand setzen wird. Die konservativen Wähler wollten jetzt nicht unbedingt, aber den Auftrag, den sie wirklich erteilt haben, der besteht darin, das Zerbröckeln, den Zerfall des ganzen Modells aufzuhalten. Daran wird die CDU scheitern und dann werden sich viele erneut nach einer Alternative umsehen.“

Die mangelnde Begrifflichkeit holt Bahro ein. Konservativ ist also jetzt Erhaltung des „ganzen Modells“, von dem die Grünen ja zu Recht behaupten, daß es Mensch und Natur in ihren Lebensbedingungen untergräbt. Woher aber dann die Zuversicht, daß nach einem Scheitern der CDU/CSU (bei der Erhaltung des „ganzen Modells“) muß sie nicht unbedingt scheitern!) sich diese „konservativen Wähler“ nicht nach einer „Alternative“ der Erhaltung des Modells umsehen, sondern nach einem alternativen Leben, auf das es Bahro doch ankommt?

Es scheint mir völlig nutzlos zu sein, alle Wähler der Regierungskoalition und noch eine ganze Menge Menschen dazu über den Leisten „konservativ“ zu schlagen und konservativ dann als lebenskon-

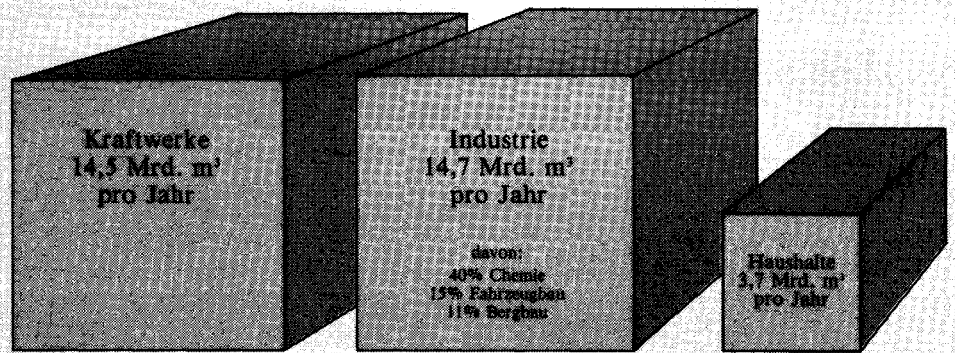
servativ auszugeben. Wer will nicht leben und das auch noch gut und glücklich? Über welche objektiven und subjektiven Bedingungen aber führt das zur Wahl der CDU/CSU? Ist sie überhaupt einfach als konservative Partei gewählt worden und nützt es dann ohne weiteres, zu entlarven, daß sie in Wirklichkeit gar nicht konservativ sei? Hat es Sinn, die verschiedenen politischen Generationen von CDU-Wählern über den einen Kamm konservativ scheren zu wollen und sie dann global durch Ansprache der Grünen als den wahren Konservativen gewinnen zu wollen, statt die Bruchlinien zu suchen und politische Prioritäten zu setzen, etwa bei der Jugend und den Frauen? Wird solche „Versöhnung“, das heißt begriffsloses Herumfuhrwerken, was bringen können? Und was soll das Gerede – mehr ist es vorläufig nicht – das Links-Rechts-Schema sei überholt? Kategorien wie Glück, Liebe, Zärtlichkeit, Glaube etc. liegen nicht jenseits dieses Schemas, sondern diesseits, sind nun mal keine politischen Kategorien, sind, von mir aus, anthropologische Grundkategorien. Politik, linke und rechte, ist keine anthroposophische Kategorie. Wenn die Kategorien links und rechts ihren konkreten Inhalt ändern, hören sie deshalb nicht einfach auf fortzuwirken, weil es Politik halt noch geben wird, solange es Unterdrückte und Unterdrückende gibt und nicht bloß Menschen, die Liebe etc.

Von letzterem spricht Kohl reichlich, aber deshalb bleibt er doch ein Politiker des Kapitals und reaktionär (nicht bloß konservativ) gegenüber den selbständigen Bewegungen und ihren Bestrebungen. Dennoch hat er, wie ein Teil seiner Partei, ein besseres Gespür dafür, woran sich diese Bewegungen denn eigentlich entzündeten. Das ist einer der Gründe, warum er ihnen in der Breite viel besser demagogisch kommen kann als die SPD, die lange gar nicht begriff, was eigentlich an dem „Modell Deutschland“ noch stören könnte. Die CDU/CSU ist gerade deshalb die dem Kapital jetzt angemessene Partei, weil sie auch angemessener auf bestimmte Motive innerhalb der Bewegung einzugehen in der Lage ist, so wie seinerzeit die SPD während und nach der 68er Bewegung. Noch ist diese Regierung und die ganze Konstellation, aus der sie entspringt, der Linken (d.h. den Kräften, die politisch für Emanzipation eintreten) weitgehend ein Rätsel geblieben. Auch Bahro hat sie nicht enträtselt, sondern das Problem bloß als gordischen Knoten behandelt.

Joscha Schmierer

85% des Wassers verbrauchen Kraftwerke und Industrie

Wer weiß schon, daß bei der Produktion eines Autos 380000 Liter Wasser verbraucht werden? Auch den Wasserkreislauf hat die Industrie fest in den Griff bekommen und beutet diese natürliche Grundlage allen Lebens rücksichtslos aus. Vom 2. bis 8. Oktober wird in Rotterdam das *Internationale Wassertribunal* stattfinden, das vor einer mit Fachleuten besetzten internationalen Jury exemplarische Fälle von Gewässerverschmutzung in Europa und Übersee verhandelt wird. Über 65 europäische Naturschutz- und Umweltverbände unterstützen das Tribunal; sie haben mit der Vorbereitung begonnen. – Kontaktadresse: Ak Wasser im BBU, Bahnhofstraße 7, 6521 Dorn-Dürkheim; F: 06733 / 1569



Schweinefleisch-Qualität unter aller Sau

Schlechter als bisher befürchtet sei die Qualität des Schweinefleisches, sagt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher in Bonn. Das Urteil stützt sich auf eine monatelang unter Verschluss gehaltene Untersuchung der Bundesanstalt für Fleischforschung. Aus dieser geht hervor, daß etwa die Hälfte des Frischfleischangebots von stoffwechselgeschädigten Tieren stammt. Der Anteil an blassem, weichem und wäßrigem Fleisch betrage in der Handelsklasse Extra 56%, in der Klasse I 42% und in Handelsklasse II 22%. Schon Ende vorigen Jahres war die Studie der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft und dem Bauernverband zugänglich gemacht worden. Die Verbraucherorganisation wendet sich auch gegen die ständig wiederholte Behauptung, die Verbraucher seien mit ihrem Wunsch nach magerem Fleisch selbst schuld an der Schweinerei. Mager und gesund sei in der Schweinemast keineswegs ein Gegensatz, bloß blieben entsprechende Warnungen seit zehn Jahren unbeachtet. □

Alle reden von Arbeitslosigkeit, die Regierung Kohl handelt

Seit die Regierung Kohl, in Tradition ihrer Vorgängerin, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aufs Papier geschrieben hat, ist Gefahr im Verzug – vor allem für Arbeitslose. Wenn schon die Arbeitslosigkeit auf absehbare Zeit mit den Regierungskonzepten

nicht zu beseitigen ist – eine interne, „vertrauliche“ Studie von Lambsdorffs Wirtschaftsministerium rechnet bis 1990 unter günstigen Umständen mit einer ununterbrochenen Zunahme der Ausgemusterten auf 3,1 Millionen – sollen wenigstens die Kosten gesenkt werden, die Arbeitslose verursachen. Doch nicht mit dem eisernen Besen wird gekehrt, nein, den Arbeitslosen wird mit Gespür in die Tasche gegriffen. Nur wer keine Kinder hat, wird sich künftig mit 63% statt 68% von netto beim Arbeitslosengeld und mit 56% statt 58% bei der Arbeitslosenhilfe begnügen müssen.

Seit es der DGB hat ausrechnen lassen, wissen wir, daß auch die jetzigen 68 bzw. 58% nur auf dem Papier stehen – durch Nichtberücksichtigung diverser Lohnanteile ist der Satz längst auf 60 bzw. 50% heruntergedrückt. Und nach dem neuen Schnitt wird das Arbeitslosengeld für Lohnabhängige ohne Kinder tatsächlich auf etwa 55% und die Arbeitslosenhilfe auf weit unter 50% des letzten Nettoeinkommens sinken.

Weshalb gerade in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit den Abstand zwischen dem Lebensniveau der erfolgreichen und der erfolglosen Verkäufer ihrer Arbeitskraft vergrößern, wo doch das Lohnniveau auch schon sinkt? Hier steht eine perverse Leistungsideologie Pate – nur was dem Kapital nützt, wird bezahlt.

Jeder kann sich ausrechnen, ob er künftig im Falle der Arbeitslosigkeit nicht besser gleich zum Sozialamt geht: Wer weniger als 11,88 DM in der Stunde oder 2058 DM brutto im Monat verdient, liegt beim neuen Arbeitslosengeld-Satz unter dem Sozialhilfesatz (und der ist ja bekanntlich schon früher der neuen Politik angepaßt worden).

Laut DGB-Angaben droht dies 80% aller arbeitslosen Frauen und 20% der arbeitslosen Männer. Beim Bemessungssatz von 68% siegt die Sozialhilfegrenze bei einem Monatslohn von 1885 DM; 60% der weiblichen und 12% der männlichen Arbeitslosengeldbezieher liegen unter dieser Marke.

Natürlich wird mit der Erniedrigung der Arbeitslosen ein Karussell in Gang gesetzt. Im vergangenen Jahr, also noch zu Zeiten der alten Rechtslage, hat die Zahl der Sozialhilfe-Suchenden, die wegen Verlust des Arbeitsplatzes zu Bittstellern geworden sind, in den Städten um 75% zugenommen. Der Schrei nach einer Sanierung der Sozialhilfe wird also immer lauter werden.

Würdige und unwürdige Entwicklungsländer

Moderat im Ton, aber hart in der Sache wird sich die westdeutsche Verhandlungsdelegation auf der Welthandelskonferenz in Belgrad verhalten. Bloß bei der Forderung nach freiem Zugang zu den Industrieländer-Märkten will sich Bonn auch in der Sache verbindlich zeigen – gleichzeitig allerdings hat Entwicklungsminister Warnke jüngst unter südlicher Sonne getönt, mit deutschen Hilfsgeldern müßten künftig auch deutsche Waren gekauft werden; Finanzhilfe soll also wieder mit Lieferbindung versehen werden. Die „Forderung nach radikalen Änderungen im System der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen“ lehnt die Bundesregierung entschieden ab und verweist statt dessen auf „bewährte Institutionen“. Als da sind Weltbank und

Keine gemeinsame Liste in Bremen

Weltwährungsfonds, deren „Integrität und Kompetenz“ gewahrt werden müßte.

Das alles ist nicht viel Neues, die Änderung der Linie läuft anders. Warnke begründet es meist finanziell: Es könnten nicht mehr wie bisher alle Länder gleichermaßen bedacht werden, manche kriegen nichts mehr. Strauß, in Togo zum Großoffizier des Mono-Ordens ernannt, sagte es deutlicher. Entwicklungshilfe müsse „in erster Linie unsere Freunde berücksichtigen“. Zusammenarbeit sei ohne Vertrauen nicht möglich. Togo z.B. verdiene westdeutsche Hilfe; es solle wie seinerzeit als „deutsches Schutzgebiet“ wieder „ein Musterland“ genannt werden können. Immerhin, laufende Verhandlungen mit Zimbabwe hat Minister Warnke erstmal auf Eis gelegt. □

aufgespießt

„Der Kompromiß, der diesen Namen kaum verdient, pflanzt Scholl-Latour Mutterseelenallein in eine journalistische Umgebung, die in den letzten Tagen mit Besetzungen, Happenings, dröhnenden Versammlungen und Verbalinjurien ihre Geisteshaltung zur Genüge offenbart hat.“

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 20. Mai nach dem Rückzug von Johannes Gross als neuem Chefredakteur des Stern.

„Gegen alle Pessimisten: Wir sind eine echte Demokratie geworden. Das Gesindel darf nicht nur überall mitreden, es führt das große Wort.“

Johannes Gross in der Magazin-Beilage der FAZ

„Dabei ist in Seoul sehr wohl registriert worden, daß die Vorwürfe aus der Bundesrepublik wegen Menschenrechtsverletzungen in jüngerer Zeit nachgelassen haben. Das ist einer unter mehreren Gründen, der in Südkorea zu einer derzeit ungewöhnlich deutschfreundlichen Haltung in der Regierungsbürokratie geführt hat.“

Blick durch die Wirtschaft, 31.5.83

„Ich bin nicht der Meinung, daß ich verpflichtet bin, bei 100 000 alle 100 000 festzunehmen, sondern ich bin verpflichtet, so viele festzunehmen, wie es mir meine physischen und tatsächlichen Möglichkeiten erlauben. Wenn da nur 10 sind, dann nur 10; wenn das alle 100 000 sind, dann alle 100 000.“

Ex-Polizeipräsident Schreiber, neuer Abteilungsleiter im Innenministerium, auf einem Hearing zum Landfriedensbruchparagrafen am 12. Januar 1970

Ende Mai hat der Landesverband der Grünen in Bremen folgenden Beschluß gefaßt:

Nach monatelanger Diskussion und Beratung kommen wir zu dem Schluß:

Es wird in Bremen keine gemeinsame grün-alternative Liste geben: Die Gegensätze zwischen dem Kreis um die betrieblich-alternative Liste (BAL) und den Grünen sind zur Zeit nicht zu überbrücken. Und zweifellos sind es die Grünen, die in ihrer großen Mehrheit das „breite Bündnis“ im Sinne der BAL nicht wollen – die BAL will schon, allerdings nicht aus Sympathie für „grüne“ Positionen, sondern weil nur das Bündnis mit den Grünen dem politischen Spektrum um DKP/Arbeiterpolitik/KB die Aussicht eröffnet, über die 5%-Hürde hinweg den Sprung in die Bürgerschaft zu schaffen.

Worin liegen diese Gegensätze? Dazu einige Schlaglichter:

1. Die Grünen wollen sich nicht auf ein Konzept der „Einheit auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner“ kommunalpolitischer Forderungen einlassen, das auf der anderen Seite auf dem Ausklammern strittiger Grundsatzfragen beruht. Sie halten einen solchen „Minimalkonsens“ auf parlamentarischer Ebene nicht für politikfähig: Während des Wahlkampfes und im Parlament muß eine Liste, die sich als *Fundamentallopposition* zu allen staatstragenden Parteien begreift, zu allen internationalen, bundespolitischen und kommunalen Fragen Stellung nehmen, an denen sich die Gemüter der Menschen entzünden und politische Meinungsbildung stattfindet. Es muß also zumindest im Ansatz eine *programmatische Übereinstimmung* geben und nicht nur die Verständigung über einen Forderungskatalog.

2. Die „BAL“ ist sicher mehr als ein wahlpolitisches Instrument von Organisationen, die in letzter Minute auf den grün-alternativen Wahlzug aufspringen wollen. Es ist entstanden vor dem Hintergrund der tiefgreifenden Krisensituation in der Bremer Wirtschaft und der Probleme, vor die sich Betriebsräte und Gewerkschafter angesichts des Arbeitsplatzabbaus gestellt sehen. Im Zentrum der Wahrnehmung und der Politik des „BAB“ stehen einkommens- und arbeitsplatzbezogene Interessen. Andere gesellschaftliche Fragen – z.B. Umwelterstörung, Alternativen zur Lohnarbeit und Veränderung der Lebensweise, kulturelle und soziale Minderheiten, Energiepolitik und Verkehr, Dezentralisierung und Bü-

rokratiekritik – sind in diesem Konzept eher „Nebenwidersprüche“ von untergeordneter Bedeutung, auch wenn sie jetzt in der programmatischen Erklärung der „BAL“ zu den betrieblichen Interessen hinzuaddiert werden. So wichtig die betrieblichen Interessen auch sind, ist diese Verengung des politischen Ansatzes für die „Grünen“ nicht akzeptabel. Das gilt insbesondere für die im engeren Sinn ökologischen Fragen (...)

7. Eine wirkliche Alternative kann sich gerade in der BRD als Land im Schnittpunkt der West-Ost-Konfrontation nur als Alternative zu *beiden* gesellschaftlich-militärischen Blöcken herausbilden.

Die Grünen verkörpern als einzige politische Kraft hierzulande diesen „Dritten Weg“ jenseits von Kapitalismus und „realem Sozialismus“ – und gerade deshalb haben sie bisher als einzige den Einbruch in das politische Monopol der staatstragenden Parteien geschafft, sind zu einem Schmelztiegel der verschiedensten Protestbewegungen und Veränderungshoffnungen geworden. Diesen Ansatz dürfen sie nicht verspielen für ein kurzatmiges, wahltaktisches Bündnis mit Kräften die (noch?) einer ganz anderen politischen Kultur angehören (...)

10. Zuletzt: Müßte das „Bündnis zwischen Ökologie- und Arbeiterbewegung“, müßte die oft beschworene „Einheit der außerparlamentarischen Bewegung“ nicht höher stehen als alle grünen Argumente? Wir verhehlen nicht, daß die jetzige Polarisierung zwischen den Grünen und einem Teil der Bremer Gewerkschaftslinken ein politisches Unglück darstellt. Möglicherweise wäre es nicht zu der jetzigen Polarisierung gekommen, wenn die Grünen rechtzeitig und deutlicher als geschehen die Probleme der von der Krise betroffenen Belegschaften aufgegriffen hätten und weitere Vorschläge und Anregungen für eine Zusammenarbeit mit Betriebsräten, anderen Gruppierungen wie einzelnen Menschen im alternativen Spektrum, die sich bis dahin nicht angesprochen fühlten, gemacht hätten.

Es ist aber zumindest einäugig, die Verantwortung dafür allein den Grünen aufzuladen: Zumindest mitverantwortlich für die jetzige Situation sind auch alle jene Betriebs- und Gewerkschaftslinken, die glaubten, einen *politischen* Zusammenschluß auf der Ebene der Stadt nur gemeinsam mit den Kräften um die DKP verwirklichen zu können. Damit haben sie von den Grünen einen politischen Preis für die „Einheit“ verlangt, den diese bei Strafe des Verlustes ihrer Identität nicht zahlen können.

Auf die Straße gehen für die Volksbefragung?

Die Debatte um einen Volksentscheid oder Volksbefragung gegen die Raketenstationierung nähert sich einigen wenigen strittigen Fragen. Mittlerweile kristallisiert sich – nicht zuletzt um juristischen Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen – ein Kurs auf konsultative Volksbefragung heraus.

Im Unterschied zu einem Volksentscheid, der in einem förmlichen Verfahren analog zu Wahlen abgehalten und für Bundestag und Regierung Bindungswirkung entfalten würde, gilt die konsultative Volksbefragung als bloße Meinungsäußerung der befragten Bevölkerung. Diese könnte keinen Rechtsanspruch auf Durchsetzung der Mehrheitsmeinung geltend machen. Das Grundgesetz lehnt – mit Ausnahme von Abstimmungen über die Neugliederung des Bundesgebietes – den Volksentscheid ab. Jede Kampagne für einen Volksentscheid liefe damit auch immer auf Verfassungsänderung hinaus – was jetzt vom unmittelbaren Problem, der Stationierung, bloß ablenken könnte.

Wirklich strittig ist eher der Stellenwert der Forderung nach konsultativer Volksbefragung und was sein soll, wenn das Parlament derartiges ablehnt. Im Eifer des ideologischen Gefechts scheint es, als ob die Volksbefragung über „Sieg“ oder „Niederlage“ der Friedensbewegung entscheide. Taktische Pläne werden entrollt:

„Die Friedensbewegung muß eine vierte Widerstandsphase eröffnen und zwar mit einem plebiszitären Aufstand durch eine ‚Volksbefragung‘ über die Stationierung neuer Atomwaffen. . . In den Sommermonaten und im Frühherbst könnten überall Arbeitskreise, Komitees oder Initiativen Volksbefragung entstehen und Unterschriften sammeln, begleitet durch zahlreiche Veranstaltungen. Gestützt auf viele Unterschriften und eine vehemente öffentliche Diskussion müßte im Herbst ein Gesetz zur Durchführung der Volksbefragung eingebracht werden“ (so Jo Leinen). Ebenso wenig fehlt es an ideologischer Aufrüstung für die Zeit nach Ablehnung einer konsultativen Volksbefragung durch den Bundestag. „Hier ist insbesondere der Vorschlag zu nennen, nach einer Ablehnung der Volksbefragung im ersten Anlauf im Bundestag eine derartige Erhebung exemplarisch regional in Hessen und Bremen zu veranstalten. Das wäre im Zusammenhang und vom zeitlichen Ablauf her parallel zum dortigen Wahlgang im Herbst zu veranstalten. In Hessen könnte eine Volksbefragung quasi stichprobenartig in einigen Städten, notfalls auch in autonomer Re-

gie durchgeführt werden unter der Schirmherrschaft eines hierfür eigens zu bildenden ‚Prominentenkomitees‘, das für die notwendige Seriosität des Unternehmens garantiert“ (Dietrich Schulze-Marmeling, *taz* vom 13.5.1983).

Erprobte Kämpfer und Unterschriftensammler für ein Volksbegehren gegen die Startbahn West haben die Argumentation von den zwei „Standbeinen“ des Kampfes, dem praktischen und dem politischen, die sich gegenseitig beflügeln, noch im Ohr. Daß unsere Argumentation sich aber in dieser allgemeinen Wahrheit erschöpft und jeweils das konkrete Projekt (Raketen, Startbahn West, Flughafen usw.) eingesetzt wird, mag ich nicht glauben.

Alle Vorschläge gehen davon aus, daß eine Gesetzesinitiative für eine konsultative Volksbefragung in den Bundestag eingebracht werden sollte. Die Unterschiede bestehen darin, daß die Gesetzesinitiative einerseits zum Kulminationspunkt einer Kampagne und andererseits zum Ausgangspunkt einer anderen Kampagne – autonome Volksbefragung bei Ablehnung des Gesetzentwurfs – jeweils nützen soll. Gerade diese beiden Ausgangspunkte halte ich für falsch. Die Grünen werden – soviel steht ziemlich sicher fest – einen Gesetzentwurf sowohl für eine Verfassungsänderung mit dem Ziel der Einführung der Möglichkeit eines Volksentscheides als auch einen Gesetzentwurf für die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung in den Bundestag einbringen. Beides ist sinnvoll. Eine parlamentarische Initiative einer Fraktion, die sich die Forderungen der Friedensbewegung zu eigen macht, hat den Sinn, die Legitimation der Forderung gegen die Stationierung zu verbreitern. Schon die Gesetzesinitiative selber fällt da ins Gewicht. Eine konsultative Volksbefragung würde, falls beschlossen, tatsächlich die Einbeziehung der überwiegenden Bevölkerung in eine Abstimmung ermöglichen. Sie erhöhte insgesamt die Legitimität und Ernsthaftigkeit der aktiven Friedensbewegung, weil diese damit dokumentieren könnte, daß sie mehrheitsfähig ist. Auch wenn eine Volksbefragung rechtlich gesehen nur Meinungsumfrage ist, so könnte die Regierung sich gegen eine ausdrückliche Mehrheit schwer durchsetzen, im Fall einer Pattsituation – was wahrscheinlich wäre – könnte sie sich nicht mehr auf angebliche Mehrheiten in der Bevölkerung berufen. Aktionen der Friedensbewegung hätten mehr Legitimation als vorher. So weit besteht vermutlich Einig-


keit. Die andere Frage ist, ob die Friedensbewegung deshalb in eine Kampagne für eine konsultative Volksbefragung ziehen muß, ob der „plebiszitäre Aufstand“ angesagt ist und, falls dieser mißlingt, wir autonom oder „alternativ“ volksabstimmen müssen.

Dagegen spricht, daß ein Teil der Friedensbewegung von einer derartigen Kampagne nichts hält, d.h. es wären nicht alle Kräfte zu gewinnen. Dies gilt insbesondere für die Autonomen. Darüberhinaus besteht der Unterschied zu stattgefundenen Abstimmungen (Bürgerentscheide) z.B. gegen die Stadttangente in Tübingen oder den Flugplatz in Biberach darin, daß diese Abstimmungen formell zulässig waren. Es mußte nicht erst darum gekämpft werden, daß sie überhaupt zugelassen werden, also ein Bürgerentscheid überhaupt erst rechtlich eingeführt wird. Auch der Versuch des Volksbegehrens gegen die Startbahn West hatte eine legale Form aufgrund der hessischen Landesverfassung.

Die Argumente der Befürworter einer Kampagne für Volksbefragung greifen eigentlich nur, wenn der Bundestag sie beschließen würde. Nur dann käme es zu der gewünschten „massenhaften Einbeziehung der schweigenden Mehrheit, die nicht auf Demos geht“.

Die Vorstellung, daß diese „schweigende Mehrheit“ an autonomen Abstimmungen teilnimmt, also breiter sein wird als bisherige Unterschriftensammlungen, halte ich für gewagt. Entscheidend ist aber, daß bei einer solchen Kampagne auch das Ziel – Verhinderung der Stationierung der Raketen – durch ein ganz neues Ziel – Erkämpfung einer *Volksbefragung* gegen die Stationierung – ersetzt wird. Alle richtigen Argumente für breitere Aufklärung, für Mobilisierung von bisher nicht angesprochenen Teilen der Bevölkerung, lassen sich – im Fall einer Ablehnung der Gesetzesinitiative der Grünen durch den Bundestag – viel besser durch bereits bestehende Aktionsformen verwirklichen. Ich denke dabei an die bereits seit ca. zwei Jahren laufenden Aktionen für atomwaffenfreie Zonen in den jeweiligen Gemeinden, ländlichen Regionen oder Straßenzügen. Diese Aktionen haben den Vorteil, daß das gemeinsame Wohnen in einem Stadtteil oder Dorf nicht nur einmalige Aufklärung zuläßt, sondern über ständigen Kontakt auch Mobilisierung zu einer notwendigen tatsächlichen Verteidigung der Gemeinde, des Stadtteils usw.

Birgit Laubach



Was aus der islamischen Revolution geworden ist

Beobachtungen
in
Teheran
und
Isfahan

Eine Reise in den Iran ist für einen kritisch eingestellten Perser heute keine ungefährliche Angelegenheit. **D. Arasch** hat es gewagt — und gehört damit zu den wenigen, die in der letzten Zeit direkte Erfahrungen im Iran der Islamischen Republik sammeln konnten. Im folgenden berichtet er über seine Eindrücke. Seine eigenen Beobachtungen konnte er allerdings nur im Zentrum des Landes, in und um Isfahan machen. Sie sind nicht einfach auf das ganze Land übertragbar — dazu ist das Gefälle zwischen den verschiedenen Teilen des Landes, zwischen Zentren und Dörfern, zu groß. Trotzdem vermittelt sein Bericht einen intensiven Eindruck von der Lage.

Der stellvertretende Arbeitsminister der Islamischen Republik brachte die offizielle iranische Politik auf einen Nenner, indem er sagte, in der Islamischen Republik gebe es keine materiellen Gegensätze, nicht arm und reich, sondern nur Gläubige und Ungläubige. Während eines fünfwöchigen Urlaubs in meinem Heimatland konnte ich diese unmenschliche Politik und Ideologie des Khomeini-Regimes, die den Bedürfnissen der Massen nur Verachtung entgegenbringt, an den Lebensverhältnissen der Bevölkerung beobachten.

*

Was mir als Neuankömmling in Persien, in diesem Fall meiner Heimatstadt Isfahan, zuerst auffällt, sind die Parolen, die an jeder Wand zu sehen sind; aufwendig, klicheehaft und von berufsmäßigen Schönschreibern von Staats wegen angebracht, sind sie keine spontanen Äußerungen des Volkes: Sätze von Khomeini, religiöse Propaganda, Manipulationsversuche in Richtung materieller Verzicht und religiöser Idealismus. Selten sieht man oppositionelle und revolutionäre Wandparolen, mit einfachen Mitteln hastig hingekritzelt, die sehr bald wieder weggewischt werden, sobald sie

die sogenannten Revolutionsgarden (Pasdaran) entdeckt haben. In jedem Laden, jedem Haus, jeder Firma wird man mit dem Bild des Imam konfrontiert, das mehr demonstrativ als mit Überzeugung aufgehängt wird: In der allgemeinen Atmosphäre von Angst und Unterdrückung wagt es zunächst keiner aufzufallen.

Der unsichere Alltag

Auch meine Beobachtungen des Alltagslebens sind natürlich beschränkt, vor allem auf das städtische Leben; aber dadurch, daß ich drei Monate nach der Revolution ebenfalls im Iran sein konnte, habe ich relativ gute Vergleichsmöglichkeiten. Damals fühlten sich die meisten Leute richtig frei. Endlich durfte öffentlich diskutiert werden, fanden Demonstrationen statt, wurde über die wirtschaftliche Lage und das Programm der Regierung zur Verbesserung der Lebenslage diskutiert — ja auch an diese Versprechungen geglaubt.

Heute jedoch hat sich die Atmosphäre völlig verändert. Selbst Unterhaltungen unter Bekannten oder Besuchern der Familie sind zuallererst Abtastungen. Wie denkt der andere, darf man offen sprechen? Zu häufig ist es vorgekommen, daß nach freier Aussprache plötzlich das Unheil über die

Leute hereinbrach. Sie waren einem Spitzel aufgesessen ... Der Alltag ist unsicherer geworden. Gerade die Pasdaran bilden ein ständiges Element der Verunsicherung. Viele ehemalige SAVAK-Agenten sind in den „Revolutionsgarden“ untergetaucht und terrorisieren die Bevölkerung. Nachbarn erzählen mir von einer Vergewaltigung durch Angehörige der Pasdaran. Die Nachbarschaft zeigte den entsprechenden Mann an; er wurde verhaftet. Doch wenige Monate später wurde er wieder freigelassen – nur in eine andere Stadt geschickt.

Ein anderes Beispiel wird mir erzählt: Mußte in langen Käuferschlangen um Lebensmittel angestanden werden, dann mischten sich oft Pasdaran in Zivil unter die Käufer, achteten auf Unmutsäußerungen der Leute, griffen einzelne heraus, ja es kam zu gewalttätigen Übergriffen der Pasdaran, bis hin zu Erschießungen mitten aus der Käuferschlange heraus. Wer wagt es dann noch, sich öffentlich gegen Regierung und Regierungsmaßnahmen zu äußern?

Die Reglementierung der Freizeit und des allgemeinen gesellschaftlichen Lebens wird gerade den jungen Leuten besonders fühlbar. Tanz, Musik, Kartenspiel und Schach sind in der Öffentlichkeit verboten. Tragen des Tschadors, die totale Verschleierung der Frauen, ist inzwischen selbstverständlich geworden. Doch auch Männer dürfen nicht mehr mit offenem Hemdkragen oder mit kurzen Ärmeln auf die Straße gehen.

Das Kino (wegen der relativ geringen Anzahl der Fernsehgeräte früher eine Hauptattraktion) bietet fast nur noch japanische oder amerikanische Kriegsfilme jeglicher Couleur oder Filme religiösen und metaphysischen Inhalts; Radio- und Fernsehprogramme bestehen aus Marschmusik (auch preußischen Militärmärschen!), Korangesängen, Beerdigungen, manipulierten Kriegsmeldungen, Reden der Mullahs und wieder Kriegsfilmen. Dann plötzlich wieder Tribunale, öffentliche Gerichtsverhandlungen, in denen die Angeklagten ihre Schuld bekennen, ihre „verräterischen“ Verfehlungen eingestehen und dem Imam für seine Weisheit und Güte danken. So ist freie Information faktisch nicht mehr möglich. Die Presseorgane sind weitgehend gleichgeschaltet, der Inhalt von Nachrichten in Presse, Rundfunk und Fernsehen unterscheidet sich nur noch in Formulierungsvarianten.

Was mir als Neankömmling in Persien, in diesem Fall meiner Heimatstadt Isfahan, zuerst auffällt, sind die Parolen, die an jeder Wand zu sehen sind; aufwendig, klicheehaft und von berufsmäßigen Schönschreibern von Staats wegen angebracht, sind sie keine spontanen Äußerungen des Volkes: Sätze von Khomeini, religiöse Propaganda, Manipulationsversuche in Rich-

tung materieller Verzicht und Idealismus. Selten sieht man oppositionelle und revolutionäre Wandparolen, mit einfachen Mitteln hastig hingekritzelt, die sehr bald wieder weggewischt werden, sobald sie die sogenannten Revolutionsgarden (Pasdaran) entdeckt haben. In jedem Laden, jedem Haus, jeder Firma wird man mit dem Bild des Imam konfrontiert, das mehr demonstrativ als mit Überzeugung aufgehängt wird: In der allgemeinen Atmosphäre von Angst und Unterdrückung wagt es zunächst keiner aufzufallen.

Zum Beispiel Schule

Wie meine Geschwister berichten, gehört es zum Schulalltag, wenn Schüler morgens stichprobenartig beim Betreten der Schule kontrolliert und nach oppositionellen Flugblättern durchsucht werden. Dies geschieht nicht jeden Tag, aber immer muß damit gerechnet werden. Der Unterricht beginnt nicht eher, bis die allmorgendlichen Gebete und Gesänge für den Imam beendet sind. Mal dauern sie eine viertel Stunde, mal länger, bis zu einer dreiviertel Stunde. Die Lehrmittel und Fächer sind inzwischen total auf das theokratische Regime abgestellt, das Gewicht der Religion ist spürbar bis hin zum Literatur- und Fremdsprachenunterricht (Arabisch als Pflichtfach) und den Disziplinnoten für Ordnung, Fleiß und Betragen (Häufigkeit des Betens!), von Politik oder Sozialkunde ganz zu schweigen. Viele Schüler machen sich vor dem mittäglichen Pflichtgebet aus dem Staube; so hat die penetrante Pflicht zu dauerndem Gebet eher noch die gegenteilige Wirkung der von offizieller Seite gewünschten. Die Unzufriedenheit mit dieser Situation in der Schule drückt sich dann oft in Fehlzeiten aus. Bestrafung erfolgt im wesentlichen über das Punktesystem.

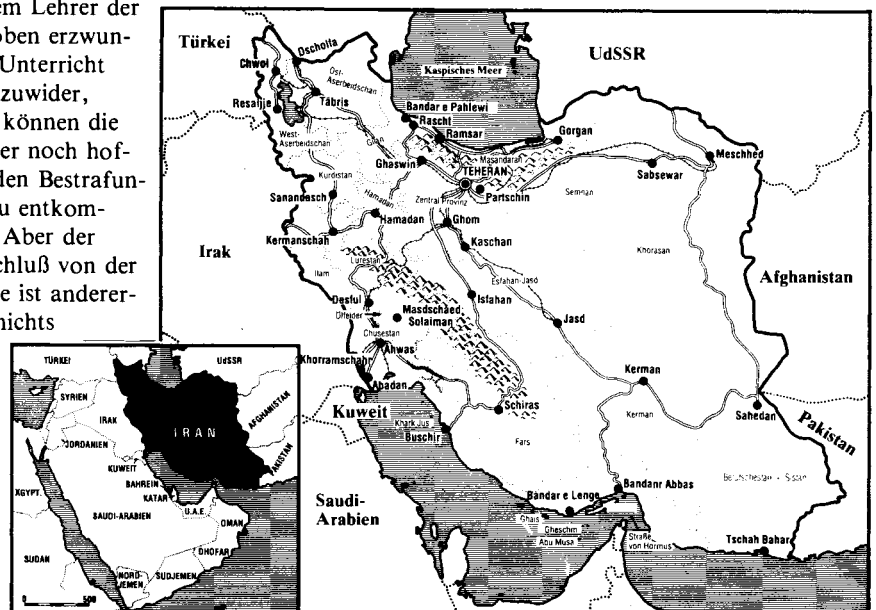
Ist dem Lehrer der von oben erzwungene Unterricht auch zuwider, dann können die Schüler noch hoffen, den Bestrafungen zu entkommen. Aber der Ausschluß von der Schule ist andererseits nichts

Ungewöhnliches. Und sowieso wird schon beim Eintritt ins Gymnasium ein erster Unterwerfungsakt von den Schülern gefordert: Ohne eine Mitgliedskarte von einer der islamischen Jugendorganisationen bekommen die Schüler gar keinen Platz am Gymnasium. Neben dem beschriebenen „alltäglichen“ Unterricht gibt es spezielle Kurse, „Aufklärungsunterricht“ in Sachen psychologischer Kriegsvorbereitung, Patriotismus und Opferwille, chauvinistische Propaganda ab dem elften Lebensjahr, in dem der „Heldentod“ als Eingang ins Paradies geschildert wird.

Doch trotzdem sind die jungen Freiwilligen im Vergleich zu Kriegsbeginn heute erheblich geringer an der Zahl; die Jungen zwischen 13 und 16, die sich freiwillig melden, kommen meist aus den Dörfern, teils, weil die Bevölkerung dort für Propaganda noch empfänglicher ist, teils, um den noch armseligern Lebensbedingungen auf dem Lande zu entfliehen. Wo die Freiwilligkeit sinkt, da wird der Druck erhöht. Mehr und mehr Soldaten werden jetzt zwangsweise rekrutiert oder durch sozialen Druck zum Frontdienst gezwungen: Sie fürchten sich vor Schikanen, etwa später im Beruf, und gehen so gleich nach der Schule an die Front.

Wie der „Schutz der Frau“ organisiert wird

Ein großes Problem sind die Millionen von Flüchtlingen und Obdachlosen aus den Kriegsgebieten, die in die Städte ziehen, welche bei der allgemeinen Landflucht sowieso schon überlastet sind. Um dem Problem der ansteigenden Zahl der Kriegswitwen und obdachlosen Frauen Herr zu werden, wurde ein neues Schnellheiratssystem eingeführt. Der Staat versucht, die Frauen





Bilder aus Kurdistan. Die kurdischen Kämpfer haben eine iranische Militärmaschine abgeschossen. In den kurdischen Gebieten ist die Versorgungslage besonders schlecht.

mit System möglichst schnell an den Mann zu bringen, wobei natürlich persönliche Wünsche oder emotionale Bedürfnisse dieser Frauen keine Rolle spielen, ausschlaggebend für sie ist allein die miserable finanzielle und soziale Lage, die sie diesen Schritt tun läßt.

Eine andere Sache ist die staatlich erlaubte Prostitution, d.h. die „Heirat“ eines jungen Mädchens gegen Geld oder andere Wertsachen mit einem Mann, der es sich leisten kann, bei der von vorneherein die Dauer der Ehe festgelegt ist: oft nur Tage oder Wochen. Was unter normalen islamischen Umständen für eine Frau oder ein Mädchen so ziemlich das Schlimmste ist, was ihr passieren kann,, entehrt“ zu werden oder sich gar für Geld zu verkaufen, wird hier legalisiert: Die Anwesenheit eines Mullah bei der Zeremonie und bei Ehevertragsabschluß ist Legitimation genug. Daß der Mullah dabei noch verdient, versteht sich von selbst, und gerade die Geistlichen sind es, die von dieser Vorschrift am meisten und genüßlichsten Gebrauch machen.

Coupons und „Schwarzmarkt“

Der größte Teil der Bevölkerung von Isfahan lebt in einem Elend, das sich in den letzten drei Jahren intensiviert hat. Die Gehälter der Arbeiter, kleinen Beamten und Angestellten sind gleich geblieben, die Preise für Grundnahrungsmittel jedoch um bis zu 200 % gestiegen. Die Versorgungslage ist katastrophal. Grundnahrungsmittel wie Öl, Fleisch, Milch und nötige Gebrauchsartikel wie Waschpulver, Seife oder Geschirr sind rationiert. Coupons dafür gibt es in der Moschee des Bezirks, in dem man polizeilich gemeldet ist. Bei der Ausgabe der Coupons wurde ein spezielles Kontroll- und Spitzelungssystem eingeführt: Beim Antrag auf Berechtigungsscheine sind besondere Fragebögen und Formulare auszufüllen, die Auskunft über Meinung und Gesinnung geben sollen. Ein Coupon garantiert jedoch noch nicht den Erhalt des Gewünschten. Jeder Metzger z.B. bekommt gewisse Anteile der Fleischration für den Bezirk, etwa für 100 Menschen, später findet sich jedoch

dann die drei- oder vierfache Käufermenge vor dem Laden ein. Riesige Menschen-schlangen vor allen Arten von Geschäften gehören zum normalen Stadtbild; Wartezeiten von einem halben oder auch einem ganzen Tag sind absolut keine Seltenheit. Doch auch bei denjenigen Lebensmitteln, die noch nicht rationiert sind, kommt man ohne langes Warten nicht mehr aus. Verlobte und junge Ehepaare haben bei der Eheschließung besondere Rechte auf größere Anschaffungen, wie Kühlschrank, Radio oder Grundausstattung von Geschirr, die staatlich zwar billiger zu erwerben, doch für viele immer noch zu teuer sind.

Die meisten Menschen sind daher praktisch angewiesen auf den freien Markt, wo es fast alles zu kaufen gibt, zu Preisen jedoch, die den Wert der Gegenstände um ein Vielfaches übersteigen, so daß de facto nur Privilegierte sich dort mit allem eindecken können, was sie brauchen. Dazu gehören natürlich Geistliche und politische Funktionäre, aber auch gewisse Händler und Kaufleute, die wiederum am freien Markt verdienen. Das Spekulationsgeschäft blüht, indem je nach Gelegenheit Waren zurückgehalten oder auf den Markt geworfen werden. Der Profit der Bazarhändler ist entsprechend, während z.B. Taxi- oder Berufsfahrer bei fehlenden Ersatzteilen ihr Fahrzeug stilllegen müssen, wenn sie nicht die Mittel haben, sie auf dem freien Markt zu kaufen; bei der staatlichen „Genossenschaft“ müssen sie schon sehr viel Glück haben bzw. mit langen Wartezeiten rechnen. Nun sind die Bazarhändler aber keineswegs durchgängig glücklich und mit ihren Geschäften zufrieden. Denn die Konkurrenz untereinander ist groß und wird durch das System von Beziehungen zu Pasdaran, Mullahs oder Staatsbeamten erst richtig angestachelt. Einzelne machen große Geschäfte, die Masse dagegen macht eben gar keine.

Widersprüchliches auf dem Lande

Die Bauern sind gezwungen, ihre Produkte direkt dem Staat zu verkaufen – und das zu geringen Preisen – müssen ihre Grund-

nahrungsmittel aber wieder teuer einkaufen. Die landwirtschaftliche Produktion sinkt immer weiter. Die Grundstücke der Großgrundbesitzer, die während des Aufstandes von den Bauern besetzt worden waren, auf denen sie Bauernräte gebildet und die Ernte eingebracht hatten, sind heute zum größten Teil den Feudalen, soweit sie im Land geblieben sind, zurückgegeben worden. In einigen Fällen – bei verlassenen Grundstücken, die in den Besitz des Staates übergegangen waren – hat das Regime Bauern die Möglichkeit gegeben, Boden in einer Art Kaufmiete mit monatlichen Abgaben zu erwerben, unter der Bedingung, das Grundstück produktiv zu bewirtschaften. Viele Bauern jedoch waren durch die monatlichen Zahlungen überfordert, so daß der Boden nach und nach wieder in den Besitz reicher und liquider Käufer übergegangen ist.

Ansonsten bin ich vorsichtig in der Beurteilung der Lage der Bauern. Hier hängt eben doch viel davon ab, wie die natürlichen Bedingungen sind. In Gegenden mit fruchtbarem Boden mag die Lage der Bauern durchaus erträglich sein, war sie es vielleicht selbst unter dem Schah-Regime und hat sich in der ganzen Zeit noch nicht viel geändert. Doch da, wo zwar Land von Großgrundbesitzern verteilt wurde, jedoch relativ schlechter, trockener oder verödeter Boden, wachsen die Probleme. Ein Bauer, der bei meiner Familie Hilfsarbeiten verrichtete, ist mir dafür ein Beispiel. In einer Unterhaltung kommen wir auf die Lage der Bauern zu sprechen. Das Land den Großgrundbesitzern wegnehmen? Da ist er dagegen. Es dürfe nicht einfach an die Bauern verteilt werden, schließlich sei es doch Eigentum der Großgrundbesitzer und die hätten ja auch schwer dafür gearbeitet. Ich argumentiere natürlich dagegen, ereifere mich für die Situation der kleinen Bauern – und so langsam taut mein Gegenüber richtig auf, gewinnt Vertrauen, legt seine Furcht ab. Schnell stellt sich heraus, daß er alles, was er bislang erzählt hat, nur aus Vorsichtsgründen vorgeschoben hat, um zu sehen, wie ich reagiere und was ich sage.

Für ihn selbst sieht die Wirklichkeit ganz anders aus. Er hat seinen Boden, sein ganzes Land verloren, konnte mit den Erträgen und Einkünften aus den Verkäufen nicht mehr auskommen. Jetzt hält er sich mit Gelegenheitsarbeiten wie Putzen, Umzüge machen oder anderen kleinen Jobs über Wasser.

Die Mullahs – isoliert und bombensicher

Der von der Ideologie propagierte „Dienst“ der Mullahs am Volk zeigt sich in der Wirklichkeit nur in der Nutzbarmachung der Massen für die Bedürfnisse des Klerus und gleichzeitig in Angst und Mißtrauen gegen das Volk. Die Mullahs der höheren Hierarchie leben total isoliert von der Bevölkerung, ihre Villen sind von Leibwächtern bewacht; wenn ein Bürger die Propaganda ernst nimmt und einen dieser Geistlichen sprechen will, wird er, nachdem er sich vor Betreten des Büros einer Leibesvisitation unterzogen hat, von subalternen Beamten abgespeist, die sich selbst im Glanze der Klerusmacht sonnen und mit entsprechender Schikane, bürokratischer Willkür und Volksverachtung reagieren. Kontakt des Volkes mit höheren Chargen wird, schon aus Angst, strikt vermieden. In Isfahan etwa ist die Straße, in der der höchste geistliche Vertreter der Stadt wohnt, gesperrt, damit der Verkehr nicht durchrollt, und es versteht sich von selbst, daß die Bewohner der Nachbarhäuser unter einer verstärkten Kontrolle stehen. Die Wagen der Mullahs

sind mit schußsicherem Panzerglas versehen. Wenn in der großen Moschee von Isfahan zum Freitagsgebet gerufen wird und sich die Gläubigen vor und in der Moschee versammeln, fährt der so gesicherte Wagen des höchsten Isfahaner Mullahs direkt in eine Art Stahlkabine, die auf dem Platz vor der Moschee über den Köpfen der Gläubigen aufgestellt worden ist, um von dort aus das Gebet zu leiten. Statt daß der Mullah als Vorbeter für alle Gläubigen sichtbar auf dem Platz steht, wie es früher war und auch sein sollte, hört man jetzt nur noch seine Stimme aus dem Mikrophon. Schon beim Aussteigen aus dem Wagen wird darauf geachtet, daß kein Sichtkontakt mit den Gläubigen hergestellt wird. Rings um die runde Kabine, in etwa einem Meter Entfernung, sind hohe Stangen angebracht, die etwas kürzer sind als die Kabine hoch ist. Von diesen Stangen aus ist rund um die Kabine ein Netzwerk gespannt, das von den Stangen schräg hoch zum Dach der Kabine geht, so daß das Ganze wie eine Art Silo mit schrägem Baldachin aussieht. Die zusätzliche Sicherung durch das Netz dient der Abwehr von Handgranaten und Bomben, die, in Richtung Kabine geworfen, am Netz abfedern und als Bumerang in die bedente Masse zurückgeschleudert werden.

Solche Maßnahmen dienen aber auch der politischen Bewußtseinsbildung des Volkes, wie aus dem Kommentar eines Landsmannes hervorgeht, der mir bei diesem Anblick sagte: „Während die Herren Mullahs den jungen Soldaten den Tod als erstrebenswertes Eingang ins Paradies vorbeten und sie

damit zu den unsinnigsten Taten provozieren, scheinen sie selbst doch eine erhebliche Angst davor zu haben.“

Die Soldaten, die Front und ihre „Märtyrer“

Als ich über Land reiste, wurde ich als Tramper in einem Bus mitgenommen, in dem sich viele Soldaten befanden. Mit einem Soldaten kam ich schnell ins Gespräch. Ich fragte ihn, warum sie sich freiwillig für den Kriegseinsatz gemeldet haben. Er erzählte mir über die schwierige, oft aussichtslose wirtschaftliche Lage auf den Dörfern, der sie durch die Verpflichtung beim Militär zu entfliehen suchen. Hier erhalten sie weitaus mehr Geld, als es ihnen sonst zu verdienen möglich wäre. Viele lassen sich zudem noch an die Front verlegen. Ich war erstaunt: Warum tun sie dies auch noch freiwillig, in der Aussicht, dort abgeschlachtet zu werden? Mit außerordentlich mehr Urlaub werden sie geködert! Nur, viele kommen eben gar nicht mehr zurück. Aber selbst diese Aussicht hat noch etwas „Verlockendes“ – den Angehörigen wird eine Rente gezahlt.

Der Soldat ist bis in den Tod hinein ein Propagandainstrument. Dies wurde mir deutlich, als der Soldat berichtete, daß ihnen durch die Armee einheitliche Testamente ausgeschrieben werden. Viele Soldaten können nicht lesen und schreiben. Also wird ihnen für den Fall des Todes ein Testament ausgestellt, in dem gleichlautend ausgeführt wird, daß sie sich für den Islam und die Ziele der islamischen Republik, im Geiste des Imam, geopfert hätten. Solche Testamente sollen dann gute Dienste an der „Heimatfront“ tun.

Ziemlich ernüchtert erzählte der Soldat über seine Kriegserlebnisse. Dabei versicherte er mir glaubhaft, daß es häufig vorkäme, daß die Parole „keine Gefangenen“ machen ausgegeben würde, ja, daß auch schon gefangen genommene irakische Soldaten erschossen worden seien. So handelt es sich aus meiner Sicht keineswegs um Greuelpropaganda, wenn auch in der hiesigen Presse über solche Vorkommnisse berichtet wird. Welche „Märtyreropfer“ dort an der Front verlangt werden, ist zu ermesen, wenn wir, obwohl es eigentlich menschliches Vorstellungsvermögen übersteigt, folgendes hören: Zum Aufspüren der Minen im Kriegsgebiet wurden Esel auf die Minenfelder getrieben, die den Weg für die Soldaten frei machen sollten. Die Tiere jedoch, ausgestattet mit einem natürlichen Instinkt, scheuten und gingen nicht weiter. Mit dem Versprechen, am anderen Ende des Feldes im Paradies sein zu können, wurden nun alte Menschen auf die Felder geschickt. □



Im irakisch-iranischen Grenzgebiet: Der Krieg hat ungeheure Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung.



Unter den persischen Teppich geschaut

Darunter liegt nicht der Strand, aber eine Menge zusammengekehrter, immer noch ungelöster Fragen

Von Wolfgang Endler

Rückblickend auf seine Politik der „Modernisierung“ stellt Schah Reza Pahlevi fest: „Ich habe Gesetze durchgebracht, die den iranischen Bauern Rechte und Vorrechte verschaffen, wie sie die Bauern vieler anderer Staaten erst nach jahrhundertelangen Kämpfen erreicht haben und die ihnen in vielen Staaten noch vorenthalten werden, selbst in solchen mit einer sozialistischen Regierung.“

Gewisse gesetzliche Vorrechte, die dem iranischen Arbeiter zugestanden wurden, gibt es im Ausland nicht einmal, auch nicht in hochindustrialisierten Nationen und sozialistischen Ländern.“¹

Und weiter: „Das war und das ist, was die ökonomische und soziale Entwicklung der beiden großen Klassen des Iran (Hervorhebung von mir, d. Verf.), der Bauern und der Arbeiter, betrifft, meine Antwort an die Geschichte.“¹ Seine „Weiße Revolution“ sollte eine „rote Revolution“ verhindern helfen, da brutale Unterdrückung allein nicht als ausreichendes Mittel erschien. Der Sturz der Pahlevi-Diktatur erfolgte jedoch nicht durch das vom Schah vielleicht befürchtete und von den Linken herbeigewünschte Bündnis unter Führung der Arbeiterklasse, sondern durch eine landesweite antidespotische Massenbewegung, die von Slumbewohnern bis zu reichen Bazarhändlern fast alle Klassen und Schichten

Prognosen von linker Seite über den baldigen Zusammenbruch oder gar Sturz des Khomeini-Regimes werden seit nunmehr vier Jahren geäußert — ebensolange, wie auch die „Islamische Republik Iran“ existiert. Die (selbst)kritische Überprüfung der Ursachen für falsche Einschätzungen der Theorie und Praxis des „realen Khomeinismus“ hat zwar längst begonnen, geht jedoch meist nicht tief genug, um die Vergangenheit zu erklären und die zukünftige Entwicklung beeinflussen zu können. Der folgende Artikel soll sich auf den nach Auffassung des Autors schwerwiegendsten theoretischen „linken Fehler“ konzentrieren: Die schematische Übertragung von (vermeintlich marxistischen)

Klasseneinschätzungen und Gesellschaftsmodellen auf den Iran und die daraus abgeleitete praktische Politik.

umfaßte: Diese brachten ihre verschiedenartigen — oft gegensätzlichen — sozialen, politischen, kulturellen, religiösen und nationalen Interessen ein. Nach vier Jahren „Islamischer Republik“ läßt sich relativ gut einschätzen, wem die „Revolution“ nutzte und wem nicht.

„Führende Rolle der Arbeiterklasse“ — Fiktion oder Realität?

Die Bedeutung der Arbeiterkämpfe soll nicht unterschätzt, darf aber auch nicht überschätzt werden. Daß die Arbeiterklasse 1978/79 nicht die Führung der Volksbewegung ausüben konnte — und das trifft auch für die gegenwärtige Oppositionsbewegung zu — ist vorwiegend Widerspiegelung der Verhältnisse an der ökonomischen Basis und verschiedener außerökonomischer Faktoren.

Von 10,6 Millionen Gesamtbeschäftigten waren 1977 6,8 Millionen außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt, davon 2,5 Millionen in der verarbeitenden Industrie, im Bauwesen etwa 1 Million, im Erdölsektor 55000.² Der Anteil der in modernen Industriebetrieben Arbeitenden ist verschwindend gering. Ein nicht quantifizierbarer Teil der Beschäftigten — vor allem im Bauwesen und der verarbeitenden Industrie — war Projekt- bzw. Saisonarbeiter.

Mit Ausnahme von Khuzistan (wo es in der Ölindustrie „Arbeiter in der zweiten Generation“ gibt), sind die meisten sonstigen „Handarbeiter“ erst seit den fünfziger Jahren, die meisten Industriearbeiter (im

engeren Sinn) erst seit Ende der sechziger Jahre an ihren Arbeitsstellen tätig. Vorher waren sie meist Bauern (mit dem entsprechenden „Klassenbewußtsein“).

Ein Großteil der verarbeitenden Produktion findet nicht in größeren Fabriken innerhalb oder am Rande der Großstädte statt. So arbeiteten z.B. 1966 ca. 70% der Beschäftigten der Teppich- und Tuchweberei in ländlichen Gebieten.²

Die Mehrzahl der Industriebetriebe ist auf wenige Regionen konzentriert. 1973/74 lagen 48,7% im Gebiet von Teheran, 7,8% in Isfahan, 6,9% in Tabriz und Umgebung sowie 6,6% in Khuzistan. Das Bevölkerungswachstum dieser Städte nach der „Weißen Revolution“ ist nur zu einem kleinen Teil mit einem Anwachsen der Zahl der Industriearbeiter verbunden gewesen.

Diese Angaben machen zwar bereits Unterschiede gegenüber den Arbeiterklassen entwickelter kapitalistischer Staaten deutlich, müssen aber durch einige für den Iran und z.T. auch andere Länder *spezifische Faktoren* ergänzt werden, die die Herausbildung proletarischen Klassenbewußtseins im Landesmaßstab erschweren.

1. Erhebliche regionale, ethnische, sprachliche und religiöse Unterschiede. Die regionale Zersplitterung ist ein grundlegendes Charakteristikum von sozialen Auseinandersetzungen in der gesamten iranischen Geschichte.³ Selbst die brutale und z.T. auch raffinierte Unterdrückungspolitik des Schah-Regimes konnte lokal begrenzte ökonomische Kämpfe von Arbeitern nicht verhindern, wohl aber den Aufbau *überregionaler* Klassenorganisationen. Mit Ausnahme der Phase von 1944 bis 1953 (Schwächung des Regimes durch Anwesenheit alliierter Truppen sowie antiimperialistische Kämpfe) hat es im Iran niemals landesweite Gewerkschaftsvereinigungen gegeben.

2. Unterdrückung politischer und gewerkschaftlicher Aktivitäten – ob unter den Schahs oder dem „Schah mit Turban“ (Khomeini).

3. Weitverbreiteter Analphabetismus, zensuriertes Radio und Fernsehen.

4. Das schiitische Gefolgschaftsprinzip und ähnliche religiöse Traditionen. „Nach diesem Grundsatz ist jeder Schiite verpflichtet, einem Ayatollah, den er/sie selbst wählt, Gefolgschaft zu leisten.“⁴ Seinen Gipfelpunkt findet dieses Prinzip in der „welajate faghi“ (etwa „Herrschaft der Koranglehrten“), die in der Verfassung verankert ist.

5. Die autoritären Familienstrukturen. Sie widerspiegeln die „traditionellen“, auch vorislamischen despotischen Herrschaftsformen und tragen mit dazu bei, gesellschaftliche Widersprüche abzustumpfen.

6. Der „Staatskapitalismus“ iranischer



Die in dem gesamten Iran-Komplex abgedruckten Bilder wurden uns von iranischen Genossen zur Verfügung gestellt, oder entstammen den Aufnahmen von Wolfgang Endler, die während einer Reise im April 1980 entstanden.

Prägung: Etwa 70% der Industrie, v.a. der großen, befinden sich in Staatsbesitz bzw. -verwaltung.⁵ Kämpfenden Arbeitern tritt im Konfliktfall gestern wie heute in der Regel „der Staat“ gegenüber: Manager, Ministerialbeamte, Armee oder „Revolutionswächter“. Viele soziale Konflikte werden dadurch sofort auf die Ebene politischer Angelegenheiten im engeren Sinne gehoben. Jedoch werden diese Auseinandersetzungen von ihren Trägern im allgemeinen nicht als Ausdruck des Klassenwiderspruches Bourgeoisie – Proletariat verstanden, obwohl die iranischen Industriearbeiter unbestreitbar eine „Klasse an sich“ bilden. Ihre Stellung im System des herrschenden Produktionsverhältnisses läßt sich objektiv charakterisieren: Nichtbesitz an Produktionsmitteln und Lohnarbeit – trotz der zeitweisen Vergabe von Kleinaktien und eines Systems von Sonderzuwendungen, z.B. „Gewinnbeteiligung“; produktive Tätigkeit in einem arbeitsteiligen industriellen Produktionsprozeß usw. Die Streiks der letzten Jahre betreffen häufig die Verteidigung von Rechten aus der Schah-Zeit, z.B.

die Beteiligung am jährlichen Bruttogewinn.⁶ Der neueste Entwurf eines Arbeitsgesetzes sieht vor, daß weder Arbeitszeit noch Mindestlöhne festgelegt werden sollen.⁷ Die Herausbildung als landesweite „Klasse für sich“, also die Bewußtwerdung über die eigene gesellschaftliche „Mission“, steht aus den oben angeführten Gründen jedoch erst am Anfang. Dennoch kommt den Arbeitern große Bedeutung im demokratischen Kampf zu, da ihr Widerstand trotz brutaler Repression in der letzten Zeit eher zugenommen hat und die Erfahrungen mit den vom Khomeini-Regime zerschlagenen, tatsächlich basisdemokratischen Räten nicht vergessen sind.⁵

Die „nichtrevolutionäre“ Bauernschaft

Nach dem Sturz des Schah-Regimes erhoffte sich neben der städtischen auch die ländliche Bevölkerung zumindest Ansätze für eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Als *aktiv* antidespotisch waren jedoch im wesentlichen nur Bauern und Landarbeiter in den kurdischen und turkmenischen Siedlungsgebieten in Erscheinung getreten. Zum einen spiegelt sich darin die Schwächung der Zentralmacht vor allem in den Randgebieten wider, zum anderen die Überlagerung mit anderen Widersprüchen, z.B. entlang nationaler Konfliktlinien.^{8/9} Obwohl die Landbevölkerung im Verlauf der iranischen Geschichte immer einen sehr hohen Anteil an der Bevölkerung stellte – heute trotz enormer Landflucht immer noch die Hälfte – war sie von der übrigen Gesellschaft weitgehend abgeschottet. Zwar hatte es immer wieder örtliche und überregionale antidespotische Rebellionen gegeben; sie waren aber niemals zu landesweiten Kämpfen von „Bauernklasse contra Grundherrenklasse“ geworden, wie beispielsweise in einigen europäischen Feudalstaaten. Im folgenden wird im wesentlichen auf die „Ackerbauern“ eingegangen, (zur Rolle der Nomaden siehe Fußnote 9). In Versuchen, den „nichtrevolutionären“ Charakter der Bauernschaft zu erklären, wird die im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern völlig andersartige Entwicklung der iranischen Gesellschaft hervorgehoben. Die meisten Organisationen im Iran, die sich auf den Marxismus berufen, vertreten die Auffassung, ihr Heimatland sei bis zur Zeit von Reza Khan oder gar bis zur „Weißen Revolution“ weitgehend feudalistisch gewesen. Seitdem herrsche ein „abhängiger Kapitalismus“, die Feudalistenklasse existierte jedoch noch. Von tiefen Differenzen in anderen Fragen abgesehen, akzeptieren sie die sogenannte Grundformationstheorie, hier: die Ablösung des Feudalismus durch den Kapitalismus. Meines Erachtens

handelt es sich bei dieser „Theorie“ um die dogmatisierte Rezeption eines Teils Marxscher Ansichten und die Mißachtung seiner Methode (vgl. Fußnote 10).

Gegen die Übertragung der „Feudalismus-Konzeption“ auf den Iran kann folgendes angeführt werden:

– Die iranischen Bauern waren zwar vom Grundherren in verschiedener Weise abhängig, aber niemals leibeigen. Die Bauern traten dem Grundherren im allgemeinen nicht individuell sondern kollektiv, vermittelt über ihre Vertreter, gegenüber. Es bestand keine persönliche Abhängigkeit. Das Vorhandensein irgendwelcher Abhängigkeit als Beweis für Feudalismus zu betrachten, entleert und enthistorisiert diesen Begriff.

– Die Bauern mußten keine Fronarbeit leisten. Vielmehr waren sie verpflichtet, bestimmte Ernteanteile nach dem „System der fünf Produktionsfaktoren“ abzuliefern. Diese Faktoren waren Boden, Wasser, Saatgut, Ochsengepann und menschliche Arbeit. Dem Grundherren gehörten in jedem Fall Boden und Wasser, der Bauer brachte stets seine Arbeitskraft ein. Die Ochsen stammten meist vom Grundherren oder einem Gespannverleiher, das Saatgut selten vom Bauern, so daß ihm in vielen Regionen nur 20 – 40% der Ernte blieben.³

– Die direkten Produzenten waren im allgemeinen nicht Bodenbesitzer, sondern hatten nur ein Bodennutzungsrecht, d.h. sie waren nicht „Privatbauern“ sondern „Anteilbauern“. Jährlich wurde ihnen vom Grundherren bzw. vom Verwalter ein anderes Ackerstück zur Bearbeitung zugewiesen, so daß sich ein Eigentumsbewußtsein „von der eigenen Scholle“ schwer herausbilden konnte.

– Ein großer Teil der Dorfbewohner hatte kein Landnutzungsrecht (Anfang der 60er Jahre dieses Jahrhunderts etwa 50%).

– Die Bearbeitung des Landes erfolgte meist nicht individuell, sondern durch sogenannte Gespanngemeinschaften.

– Die Grundherren waren nicht Eigentümer des Bodens bzw. Wassers, weshalb sie sie auch nicht vererben konnten. Ursprünglich handelte es sich meist um Militärs oder Zivilbürokraten, denen von ihrem jeweiligen Oberherrscher (letzlich dem Schah bzw. einem anderen Despoten) das Land zur Abschöpfung einer Rente „verliehen“ wurde; der Despot konnte es jederzeit nach seinem Gutdünken in seinen Besitz zurückführen. Sein Eigentum war es ohnehin.

– Die Grundherren bildeten keine Adels-hierarchien heraus. Die Dynastien in der langen iranischen Geschichte wurden in der Regel von in- oder ausländischen kriegerischen Nomaden begründet, die Staaten mit entwickelten städtischen Zentren bildeten.

Ein typisches Beispiel für die relativ hohe soziale Mobilität ist Reza Khan, der Vater des letzten Schah. Er war Hauptmann in einer von russischen Offizieren befehligten Kosakenbrigade, machte sich später „selbstständig“ und ernannte sich 1926 quasi selbst zum Schah.²

– Der Staat drängte sich der selbstgenügsamen ländlichen Ökonomie von oben auf, v.a. vermittelt über Grundherren, Verwalter oder Steuereintreiber. Er schöpfte das ländliche Mehrprodukt ab und hielt die Masse der Bauern auf dem Subsistenzniveau. Daraus erklärt sich das tiefverwurzelte Mißtrauen der Landbevölkerung gegenüber „dem Staat“. Die inneren Verhältnisse der Dorfgemeinschaften, die Art und Weise der Produktion interessierten ihn nicht. Sichtbarer Ausdruck dessen ist, daß iranische Grundherren nicht auf dem Dorf, sondern traditionell in der Stadt wohnen. Techniken der Landbearbeitung und der Bewässerung entwickelten sich über längere Zeiträume kaum weiter.

– Im Verlauf des 19. Jahrhunderts bildete sich im Gefolge des Zerfalls der Zentralmacht faktischer Privatbesitz an Grund

– Davon unabhängig hatte Land in unmittelbarem Staatsbesitz sowie der Bodenbesitz von privaten und religiösen Stiftungen eine große Bedeutung.

Wenn die oben angeführten Fakten gegen einen „iranischen Feudalismus“ sprechen, bleibt die Frage, welche Gesellschaftsordnung tatsächlich in der Vergangenheit bestand bzw. welches Modell der iranischen Gesellschaft adäquat(er) ist. Der in der BRD lebende Iraner Mohsen Massarat ist der Auffassung, daß es sich um eine asiatische Produktionsweise (APW) mit eigener Gesetzmäßigkeit handelt, die bis zur zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorherrschend war. In vielen asiatischen Ländern mit ähnlichen Grundcharakteristika habe die APW existiert.^{10/11} Demgegenüber bestreitet der aus dem Iran stammende Armenier Homayoun Katouzian die Anwendbarkeit dieses Modells auf den Iran und postuliert eine „aridisierte“ Gesellschaft.³ Sie ist gekennzeichnet durch weitgehend voneinander isolierte, autonome dörfliche Produktionseinheiten unter ariden (= trockenen) Klimaverhältnissen.

Im Rahmen dieses Artikels kann leider



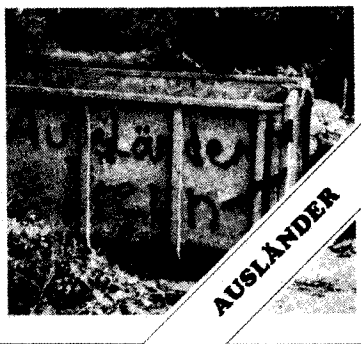
In völlig zerstörten Häusern und in Notunterkünften müssen häufig die Frauen mit ihren Kindern leben. Die Männer wurden an die Front eingezogen.

und Boden heraus.¹⁰ Die Grundherren wurden mehr und mehr zur „Klasse für sich“, was z.B. in politischer Interessenvertretung während der konstitutionellen Revolution von 1905 und danach zum Ausdruck kam.

nicht auf diese beiden Ansätze eingegangen werden. Ein Aspekt erscheint mir jedoch erwähnenswert, der derartige Modelle problematisch macht: Die physisch-geographische, sozioökonomische und kulturelle Verschiedenheit der einzelnen Landesteile

NEU IM APRIL 1983

BRD und «Dritte Welt» 10



AUSLÄNDER

48 Seiten, 3,- DM,
im Abo 2,10 DM

Bisher erschienen:

- Band 1: Rohstoffsicherung, 3,- DM
 - Band 2: Rüstungsexport, 3,- DM
 - Band 3: Südliches Afrika, 3,- DM
 - Band 4: Palästina, 3,- DM
 - Band 5: Neue Weltwirtschaftsordnung, 3,- DM
 - Band 6: Grundbedürfnisstrategie, 1,- DM
 - Band 7: Personelle Entwicklungshilfe, 2,- DM
 - Band 8: IWF und Weltbank, 3,- DM
 - Band 10: Ausländer, 3,- DM
 - Band 11: Frauen, 2,- DM
 - Band 12: Tourismus, 2,- DM
 - Band 13: Paraguay, 3,- DM
 - Band 19: Atomexport, 2,- DM
- Weitere Bände in Vorbereitung, u.a. „Direktinvestitionen“, „Zentralamerika“, „Chemische Industrie“, „Partei-Stiftungen“, „NATO-Strategie“

Im Abo jeder Band 30 % billiger. Alle bisher erschienenen Bände noch vorrätig.
Abonnieren lohnt sich!

**MAGAZIN – VERLAG
KÖNIGSWEG 7
2300 KIEL 1
Tel.: 0431 / 63 1 43**

ist beträchtlich. Innerhalb der Kurdenregion z.B. bestehen nach wie vor Stammesgemeinschaften von Nomaden und Ackerbauern direkt neben anderen dörflichen und städtischen Gemeinschaften ganz unterschiedlicher Sozialstruktur. Der heutige Zustand im ländlichen Raum des Iran ist aber nicht nur von der mehrtausendjährigen Geschichte der *traditionellen* Strukturen geprägt. Die sogenannte Bodenreform im Rahmen der „Weißen Revolution“ (1962 bis 1971) verschärfte die soziale Differenzierung innerhalb der Dorfgemeinschaften. Eine schmale Schicht von Mittel- und Großbauern sowie „modernen“ Großgrundbesitzern konnte sich herausbilden. Dennoch wurden die traditionellen Verhältnisse nicht völlig aufgelöst. Auf der anderen Seite verschuldeten sich zahlreiche ehemalige Anteilbauern hoch und mußten in den Umkreis der Städte abwandern. Die Landflucht hält nach wie vor an, da die grundlegenden Probleme noch nicht einmal ansatzweise gelöst sind. Nach vierjährigen Auseinandersetzungen wurde am 18.1.1983 selbst die verwässerte Fassung eines Landreformgesetzes, die das Parlament passiert hatte, vom „Wächterrat“ (einem Aufsichtsgremium von hohen Geistlichen) als „unislamisch“ abgelehnt.¹² Diesem Entwurf nach waren von der Enteignung ausgenommen: Großgrundbesitz von privaten, staatlichen und geistlichen (!) Stiftungen, mechanisiert bearbeitete Ländereien (sofern die Besitzer sie der Kontrolle durch das Landwirtschaftsministerium unterstellen). Grundbesitzer dürfen das Dreifache der ortsüblichen Ackerfläche behalten.

Ein einflußreicher Teil der Geistlichkeit hat die Unterstützung der Großgrundbesitzer auch nach dem Februaraufstand von 1979 auf politischer, ökonomischer und militärischer Ebene fortgeführt.¹³ Dies hat neben machtpolitischem Kalkül auch ökonomische und soziale Gründe. „Die *materielle* Basis für die starre Haltung zur Eigentumsfrage ist die Tatsache, daß etliche Mullahs entweder als Verwalter geistlicher Stiftungen über Großgrundbesitz verfügen oder von Zuwendungen durch Grundherren direkt abhängig sind. Letzteres ist darauf zurückzuführen, daß der schiitische „Klerus“ nicht über monatlich zu entrichtende „Kirchensteuern“ verfügt. Vielmehr muß sich jeder Geistliche eine Anhängerschaft, eine Klientel, schaffen bzw. suchen, um sich durch sie finanzieren zu lassen. Die meisten Mullahs leben wie die Großgrundbesitzer in Städten. Warum nicht in den Dörfern? Bezeichnend ist die Antwort eines iranischen Bauern aus Mirawa bei Sanandaj auf meine Frage, warum es in ihrem Dorf keinen Mullah gebe. „Weißt Du das nicht? Die Mullahs gehen dorthin, wo das Geld ist. Und wir haben wirklich keines.“¹⁴

Meines Erachtens wird es auch zukünftig keine eigenständige bäuerliche Klassenbewegung geben. Vor allem in den Gebieten einiger nichtpersischer Völker, wo sich die nationale mit der sozialen Frage überlagert, können aber landarme bzw. landlose Bauern eine wichtige Stütze für die fortschrittlichen Kräfte werden bzw. sind es schon. Die Aktivitäten in Räten und anderen Basisorganisationen, die meist 1980 vom Khomeini-Regime zerschlagen wurden, lassen erahnen, welche Energien auch in der Landbevölkerung stecken – trotz der ihr anerkennenden Passivität.

Die „Stadtarmut“

In Berichten über die islamische Revolution wird oft die Rolle der Millionen von städtischen Armen hervorgehoben, die im Verlauf der letzten 20 Jahre aus den ländlichen Regionen abgewandert waren und nunmehr als die soziale Basis des Khomeini-Regimes angesehen werden. In linken „Analysen“ werden sie als subproletarisch oder lumpenproletarische Schichten eingestuft. Leider – aber sicher nicht zufällig – liegen nur wenige ernstzunehmende Untersuchungen oder Erfahrungsberichte vor, so daß die Tauglichkeit der verschiedensten Ansätze umstritten bleiben muß.

Einen wertvollen Beitrag lieferte Ferhad Kazemi, der 1974/75 sowie 1977 verschiedene Armenviertel untersuchte.¹⁴ Er belegt seine These, daß es keine geschlossene Schicht „Wanderarmut“ gibt, sondern die Gruppen der „squatter“ und „non-squatter“. Erstere sind kaum in Lohnarbeitsverhältnissen integriert (meist kleine Straßenhändler und Gelegenheitsarbeiter) und Slumbewohner im engeren Sinne. Sie haben sich auf besetztem Boden Hütten aus Ölkannistern u.ä. gebaut.

Die „non-squatter“ dagegen sind meist Lohnarbeiter und bewohnen Mietwohnungen (mit relativ hohen Mieten trotz des niedrigen Standards). Kazemi vertritt auf der Grundlage seiner Studien die Auffassung, ein Großteil der Squatter habe sich *nicht* aktiv am Kampf gegen das Schah-Regime beteiligt, sei politisch insgesamt passiv (gewesen) und habe Aggressionen vorwiegend gegen seinesgleichen ausgetragen. Die gewaltsame Räumung ihrer Unterkünfte wurde im allgemeinen widerstandslos hingenommen. Dies begann sich erst 1977/78 zu ändern.¹⁵ Die Besetzung von „Bauland“ geschah meist nur mit kleinen Gruppen aus der Verwandtschaft, nicht aber organisiert in größeren Kollektiven. Organisationen der Nachbarschaftshilfe oder gar politische Gruppen gab es nicht. Sowohl in Slums als auch in den Wohngebieten wurden jedoch religiöse Vereinigungen gegründet, die auf gleicher geographischer und ethnischer Herkunft beruhten. Schiitische Geistliche

leiteten sie an und bildeten daraus (angeblich) ein Netzwerk über das ganze Land. Die Aufgabe dieser Vereinigungen bestand in der Pflege religiöser Bräuche. Besonders die schiitischen Feiertage im Zusammenhang mit dem Märtyrertod des Imam Hussein waren ein Höhepunkt; er hatte sich im Kampf gegen den von den Schiiten als unrechtmäßig angesehenen Kalifen Yazid geopfert. Das ist kein Zufall, da die Mullahs damit gleichnishaft die Bereitschaft zum Opfertod gegen den neuen Despoten (Schah Reza Pahlevi) fördern wollten.

Hier konnten die Armen, vor allem die Männer, wieder Stück für Stück Gemeinschaft erfahren lernen, die ihnen nach dem Herausgeworfen-Sein aus der festgefügteten Dorfgemeinschaft weitgehend verloren gegangen war. Das Vertrauen in Geistliche, zumindest Ende der siebziger Jahre, ist bei der städtischen Wanderarmut größer als auf dem Lande, wo viele Menschen zwar religiös, aber nicht „mullahtreu“ sind.¹⁶ Anfänglich übten jedoch „die Verlockungen der westlichen Zivilisation“ eine größere Anziehungskraft aus als die Religion. Sichtbarer Ausdruck davon sind die zahlreichen dünnen Drähte über den mit Plastikplanen abgedichteten Dächern der Slums, durch die der elektrische Strom für die Fernseher fließt. Das Schah-Regime hatte sehr früh die Möglichkeit erkannt, über relativ preisgünstige Glotzen imperialistische „Wertvorstellungen“ auch noch in die letzte Hütte hineinrieseln zu lassen. Auch die Flucht in andere Drogen war an der Tagesordnung.

Unabhängig davon, welche große Anteile der squatter oder non-squatter aktiv am Schah-Sturz beteiligt waren, stellen beide Gruppen ein großes Potential von Menschen, die für soziale Forderungen mobilisierbar sind. Dies zeigte sich z.B. in zahlreichen Hausbesetzungen nach der „Revolution“, die allerdings meist von „Revolutionswächtern“ oder Mitgliedern von „Imam-Komitees“ rückgängig gemacht wurden. Andererseits gab es auch Bemühungen, durch Verteilung konfiszierter Häuser und Gründung eines Squatter-Komitees von oben deren Forderungen teilweise aufzunehmen und zu kanalisieren.¹⁴ Das gegenwärtige Regime hat trotz der Niederschlagung spontaner Aktivitäten „von unten“ vor allem unter den Slumbewohnern relativ viel Rückhalt, obwohl sich die Lebenslage insgesamt in den letzten Jahren drastisch verschlechtert hat. Zum einen ist das auf Baumaßnahmen, Verkauf verbilligter Lebensmittel, Vergabe von Bezugsscheinen für rationierte Waren u.ä. zurückzuführen. Dafür werden oft „politische Gegenleistungen“ erwartet (Teilnahme an Demonstrationen usw.). Zum anderen werden „Revolutionswächter“ und andere Forma-

Labyrinth von Hoffnung, Dilemma und Machtinteressen

Jetzt haben die libanesische Regierung und Israel einen Vertrag gemacht, nach dem Israel seine Truppen abziehen will, wenn das auch die Syrer und die Palästinenser tun. Die Bedingungen der Israelis kamen zustande durch die bewaffneten Nadelstiche gegen die Besatzer im Südlibanon, durch die innerisraelische Opposition und durch linden Druck der USA. Der Vertrag ist nicht Versailles, und selbst Brest-Litowsk wurde unter Abwägung der Umstände von klugen Leuten der sowjetischen Regierung akzeptiert. Unter anderem würde der Libanon bei einem Abzug verpflichtet, sein Territorium nicht als „Ausgangsbasis für eine feindliche oder terroristische Aktivität“ gegen Israel zur Verfügung zu stellen, keine irregulären oder illegalen Truppen, die sich gegen Israel richten, zu dulden usw. Zwei Kontrollzentren würden in einer Sicherheitszone im Süden Libanons eingerichtet, die von Libanesen und Israelis besetzt werden, wobei die Israelis jeden Tag nach Dienstschiuß zurückkehren.

Entsprechend dem Rückgang des syrischen Einflusses bei einem Totalabzug und einer Zurücknahme des israelischen Einflusses würde so die Stellung der Christen im Libanon gestärkt, die der Drusen und Sunniten geschwächt. Deshalb hat sich Jumblatt gegen ein solches Abkommen ausgesprochen. Aber das libanesische Volk hätte jetzt eine Chance: sich ohne Präsenz fremder Truppen unter erträglichen israelischen Vertragsbedingungen national zu verständigen. Oder es verfällt in einen erneuten Bürgerkrieg, der die Spaltung des Libanon bedeuten würde, und dann hat der Libanon auch nichts anderes mehr verdient.

Syrien greift eben die Aufrechterhaltung der nationalen Einheit Libanons als Argument für seine Ablehnung des Abkommens auf. Diese nationale Einheit besteht im Grunde gar nicht, im Gegenteil, sie hat nur eine Chance, wenn die Kräfte im Libanon erstens bereit sind, sie miteinander zu schaffen, und zweitens dies ohne israelische, syrische und palästinensische Truppen können. Das zweite Argument, syrische Sicherheitsinteressen seien berührt, stimmt höchstens insofern, als die Syrer das Bekaa-Tal als Pufferzone in einem Krieg mit Israel nutzen können, was zwar den „Sicherheitsinteressen“ der Syrer, aber sicher nicht denen des libanesischen Volkes entspricht. Sy-

rien geht es um die Aufrechterhaltung seiner Machtstellung in der Region und seines Einflusses auf die PLO.

Die PLO ist gegen den Abzug aus dem Bekaa-Tal, weil nur hier die PLO-Truppen ein Minimum an militärischer Bewegungsfähigkeit haben. Wenn sie abziehen müßten, dann nach Syrien, wären sie bei jeder Möglichkeit auf größere Militärationen und allenfalls Kanonenfutter der Syrer, wenn diese in einen Krieg mit Israel verstrickt würden. Der Plan einiger Kräfte in der PLO ist hoffnungslos: alle militärischen Kräfte der PLO im Bekaa-Tal zu konzentrieren und von hier aus den bewaffneten Kampf gegen Israel fortzusetzen. Denn dies würde letztlich doch nur zu einem weiteren Krieg Israels führen, und der Sieger steht für mich jetzt schon fest. Arafat hatte das längst eingesehen und versucht, die militärische Führung im Tal mit ihm genehmen Leuten, zum Teil militärische Dilettanten, zu besetzen. Deshalb und aufgrund des libanesisch-israelischen Abkommens kam es zur Revolte von Oppositionellen in der Fatah. Zutage traten damit nicht nur Differenzen über die Strategie und Taktik, die zum ersten Male gefährlich an eine Spaltung grenzen, sondern eine objektive Spaltung, die auf der Heterogenität des palästinensischen Volkes selber beruht.

Auf der einen Seite die Palästinenser der Westbank. Sie wollen eine Annexion durch Israel verhindern und einen eigenen Staat oder zumindest eine Selbständigkeit im Verbund mit Jordanien. Ihre Hoffnung liegt vor allem in der Diplomatie Arafats, die durch Widerstandsaktionen in der Westbank gestützt wird, und in den amerikanischen Interessen. Auf der anderen Seite die Palästinenser der Diaspora, die eine umfassende Lösung des Palästinenserproblems wollen. Ihre Hoffnung ist der bewaffnete Kampf gegen Israel, der ihnen Gesamtpalästina zurückbringt, in dem sie mit den Juden leben wollen. Ihnen sind aber die Grundlagen für den hierfür erforderlichen umfassenden bewaffneten Kampf entzogen worden. Andererseits, wer wollte sich schon in Geduld auf die etwaige Entwicklung einer antizionistischen revolutionären Bewegung in Israel üben? Wer wollte es den Palästinensern verdenken, daß sie sich in ihrem gegenwärtigen tragischen Dilemma an Syrien klammern? *tm*

tionen vor allem hier rekrutiert. Dies bedeutet nicht nur eine feste Anstellung (mit höherer Bezahlung als für Arbeiter), sondern auch ein neues Selbstwertgefühl. Die bisher am meisten Getretenen, die „letzten Ärsche“, tragen jetzt Waffen und verkörpern die Staatsmacht. Sicherlich kann das Regime nicht eine nach Millionen zählende Schicht der Bevölkerung nur durch materielle und seelische „Korrumpierung“ bei der Stange halten. Dies ist aber auch gar nicht nötig, weil sich etliche Teile der „Stadtarmut“ mit ihrer Interessenlage in die neuen Herrschaftsstrukturen gut einpassen können und davon Vorteile haben.

Offen oder latent oppositionelle Kräfte haben in diesen Vorstadtvierteln mehr noch als anderswo Probleme mit einer Form der Bespitzelung („soziale Kontrolle“ in allen Lebensbereichen), die die offizielle Repression ergänzt und effektiver macht, als es zur Schah-Zeit in den Slums möglich war.

Ob innerlinke Streitereien und Zersplitterung eine effektive Arbeit unter den Emigranten wesentlich behindert haben – wie es Kazemi behauptet – kann ich nicht einschätzen, da ich nur wenige Beispiele sozialer und kultureller Projekte kenne. Meines Erachtens haben die linken Gruppen sicherlich einen Nachholbedarf in Praxis und Theorie in bezug auf diese Schichten, der vor allem in ihrer eigenen – fast ausschließlich intellektuell-städtischen – Sozialisation und der Fixierung auf eine idealisierte Arbeiterklasse begründet liegt.

Bazari, „liberale Bourgeoisie“ und andere Bürger

Welche praktischen Folgen irrealer Einschätzungen der Klassenverhältnisse haben können, zeigt der Verlauf des „Zweiten Aufstandes von Tabriz“. Dort hatte es im März 1978 bereits einen ersten Aufstand gegen das Schah-Regime gegeben. In der Hauptstadt der Provinz Ost-Azarbaidjan – mit zwei Millionen Einwohnern die zweitgrößte iranische Stadt – war es im Dezember 1979 zu einem spontanen Aufstand der Massen gekommen. Für etwa zwei Wochen wurden die staatlichen Organe der „Islamischen Republik“ weitgehend lahmgelegt und einige Versorgungsaufgaben durch Selbstorganisation gelöst.

Die erhobenen Forderungen betrafen soziale, demokratische und nationale Rechte und reichten bis zur Ablehnung der neuen Verfassung. Dennoch mochten die ML-Organisationen wie Volksfedayin und Peykar diese Bewegung nicht unterstützen: „Zweifelhafte besitzen die Volksregierung in Tabriz und ihre Proteste gegen die Verfassung und die herrschende Reaktion einen fortschrittlichen Charakter, aber wenn diese Proteste unter der Schirmherrschaft der

Reaktionäre und Liberalen ablaufen, richten sie sich gegen die Interessen der Massen und können daher nicht von der Seite der Kommunisten und Revolutionäre unterstützt werden.“¹⁷

Die „Partei des Moslemischen Volkes“ (PMV) mit Ayatollah Schariat-Madari (aus Azarbaidjan stammend, aber in Ghom ‚residierend‘) an der Spitze sowie die Panirantistische Partei und ähnliche reaktionäre Kräfte hatten massiv *versucht*, die Kämpfe für ihre Zwecke auszunutzen und die Führung der Bewegung zu gewinnen. In der *Praxis* aber war das ihnen *nicht* gelungen. Vielmehr schwappten die Wellen der Bewegung über ihre Köpfe. Dafür gibt es zahlreiche Belege. So gingen die „Unruhen“ trotz zahlreicher Aufrufe zur „Mäßigung“ von Schariat-Madari persönlich oder seinem Tabriz-Vertreter Hodjatoleslam Hodjma-habadi weiter. Bereits am zweiten Tag des Aufstandes versuchten Mullahs der PMV auf einer Großveranstaltung vor dem Hochhaus ihrer Partei militante Kräfte wie folgt zu charakterisieren: „Anarchisten plündern Banken und geben falsche Parolen aus. Diese Leute sollen den Pasdaran (Revolutionswächtern) oder unseren Komitees übergeben werden.“ Zehntausende von Menschen kamen zu einer Protestdemonstration anlässlich der Hinrichtung einiger „Bankräuber“ eine Woche nach Beginn des Aufstandes. Es wurden übrigens mindestens 15 Geldinstitute ausgeräumt bzw. zerstört, denn abgesehen von der sozialen Notlage der städtischen Massen galten sie als Symbole der Ausplünderung des Volkes.

Anders als zur Schah-Zeit wurde in Gestalt dieser nunmehr „nationalisierten“ Institutionen nicht der Imperialismus bzw. die Kompradorenbourgeoisie, sondern der Staat „Islamische Republik“ und die im Lande verbliebenen Reichen angegriffen. Im Zusammenhang mit anderen Aktionen und Forderungen, die den sozialen Bereich betrafen, mußte die Erstürmung von Banken sowohl die PMV als auch die Bazari erschrecken.

Ein weiterer auch für Schariat-Madari & Co. brisanter Komplex betraf Forderungen nach Autonomie, die sich nicht auf kulturelle Fragen beschränkt, sondern auch die Erfahrungen der kurdischen Opposition im Kampf um soziale und demokratische Rechte einschließt. An einigen Aktionen – z.B. der Besetzung des Rundfunkgebäudes – nahmen auch Kurden in Nationaltracht teil.

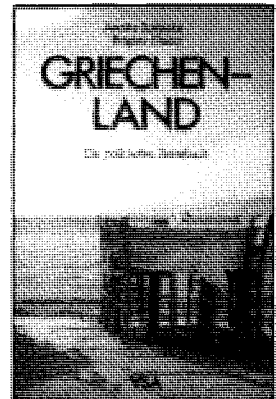
Dennoch griffen die größeren politischen Gruppen mit linkem Anspruch *nicht* organisierend ein, obwohl für den Aufbau von Volkskomitees mit zivilen und militärischen Aufgaben günstige Bedingungen bestanden. Viele Menschen aus verschiedenen

VSA: Politische Bücher

Annita Kalpaka/
Brigitte Dudek

Griechenland

Ein politisches Reisebuch
330 Seiten; DM 22,-



- Griechenland heute
- Stationen des Widerstands — die griechische Geschichte
- das andere Griechenland
- Volkskultur
- Das Leben in Stadt und Provinz

GRAMSCI



MARXISMUS UND KULTUR

VSA

Antonio Gramsci

Marxismus und Kultur

Ideologie, Alltag, Literatur
352 Seiten; DM 24,80
Gramsci ist der erste Marxist, der sich dem Problem der Volkskultur stellt — von der Folklore der Alltagssprache bis hin zur modernen Massenkultur von Zeitschriften und Kriminalromanen.

**Prospekt
anfordern**

VSA-Verlag
Postfach 501571
2000 Hamburg 50

Schichten des Volkes waren bereit – wie schon in den Tagen des Aufstands gegen den Schah – trotz politischer und ideologischer Differenzen mit Linken zusammenzuarbeiten. Symptomatisch für die Situation waren Fragen, wie sie ein älterer Mann an einen Genossen richtete, der in einem Armenviertel wohnte: „Ali, wo bleiben denn die Fedayin?“ (hier Synonym für „bewaffneter kommunistischer Kämpfer“, d. Verf.)

Abgesehen von der Geringschätzung der Untersuchung der konkreten Situation – örtliche Sympathisanten hatten eine andere Auffassung als ihre Organisationszentralen in Teheran – hat dieses Nichtverhalten gegenüber einer realen Bewegung auch einen (pseudo-)theoretischen Hintergrund. Als Hauptfeind im Innern wurde damals die „liberale Bourgeoisie“ angegriffen, die die Herrschaft der „abhängigen Bourgeoisie“ wiederherstellen wolle. Ob es in kurzen Phasen der iranischen Geschichte jemals eine „liberale Bourgeoisie“ gegeben hat, soll hier nicht problematisiert werden. Besonders seit der „Modernisierungspolitik“ des Schah mit der massenweisen Ruinierung von Handwerksbetrieben und kleinen sowie mittleren Industrieunternehmen gab es aber zumindest keine materielle Basis für eine derartige Schicht bzw. Klasse. Die extreme Monopolisierung in vielen Branchen macht zudem „freie Konkurrenz der Einzelkapitale“ völlig unmöglich.

Wie schnell im Iran eine Gruppe von Personen zu einer Schicht der wichtigsten Ausbeuterklasse ernannt werden kann, zeigt sich an einigen „Bildungsbürgern“ und „Handelsbourgeois“, die als angebliche Nachfolger der alten „Nationalfront“ im August 1978 in einem „Zwölf-Punkte-Programm“ Forderungen nach „Liberalisierung“ des Schah-Regimes an eben dieses Regime richteten, ohne allerdings z.B. die

Abschaffung der Monarchie zu fordern. Dieses Begehren um „Liberalisierung“ führte zu der Bezeichnung „Liberale“ bzw. „liberale Bourgeoisie“. Dies sind (abwertend gemeinte) *Kampfbegriffe* – die übrigens auch von rechten religiösen Gruppen verwendet werden. Von linken Organisationen werden sie jedoch als *analytische Begriffe* ausgegeben, obwohl sie weder mit der Geistesströmung des europäischen Liberalismus noch deren Klassenhintergrund (liberaler Kapitalismus in Handel und *Industrie*) allzuviel zu tun haben. Wie sinnentleert derartige Begriffe verwendet werden, zeigt sich an Wortkombinationen wie „reaktionär-liberal“ oder dem Vorwurf, die Khomeini-Fans von der moskauorientierten Tudeh-Partei seien die „fünfte Kolonne der liberalen Bourgeoisie innerhalb der kommunistischen Bewegung“. 18

Warum im Iran die Entwicklung eines nationalen Industriekapitalismus weitgehend unterblieb, kann hier nicht behandelt werden. (vgl. hierzu Fußnoten 3, 10 und 11)

Wegen seiner zentralen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung und der engen Verbindung zur Geistlichkeit soll abschließend noch auf den Bazar eingegangen werden. Dies auch deshalb, weil die Etikettierung von Bazarhändlern und Geistlichen als „Vertreter des Klein- oder Großbürgertums“ mehr verdeckt als aufhellt. Der Bazar ist weit mehr als nur ein Ort, an dem Waren für den Privatbedarf verkauft werden. Er ist traditionell eine Drehscheibe des Innen- und Außenhandels, der Geld- und Immobiliengeschäfte. Mitte der siebziger Jahre kontrollierten Bazarhändler (Bazari) ein Drittel des Importgeschäftes und mindestens zwei Drittel des Großhandels. 2

Obwohl die Gründung von Banken und Großunternehmen während der Schah-Zeit eine gewisse Störung der gewohnten Geschäfte bewirkte, wuchs der Reichtum der meisten Bazari dennoch. Sie konnten es sich z.B. auch leisten, hohe religiöse Abgaben an die Geistlichkeit zu zahlen. Knapp 80% dieser „Steuern“ stammten damals aus dem Bazar. Dahinter steckte mehr als nur der Wunsch nach Aufrechterhaltung einer traditionellen Wirtschaftsweise. Vor allem erwarteten sie, daß die Günstlinge des Schah oder ausländischer Konzerne an den Schaltstellen von Handel und Finanzwesen künftig durch ihre eigenen Vertreter ersetzt würden. Diese Umwälzung hat auch tatsächlich stattgefunden. Einer der größten Bazari namens Zolfaghari wurde zum wichtigsten Wollimporteur und verhandelt mit neuseeländischen Firmen über ein Kompensationsgeschäft Wolle gegen Öl. Über den Hauptanteil des stark gestiegenen Getreideimportes verfügt Ayatollah Mahdavi Kani, Mitglied im „Rat zum Schutz der Verfas-

sung“ und Oberaufseher der „Imam-Komitees“. 19 Die folgende Meldung läßt erahnen, wie profitabel die Geschäfte sind. Die Bazarhändler aus Ghom haben eine Spende von umgerechnet 118 Millionen US-Dollar für die Fortführung des Krieges mit Irak angekündigt. Dabei besitzt dieser Bazar noch nicht einmal ein Zehntel der Finanzkraft des Teheraner Bazars. 20

Keine Zahlen sind mir über den jüngsten Wirtschaftsskandal bekannt, in den vier Bazari (Parlamentsabgeordnete der herrschenden Islamisch Republikanischen Partei) verwickelt sind. Mit Hilfe ihrer politischen Beziehungen haben sie z.B. den Vertrieb von Haushaltswaren und -geräten sowie von Eisenwaren monopolisiert und andere Händler ausgeschaltet. 21

Das Regime versucht gegenwärtig, den Bazar *insgesamt* stärker an sich zu binden. Dabei tut sich insbesondere eine Strömung der führenden Geistlichkeit hervor, die mit Hilfe des „Wächterrates“ nach dem Landreformgesetz nun auch das Gesetz über die Nationalisierung des Außenhandels ablehnte. Auch die wiederholten Lockangebote gegenüber geflüchteten „Führungskräften der Wirtschaft“ zeigen, daß die „Khomeini GmbH & Co KG“ zum gewohnten Geschäftsablauf – allerdings unter anderem Firmenschild – zurückkehren will.

- 1 Reza Schah Pahlewi: Antworten an die Geschichte. Die Schah-Memoiren. München, Berlin o.J.
- 2 Fred Halliday: Iran – Analyse einer Gesellschaft im Entwicklungskrieg. Rotbuch 203, Westberlin 1979
- 3 Homayoun Katouzian: Die „arid-isolierte“ Gesellschaft: Ein Modell der Langzeitentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Iran, in: Peripherie, Nr. 3/1980
- 4 Hamid Beheshti: Islamische Revolution in deutschen Medien, in: Radikal, Nr. 76/1980
- 5 Assef Bayat: Workers' control after the revolution, in: MERIP Reports, No. 113/1983
- 6 Union der iranischen MSV im Auslang (Hrsg.): Freiheit für Iran, Nr. 62
- 7 Kai Herrmann: Machtkämpfe der Mullahs, in: Konkret, Nr. 6/1983
- 8 Annemarie Stein (Hrsg.): Iran – neue Diktatur oder Frühling der Freiheit? Hamburg, 1979
- 9 Iran Arbeitsgruppe Westberlin (Hrsg.): Vier Jahre islamische „Republik“ im Iran, Westberlin 1983
- 10 Mohsen Massarrat: Gesellschaftliche Stagnation und die Asiatische Produktionsweise . . . , in: Geographische Hochschulmanuskripte, Göttingen 1977
- 11 Mohsen Massarrat: Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft, Lollar/Lahn 1976
- 12 taz, 24.1.1983
- 13 Kurdistan-Initiative Westberlin (Hrsg.): Kampf der Kurden im Iran um Selbstbestimmung, Westberlin 1980
- 14 Farhad Kazemi: Poverty and revolution in Iran, New York, London 1980
- 15 ISV Saarbrücken (Hrsg.): Es lebe der Aufstand von Täbris! Saarbrücken 1978
- 16 MERIP Reports, No. 104/1982
- 17 Union Iranischer Studenten (Hrsg.): Iran-Heute, Nr. 1/1980
- 18 Union Iranischer Studenten (Hrsg.): Selbstdarstellung von Peykar, o.O.
- 19 The Middle East, July 1982
- 20 The Middle East, April 1983
- 21 Freiheit für Iran, a.a.O., Nr. 65

— Anzeige —

Vier Jahre islamische „Republik“ im Iran

84 S. DIN A4 / DM 5
Westberlin 1981

★

Linke im Iran

140 S. DIN A5 / DM 5
Westberlin 1981

★

Herausgeber: Iran-Arbeitsgruppe
Westberlin

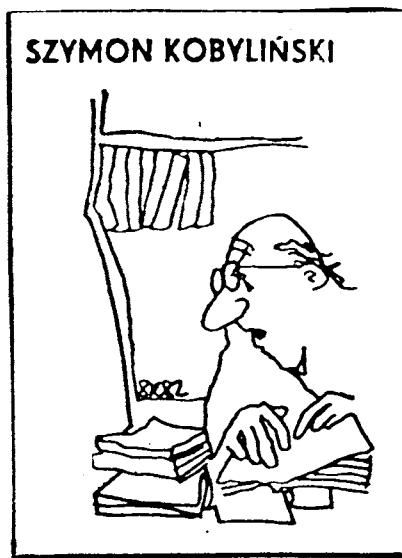
Vertrieb: Das Arabische Buch
Wundtstraße 13 – 15 · 1000 Berlin 19

Ersteht die **kommunistische Internationale** aufs Neue? Die Frage beantwortet sich wohl von selbst mit nein. Anzeichen für eine Regenerierung des Gedankens einer engeren Zusammenarbeit der Kommunistischen Parteien nach den Brüchen von Jugoslawien, China und Albanien gibt es aber. Eines der Hauptanliegen von Hu Yaobang, Generalsekretär der KP Chinas, bei seinem Besuch in Jugoslawien und Rumänien war die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen den Parteien. Er formulierte die Prinzipien: „Die neuartigen Beziehungen zwischen den Kommunistischen Parteien beinhalten vier Prinzipien, nämlich Unabhängigkeit und Selbständigkeit, vollständige Gleichberechtigung, gegenseitiger Respekt und gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.“ Das ist ein Angebot an die KPdSU. Der Haken dabei ist, daß die Sowjetunion derartige Prinzipien in ihrem engeren Machtbereich keineswegs akzeptieren wird. Der Wunsch der KPCh nach Beziehungen, aber unter vollständiger Souveränität, kratzt am politischen und ideologischen Machtmonopol der SU. Bisher findet sie damit nur in Rumänien und Jugoslawien offene Ohren.

Vor allem die Stärkung der Position Rumäniens durch China ist für die UdSSR nicht ohne Brisanz. Die Gipfelkonferenz der RGW-Staaten, die seit zwei Jahren vorbereitet wird und im Juni stattfinden sollte, ist erneut bis in den September hinein verlegt worden. Die Länder des Comecon und anscheinend vor allem Rumänien kritisieren die krisenverschärfenden Folgen der extremen Arbeitsteilung und die Preispolitik des Rohstoffmonopolisten Sowjetunion, der durch seine Preiserhöhungen die ihm unterworfenen Staaten in Bedrängnis bringt. **Rumäniens Kurs der Vertretung nationaler Interessen** trifft die SU nicht nur wegen des Sands in ihrem Ausbeutungsgebiete sondern auch wegen der außenpolitischen Alleingänge Ceausescus, z.B. wenn er erst kürzlich den Verzicht auf die Herstellung weiterer Kernwaffen und die Zerstörung bestehender Atomwaffen forderte oder Prinz Sihanouk Ratschläge gab, wie das Heng Samrin-Regime am besten zu neutralisieren wäre. Ideologisch drückt sich dieser Widerspruch in einem literarischen Angriff der sowjetischen Literaturnaja Gazeta auf ein Buch von Dimitru Popescu „Faust und Hand“ aus, der nicht nur irgendein Schriftsteller, sondern Mitglied des Exekutivkomitees der KP Rumäniens ist. Hierbei geht es neben anderem um die Frage, ob die internationale Lage von einem Klassenstandpunkt oder vom Standpunkt des nationalen Staates aus betrachtet werden muß. Wobei Klassenstandpunkt in die-

sem Falle Unterwerfung unter die SU bedeutet.

Letztes schöne Beispiel dafür, daß, obwohl die Partei, die Partei, die Kommunistische Partei der Sowjetunion immer recht hat, die Ereignisse ab und zu eine **Revision** erfordern („Die Geschichte verlief, verläuft und wird nach Marx, nach Lenin verlaufen!“, so Parteisekretär Ponomarjow anläßlich des 100. Todestages von Marx) wurde mit der theoretischen Verarbeitung der polnischen Vorgänge geliefert. Polen gehören, so Korolapow, Chefredakteur der theo-



– Wir sollen Glaubwürdigkeit erlangen. Von welchem Jahr?

retischen Zeitschrift *Kommunist*, noch nicht zu den Ländern des real existierenden Sozialismus, sondern befinde sich in einer Übergangsperiode. Wer hätte das vor zehn Jahren noch gedacht!

Derweil bereitet die polnische Arbeiterpartei, bzw. eine Anzahl von interessierten Kräften in dieser Partei, auf ihre Weise den **Papstbesuch** vom 16. bis 23. Juni vor. Es begann mit dem Überfall eines Schlägertrupps auf die in einem Nonnenkloster liegenden Räume des Komitees zur Unterstützung politischer Gefangener. Dann wurde der neunzehnjährige Przemyslaw durch Verletzungen getötet, die ihm die Polizei bei einem Verhör zugefügt hatte. 20000 demonstrierten bei seiner Beerdigung. War es Zufall, daß seine Mutter Mitglied in eben jenem Komitee ist? Eine weitere Provokation war eine Sendung von Radio Warschau, der Papst habe angeblich die amerikanischen Bischöfe ermahnt, der Reagan-Regierung keinerlei Schwierigkeiten in der Frage der nuklearen Aufrüstung zu machen. Der

Papst solle dies noch vor Antritt seiner Reise klarstellen. In einem anderen Zusammenhang heißt es, das Auftreten des Papstes in bezug auf Amnestieforderungen müsse noch vor seiner Reise zugunsten der Position der Regierung geklärt werden. Was letztlich bei dem Papstbesuch herauskommt, ist vollkommen offen. Jaruzelski rechnet sich durch das Zugeständnis des Papst-Besuches eine Entspannung und eine Stärkung seiner Position aus. Andererseits lauern in der Partei schon Kräfte, die für seinen Sturz bereit sind, falls es ihm nicht gelingt, den Besuch ohne größere Zwischenfälle über die Bühne zu bekommen. Diese Kräfte wurden kürzlich von der sowjetischen Presse in einer Kampagne gegen Rakowski unterstützt.

Weitere elf Mitglieder der **Jenaer Friedensbewegung**, die durch öffentliches Auftreten bekannt geworden ist, sind durch das DDR-Regime nach Westberlin abgeschoben und ihnen ist die DDR-Staatsbürgerschaft aberkannt worden. Auch wenn manche durch einige Umstände der Grünen Aktion auf dem Ostberliner Alexanderplatz peinlich berührt wurden, so ist sie gegenüber der Grabesstille aus Hamburg doch vorzuziehen. Enthusiastische Erwartungen in einen Dialog mit den Regierungen Osteuropas, die dabei aufkamen, dürften durch die Praxis von selber abgekühlt werden.

Auf das Gebiet von Shomali unweit von Kabul haben sowjetische Truppen die bisher umfassendste Aktion in **Afghanistan** durchgeführt, bei der zumindest einige hundert Zivilisten umgekommen sind. Aus der Sowjetunion gibt es einen peinlichen Zwischenfall zu vermelden. Ein Sprecher des englischsprachigen Dienstes von Radio Moskau vermeldete mehrmals anderes, als der offizielle Text vorschrieb. Zum Beispiel, statt daß die Bevölkerung eine zunehmende Rolle bei der Verteidigung des Landes gegen eingedrungene Banden spiele: „Die Bevölkerung Afghanistans spielt zunehmend eine Rolle bei der Verteidigung des Territoriums gegen sowjetische Besetzer.“ Die Zeitschrift *konkret* hat in ihrer internationalen Berichterstattung ihre Serie „Die Wahrheit“ (prawda, der Übers.) nach Berichten über den Iran und die DDR-Friedensbewegung mit einer Reportage aus Afghanistan fortgesetzt. Zitat: „Der Riesenknast ‚pole-charki‘ vor den Türen Kabuls ist überfüllt. Während die Regierung noch Gefangene macht, bringen die vom CIA finanzierten ‚Freiheitskämpfer‘ jeden kommunistischen Funktionär sofort um.“ Begegnet mir doch letztes Konkret-Herausgeber Gremliza mit einem großen Aktenkoffer etwas abgehetzt auf dem Bahnhof und fragt: „Nichtschuldigung, ist das der Sonderzug nach Pankow?“

Bei vielen Leserinnen und Lesern der Kommune macht wahrscheinlich der Schwerpunkt dieses Heftes seinem Namen noch mehr Ehre als sonst. Aber wenn einzelne Artikel oder Passagen von Artikeln nicht ganz einfach zu lesen sein sollten, dann liegt es wohl nicht an den Autoren, sondern halt daran, daß sich die meisten von uns nicht soviel mit Naturwissenschaften beschäftigt haben oder jedenfalls darin keine solide Ausbildung haben.

Vielleicht täuschen wir uns ja sowieso. Jedenfalls ist das Buch von Jantsch als dtv-Taschenbuch erschienen, und die Bücher von Prigogine und Fritjof Capra finden sich wie schon früher andere Versuche, Ergebnisse der Naturwissenschaften in ihren Konsequenzen zu verallgemeinern, auf den Bestseller-Listen.

Willfried Maier hatte im ersten Heft der Kommune versucht aus jüngeren naturwissenschaftlichen Forschungen und ihrer Zusammenfassung Konsequenzen für die gesellschaftliche Perspektive der Ökologiebewegung abzuleiten. Er hatte den Zusammenhang zwischen den mechanischen Naturwissenschaften und dem Kapitalismus herausgearbeitet und in der jüngeren Entwicklung der Naturwissenschaften und ihrer Anwendung die materielle Basis für eine kommunale Produktionsweise gesehen.

Die Artikel in diesem Heft setzen sich zum größten Teil mit dem Ansatz von Willfried Maier auseinander oder befassen sich doch mit der Problematik der Beziehungen von naturwissenschaftlicher Forschung, technologischer Anwendung und gesellschaftlichen Verhältnissen. Den Artikel von Jens Scheer haben wir an den Anfang gestellt, weil er das Verhältnis von Mensch und Natur im Kapitalismus ins Zentrum stellt und andeutet, wie sich dieses Verhältnis in einer neuen Produktionsweise entwickeln könnte; vielleicht quer zu den Vorstellungen mancher Ideologen, die glauben, in der Kleinheit liege die Reinheit. Franz Dicks Artikel schließt ziemlich eng an die Auffassungen von Willfried Maier an und muß sich deshalb an der Kritik von Fismer u.a. an Maiers Überlegungen messen lassen. Es folgt abschließend eine Rezension des Buches von Capra durch W. Maier.



Jens Scheer

Kommunismus – Naturalismus – Humanismus

Dieser Kommunismus ist als vollendeter Naturalismus = Humanismus, als vollendeter Humanismus = Naturalismus, er ist die wahrhafte Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen ...

K. Marx¹

Ein außerirdischer Betrachter unseres Planeten hätte zweimal bedeutsame neuartige Erscheinungen verzeichnet: Vor einigen Milliarden Jahren hätte er die Bildung von Materie zu Formen beobachtet, die er als außerordentlich unwahrscheinlich, ja als einen ärgerlichen Zufall aufgefaßt hätte, sofern er in den Weisen der traditionellen Physik gedacht hätte. Vermutlich wären ihm schon Zweifel daran gekommen, wenn er auf anderen Planeten anderer Sonnen ähnliches bemerkt hätte; und sofern er über Theorien verfügte, wie sie für uns mit den Namen Prigogine und Eigen² verbunden sind, hätte er verstanden, was sich abspielte: Die Selbstorganisation von Materie zu sich selbst erhaltenden und reproduzierenden Systemen, die wir lebendige nennen, die schon eine bedeutende Beschleunigung bei der Entwicklung der gesamten Natur bewirkt

hätten. Vor einigen zehntausend Jahren hätte unser Beobachter eine neue Art der Gestaltung der Materie auf der Oberfläche unseres Planeten gesehen, die durch das bisherige nicht verständlich war. Schlichte modellhafte Beispiele wären, wenn die roten und weißen Kugeln in einem Topf entmischt würden, oder wenn auf einem Blatt Papier die Folge der Primzahlen erschiene. Ursache für derartiges wären natürlich Lebewesen mit Intelligenz, die aufgrund von Überlegungen und Willen ins Naturgeschehen eingreifen. (So war übrigens ein Vorschlag, um bei Funksignalen ins All eindeutig deren intelligente Ursache zu kennzeichnen, Primzahlfolgen zu senden, da die auf keine denkbare Weise „von selbst“ entstehen könnten.)

Unser Betrachter hätte also Tendenzen einer besonderen Art der Entwicklung der Materie gesehen, die dadurch zustande kam, daß die Materie oder Natur, durch ihre intelligenten Bestandteile auf neuartige, besondere Weise auf sich selbst zurückwirkte. Nicht entgangen wäre ihm freilich, daß mögliche Tendenzen zu „schönen“, „sinnvollen“ Formen alsbald einer eigenartigen Stagnation anheimfielen, Brüche, Katastrophen eintraten.

Ursachen waren natürlich, daß die Träger der Intelligenz auf der Oberfläche des Planeten, eben die Menschen, – angemerkt sei die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit, daß in den Ozeanen Wale und Delphine ähnliche Intelligenz tragen, nur charakteristischerweise ohne eine Möglichkeit der Manipulation, der Umgestaltung ihrer Umwelt³ – daß die Menschen also Widersprüche untereinander und mit der Natur entwickelten, die einen ungebrochenen harmonischen Prozeß unmöglich machten.

Grund für letzteres war zunächst natürlich die Tatsache, daß aufgrund gesellschaftlicher Bedingungen Zerstörung, Raubbau der Natur betrieben wurde, wie des öfteren ausgeführt, nicht zum geringsten von Engels und Marx selbst⁴.

Voraussetzung dafür aber war und ist eine fundamentale Nicht-Übereinstimmung von Denken und Wirklichkeit, wie sie zwar einerseits notwendig war, andererseits in ihren Formen und Ausmaßen gesellschaftlich bestimmt und damit auch wieder veränderlich war und ist, wie im folgenden zu erörtern sein wird. Wenn Wirklichkeit, Natur erkannt wird, so hat sie zwar entsprechende Vorgänge im menschlichen Kopf zur Folge, aber doch nicht etwa in der Weise, daß Bäume, Häuser, Wolken als winzige Abbilder aus Gehirns substanz noch einmal vorhanden sind – das würde das Extrem einer „schlichten, mechanischen Widerspiegelung“⁵ bedeuten – sondern das Verhältnis ist natürlich viel komplizierter und bei weitem nicht aufgeklärt. Immerhin gibt es Überlegungen hierzu, die gerade Bezüge zu den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen herstellen, von denen gleich zu reden sein wird.

Zunächst sei aber hervorgehoben, daß jene Distanz, jene nicht perfekte Übereinstimmung zwischen der Natur und dem, was im

Kopf vor sich geht, gerade die Voraussetzung für intelligentes, absichtliches Gestalten bildet. Denn wenn die Naturvorgänge schlicht noch einmal im verkleinerten Maßstab im Kopf ablaufen, so bestünde ja keinerlei Möglichkeit ihrer Beeinflussung, sie liefen halt irgendwie in der Wirklichkeit ab und im Kopf täte ihr Abbild daselbe noch einmal.

Gerade weil das, was im Kopf passiert, eine gewisse Distanz zur Natur hat, kann es eigenständig, eigenwillig weiterentwickelt werden, können noch nicht existente Formen der Wirklichkeit antizipiert werden, die dann durch das bewußte Einwirken realisiert werden können. Daß eben dies es ist, was Menschen von Tieren unterscheidet, hat Marx mit dem Beispiel von Baumeister und Biene verdeutlicht⁶, daß nämlich den Baumeister auszeichnet, den Bau vorher im Kopf antizipiert zu haben, bevor er ans stoffliche Gestalten geht.

Was nun genau im Kopf passiert, nennen wir Denken, ist wie gesagt noch weitgehend unaufgeklärt; offenbar aber arrangieren sich die Moleküle der Gehirns substanz auf bestimmte Weise, wenn wir Begriffe von Dingen bilden, und wenn wir das Verhalten der Dinge denkend verfolgen, es verstehen, erkennen.

Vor allem A. Sohn-Rethel ist der entscheidende Hinweis zu danken, daß eben dieser Prozeß kein dem Menschen eingeborener, zu allen Zeiten und unter allen Bedingungen gleicher ist, sondern daß sich genau hier die gesellschaftlichen Bedingungen auswirken, daß also die Naturerkenntnis selbst eine fundamental historische Komponente besitzt⁷.

Zentraler Gedanke ist, daß die Abstraktionen bei der Begriffsbildung, die wir benutzen, wenn wir denkend mit der Natur umgehen, nicht notwendig aus der Natur selbst stammen, sondern vielmehr als „Realabstraktionen“ entstehen, wenn wir praktisch jene Handlungen durchführen, die die Gesellschaft zusammenhalten. Da das Denken in solcher Gesellschaft durch die zugehörigen Realabstraktionen geprägt: Daß Waren quantitativ durch ein ihnen Gemeinsames, den Wert, gekennzeichnet werden, daß, von qualitativer Veränderung abgesehen, ihre nur quantitativ bestimmbare Bewegung in Raum und Zeit allein als wesentlich angesehen wird, etc. – „Jeder, der Münzen in der Tasche trägt und ihren Gebrauch versteht, muß ganz bestimmte Abstraktionen im Kopf haben“⁸ und diese dann auch verwenden, wenn er beginnt, über Natur nachzudenken, Gesetze zu formulieren etc. Einen ähnlichen Gedanken drückt schon Marx aus, wenn er bemerkt⁹, daß Aristoteles gewisse Begriffe zum allgemeinen Äquivalent darum noch nicht fassen konnte, weil die Vorstellung von der Äquivalenz der Arbeit zur Zeit der Sklavenhaltergesellschaft noch nicht als „Volksvorurteil“ im allgemeinen Bewußtsein vorhanden war. Dies Verhältnis von „Volksvorurteil“ und Denkleistung zunächst einzelner „Intellektueller“ gilt es ebenso genauer zu klären wie zahllose Fragen – Verhältnis von Zirkulations- und Produktionssphäre etwa –, die im Gefolge des Sohn-Rethelschen Ansatzes auftauchen. Andere Beispiele zur gesellschaftlichen Prägung der Naturwissenschaften von den subtilen Einflüssen des Milieus bis zu grobschlächtiger Lenkung, sind in¹⁰ genannt – bei allen offenen Fragen bleibt doch festzuhalten, daß die Erkenntnis der Natur als Grundlage der sie verändernden Praxis wesentlich und zutiefst durch die gesellschaftlichen Bedingungen geprägt ist, unter denen sie geschieht.

Hier erhebt sich der Einwand, wie es denn dann möglich sei, daß überhaupt doch recht erfolgreiche Naturerkenntnis und zugehörige Technik passiert sei. Darauf wäre zu erwidern, daß man ja auch zu

Betrifft Artikel von Rudolf Bahro „Sozialistische Perspektiven am Ende des 20. Jahrhunderts“ in Kommune 5/1983

Antwort an Rudolf Bahro

Frieder O. Wolf
Redaktion Moderne Zeiten

Lieber Rudi,
in Deinem langen Vorspann hast Du wirklich Deine Hand in eine Wunde gelegt: Wir zwei Halbtagsredakteure der MOZ schaffen es einfach nicht, auf alle zugesandten Artikel schnell zu reagieren. Erst Ende Mai haben wir ein Verfahren entwickelt, durch das wir wenigstens für die für eine Veröffentlichung diskutierten Autoren den Prozeß innerhalb der Redaktion durchsichtiger machen.

Du bist also leider, *kein* Unikum gewesen.

Jedenfalls geht es keineswegs darum, daß Deine Position in der MOZ nicht zu Wort kommen soll. Da spricht auch, wenn Du nochmal nachblättest, unsere bisherige Publikationspraxis dagegen – Dein Diskussionsbeitrag, der von Jo Müller usw. Mit Deinem Artikel hatten wir nur *ein* spezielles Problem: Du hattest auf das Manuskript geschrieben: „Entweder ganz oder gar nicht“, bei 21 Schreibmaschinenseiten, d.h. über 10 Seiten in unserem Heft. Und das hat uns natürlich die Diskussion schwierig gemacht. Es wäre im übrigen solidarischer, wie andere, weniger berühmte Autoren es auch tun, erst einmal *nachzufragen*, was Dein Manuskript macht, bevor mensch spaltenlang über andere Menschen herzieht.

Liebe Grüße Frieder O. Wolf

P.S. Ansonsten würden wir uns selbstverständlich freuen, wenn Du für uns einmal *kürzere* Thesen schreiben könntest – oder vielleicht wäre auch ein Streitgespräch zwischen uns gut, in dem wir sowohl einander zu treffen als auch aufeinander zuzugehen lernen.

„Ein hübsches Beispiel sei erwähnt
 — daß nämlich Hirtenvölker,
 ohne zählen zu können, dennoch
 sehen, ob ihre Herden vollständig sind,
 weil sie jedes Tier
 gewissermaßen persönlich kennen.
 Die Fähigkeit zu zählen, zu
 quantifizieren, ging nun historisch
 parallel mit dem Verlust der Fähigkeit
 zu so unmittelbarer Natursicht.
 Der Gedanke schließt an,
 nicht etwa zurückzugehen,
 das Zählen zu verlernen,
 sondern unter Beibehaltung dieser
 Fähigkeit eine neue qualitative
 Weltsicht neu zu gewinnen.“

weilen mit ungeeigneten Instrumenten einiges zuwege bringen kann, daß man aber doch früher oder später an seine Grenzen kommt und daß sich diese nun gerade abzuzeichnen beginnen.

Der Umkehrschluß zu obigem Gedanken wäre dann, daß in der Tat unter fundamental geänderten gesellschaftlichen Bedingungen ein fundamental anderer Umgang mit der Natur – zunächst denk-wissenschaftlich, dann praktisch – möglich wäre. Unser extraterrestrischer Betrachter würde jene Stagnation endlich überwunden sehen. Hervorgehoben sei, wie grundsätzlich verschieden, ja diametral entgegengesetzt diese Auffassung zu denen der modernen Revisionisten ist, die ja im Grunde eine gerade von den gesellschaftlichen Bedingungen unabhängige Entwicklung der Naturwissenschaften behaupten mit der Konsequenz, daß sich der „Sozialismus“, wie sie ihn verstehen, vom Kapitalismus nur durch die „Anwendungen“ derselben Wissenschaft unterscheidet. Die in ihrem „Realsozialismus“ durchweg noch viel schlimmere Naturzerstörung illustriert freilich nur, wie wenig diese Gesellschaftsform jene Bezeichnung verdient, ja daß es sich um eine – wie auch immer theoretisch zu klassifizierende – schlimmere Gesellschaft handelt, wie auch immer die Phrasen lauten mögen. Durch Überlegungen, wie sie von Sohn-Rethel begonnen wurden, ist also Raum geschaffen, auf wissenschaftshistorischer Ebene, für den Gedanken, daß mit der Auflösung des Widerstreits zwischen den Menschen auch die Auflösung des Widerstreits Mensch-Natur möglich ist, wie im einleitenden Marx-Zitat gesagt und von Marx auf allgemein philosophischer Ebene begründet. Es fällt schwer, hier deutlich zu werden, gar einleuchtende Beispiele zu bringen – schließlich zeigt sich gerade hier, wie sehr wir alle durch die Gesellschaft, in der wir leben, in unserem Denken geprägt sind. Überlegungen müßten in der Richtung laufen, daß in einer nicht mehr durch Warentausch zusammengehaltenen Gesellschaft sich Denkformen, Anschauungsweisen, Begriffsbildungen formen können, die „näher an den Dingen“ sind, weil sich auch in der Gesellschaft die Menschen nicht als abstrakte Besitzer von Tauschwerten gegenüberstellen, sondern es ihnen gemeinsam um etwas Gemeinsames geht.

Bekanntlich gibt es eine solche Gesellschaft auf entwickelter historischer Stufe (noch) nicht; Beispiele oder eher Andeutungen von anderen Umgangsweisen mit der Natur finden sich daher nur in wenig entwickelten Gesellschaften, sie sind daher stets in Hinsicht auf entwickelte Gesellschaften zu „übersetzen“.

Ein hübsches Beispiel ist in ¹¹ erwähnt – daß nämlich Hirtenvölker, ohne zählen zu können, dennoch sehen, ob ihre Herden vollständig sind, weil sie jedes Tier gewissermaßen persönlich kennen. Die Fähigkeit zu zählen, zu quantifizieren, ging nun historisch parallel mit dem Verlust der Fähigkeit zu so unmittelbarer Natursicht. Der Gedanke schließt an, nicht etwa zurückzugehen, das Zählen zu verlernen, sondern unter Beibehaltung dieser Fähigkeit eine neue qualitativere Weltsicht neu zu gewinnen.

In einer so antizipierten Gesellschaft sollte zweierlei möglich sein: Die Natur wirkt unmittelbar auf das Denken der Menschen ein, sie lernen besser, sie zu verstehen, sich entsprechend zu verhalten. Andererseits sind die Menschen in der Lage, auf die Natur einzuwirken, sie zu verändern, ihr zu helfen, sich zu entwickeln. Die Natur wirkt unter Vermittlung ihres intelligenten Teils, der Menschen, auf sich selbst zurück; ihre Entwicklung, die sich einst im Maß von Jahrtausenden vollzog, wenn auch durch – unintelligente – Lebewesen bereits beschleunigt, geschieht jetzt – jedenfalls zunächst auf dem Planeten Erde – unvergleichlich schneller. So verstehe ich das Eingangszitat von Marx¹ und auch die andere berühmte Stelle: „Also die Gesellschaft ist die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur.“¹²

Petrović¹³, dem ich für diesen Aufsatz viel danke, hat überzeugend gegenüber revisionistischen Interpreten aus dem Kontext dargelegt, daß es Marx hier um die *zukünftige* Gesellschaft geht. Dabei klingt, meine ich, richtig der Gedanke der bewußten Gestaltung an:

Der Naturalismus des Menschen – der Mensch wird durch die Natur geprägt, indem er sie versteht – und der Humanismus der Natur – die Natur wird durch den Menschen in richtiger Weise geprägt, eben weil er sie versteht – beide ergeben sich nicht von selbst – sondern müssen bewußt „durchgeführt“ werden.

Das gilt selbstverständlich für das eigentliche Wesen des Menschen, die eigentliche Natur des Menschen selbst, das oder die erst im Kommunismus verwirklicht wird, wie Marx verschiedentlich betont, aber dann – und hier möchte ich auch über Petrović hinausgehen – für die ganze übrige Natur tendenziell auch.

Erinnert sei an die schöne Bezeichnung der äußeren Natur, „so weit sie nicht selbst menschlicher Körper ist“, als „anorganischer Leib“ des Menschen, weil er sie und den Stoffwechsel mit ihr unverzichtbar für seine eigene Fortexistenz braucht¹⁴.

Auch wo Marx von der „vermenschlichten Natur“ spricht¹⁵, geht es ihm offenbar auch um Gestaltung wie Erleben der *äußeren* Natur, wie sie für den emanzipierten Menschen existiert: „Der sorgenvolle, bedürftige Mensch hat keinen *Sinn* für da schönste Schauspiel . . .“^{15a}. Ausdrücklich nennt er beide Seiten kurz vorher^{15b}: „Die Aufhebung des Privateigentums ist daher die vollständige *Emanzipation* aller menschlichen Sinne und Eigenschaften; aber sie ist diese Emanzipation gerade dadurch, daß diese Sinne und Eigenschaften *menschlich, sowohl subjektiv als objektiv* (Hervorhebung von mir, J.S.) geworden sind. Das Auge ist zum *menschlichen* Auge geworden, wie sein *Gegenstand* zu einem ge-

„Wenn nun die Natur und die Menschen sich gegenseitig in ihrer Entwicklung bedingen und vorantreiben, wird es in gewissem Sinne nur noch eine Wissenschaft von diesem Gesamtprozeß geben.“

sellschaftlichen, menschlichen, vom Menschen für den Menschen herrührenden Gegenstand geworden ist.

Resurrektion, Aufrichtung der Natur – darunter verstehe ich den Vorgang, daß die Natur sich in den Gedanken der Menschen widerspiegelt (und zwar in den dereinst möglichen Formen viel tiefer und umfassender als heute), daß sie eben dadurch auf sich zurückwirkt, und zwar indem sie selbst gewissermaßen vom Geist durchdrungen wird.

Das schöne Bild von den versteinerten Verhältnissen, die zum Tanzen kommen, wenn ihnen ihre eigene Melodie vorgespielt wird²⁰, kann man hier zur Erläuterung ganz wörtlich physikalisch beziehen: Die Eigenfrequenzen in den Dingen sind immer schon vorhanden; es bedarf aber eines Wesens, das diese a) erkennt und b) die Dinge entsprechend beschallt, so daß feste Strukturen, wie die Mauern von Jericho, sich auflockern.

Wenn nun die Natur und die Menschen sich gegenseitig in ihrer Entwicklung bedingen und vorantreiben, wird es in gewissem Sinne nur noch *eine* Wissenschaft von diesem Gesamtprozeß geben. So verstehe ich den vieldiskutierten Satz²¹: „Die Naturwissenschaft wird später ebensowohl die Wissenschaft von dem Menschen, wie die Wissenschaft von dem Menschen die Naturwissenschaft unter sich subsumieren: es wird *eine* Wissenschaft sein.“

Von hier ist auch, meine ich, E. Bloch zu verstehen, der immer wieder die Eigenständigkeit, Eigenentwicklung der Natur betont, und daß die Menschen in Allianz mit ihr Techniken entwickeln könnten, die frei von Unfällen und Katastrophen sind, anstelle der „äußerlichen Technik“, mit der wir heute mit ihr umgehen¹⁶: „Die endgültig manifestierte Natur liegt nicht anders wie die endgültig manifestierte Geschichte im Horizont der Zukunft und nur auf diesen Horizont laufen auch die zukünftig zu erwartenden Vermittlungskategorien konkreter Technik zu. Je mehr gerade statt der äußerlichen eine Allianztechnik möglich werden sollte, eine mit der Mitproduktivität der Natur vermittelte, desto sicherer werden die Bildkräfte einer gefrorenen Natur erneut frei. Natur ist kein Vorbei, sondern *der noch gar nicht geräumte Bauplatz, das noch gar nicht adäquat vorhandene Bauezeug für das noch gar nicht adäquat vorhandene menschliche Haus*. Die Fähigkeit des problematischen Natursubjekts, dieses Haus mitzubilden, ist eben das objektiv-utopische Korrelat der human-utopischen Phantasie als einer konkreten. Darum ist es auch sicher, daß das menschliche Haus nicht nur

in der Geschichte steht und auf dem Grunde der menschlichen Fähigkeit, es steht vor allem auch auf dem *Grund eines vermittelten Natursubjekts und auf dem Bauplatz der Natur*.“

Und an anderer Stelle¹⁷ hebt E. Bloch ganz klar die notwendige Änderung der gesellschaftlichen Voraussetzungen hervor, wenn er über den technischen Unfall und die ökonomische Krise schreibt: „Und trotzdem entsprechen sich beide Katastrophen tieflegend, denn beide stammen letztthin aus einem *schlecht vermittelten, abstrakten Verhältnis der Menschen zum materiellen Substrat ihres Handelns*.“ „Und erst wenn das Subjekt der Geschichte, der arbeitende Mensch, sich als Hersteller der Geschichte erfaßt, folglich das Schicksal in der Geschichte aufgehoben hat, könnte er auch dem Produktionsherd in der Naturwelt nähertreten“. Die Natur infolge ihrer Erkenntnis durch den Menschen mit Geist durchdrungen und vermittels dessen Praxis selbst sich weiter entwickelnd, und zwar unter der Voraussetzung fundamental geänderter Gesellschaft – das scheint mir die Erklärung des so dunklen Worts vom Natursubjekt. –

Die vorgetragenen Überlegungen, die sich verstehen als Erläuterung Marxscher Gedanken, umfassen wesentliche Elemente sogenannten ökologischen Denkens, sehen sie aber als einseitig.

Daß sich die Menschen durch die Natur prägen lassen, indem sie sie erkennen und verstehen, ist gewiß die eine wichtige Seite. Bleibt man aber dabei, so kommt man zu so etwas wie „Naturalisierung des Menschen“, zu einem ängstlichen Einpassen in angeblich ewig gleiche Naturzyklen, zu einem Konzept, das vom wesentlich Neuen, das mit dem Menschen auf der Erde erschien, eigentlich ab-

„Vielmehr überwölkt der Marxismus den einseitig auf Einpassen in die Natur orientierten Ökologismus, wie allerdings auch die Weltanschauung die einseitig auf Produktivkraftentwicklung setzt.“

sieht. Man glaubt, Vorschriften fürs menschliche Verhalten aus der Natur ablesen zu können, kommt damit zu Beschränkung in Dimension und Komplexität technischer Einrichtung wie menschlicher Gesellschaften – „small is beautiful“ heißt die Losung, und „sozialistische Industrie ein Widerspruch in sich“²³ – und glaubt Allianztechnik schon bei der Reduktion von Erzen durch Bakterien gefunden zu haben.

Nicht unwichtig ist auch, anzumerken, daß solcherlei Überlegungen die oben genannte notwendige Voraussetzung, nämlich die fundamentale gesellschaftliche Veränderung, aus dem Blick gerät.

Die entgegengesetzte Vereinseitigung ist freilich noch schrecklicher, eine „Humanisierung der Natur“, die rücksichtslose Prägung und Ausbeutung der Natur durch den Menschen, wie sie im Kapita-

lismus wie im „Realsozialismus“ passiert, wo sie die ideologischen Wurzeln in der Losung „Die Arbeit ist die Quelle allen Reichtums“ hat. Ein groteskes Mißverständnis, daß eben diese Ansicht Marx zugeschrieben wird, der sie doch in der „Kritik des Gothaer Programms“ gerade kritisiert hat, weil sie den Boden, die Natur vernachlässigte und ignorierte (siehe hierzu Werner Heuler-Neuhaus¹⁸).

Gänzlich unangebracht ist also das Vorgehen mancher „Marxisten“, die anhand von vielen Marx-Zitaten, in der er die Zerstörung der Natur (und der Menschen!) durch den Kapitalismus benennt, nachweisen wollen, daß Marx doch eigentlich der erste Grüne gewesen sei, und die dann angesichts der Marxschen Gedanken zur Entwicklung der Produktivkräfte in Verlegenheit geraten, weil ihnen da die osteuropäische Entwicklung vor Augen tritt.

Freimachen muß man sich nun in der Tat von allen reformistischen und revisionistischen Vorstellungen, Entwicklung der Produktivkräfte bedeute, der kapitalistischen Entwicklung lediglich einige Hemmnisse zu nehmen; zentraler Dreh- und Angelpunkt ist, die fundamental Neue Gesellschaft zu schaffen und mit ihr eine „Neue Natur“ zu ermöglichen.

Vielmehr gewinnt, meine ich, die Perspektive der Neuen Gesellschaft einen mitreißenden Schwung, wenn sie nämlich den Gedanken mit enthält, daß in jener Neuen Gesellschaft – aber auch erst dann! – eine sinnvolle Entwicklung der Natur durch den Menschen möglich wird.

Die 11. Feuerbachthese, daß die Welt nicht nur zu interpretieren, sondern zu verändern sei, gilt somit auch für die Natur! Hier zeigt sich übrigens, daß nicht etwa der Marxismus und der Ökologismus sich gegenüberstehen wie zwei Dinge, die es etwa irgendwie zu vereinigen gälte. Vielmehr überwölbt der Marxismus den einseitig auf Einpassen in die Natur orientierten Ökologismus, wie allerdings auch die Weltanschauung, die einseitig auf Produktivkraftentwicklung setzt.

Wer hier nach konkreten Beispielen fragt, muß notwendig enttäuscht werden – die Hauptseite dieser Überlegungen ist eine kritische, sie wenden sich gegen Verkürzungen und verfrühte Schlüsse, wenn es um die Öffnung der Perspektive neuer Gesellschaft geht.

Um das Denken in die nötige Richtung zu lenken, mache man sich aber klar, daß z.B. ganz Mitteleuropa, selbst die Alpen²²,

schon eine vom Menschen geprägte Landschaft sind; im übrigen seien der Phantasie keine Grenzen gesetzt, auch ohne Scheu vor science fiction, wenn man sich ausmalen will, was einmal alles möglich sein könnte. Es kann schon beginnen bei einer weltumspannenden Energieversorgung in Form einer Wasserstoffwirtschaft¹⁹. Es braucht ja nicht der Ozean wie bei Fourier nach Limonade zu schmecken, aber in Richtung neuer Arten, künstlicher Monde, künstlichen Nordlichts etc. zu denken, erfordert kaum Anstrengung der Phantasie – immer und wohlgemerkt unter der Voraussetzung Neuer Gesellschaft und Neuer Wissenschaft, die ein tieferes Verständnis der Natur bedeutet, das von dem unsrigen quantitativ und vor allem qualitativ ungeheuer verschieden sein wird, womit sich auch jene Befürchtungen erübrigen, die bei einem Herumpfuschen aufgrund der heutigen beschränkten Verständnisse nur allzu angebracht sind.

Ähnlich weite Perspektiven tun sich auf für eine zukünftige Selbstorganisation der gesamten Menschheit unter der Voraussetzung heute noch ungeahnter Kommunikationsmöglichkeiten.

Dies würde zu einer grundlegenden Verschiebung auch gerade der „ökologisch“ motivierten Sichtweise führen: Anstelle der immer wiederholten Beschwörung voneinander unabhängiger „kleiner Einheiten“ träte ein anderer, in der ökologischen Diskussion ja auch längst vorhandener Gedanke, in den Vordergrund und würde so ernst genommen, wie er es verdiente – nämlich der vom „Raumschiff Erde“.

Dann wäre ein großes, wenn auch fernes Ziel für uns fünf Milliarden Menschenbrüder und -schwestern, dies Raumschiff für uns alle wohnlich einzurichten, unser aller „anorganischen Leib“ gemeinsam zu gestalten und dafür gesellschaftliche Voraussetzungen zu schaffen, wofür gelten wird, wie Marx dies Eingangszitat fortführt: „... die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung. Er ist das aufgelöste Rätsel der Geschichte und weiß sich als dessen Lösung.“ □

„Es braucht ja nicht der Ozean wie bei Fourier nach Limonade zu schmecken, aber in Richtung neuer Arten, künstlicher Monde, künstlichen Nordlichts etc. zu denken, erfordert kaum Anstrengung der Phantasie.“

- 1 K. Marx, MEW Ergänzungsband (E), S. 536
- 2 I. Prigogine, I. Stengers, Dialog mit der Natur M. Eigen, Das Spiel J. Scheer, in: Umbruch, März/April 1983
- 3 McIntyre, Der Geist in den Wassern, 2001
- 4 K. Marx, MEW 26/3, S. 303 F. Engels, MEW 20, S. 452
- 5 V.I. Lenin, LW 38, S. 185
- 6 K. Marx, MEW 23, S. 193
- 7 A. Sohn-Rethel, Warenform und Denkform, Suhrkamp Geistige und körperliche Arbeit, Suhrkamp Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit, Merve
- 9 K. Marx, MEW 23, S. 174
- 10 J. Scheer, in: Kommunismus und Klassenkampf, H. 10 1982
- 11 J.H.D. Jensen in: Leibniz-Gedächtnisband, 1946
- 12 K. Marx, MEW (E), S. 538
- 13 G. Petrović, Naturalisierung des Menschen – Humanisierung der Natur? Unveröff. Manuskript
- 14 K. Marx, MEW (E), S. 516
- 15 K. Marx, MEW (E), S. 541
- 15a K. Marx, MEW (E), S. 542
- 15b K. Marx, MEW (E), S. 540
- 16 E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung, S. 807
- 17 E. Bloch, Das Prinzip Hoffnung, S. 811
- 18 W. Heuler-Neuhaus, Manuskripte des Arbeitskreises „Ökologie und Marxismus“
- 19 D.M. Bockris, Energy Options, Halsted Press, 1980
- 20 K. Marx, MEW 1, S. 381
- 21 K. Marx, MEW (E), S. 544
- 22 W. Bätzing, Der Mensch als Umweltzerstörer? Eine Untersuchung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur am Beispiel des Alpenraums Manuskripte des Arbeitskreises „Ökologie und Arbeit“, 1983
- 23 O. Ullrich, Weltniveau

Franz Dick

Neue Ergebnisse der Naturwissenschaft und Zukunft der Arbeit

Willfried Maier hat in dem Aufsatz „Mehrprodukt kostet Lebenssteigerung“¹ in Anknüpfung an Prigogine, Jantsch und Vester eine kritische Antwort an die ökologische Weltanschauung gegeben, für die Ökologie bloß enthaltsame Sparsamkeit im Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Produktion und des Lebens bedeutet. Gerade jüngere Ergebnisse der Naturwissenschaften weisen auf, daß das ausbeuterische Verhältnis zwischen Mensch und Natur, wie es besonders die kapitalistische Produktionsweise hervorbringt, nicht nur überwunden werden *muß*, sondern auch *kann*: und zwar indem der Mensch die globalen Naturprozesse, die ihn selbst als Teil der Natur umfassen, zu seinem eigenen Nutzen weiterentwickelt.

Verschiedentlich wird der Aufsatz von Maier dahin kritisiert, in ihm würden die gesellschaftlichen Formen der Produktion (und zwar die gegenwärtigen wie auch die Produktionsformen unter der Bedingung der gesellschaftlichen Emanzipation) nicht oder nur am Rande erwähnt. *Als Kritik* geht diese Aussage an der Sache vorbei. Maier zieht aus der Entwicklung der Naturwissenschaft Folgerungen für die Produktivkraftentwicklung, und die Auseinandersetzung damit muß sich auf die Ebene der Fragestellung des Aufsatzes selbst begeben.

„Was wären nun die Merkmale einer Produktivkraftentwicklung, die Symbiose mit selbstevolvierenden Systemen anstrebt, ohne auf die Nutzung von Gleichgewichtstechnologien zu verzichten?“² fragt Maier, bevor er Merkmale einer solchen Produktion skizziert, welche der Richtung nach nicht Ausschöpfung von Naturressourcen bedeuten, sondern Einschaltung in die natürliche Selbstreproduktion biologischer Prozesse. „Gleichgewichtstechnologien“ sind dabei Maschinerie und Chemotechnik, welche in Anwendung der klassischen experimentellen Naturwissenschaften ausschließlich vorherberechenbare Prozesse enthalten. Zu diesen Gleichgewichtstechnologien wie auch zum Verhältnis von Gleichgewichtstechnologien und symbiotischer Nutzung selbstorganisierender biologischer Prozesse möchte ich einige (noch abstrakte) Thesen formulieren. Zu dem Zweck gehe ich zunächst unter erkenntnistheoretischem Gesichtspunkt auf das Neue an der naturwissenschaftlichen Richtung ein, die hauptsächlich von Prigogine begründet und von Jantsch weiterentwickelt wurde; das allerdings auch aus dem Grund, weil ich diese Richtung unter dem Gesichtspunkt von Dialektik und Materialismus für bedeutsam halte.³

Die „exakten Naturwissenschaften“ werden zu historischen Wissenschaften

Mag sein, daß es die Vertreter der genannten naturwissenschaftlichen Synthese nicht sonderlich interessiert: Die Ausführungen von Prigogine und Jantsch lesen sich über weite Strecken wie die erfahrungswissenschaftliche Aufhebung bestimmter Aussagen Marx' und Engels', die dort noch (notwendig) allgemein-philosophisch formuliert sind. Worin besteht die theoretische Revolution (der „Paradigmenwechsel“, um der Wissenschaftstheorie verständlich zu bleiben)⁴, die durch Prigogines Untersuchung eingeleitet wird? – Charles Darwin und seine Vorläufer haben Marx' Aussage, daß es nur eine Wissenschaft gebe, die Wissenschaft der Geschichte, auf dem Gebiet der Biologie praktische Wahrheit verschafft. Physik und Chemie als die prototypisch „exakten Wissenschaften“ halten sich aber nach wie vor als unhistorische Wissenschaften, als Grundlagenwissenschaften, auf die sich auch historische Wissenschaften wie Kosmogonie (Lehre von der Entstehung des Kosmos) und Evolutionslehre zu beziehen haben. Prigogine entwickelt die exakten Naturwissenschaften Physik und Chemie so, daß diese in ihren Grundlagen selbst mit Fragestellungen der Genese von Materie und Universum, bis hin zur bewußten Materie des denkenden Menschen, verbunden sind; anstatt daß die aparten Wissenschaftszweige Kosmogonie und Evolutionslehre sich nachträglich auf die Ergebnisse der Grundlagenwissenschaften zu stützen hätten. Auch Physik und Chemie werden zu bewußt historischen Wissenschaften.

Prozesse der Selbstorganisation, bekannt bei organischer Materie, die im Stoffwechsel mit ihrer Umgebung steht, sind nicht auf Lebensprozesse beschränkt. Spontane Strukturierung und Aufrechterhaltung der Struktur, Selbstreproduktion, gibt es bei „Wolken, Lasern, chemischen Reaktionen, der Dynamik biologischer Populationen“⁵. Das bekannteste Beispiel einer solchen Selbstorganisation im anorganischen Bereich ist die Belousov-Zhabotinsky-Reaktion; „Bei einer bestimmten Zusammensetzung des Gemisches (von Schwefelsäurelösung und Cerium-Ionen bei der Oxydation von Malonsäure, d. Verf.) lassen sich konzentrische und spiralförmige Wellen beobachten, die Interferenzmuster ausbilden können. In diesen wie in ähnlichen Reaktionssystemen lassen sich manchmal über viele Stunden äußerst regelmäßige Pulsa-

tionen beobachten, so daß man von ‚chemischen Uhren‘ spricht.“⁶ Voraussetzung für eine solche sich in Raum und Zeit selbst reproduzierende Struktur ist „Offenheit gegenüber dem Austausch von Energie und Materie mit der Umgebung, ein Zustand fern vom Gleichgewicht und auto- und crosskatalytische Prozesse“.⁷ (Katalyse: Die Anwesenheit eines Stoffes ist Voraussetzung für eine chemische Reaktion anderer Stoffe; Autokatalyse: das Produkt einer chemischen Verbindung ist Voraussetzung für das Prozessieren der Verbindung; Crosskatalyse: die Anwesenheit eines Stoffes ermöglicht andere Prozesse, bei denen solche Stoffe herausgebildet werden, die wiederum für die Herausbildung des ersten Stoffes notwendig sind.) Selbstorganisation ist gemeinsame Eigenschaft anorganischer und organischer Materie. Damit wird die wirkliche Aufspaltung von anorganischer Materie und Lebensprozessen bis hin zu Denkprozessen, woran alle dualistische Vorstellung von Materie und (eigenständigem) Bewußtsein und damit letztlich aller Idealismus anknüpfen kann, perspektivisch ein weiteres Stück *naturwissenschaftlich* überwindbar. „... es ist Platz für Selbstorganisation, für das Entstehen anderer Arten von Prozessen, und zeigt uns, wie tief schließlich das Leben im Nichtleben verwurzelt ist.“^{7a} Jantsch geht so weit, als „Geist“ die Dynamik der Selbstorganisation des Materiellen zu bezeichnen. „In einer dynamischen Sicht findet die alte Streitfrage des strukturellen Denkens, ob Geist immanent oder transzendent sei, eine ganz neue Antwort: Geist ist immanent, aber nicht in einer soliden räumlichen Struktur, sondern in den Prozessen, in denen sich das System selbst organisiert, erneuert und weiterentwickelt – eben evolviert. Eine Gleichgewichtsstruktur hat keinen Geist.“⁸ Das wissenschaftliche Problem der Evolution, der Erklärung der Entwicklung von komplexen Strukturen aus (scheinbar) homogenen Stoffen, dem bekanntlich gern mit dem Verweis auf den Schöpfergott oder auf das Bewußtsein ausgewichen wird, wird dadurch ein Stück der Lösung entgegengeführt: Die kühnen Gedanken von Jantsch zur Entwicklung des Universums sind dabei anregend.

Die Richtung von Prigogine und Jantsch steht in bewußter Frontstellung zum Reduktionismus: zur methodischen Auffassung, wie sie vor allem in dem positivistischen Wissenschaftsverständnis gang und gäbe ist, daß die jeweilig „höheren“ Prozesse erschöpfend durch die jeweilig „tieferen“ zu erklären seien: das Biologische durch die Chemie, das Psychische durch die Physiologie, das Gesellschaftliche durch die Individualpsychologie usw. In den westlichen Wissenschaften wurde diesem Reduktionismus über weite Strecken mit den Begriffen von „Gestalt“ und „Ganzheit“ begegnet, wobei häufig schon diesen *Worten* selbst die mystische Eigenschaft zugesprochen wurde, wissenschaftliche Erklärung des Zusammenwirkens der Elemente und damit Widerlegung des Reduktionismus zu *sein*. In der Geschichte der Wissenschaft ist auch die materialistische Wissenschaftsauffassung Bündnisse mit dem Reduktionismus eingegangen (z.B. in der sogenannten Pawlow-Kampagne unter Stalin Anfang der 50er Jahre). Die Richtung von Prigogine und Jantsch gibt Handhaben für die materialistische Erklärung des Komplexen, ohne in den vulgärmaterialistischen Reduktionismus zu verfallen.

Wenn die Untersuchung der Evolution entlang der Zurückverfolgung der wirklichen Evolution nicht zwischen gerade schon lebender und noch „toter“ Materie halt macht, wenn sie die Entstehung der Materie selbst umgreift, dann kann sie auch vor „Raum“ und „Zeit“ nicht halt machen. Zentrales theoretisches Ergebnis

von Prigogine ist ein neuer Zeitbegriff, welcher „die Zeit“ nicht als abstrakten Parameter zur Darstellung beliebiger Prozesse, welcher selbst unabhängig von diesen Prozessen existiert, als bloße richtungslose *Zeitdauer* gelten läßt. Es ist ein Kennzeichen der klassischen Mechanik, daß sie die Zeit als solchen Parameter neben die Bewegungsabläufe starrer Körper stellt, um dann alle Gesetzmäßigkeit der Bewegung auf der Dimension der Zeit (und des Raumes) abzubilden; wobei die Reversibilität (Umkehrbarkeit) der Prozesse Anfang und Ende einer Zeitdauer beliebig austauschbar machen. Die Zeit kann dann keine Richtung haben. Wissenschaftsgeschichtlich hat Darwin praktisch ein Stück gerichtete Zeit eingeführt, wenn er die Entstehung der Arten evolutionär erklärt hat. Prigogine verbindet den Zeitbegriff mit den wirklichen Prozessen, mit der wirklichen Entwicklung der Materie; mit dem Begriff der „gerichteten Zeit“, des „Zeitpfeils“ kann er die Erklärung der Genese des Universums auf bewußte begriffliche Füße stellen.^{8a}

Es wird dadurch das Verhältnis von historisch gerichtetem Zeitbegriff und dem abstrakt-unhistorischen Begriff der Zeit als reine Zeitdauer deutlich; und überhaupt das Verhältnis von historischer Naturwissenschaft und der „klassischen“ unhistorischen Naturwissenschaft: Nur weil eine gerichtete Zeit (durch die gerichtete Entwicklung der Materie) existiert, kann sich ein *Zeitbegriff* herausbil-



Beispiel einer dissipativen Struktur in der Chemie: Bei der Belousov-Zhabotinsky-Reaktion wird Malonsäure durch Kaliumbromat in Gegenwart von Cerium-Ionen oxidiert. Wird die Reaktion in einer flachen Schale ausgeführt, so bilden sich spiralförmige Wellen aus. Fotografie von A. Winfree (1978).

den, der sich von der wirklichen Entwicklung loslöst, sich auf die umkehrbaren Prozesse, die es eben auch gibt, bezieht, und den Charakter des abstrakten Parameters der Zeitdauer annehmen, wie ihn die klassische Physik (und auch noch die Thermodynamik, welche schon gerichtete, irreversible Prozesse der Wärme gleichverteilung studiert) verwendet. Und: Haben sich die starren Körper, welche in der klassischen Mechanik schlicht *vorausgesetzt* werden, erst herausgebildet, dann kann, anknüpfend an jeweilige Momentaufnahmen, in denen die Entwicklung der Materie nicht sichtbar ist, die wirkliche Entwicklung der Materie hinwegabstrahiert werden und die reine Lehre bewegter starrer Körper herausgebildet werden, welche es sich leisten kann, von der stofflichen Qualität derselben zu abstrahieren. Wie häufig in der Geschichte der Wissenschaft wird die klassische Mechanik, die sich unter Absehung von ihren eigenen Voraussetzungen universell dünkte, durch die physik-

kalische Evolutionslehre zu dem Spezialfall gemacht, der sie ist; zu einem Spezialfall, der unter besonderen Bedingungen gilt.⁹ Die genetische Physik umschließt die strukturelle Physik als ihren Bestandteil und Spezialfall; so wie die Bewegung die Ruhe als ihren Spezialfall umschließt, was ja umgekehrt nicht gilt.

Die klassische Physik sucht die berechenbaren, vorhersagbaren Zusammenhänge in der Natur auf, die reinen Notwendigkeiten. Wo sie reine Vorhersagbarkeit nicht vorfand – und das war nirgendwo der Fall, außer in der Astronomie – schuf sie sich die Bedingungen, unter welchen dann berechenbare Zusammenhänge beobachtbar sind. Das ist im *Experiment* der Fall, das zur paradigmatischen Methode der Naturwissenschaft wurde.¹⁰ „Zufällige“ Ergebnisse im Experiment, der paradigmatischen Methode der klassischen Physik, können nur durch *Störbedingungen* ausgelöst sein, sind also nicht eigentlicher Gegenstand der Untersuchung. Höchstens ist ihr Auftreten Veranlassung, weitere deterministische Zusammenhänge zu suchen, Bestandteile des „Laplaceschen Weltgeistes“, der schon alles vorher berechnet und bestimmt hat. Als zu Anfang des 20. Jahrhunderts große Schwierigkeiten auftraten, statistische (d.h. zufallsvoraussetzende) Zusammenhänge als bloß methodische Zwischenergebnisse zu interpretieren, wurde die Physik in eine große Krise gestürzt. Immer noch wurde versucht, die erscheinenden zufälligen Zusammenhänge als Ausdruck eines „dahinterliegenden“ tieferen deterministischen Gewebes zu interpretieren.

Nimmt die Physik Kontakt mit der Entwicklung von wirklich Neuem, mit der tatsächlichen Evolution des Universums auf, so ergibt es gar keinen Sinn, ausschließlich nach Vorherberechenbarkeit und Determinismus im Gegenstand zu suchen – es sei denn, die ganze Entwicklungsreihe wird als Exekution eines höheren Planes gesehen, als Verwirklichung von Gottes Plan, wodurch die Physik sich als Wissenschaft selbst aufgibt. „Zeit bedeutet auch Zufälligkeit, und auch Evolution bedeutet Zufälligkeit. Es gibt keine wirkliche Evolution, wenn alles gegeben ist. Dann gibt es nur die Entwicklung von etwas bereits Existierendem.“¹¹ Gesetzmäßigkeit in der wirklichen Entwicklung zu suchen, heißt zu scheiden zwischen notwendigen und nicht notwendigen Zusammenhängen, zwischen Notwendigkeit und Zufall. Daß in der Evolution zwei bestimmte Stoffe, beispielsweise Polynukleotide und Proteine, zusammentreffen, mag ein glücklicher Umstand gewesen sein, ein Zufall. Beide haben nun „etwas anzubieten, was die andere (Molekülstruktur, d. Verf.) nicht hat; Polynukleotide sind infolge ihrer Molekülstruktur die bestgeeigneten Informationsträger, und Proteine sind gute Katalysatoren.“¹² Ihr erstes Zusammentreffen mag Zufall sein, aber ihre Struktur bedingt dann – immer wieder, also notwendig – daß durch die vermittelnde Rolle des Proteins die Polynukleotide sich und damit ihre eigene Struktur reproduzieren, wodurch eine Bedingung für Kontinuität in der Evolution, die Vererbung, gegeben ist.

Einem Zusammentreffen den Status des Zufalls zu geben heißt, auch ein anderes Zutreffen für *möglich* zu halten, woraus sich dann andere Verbindungen, andere Notwendigkeiten ergeben hätten. Für Prigogine ist Zufälliges *objektiv* zufällig und nicht bloß der vorläufigen Unkenntnis geschuldet. Mehr noch. Der Daseinsqualität, die allgemein („erkenntnistheoretisch“) *Möglichkeit* genannt wird (die ja immer vorausgesetzt wird, wenn von zufälligen Ereignissen gesprochen wird), gibt er eine naturwissenschaftliche Grundlage, indem er Entwicklungsvorgänge auch im makrophysi-

kalischen Bereich gerade dort untersucht, wo sie nicht determiniert sind und wo mehrere Entwicklungslinien möglich sind. Ein Beispiel: Wird die Konzentration eines bestimmten Stoffes in einer Lösung erhöht, so bilden sich zeitweise bestimmte räumliche Verteilungsstrukturen der chemischen Verbindungen heraus; wobei bei einem bestimmten Grad der Konzentration der einzelnen Bestandteile mehrere räumliche Strukturen möglich und gleich wahrscheinlich sind. Die verzweigten Möglichkeiten dieser Strukturen lassen sich in der Form eines verzweigten Baumes aufzeichnen, den Prigogine Bifurkationsanalyse nennt.¹³ Ein Stück naturwissenschaftliche Aufhebung des erkenntnistheoretischen Begriffes der „Möglichkeit“, den Prigogine gar nicht verwendet.¹⁴

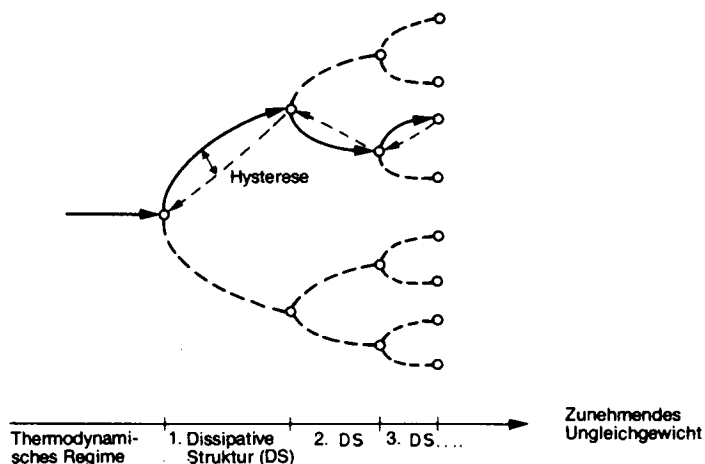
Entwicklung der Naturwissenschaft und Befreiung der Arbeit

Die Strukturähnlichkeit der Denkweise der „bürgerlichen exakten Naturwissenschaften und der kapitalistisch bestimmten (produktiven) Arbeit ist mehrfach aufgewiesen worden.¹⁵ Sie ist vermittelt über die kapitalistisch entwickelte Maschinerie, durch welche der Arbeiter

„angewendet“ wird, zu ihrem „Anhängsel“ gemacht wird. Ich will sie hier in eigener Begrifflichkeit nachzeichnen.

Kapitalistische Triebkraft für die Entwicklung der Maschinerie ist der Druck, die notwendige Arbeitszeit zu senken und die Mehrarbeit auszudehnen; was sich erreichen läßt durch die Abkürzung der Produktionszeit eines Gebrauchswertes. (Das ist nur begrenzt möglich, wenn Arbeitszeit und Produktionszeit auseinanderfallen; was der Fall ist, wenn biologische Reifungs- und Gärungsprozesse eine Rolle spielen; weswegen biologische Prozesse nur begrenzt in der kapitalistischen Produktion eingesetzt werden und die Landwirtschaft nur begrenzt kapitalisierbar ist.) Es ist die Tendenz der kapitalistischen Maschinerie (und Chemotechnik), mehr Rohstoff zu verarbeiten und den Produktausstoß zu erhöhen. – Überflüssig, an dieser Stelle zu sagen, daß nicht die Maschinerie selbst das Subjekt des Vorganges ist, sondern der Vorgang bedingt wird durch den Zusammenhang der Kapitalverwertung, in dem er steht. – Die kapitalistische Maschinerie setzt die Existenz zu verarbeitender Rohstoffe gleichsam voraus, und sie setzt die Konsumtion ihrer Produkte gleichsam voraus; in ihrer Entwicklung setzt sie nicht nur die Existenz von, sondern unbegrenzte Ressourcen voraus und ebenso unbegrenzte Konsumtion. Ihre Gefräßigkeit ist gleichsam grenzenlos. Wie in der klassischen Mechanik der stofflich-qualitative Charakter der starren Körper, deren Bewegung berechnet wird, beliebig vorausgesetzt wird, so hat der Prozeß der kapitalistischen Entwicklung der Maschinerie ein gleichgültiges Verhältnis zu seinem stofflichen Substrat, zu den Ressourcen und Produkten.

Der zweite Punkt betrifft die Arbeit an der Maschinerie selbst. Marx hat aufgewiesen, daß die Maschinerie seiner Zeit hauptsächlich auf der Zusammensetzung einfacher mechanischer Funktionen beruhte.¹⁶ Die Maschinerie funktioniert deterministisch, und zwar ausschließlich deterministisch. (Gleicht nicht jedes Produkt dem anderen, ist Reparatur erforderlich.) Aller individuelle Spielraum der Arbeit (und des Produkts), der noch für handwerkliche und manufaktuelle Produktion charakteristisch war, wird, vermittelt über die wissenschaftliche Objektivierung der Prozesse, beseitigt; die Bewegungen selbst werden begradigt, von allen „störenden Einflüssen“ frei gemacht. Der kapitalistisch-industriell angewendete Arbeiter ist bloß ein Element in diesem maschinell bestimmten Pro-



Makroskopische Unbestimmtheit in der Evolution einer dissipativen Struktur. An jeder Instabilitätsschwelle entscheidet sie sich frei für eine von mehreren (mindestens zwei) Möglichkeiten. Wird aber das Ungleichgewicht von außen her wieder vermindert, so krebst die Struktur auf demselben Weg zurück, den sie gekommen ist, abgesehen vom sogenannten Hysterese-Effekt, der die geleistete Arbeit bei der Umstrukturierung ausdrückt. Die Struktur »erinnert sich« jeweils an ihre Ausgangsbedingungen.

zeß; das erhellt schon daraus, daß es ihn an einem bestimmten Abschnitt des maschinellen Arbeitsprozesses überhaupt nur solange gibt, wie der Wert seiner Arbeitskraft dem Kapital billiger kommt als seine Ersetzung an dieser Stelle durch ein weiteres Maschinenelement. – Bekanntlich ist in der Fließbandproduktion die Einbettung des Arbeiters in den Maschinenprozeß am weitesten entwickelt und am offensichtlichsten. Und bekanntlich wird versucht, über Ergonomie, REFA, MTM, Taylor-System die kürzestmöglichen Bewegungen im Arbeitsablauf herauszufinden, so daß auch der Rest von nicht determiniertem Spielraum herausgeschnitten werden kann. Da jede Arbeitsbewegung und jedes Produkt über die Zeit möglichst identisch ist, da nicht über die (zufällige) Schaffung von Neuem neue Erfahrungen gemacht werden können, gibt es keinen Raum für die Entwicklung der Fähigkeiten und die Ausbildung der Individualität in der Arbeit selbst. Solches wird dann hinausgelagert in den Bereich von „Freizeit“, kultureller Betätigung und ähnlichem.

Freilich ist nicht alle Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen so gestaltet. Arbeit setzt Erkenntnis voraus. Der deterministische Charakter der Arbeit in der Produktion ist ja bloß ein anderer Ausdruck für die Aufspaltung der Arbeit in körperliche und geistige Arbeit. Die geistige Arbeit, schon die Arbeit des Konstruktionsingenieurs, hat keinen deterministischen Charakter. Sie besteht darin, unter Kenntnis von gesetzmäßigen Zusammenhängen diese stofflich zu realisieren, was immer eine Ausschöpfung von stofflichen und strukturellen Möglichkeiten beinhaltet. In diesem Sinne ist sie schöpferisch, auch wenn sie eingeengt ist durch die Zielvorgabe weiterer Begradigung der Arbeit im unmittelbaren Produktionsprozeß und die sich daraus ergebenden Arbeitsbedingungen.

Meines Erachtens lassen sich aus den neuen Ergebnissen der Naturwissenschaft Schlußfolgerungen für die (bislang noch wenig begrifflich ausgefüllte) reelle Befreiung der Arbeit¹⁷ ziehen, wenn auch noch sehr abstrakt. Bestandteil der realen Befreiung der Arbeit wird sein, daß (auch) die körperliche Arbeit ihres deterministischen Charakters entledigt wird – und zwar unter Ausschöpfung auch der Möglichkeiten, welche durch deterministische Naturwissenschaft geschaffen wurden. Sowie es enthält die Arbeit im „Bio“-Bereich schöpferische Möglichkeiten, indem die Eigendynamik von Lebensprozessen ausgenutzt wird und darüber neue Erfahrungen gemacht werden können im Arbeitsprozeß selbst. Die Ergebnisse der Prigogine-Richtung zeigen, daß auch im anorganischen Bereich Selbstorganisationsprozesse aufgebaut und dann auch ausgenutzt werden können. Wobei die Kenntnis und Anwendung not-

wendiger Beziehungen den Spielraum dafür geben kann, so daß deterministisch bestimmte notwendige Grundeigenschaften des Produkts geplant werden können und gleichzeitig die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die in der Eigendynamik des selbstreproduzierenden Vorgangs liegen können; wodurch neue Erfahrung gemacht werden kann. Es ist eine „alternative“ Technologie denkbar, die sich nicht auf die Ausnutzung von „Bio“-Techniken bezieht, sondern physikalische und anorganisch-chemische Prozesse umfaßt. Damit würde sich der Widerspruch von Hand- und Kopfarbeit aufheben lassen, und zwar nicht bloß in dem Sinne, daß die Arbeiter an der Maschine die deterministische Gesetzmäßigkeit der deterministischen Maschine „durchschauen“, sondern unter Kenntnis der deterministischen Seite der Technologie damit so umgehen können, daß immer neue Erfahrungen gemacht werden können. Was gegenwärtig z.B. im künstlerischen und kunstgewerblichen Bereich bekannt ist, wo auch zufällige Prozesse ausgenutzt werden; z.B. ist bei bestimmten Techniken der Glasur in der Keramik das genaue Gesicht der Glasur nicht vorherbestimmbar. Aber das gehört eben dem Bereich der „Kunst“ an. Im Arbeitsprozeß selbst kann Freiheit sich herausbilden, welche immer neue Auswahl eingesehener Notwendigkeiten zuläßt.

Eine solche alternative Technologie auch im anorganisch-maschinellen Bereich setzt ein anderes Verhältnis zum Stoff der Produktion voraus und trägt selbst dazu bei: Da der Naturstoff, der Arbeitsgegenstand ist, nicht bloß passiv der Bearbeitung von außen ausgesetzt ist, sondern seine Eigenentwicklung vorausgesetzt und gefördert wird, ist gerade die Eigengesetzlichkeit des Stoffes zu beachten. Das kommt dem Gesichtspunkt näher, daß der Mensch, der nicht bloß als gesellschaftliches Wesen der Natur gegenübersteht, sondern ihr Teil ist, in Übereinstimmung mit den Naturkreisläufen, mit der „Selbstorganisation des Universums“ handelt und zu dieser beiträgt. □

1 in: Kommune, 1983, H. 1, S. 37–45

2 ebenda, S. 42

3 Darstellungen und Auseinandersetzung: I. Prigogine, I. Stengers: Dialog mit der Natur, München u. Zürich 1981; E. Jantsch: Die Selbstorganisation des Universums, München 1979 u. 1982; A. Mlyńczak: Dialog mit der Natur. Buchbesprechung, in: Kommunismus und Klassenkampf, 1981, H. 10; J.R. Bloch u. Willfried Maier: Vom Gleichgewichts- zum Prozeßdenken 1 und 2, in: Moderne Zeiten, 1982, H. 9 u. 10; N. Lutz: Prinzip Selbstorganisation – eine neue Hoffnung? in: Wechselwirkung, Mai 1983

4 Was übrigens auch offiziell zur Kenntnis genommen wird. Siehe: H.J. Queisser: Eindeutiges – Mehrdeutiges. Tendenzen moderner Physik. Festvortrag bei der Mitgliederversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (Postfach 230360, 4300 Essen)

5 ebenda, S. 32

6 Jantsch, a.a.O., S. 61

7a Interview mit I. Prigogine, in: Dialektik. Beiträge zu Philosophie und Wissenschaft, H. 5, Köln 1982, S. 123

8 Jantsch, a.a.O., S. 228

8a Ausführungen von Engels zum Begriff der Zeit erscheinen mir in sich widersprüchlich: „Denn die Grundformen alles Seins sind Raum und Zeit, und ein Sein außer der Zeit ist ein ebenso großer Unsinn wie ein Sein außerhalb des Raums.“ (Antidührung, MEW 20, S. 48) Aus dem Zusammenhang der Lehre von Marx und Engels möchte man hinzufügen: Zeit außerhalb des Seins ist auch ebenso großer Unsinn wie ein Raum außer dem Sein. Engels fährt aber fort, indem er Dühring entgegenhält, daß Zeit nicht durch Veränderung existiere: „Nach Herrn Dühring existiert die Zeit nur durch die Veränderung, nicht die Veränderung in und durch die Zeit. Eben weil die Zeit von der Veränderung verschieden, unabhängig ist, kann man sie durch die Veränderung messen, denn zum Messen gehört immer ein von dem zu Messenden Verschiedenes.“ (ebenda, S. 49) Ist es bei der Messung von „Zeit“ nicht so, daß immer eine Veränderung gegen eine andere Veränderung gesetzt, eine Veränderung durch eine andere ausgedrückt wird? Zum Beispiel das biologische Wachstum durch den Vergleich mit den Tag-Nacht-Veränderungen. Oder eine mechanische Bewegung durch den Vergleich mit den rhythmischen Prozessen in einer Quartz-Uhr. Es sind die Veränderungen, genauer, die unterschiedlichen – widersprüchlichen – welche die Zeit ausmachen. – Die folgenden Aussagen wiederum kann man als Umschrei-

Fortsetzung der Anmerkungen folgende Seite

Raymond Fismer, Werner Heuler, Friederike Riemann, Jens Scheer

Entfesselung der Produktivkräfte oder Entfesselung des Menschen und der Natur

Mit unserem Beitrag schließen wir an die Diskussion, die Willfried Maier im ersten Heft dieser Zeitschrift begonnen hat, an. Unsere etwas andere Sicht der Situation wollen wir nicht entlang einer Kritik der Thesen Willfried Maiers im einzelnen entfalten; sie geht aus dem Gesamtzusammenhang hervor. Wir verstehen unsere Überlegungen als Teil eines Diskussionsprozesses, der zwischen der Arbeitsgruppe „Ökologie und Arbeit“, in deren Kontext Willfried Maiers Thesen entstanden sind, und der Arbeitsgruppe „Ökologie und Marxismus“, in der wir mitarbeiten, auch direkt begonnen hat. Den Diskussionen der Arbeitsgruppe „Ökologie und Marxismus“ verdanken wir wesentliche Anregungen.

*

Die Flut der Publikationen, in denen die weltweite ökologische Krise thematisiert wird, ist längst unüberschaubar. Daß das grundlegende Verhältnis des gesellschaftlichen Menschen zur Natur in den westlich-kapitalistischen wie in den sowjetischen Gesellschaften in ernsthafte und andauernde Schwierigkeiten geraten ist, wird nicht erst seit den Ereignissen von Harrisburg und von Seveso kaum noch bestritten. Noch immer aber tut sich die Linke mit dem Problem schwer, sind ihr entschiedene Ökologen in der – angesichts der Situation notwendigen – Radikalität voraus. Weist die Kritik der kapitalistischen Produktivkraftentwicklung einen Weg aus diesem Dilemma heraus? Hilft der „in der Ökologiebewegung ... eher fremde Gedanke“, wie Willfried Maier schreibt,

„daß die Lösung gerade auch der ökologischen Krise nur in einer qualitativ neuen Entfaltung von Produktivkräften und damit einhergehender Entfaltung von Bedürfnissen gefunden werden (können)“, weiter? Und sprechen dafür „jüngere Entdeckungen und Entwicklungstendenzen in den Naturwissenschaften und ansatzweise in den Technologien“? (Willfried Maier, S. 37) Dagegen ließe sich zunächst auf begrifflicher Ebene argumentieren: Die Vorstellung von der Entfesselung der Produktivkräfte, von ihrer qualitativ neuen Entfaltung, ist durch die Vergegenständlichung der Kategorie „Produktivkräfte“ in der Realität der sowjetischen Gesellschaften diskreditiert. Schon in der alten Sozialdemokratie wurde sie als bloßes Überholen der kapitalistischen Entwicklung, der allererst ihre mangelnde Konsequenz vorgeworfen wurde, gedacht. Doch das Problem liegt tiefer. Wenn es stimmt, daß in der kapitalistischen Formation (von einer bestimmten Stufe ihrer Entwicklung an) die Produktivkräfte gefesselt sind, und wenn die Produktivkräfte das jeweilige historische Verhältnis des gesellschaftlichen Menschen in seinem Stoffwechsel zur Natur ausdrücken, dann kann die Kategorie der Produktivkräfte nicht unabhängig von der jeweiligen Gesellschaftsformation verwendet werden. Unser Begriff von Produktivkräften entspräche dem spezifischen Naturverhältnis in dieser Gesellschaftsformation, einem Verhältnis, das destruktive Züge angenommen hat. Ein neues Verhältnis des Menschen zur Natur wäre so nicht durch „qualitativ neue Entfaltung der Produktivkräfte“, sondern durch die Destruktion (Negation) der in Destruktionskräfte umgeschlagenen kapitalistischen Produktivkräfte zu erreichen. (In den sowjetischen Gesellschaften

Fortsetzung der Anmerkungen von der vorhergehenden Seite

bung eines besonderen Zeitbegriffs verstehen, des abstrakten Zeitbegriffs, wie ihn die Mechanik hat: „Und die Zeit, in der keine erkennbaren Veränderungen vorgehen, ist weit entfernt davon, keine Zeit zu sein; sie ist vielmehr die reine, von keinen fremden Beimischungen affizierte, also die wahre Zeit, die Zeit als solche. In der Tat, wenn wir den Zeitbegriff in seiner ganzen Reinheit, abgetrennt von allen fremden und ungehörigen Beimischungen erfassen wollen, sind wir genötigt, alle die verschiedenen Ereignisse, die neben- und nacheinander in der Zeit vor sich gehen, als nicht hierhergehörig beiseite zu setzen und uns somit eine Zeit vorzustellen, in der nichts passiert. Wir haben also nicht den Zeitbegriff in der allgemeinen Idee des Seins untergehen lassen, sondern sind damit erst beim reinen Zeitbegriff angekommen.“ (ebenda, S. 49) Eben, dem Zeitbegriff, oder besser, einem solchen Zeitbegriff, der sich seiner wirklichen Bedingung nicht bewußt ist. Siehe dazu auch Havemann, Dialektik ohne Dogma, Hamburg 1964, S. 69, wo er sich allerdings (leider) nicht auf die Stelle von Engels bezieht.
9 Das sollte in der „Sohn-Rethel-Diskussion“, die sich nunmehr seit zwölf Jahren dahinschleppt, beachtet werden. Die abstrakt-quantitative Denkweise der klassischen Physik wird nicht dadurch relativiert, daß sie an bestimmte gesellschaftli-

che Voraussetzungen gebunden ist, an die Warenproduktion, wie Sohn-Rethel 1971 in seinem Buch „Geistige und körperliche Arbeit“ aufgewiesen hat. Die Gebundenheit an die gesellschaftlichen Voraussetzungen sagt eben nichts über ihren Wahrheitsgehalt, wie sich die Anhänger der Thesen von Sohn-Rethel vorhalten lassen müssen. Zu dieser Diskussion: P. Dudek: Naturwissenschaftliche Denkformen und ökonomische Struktur, in: Probleme des Klassenkampfes, 1979, H. 34 und: J. Scheer: „Wer wen? Prägt die Technik die Gesellschaft – oder umgekehrt?“ in: Kommunismus und Klassenkampf, 1982, H. 10

10 Eine lesenswerte historische Darstellung in: F. Capra, Wendezeit, Bern, München, Wien 1983, S. 51 – 106

11 Interview mit Prigogine, a.a.O., S. 130

12 Jantsch, a.a.O., S. 151

13 Prigogine, a.a.O., S. 166 ff., Jantsch, a.a.O., S. 83 ff.

14 Dazu: F. Engels, Dialektik der Natur, MEW 20, S. 486 ff. und R. Havemann, a.a.O., S. 84 ff.

15 Dazu vor allem: O. Ullrich, Technik und Herrschaft, Frankfurt 1977, S. 49 ff.

16 K. Marx, Das Kapital I, MEW 23, S. 392 ff., dazu siehe auch Ullrich, a.a.O.

17 Zum Begriff der ‚reellen Befreiung der Arbeit‘ vgl. J. Schmierer, Krise und Emanzipation der Arbeit, in: Kommunismus und Klassenkampf, 1982, H. 10

Einige Begriffe – erklärt

Thermodynamik: Physikalische Wärmelehre. Die Erforschung der mit Wärme verbundenen physikalischen Prozesse setzt die Definition eines Systems (unter Berücksichtigung seiner Randbedingungen, der Beziehungen zu seiner Umwelt) voraus, das anders als in der Dynamik nicht durch den Ort und die Geschwindigkeit seiner Bestandteile definiert wird, sondern durch eine Reihe von makroskopischen Parametern wie Druck, Volumen, chemische Zusammensetzung, Temperatur und Wärmemenge. Die Thermodynamik ist die Wissenschaft von den einander bedingenden Veränderungen der Eigenschaften des so definierten Systems.

Entropie: Physikalische Größe, die die Verlaufsrichtung eines Wärmeprozesses kennzeichnet und den Grad der durch die Erwärmung des Systems erzeugten Unordnung angibt.

(Eine Quelle der Temperatur T über dem absoluten Nullpunkt, die an einen Körper mit einer eng benachbarten Temperatur T die Wärmemenge Q abgibt, vergrößert seine Entropie um den Betrag $S = Q/T$)

In einem abgeschlossenen System kann die Entropie nur zunehmen, daher nicht zweimal denselben Wert annehmen. Daraus folgt, daß die Entwicklung der Natur nicht umkehrbar (irreversibel) ist, was mit unseren subjektiven Empfindungen vom Ablauf der Zeit übereinstimmt. (vgl. die folgenden Ausführungen)

Wärmetod: Von Clausius (1822–1888) angenommener Endzustand der Welt, in dem die Energie gleichförmig auf alle Materie verteilt und ein vollständiges thermodynamisches Gleichgewicht hergestellt wäre.

Kosmologie: Lehre vom Aufbau des Universums.

absoluter Nullpunkt der Temperatur: Entspricht minus 273,16°C. Die Skala der „absoluten Temperatur“, die mit dem absoluten Nullpunkt beginnt, wird Grad Kelvin genannt.

Proteine: Nur aus Aminosäuren aufgebaute einfache Eiweißkörper, die wichtigsten „funktionellen“ Makromoleküle der lebenden Zelle.

Aminosäure: Organische Säure, bei der ein Wasserstoffatom durch eine Aminogruppe ersetzt ist. Baustein der Proteine. Pflanzen bauen alle (ca. 20) natürlichen Aminosäuren selbst auf. Tiere und Menschen müssen 9 Aminosäuren mit der Nahrung aufnehmen.

Lipide: Fettähnliche, lebenswichtige Substanzen in pflanzlichen und tierischen Zellen.

Kohlehydrate: Aus Kohlenstoff, Sauerstoff und Wasserstoff zusammengesetzte organische Verbindung (z.B. Stärke, Zellulose, Zucker)

Photon: In der Quantentheorie das kleinste Elementarquant einer elektromagnetischen Strahlung, Lichtquant.

Photosynthese: Stoffwechselprozeß der grünen Pflanzen, bei dem in den Chloroplasten (linsenförmige Körperchen im Zellplasma, die Chlorophyll / „Blattgrün“ enthal-

ten) Kohlendioxid und Wasser assimiliert und unter Freigabe von Sauerstoff zu Kohlehydraten synthetisiert werden. Dieser Vorgang erfordert 112 Kilokalorien pro Mol / Grammolekül und läuft ab, wenn blaues und rotes Licht auf eine Pflanze treffen.

Hyperzyklus-Modell: Eigen und Schuster verstehen unter Hyperzyklus eine zyklische Verknüpfung von sich selbst reproduzierenden Einzelzyklen. In ihrem Modell gehen sie für die Frühstadien der Lebensentwicklung, als es um die molekulare Selbstorganisation selbstreproduktionsfähiger Systeme ging, vom Zusammenschluß der beiden Molekülsysteme, der Proteine und Nucleinsäuren, zu einem „lebenden“, sich selbstreproduzierenden Individuum, etwa einer Ur-Zelle, aus. Dabei hätte sich der Zusammenschluß nicht notwendig in einem einzigen Schritt vollzogen, wäre aber irgendwann durch eine übergeordnete zyklische Verknüpfung besiegelt worden. In dem aus der Verknüpfung entstehenden „Hyperzyklus“ hätten die Proteine die funktionelle Kopplung zwischen den reproduktiven Einzelzyklen der Nucleinsäuren, die für sich einen kleinen selbstreproduktiven Zyklus darstellen (mit den heutigen Genen vergleichbar) vermittelt.

Dissipation: (lateinisch) Zerstreung, Zerteilung. Zur Verwendung bei Prigogine vgl. unten.

autopoietisch: Sich selbst erzeugend. (griech.: autos-selbst; poiein-machen) Zur Verwendung bei Maturana vgl. unten.

topologischer Bereich: Lage und Anordnung geometrischer Gebilde im Raum.

allopoietisch: Etwas anderes erzeugend. (griech.: alios-ein anderer, poiein-machen)

Reduktionismus: Betrachtung eines Ganzen als bloße Summe seiner Einzelteile.

Ontogenese: Der Entwicklungsprozeß des Individuums (Die Embryonalentwicklung und alle Veränderungen, die sich aus der Umgebung und der Gewohnheit ergeben können.)

sequentiell: fortlaufend

Spezies: Tier- oder Pflanzenwelt. Besteht aus Individuen, die in allen wesentlichen Merkmalen übereinstimmen und zur fruchtbaren Fortpflanzungsgemeinschaft fähig sind. Verwandte Arten bilden eine Gattung.

stochastisch: (griech. stochazein-mit einem Bogen auf ein Ziel schießen – d.h. Verteilung von Ereignissen in einer teilweise zufälligen Weise, wobei einige von ihnen ein bevorzugtes Ergebnis erzielen können.) Eine Abfolge von Ereignissen ist stochastisch, wenn sie eine Zufallskomponente mit einem selektiven Prozeß verbindet, so daß sich nur gewisse Ergebnisse des Zufälligen durchhalten können.

Wholeness and the Implicate Order: (siehe Lit. liste) Ganzheit und implizite Ordnung.

Morphogenese: Die Ausformung eines Lebewesens bzw. seiner Organe während der Ontogenese.

stellt sich die Frage der Entwicklung der Produktivkräfte unserer Meinung nach nicht prinzipiell anders.)

Unsere Überlegungen gehen noch einen Schritt weiter. In der kapitalistischen Formation entwickeln sich die Produktivkräfte als Gattungsfähigkeit des gesellschaftlichen Menschen. Sie entwickeln sich auf dem Rücken des Individuums wie auf der Basis der Degradation der Natur. Die Möglichkeit realer Antizipation der Zukunft durch Zerstörung an der Natur des Menschen, damit an der Natur, damit am Menschen, ist nicht von der Hand zu weisen. Destruktion der Destruktionskräfte heißt demnach Entfesselung des Menschen und der Natur. Von hier aus kann sich in einer neuen Formation, jenseits der Klassengesellschaften in Ost und West, ein neues Naturverhältnis des gesellschaftlichen und individuellen Menschen herausbilden. Dann kann ein neuer Begriff von Produktivkraft in Verwendung genommen werden.

Gilt, was für die Entwicklung der Produktivkräfte gilt, auch für die „Produktivkraft Wissenschaft“? Trotz Kybernetik haben sich die Wissenschaft(en) von der Natur und die Wissenschaft(en) vom Menschen im großen und ganzen weiter auseinanderentwickelt. Entwickelt sich in der ökologischen Krise eine Gegenbewegung? Es scheint sich zunächst ein alter Mechanismus zu bestätigen, nach dem in gesellschaftlichen Prosperitätsperioden der Versuch überwiegt, die Naturwissenschaft in die Wissenschaft vom Menschen zu integrieren, und in Zeiten der Krise der Versuch, die Wissenschaft vom Menschen unter die Naturwissenschaften zu subsumieren.

Aber es gibt auch eine wirkliche Gegenbewegung, die auf einen Brückenschlag zwischen beiden Wissenschaften, der eine Umwandlung beider einzuschließen hätte, zielt. Zunächst wollen wir uns mit einem Fall der ersten Art auseinandersetzen.

Die Thermodynamik und das „Weltgesetz der Entropie“

In der Zeitschrift „Natur“ hat vor einiger Zeit Christian Schütz eines der Haupt-Modethemen der Ökologie-Diskussion, das Problem der Entropie, nach den Theorien des aus Rumänien stammenden Ökonomen Nicholas Georgescu-Roegen als in Natur und Ökonomie gleich bewährtes „Weltgesetz“ dargestellt: „Die Entropievermehrung im Kosmos, und also auch auf Erden, vollzieht sich unaufhaltsam. Sie ist unabhängig davon, ob Menschen wirtschaften oder nicht. Was unser gegenwärtiger Wirtschaftsprozess bewirkt, ist die Beschleunigung dieses Ablaufs. Wirtschaften heißt bildlich gesehen: auf einer abwärts-fahrenden Rolltreppe gegen andere um die Wette nach oben zu laufen, wobei die Rolltreppe die Eigenschaft hat, ihre eigene Abwärtsbewegung immer etwas mehr zu beschleunigen als die Aufsteigenden ihren Aufstieg. Je mehr diese strampeln, um so rascher sinken sie unter ihr Niveau. Das Vernünftigste wäre für sie, ganz still zu verharren, weil dann der Niedergang am langsamsten ist. (...) (Das Entropiegesetz) ist das Weltgesetz, das den Anfang, den Weg und das Ende alles Seienden beherrscht.“ (Christian Schütz, S. 128, 126)

Der Mensch erscheint als hilfloses Rädchen in unerbittlich-determiniertem Weltlauf, der dem Wärmetod entgegengeht. Was dem Individuum bliebe, wäre das bewußte Akzeptieren seiner Fesseln. Der Gürtel wird ihm kraft kosmologischer Gesetze enger geschnallt. Mit „naturwissenschaftlicher Begründung“ scheint der Irrationalismus nicht von schlechten Eltern. Aber die Begründung des „ökonomischen Weltgesetzes“ ist keineswegs klar und spätestens auf der zweiten Stufe seiner Ableitung aus einer schwierigen physikalischen Theorie (erste Stufe: kosmologische Verallgemeinerungen des Zweiten Hauptsatzes der Thermodynamik; zweite Stufe: umstandslose Übertragung dieser Verallgemeinerung auf ökonomische Prozesse) löst sich der Rest an Wissenschaftlichkeit auf.

Zunächst zur physikalischen Theorie: Mayer und Helmholtz formulierten 1842 und 1847 das Prinzip der Erhaltung der Energie. Danach ist es unmöglich, ein Perpetuum mobile zu konstruieren, eine Maschine also, die darauf aufgebaut ist, in einem abgeschlossenen physikalischen System die Gesamtenergie zu verändern, ohne daß von außen Energie zugeführt wird. Anders ausgedrückt: Für jedes thermodynamische System existiert eine Zustandsgröße, die innere Energie, sie wächst nach Maßgabe der von außen zugeführten Wärme und der von außen am System geleisteten (physikalischen) Arbeit. Durch alle Zustandsänderungen hindurch bleibt der Umfang der Energie innerhalb eines geschlossenen Systems erhalten. (Erster Hauptsatz der Thermodynamik/Energieerhaltungssatz)

Der Zweite Hauptsatz der Thermodynamik wurde zuerst 1852 von William Thomson (Kelvin) formuliert. Nach dem Energieerhaltungssatz wäre eine Maschine vorstellbar, die ähnlich einem Perpetuum mobile arbeiten würde: Ein Ozeandampfer entnähme die zu seinem Betrieb erforderliche Energie dem (nahezu unbegrenzten) Wärmeinhalt des Meeres. Die Abkühlung des Meeres würde weitgehend wieder rückgängig gemacht, da sie als Reibungswärme dem Meer zum größten Teil wieder zugeführt würde.

Ein solches Perpetuum mobile der zweiten Art ist nach dem zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, dem Entropie-Satz, nicht möglich: Es läßt sich keine periodisch arbeitende Maschine konstruieren, bei welcher nach einem Umlauf die einzige Änderung der umgebenden Welt darin besteht, daß Arbeit geleistet und ein Wärmereservoir abgekühlt wurde. Oder, wie Clausius ihn 1864 formulierte:

„Der Mensch erscheint als hilfloses Rädchen im unerbittlich-determinierten Weltlauf, der dem Wärmetod entgegengeht. Was dem Individuum bliebe, wäre das bewußte Akzeptieren seiner Fesseln. Der Gürtel wird ihm Kraft kosmologischer Gesetze enger geschnallt. Mit ‚naturwissenschaftlicher‘ Begründung scheint der Irrationalismus nicht von schlechten Eltern.“

Es kann nicht Wärme von einem tieferen zu einem höheren Niveau überführt werden, ohne daß sonst eine Änderung in der Umwelt eintritt.

Während sich aus dem Energiesatz eine quantitative Energiebilanz ergibt, macht der Entropie-Satz eine Aussage über die Richtung der in der Natur möglichen Prozesse. Er ist das erste fundamentale Naturprinzip, das zeitlich gerichtet ist und Prozesse beschreibt, die nicht umkehrbar sind. Eine Tasse, die auf den Boden fällt und zerspringt, könnte – nur den Energiesatz berücksichtigt – sich wie in einem rückwärtslaufenden Film wieder zusammenfügen und emporschweben. Der Entropie-Satz zeigt, daß die dabei umgewandelte Energie nicht rückführbar, daß sie degradiert ist. Die Entropie ist das Maß für die Erzeugung irreversibler (nichtumkehrbarer) Änderungen, die sich innerhalb des Systems im Gleichgewicht befindet, sie strebt einem Maximum zu.

Aus dem von W. Nernst 1906 formulierten Dritten Hauptsatz der Thermodynamik ergibt sich, daß die Entropie eines jeden festen oder flüssigen Stoffes am absoluten Nullpunkt der Temperatur den Wert Null annimmt.

Clausius hat die beiden ersten Hauptsätze 1865 kosmologisch verallgemeinert: Die Energie des Weltalls ist konstant. Die Entropie des Weltalls strebt einem Maximum zu.

Die Verallgemeinerung des Entropiesatzes ist umstritten. Was wäre dagegen anzuführen? Zunächst wäre in Zweifel zu ziehen, ob das Weltall als thermodynamisch geschlossenes System angesehen werden kann. Mit diesem Problem brauchen wir uns hier nicht weiter auseinanderzusetzen. Denn selbst dann, wenn der Entropie-Satz kosmologisch verallgemeinerbar wäre, ließe er sich nicht auf die Erde, schon gar nicht als ökonomisches Gesetz rückprojizieren. Wie es Manfred Eigen und Ruth Winkler (1979, S. 180 ff.) ausgedrückt haben, lägen die Auswirkungen eines kosmologisch gültigen Entropie-Satzes für die Erde in ferner Zukunft, buchstäblich im dunkeln. Denn daß es nachts dunkel wird, liegt daran, daß alles Licht, das wir von der Sonne empfangen (abgesehen von der Reflexion durch den Mond und einigen Planeten) uns nur auf direktem Weg erreichen kann. Weil das Universum sich nicht im Strahlungsgleichgewicht befindet, wird es vom Kosmos nicht reflektiert. Demnach würden wir uns in einem sehr frühen Entwicklungsstadium, weitab vom Gleichgewicht befinden.

Hinzu kommt, daß die Temperaturen auf unserem Planeten, gemessen an den Temperaturen der Sonne, die auf ihrer Oberfläche zwischen 4000 und 7000 Grad Kelvin, in ihrem Inneren 17 bis 21 Millionen Grad Kelvin betragen, mit ca. 300 Grad Kelvin relativ nahe am absoluten Nullpunkt liegen. Die Erde ist demnach thermodynamisch betrachtet ein offenes System. Solange die Temperaturdifferenz zur Sonne existiert, kann sich innerhalb unseres Sonnensystems nicht thermodynamisches Gleichgewicht herstellen. Wachstum von Ordnung (Negentropie) setzt in offenen Systemen die Zuführung von Ordnung von außen und die Abführung von Unordnung nach außen voraus. Während die Sonne einem Zustand höherer Entropie zugeht, wird ein kleiner Teil der dabei von ihr ausgehenden Energie auf der Erde dazu benutzt, um komplizierte Moleküle wie Proteine, Aminosäuren, Lipide und Kohlehydrate aufzubauen. Ausgangspunkt aller dieser biologischen Aufbauprozesse ist die Photosynthese. (Nach Jantsch 1982, S. 195, werden in der Photosynthese durchschnittlich ein bis maximal drei Prozent der beteiligten Sonnenenergie durch die Pflanzen umgewandelt und gespeichert.) Beim Aufbau der grünen Pflanzen werden Photonen umge-

„So bringt zunehmende Herrschaft der Menschen über die Natur zunehmende Bedrohung des Menschen durch die Natur hervor.

Als Tendenz sehen wir das in der kapitalistischen Gesellschaftsformation ebenso wie in den sowjetischen Gesellschaften.

Sie als Ausfluß kosmischer Gesetze auszugeben, ist ein neuer Versuch, die kapitalistische Formation (oder die sowjetischen Gesellschaften) als Ziel der Geschichte zu stilisieren.“

wandelt und zu noch niedrigeren Quantenzuständen degradiert, denen der langwelligen Strahlung. In gewisser Weise geht der ganze Betrieb der Biosphäre auf den Zustrom von überwiegend Photonen zurück, die die Erde, zu Quanten langwelliger Strahlung degradiert, während der nächtlichen Abstrahlung wieder verlassen. Was sich im intergalaktischen Raum an bereits am weitesten degradierten Zuständen gesammelt hat, wird als kosmische Hintergrundstrahlung bezeichnet. (vgl. Riedl 1976, S. 116 ff.)

Daß die Diskussion um die thermodynamischen Hauptsätze, vor allem um das „Entropie-Gesetz“, dennoch ein solches Gewicht in der ökologischen Diskussion erhalten hat, scheint uns mit einer Eigentümlichkeit der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsformation zusammenzuhängen.

Übergewicht von toter Arbeit und toter Natur im Stoffwechselprozeß

Werfen wir einen Blick auf das Verhältnis von Naturseite und gesellschaftlicher Seite im Stoffwechselprozeß des gesellschaftlichen Menschen mit der Natur. Die einfachen Momente dieses Prozesses sind die zweckgerichtete und zweckmäßige Tätigkeit des Menschen (also die Arbeit), der Gegenstand der Tätigkeit (Arbeitsgegenstand) und die Mittel, derer sich der Mensch bei seiner Tätigkeit bedient. Alle diese Momente, die im Arbeitsprozeß zueinander in Beziehung treten, haben eine Naturseite und eine gesellschaftliche, schon durch menschliche Arbeit vermittelte, Seite. In ihnen drückt sich das Verhältnis des Menschen zur Natur sowohl vermittelt als auch direkt, sowohl historisch als aktuell aus. Aber auch die unbearbeitete Natur geht in doppelter Weise in diesen Prozeß ein: lebendig, aktuell einerseits, tot, durch historisch zurückliegende Naturprozesse vergegenständlicht, andererseits.

Natürliche Arbeitsgegenstände sind alle Dinge, welche die Arbeit nur von ihrem unmittelbaren Zusammenhang mit dem Erdganzen lösen, also alle nicht landwirtschaftlich kultivierten Pflanzen und Bäume, wilde Tiere, Fische, soweit sie nicht künstlich gezüchtet sind, die Bodenschätze, Erze, Mineralien, die fossilen Brennstoffe – alle Arbeitsgegenstände, die nicht durch frühere Arbeit filtriert sind.

Natürliche Arbeitsmittel sind die Eigenschaft des Bodens, des

Winds, der Sonnenwärme, der Elektrizität usw. Naturseite und gesellschaftliche Seite stehen sich nicht starr gegenüber, sie bedingen sich gegenseitig, wirken aufeinander ein, gehen ineinander über. Die Grenzen sind fließend, doch die Unterschiede werden nicht aufgehoben. Mit den gesellschaftlichen Bedingungen des Produktionsprozesses entwickelte sich auch die Bedeutung des Naturmoments. Aber diese Entwicklung verlief ungleichmäßig und widersprüchlich.

In frühesten Gesellschaften (Jäger, Sammler, Fischer) ist die gesellschaftliche Seite der Arbeitsmittel (einfache Werkzeuge) noch wenig entwickelt, die Naturseite fast unentwickelt. Bei den Arbeitsgegenständen dominiert die Naturseite absolut. Ausschlaggebend ist die direkte Entnahme natürlicher Stoffe. Unter dem Gesichtspunkt der Energiebilanz handelt es sich dabei um das Aufbrauchen von Stoffen, in denen in einem relativ kurz zurückliegenden Zeitraum Sonnenenergie akkumuliert wurde. „Von diesem Gesichtspunkt aus erscheint auch Jagen und Fischen nicht als Fixierung neuer Sonnenwärme, sondern als Aufbrauchen und schon beginnende Verschwendung von bereits vorher akkumulierter Sonnenenergie.“ (Engels an Marx, 19.12.1882, MEW 35, S. 134)

In den frühen Ackerbaugesellschaften ist die Bedeutung der Naturseite bei den Arbeitsgegenständen geringer. Die direkte Entnahme natürlicher Stoffe ist nur in der Nebensphäre der handwerklichen Produktion wichtig. Beim Ackerbau werden überwiegend Rohmaterialien verwendet, die schon Produkt menschlicher Arbeit sind. Bei den Arbeitsmitteln ist die gesellschaftliche Seite entwickelter als in den frühen Gesellschaften, aber die Naturseite (Bodenfruchtbarkeit, Wasser, Sonnenenergie) dominiert. In der Entwicklung der Viehzucht ist dieses Verhältnis etwas modifiziert. „Energieaufspeicherung durch Arbeit (geht) eigentlich nur im Feldbau vor sich; in der Viehzucht wird im ganzen die in den Pflanzen aufgespeicherte Energie nur in das Tier umgelagert.“ (Engels, MEW 35, S. 136)

Auch in der Manufakturperiode werden hauptsächlich Arbeitsgegenstände verwendet, die bereits Produkt menschlicher Arbeit sind. Solange die Textilindustrie im Vordergrund steht, ist das extraktive Moment nicht bedeutend. Bei den Arbeitsmitteln stehen die Entwicklung und Perfektionierung der Werkzeuge (auf der gesellschaftlichen Seite) und die Nutzung der Wasserkraft (auf der Naturseite) im Vordergrund.

Mit dem Industriekapitalismus erreichen gesellschaftliche Seite (Maschinen) und Naturseite (riesige Bedeutung der industriell genutzten Naturkräfte) bei den Arbeitsmitteln eine neue Qualität. Bei den Arbeitsgegenständen schiebt sich das extraktive Moment wieder stärker in den Vordergrund (Anwachsen der Rohstoffmengen, die in den Produktionsprozeß eingehen).

Aufs Ganze gesehen nimmt die Bedeutung des Naturmoments im gesellschaftlichen Stoffwechselprozeß zu, aber es wirkt immer indirekter, vermittelter, den Beteiligten oft kaum noch bewußt auf ihn ein. (Wir sprechen von „Kunststoff“-Produktion, obwohl die Rohstoffbasis dieses Industriezweigs auf vergegenständlichten Ergebnissen langandauernder und komplizierter Naturprozesse beruht, die zudem für den Menschen – jedenfalls im Massenumfang – nicht nachvollziehbar sind und denen gegenüber der Umfang der zugesetzten menschlichen Arbeit als relativ gering angesehen werden kann.)

Das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen und natürlichen Produktivkräften, ihre ungleichmäßige Entwicklung, ihr Widerspruch

wird im Verlauf der kapitalistischen Formation zu einem grundlegenden Krisenmoment. Sehen wir uns die Landwirtschaft an. Hier scheint das Naturmoment weitgehend zurückgedrängt. Die Bodenfruchtbarkeit ist in hohem Maß von dem Boden einverleibtem fixem Kapital abhängig: chemische Düngemittel, Herbizide und Pestizide, Bewässerungsanlagen, Treibhäuser. Dennoch zeigt schon die Wetterabhängigkeit, daß „es der kapitalistischen Produktion bisher nicht gelungen ist und nie gelingen wird, ebenso über diese Prozesse wie über rein mechanische oder unorganisch-chemische zu verfügen.“ (Marx, MEW 26, S. 360) Mehr noch, die Formen, mit denen der Mensch versucht, den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß unter Kontrolle zu bringen, bringen das Naturmoment von einer anderen Seite her noch stärker zur Geltung. Mechanisierung und Chemisierung bedeuten auf der einen Seite intensivere Ausnutzung von Naturkräften, die auch schon früher ausgenutzt wurden. Auf der anderen Seite werden durch menschliche Arbeit und/oder durch zurückliegende Naturprozesse vergegenständlichte Naturkräfte verstärkt in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß einbezogen. Der für die Bearbeitung einer landwirtschaftlichen Monokultur erforderliche Aufwand an zusätzlicher Energie übersteigt die von dem wachsenden Getreide aufgenommene Energiemenge schätzungsweise um das Zehnfache, er ist um so größer, je einfacher das System strukturiert und damit je mehr es mechanischen Bearbeitungsmethoden zugänglich ist. (vgl. David M. Gates, 1974/75, S. 131 ff.)

Hinter „zusätzlicher Energie“ steht wesentlich die indirekte Wirkung des Naturmoments. Die Ausnutzung der Elektrizität als Arbeitsmittel macht die Landwirtschaft ebenso indirekt von der extraktiven Industrie abhängig wie die Mechanisierung (Grundstoffe für die Produktionsmittelindustrie, Treibstoffe für die Maschinen). Der Masseneinsatz von Chemikalien läßt sie fast zu einer Abteilung der Grundstoffindustrie werden. Selbst wenn, um das Naturmoment, die „Naturabhängigkeit“ zu beseitigen, die Produktion von Nahrungsmitteln auf synthetische Produkte umgestellt würde, würde auch das nur die Bedeutung der extraktiven Industrie als Rohstofflieferanten steigern, und die Rolle des Naturmoments im Produktionsprozeß (nur jetzt über die Seite des Arbeitsgegenstands) würde noch zunehmen.

Resultat ist, daß die Bedeutung des Naturverhältnisses, das der extraktiven Industrie zugrundeliegt, auch für die Landwirtschaft umfassend wird. Daraus ergibt sich eine einschneidende Folge. Wie jeder gesellschaftliche Produktionsprozeß ist auch der landwirtschaftliche darauf angewiesen, in seinem Vollzug auch seine natürlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen zu reproduzieren. Gerade das jedoch wird durch das Übergewicht der zusätzlichen Energie zunehmend in Frage gestellt. Was die extraktive Industrie (direkt oder indirekt) an die Landwirtschaft liefert, wird höchstens wertmäßig, aber nicht stofflich reproduziert. (Wie die notwendigen Subventionen zeigen, ist auch die wertmäßige Reproduktion in Frage gestellt.) So geht die kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft schließlich an die Substanz.

In der extraktiven Industrie zeigt sich das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher und naturwüchsiger Produktivität der Arbeit am direktesten. Was Marx am Beispiel der Landwirtschaft (dann auch am Beispiel der extraktiven Industrie) als Möglichkeit aufgeworfen hat, daß die Zunahme der gesellschaftlichen Produktivkraft die Abnahme der Naturkraft nur kompensiert oder nicht einmal kompensiert (MEW 25, S. 270), das hat Barry Commoner (1977, S. 179

ff.) für die Erdölökonomie konkret nachgewiesen. Jeder dem Boden entrissene Barrel Öl macht den nächsten kostspieliger. Während die Erdölreserven aufgebraucht werden, ist die Ölmenge, die pro Dollar investierten Kapitals gefördert wird, im Sinken begriffen.

In der kapitalistischen Formation schiebt sich tendenziell die vergangene/vergegenständlichte Arbeit im Verhältnis zur lebendigen Arbeit in den Vordergrund. Auf der Naturseite dominiert zunehmend die tote/vergegenständlichte Natur, nicht nur soweit sie durch vergangene Arbeit vergegenständlicht, sondern auch durch immer weiter historisch zurückliegende Naturprozesse vergegenständlichte Natur geht in den aktuellen Produktionsprozeß ein. Der Grund scheint zu sein, daß sich Natur so leichter in mechanisch/quantifizierende Prozesse einpassen und in diesem Sinne beherrschen läßt und mit der Natur der Mensch. Doch – innerhalb der kapitalistischen Rationalität gedacht – zeigt sich der Pferdefuß schnell: Während das Übergewicht der toten über die lebendige Arbeit die einzelne Ware verwohlfiehlt, läuft das Übergewicht der vergegenständlichten Natur auf das Gegenteil hinaus. Der Mensch als „Verschwender vergangener Sonnenwärme“ (Engels) verbraucht mit wachsender Geschwindigkeit die Energievorräte der Erde, statt die Energieaufnahme auf die möglichst rationelle Ausnutzung der aktuellen Energiezufuhr zu konzentrieren. Er bringt schließlich seine Fähigkeit dazu selbst in Gefahr. So bringt zunehmende Herrschaft des Menschen über die Natur zunehmende Bedrohung des Menschen durch die Natur hervor. Als Tendenz sehen wir das in der kapitalistischen Gesellschaftsformation ebenso wie in den sowjetischen Gesellschaften. Sie als Ausfluß kosmischer Gesetze auszugeben, ist ein neuer Versuch, die kapitalistische Formation (oder die sowjetischen Gesellschaften) als Ziel der Geschichte zu stilisieren. Mit alten Methoden. Andererseits entwickelt sich in der gegenwärtigen Krise auch neuer Nährboden für produktives Aufwerfen des Verhältnisses von Naturwissenschaft und Wissenschaft vom Menschen.

„Für solche dissipativen Strukturen gibt es inzwischen zahllose Beispiele, und es erschließt sich eine ganze Welt bisher unverständlicher oder unbeachteter Wirbelverhalten von Strömungen, auch in der Meteorologie, Oberflächenphänomene, Einflüsse äußerer Magnetfelder, Strukturbildung von Zellenverbänden.“

Neue Ansätze in den Natur- wissenschaften

Während die Entropie-Weltgesetz-Theoretiker dem gesellschaftlichen Menschen nur noch die Perspektive geschichts- und besinnungsloser Materie weisen, entwickelt sich in verschiedenen

naturwissenschaftlichen Forschungsgebieten, wenn auch widersprüchlich und noch weit davon entfernt, eine schlüssige neue Weltanschauung zu ergeben, eine historische Sicht der Natur. Wichtig scheint uns zunächst die Forschungsrichtung, die sich mit der Entstehung und Reproduktion lebensbegabter Systeme auseinandersetzt. Damit meinen wir u.a. die Arbeiten des Physikochemikers Ilya Prigogine, das Hyperzyklus-Modell von Manfred Eigen und Peter Schuster, die Theorie der autopoietischen Systeme der chilenischen Biologen Maturana, Varela und Uribe.

Unter bestimmten Bedingungen können sich einfache Strukturen/Systeme spontan bilden und selbst erhalten. Für chemische Reaktionssysteme sind die notwendigen Bedingungen präzise formulierbar: Offenheit, ein Zustand fern vom Gleichgewicht und autokatalytische Prozesse. (Autokatalyse: Beschleunigung einer chemischen Reaktion durch einen Stoff, der während dieser Reaktion entsteht.) Die Struktur, die sich so bildet, hält einen Durchfluß von Energie und Materie und ständige Entropieproduktion aufrecht. Deshalb wird sie dissipativ genannt. Freie Energie und neue Reaktionsteilnehmer werden importiert, Entropie und Reaktionsprodukte werden exportiert. In diesem Stoffwechsel eines Systems auf einfachster Ebene erneuert sich das System ständig und hält eine global-stabile Raum-Zeit-Struktur aufrecht. Maturana hat für diese Art selbsterhaltenden Systemverhaltens die Bezeichnung Autopoiese eingeführt. In seinen Arbeiten untersucht er die Zellen als einfache autopoietische Systeme. Sein Ansatz versteht sich materialistisch, soweit keinerlei Kräfte oder Prinzipien herangezogen werden, die sich nicht im physikalischen Universum finden. Er versucht, die Organisation lebender Systeme in bezug auf ihren einheitlichen Charakter zu erklären. Er untersucht die Organisation des Lebendigen, nicht die Eigenschaften seiner Bestandteile, sondern die Prozesse und die Beziehungen zwischen Prozessen, die mit Hilfe solcher Bestandteile ermöglicht werden. Ein physikalisches System ist für ihn dann ein „lebendes System, wenn es autopoietisch ist“. (Maturana, 1982, S. 188)

Daß ein System autopoietisch ist, bedeutet, daß es als ein Netzwerk von Prozessen der Produktion (Transformation, Destruktion) von Bestandteilen organisiert ist, das die Bestandteile erzeugt, welche erstens aufgrund ihrer Interaktionen und Transformationen kontinuierlich eben dieses Netzwerk an Prozessen (Relationen), das sie erzeugt, neu generieren und verwirklichen, und die zweitens dieses Netzwerk als eine konkrete Einheit in dem Raum, in dem die Bestandteile existieren, konstituieren, indem sie den topologischen Bereich seiner Verwirklichung als Netzwerk bestimmen.

Ein autopoietisches System ist demnach selbstreproduktiv sowohl hinsichtlich eines einheitlichen Systems in dem Raum der Bestandteile, die es erzeugt, als auch hinsichtlich der Bestandteile, die ihrerseits das Netzwerk durch ihre Interaktionen produzieren.

Die Operationen dieses Systems erzeugen ihre eigenen Grenzen im Prozeß seiner Selbsterzeugung. Es ist selbstreproduktiv und selbstbestimmt. Dagegen sind nichtlebende Maschinen (Maturana nennt auch die autopoietischen Systeme Maschinen) alloprietisch, nicht sich selbst reproduzierend, sondern auf ein Produkt bezogen, und fremdbestimmt.

Auch wenn es in absehbarer Zeit möglich sein sollte, die Theorie autopoietischer Systeme für einfache Systeme oder Teile von ihnen zu formalisieren, wären daraus nur Schlüsse auf das Verhalten autopoietischer Systeme weit unterhalb der Komplexität des Menschen möglich. Erich Jantsch' Interpretation der Theorie Maturanas, auf die sich auch Willfried Maier bezieht, scheint uns in ihren kosmologisch verallgemeinernden Schlüssen weit über das hinauszugehen, was aus den Arbeiten Maturanas gefolgert werden kann. In Maturanas Überlegungen scheint uns eine bloß reduktionistische Betrachtungsweise einer teils nicht-reduktionistischen, teils reduktionistischen Betrachtungsweise gewichen zu sein. Aus ihr folgt, daß die „Hochrechnung“ von einfachen autopoietischen Systemen zu komplizierten nur historisch erfolgen kann. Maturana unterstreicht das in bezug auf das Verhältnis von Ontogenese und Evolution: „Ontogenese und Evolution sind völlig verschiedene Phänomene, sowohl hinsichtlich ihrer Erscheinungsweise als auch hinsichtlich ihrer Folgen. Im Prozeß der Ontogenese als der Geschichte der Transformationen einer Einheit wird die Identität dieser Einheit, in welchem Raum diese auch immer existiere, nie gebrochen. In der Evolution als einem Prozeß historischer Veränderung gibt es eine Abfolge von voneinander verschiedenen Identitäten, die durch sequentielle Reproduktion erzeugt werden, die ein historisches Netzwerk bilden. (...) Es wird behauptet, daß nur eine Spezies evolviere und daß die Individuen in ihrer historischen Existenz dieser Evolution untergeordnet seien. (...) Eine Spezies evolviert ... tatsächlich nicht, denn als eine Einheit im historischen Bereich hat sie lediglich eine Geschichte der Veränderungen. Das, was evolviert, ist ein Muster autopoietischer Organisation, das in vielen Einzelvariationen in einer Menge vergänglicher Individuen verkörpert ist, die insgesamt ein reproduktives historisches Netzwerk definieren. (...) Es schien sich ... aus der Perspektive Darwins zu ergeben, daß die Rolle des Individuums darin bestand, zur Fortdauer der Spezies beizutragen, und daß alles, was man für das Wohlergehen der Menschheit zu tun hatte, schlicht darin bestand, den natürlichen Phänomenen ihren Lauf zu lassen. Die Wissenschaft, d.h. die Biologie, schien die Vorstellung des ‚Alles zum Wohl der Menschheit‘ zu rechtfertigen, worin immer auch die Intention oder das Ziel dessen bestanden, der dies zum ersten Mal äußerte. Wir haben jedoch gezeigt, daß diese Argumente nicht gelten, um die Unterordnung des Individuums unter die Spezies zu rechtfertigen, da die biologische Erscheinungswelt durch die Erscheinungswelt der Individuen determiniert wird und da ohne Individuen überhaupt keine biologische Erscheinungswelt existieren kann. (...) Die biologischen Phänomene hängen von der Autopoiese der jeweiligen Individuen ab ...“ (Maturana, 1982, S. 208, 210, 211, 220)

Die Vorstellung von der menschlichen Gesellschaft als „physikalischem System“ – wie sie Willfried Maier im Anschluß an Jantsch dargelegt hat – unterliegt demgegenüber einem doppelten Irrtum. Sie fällt zum einen gerade hinter den historisch/nichtreduktionistischen Zug in den Überlegungen Maturanas zurück und baut die neuen Ansätze in den alten Reduktionismus ein, als dessen Grundbaustein nun nur nicht mehr das einfachste Teilchen, sondern das einfachste autopoietische System begriffen wird. Zum anderen geht in dieser Deutung der Gesichtspunkt der Individuen, die als autopoietische Einheiten die jeweilige Gesellschaft integrieren oder desintegrieren, hinter einer Begrifflichkeit verloren, die die Gesellschaft selbst als das autopoietische System (nach dem Muster der Zelle) faßt.

Ilya Prigogines Theorie der dissipativen Strukturen betrachtet gewissermaßen eine Stufe unterhalb der Theorie Maturanas einfache selbstreferentielle Systeme, die als erster Schritt zum Leben angesehen werden können. Die Systeme, die Prigogine untersucht, sind Systeme im thermodynamischen Ungleichgewicht. Nehmen wir als Beispiel eine Flüssigkeitsschicht, die von unten erwärmt wird (Bratpfanne). Mit Hilfe der Gleichgewichts-Thermodynamik ließe sich beschreiben, daß das System versucht, durch gleichmäßige Verteilung der Wärme ins Gleichgewicht zu kommen. Der Prozeß vollzieht sich nicht gleichmäßig. Da Wärme mikroskopische Bewegung ist, besteht der Wärmetransport aus einer Anzahl kleiner Fluktuationen, die sich jedoch im Durchschnitt zur einfachen Wärmediffusionsbewegung ausmitteln.

Als unklar galt lange Zeit, was geschieht, wenn das System gehindert wird, zum Gleichgewicht zu kommen, statt dessen das Ungleichgewicht erhöht, z.B. verstärkt Wärme zugeführt wird. Bei bestimmten Systemen kommt es nicht einfach zu immer größeren Fluktuationen, es entsteht plötzlich eine neue großräumige Ordnung. In der Flüssigkeit bildet sich ein zellenförmiges Muster von Wirbelbewegungen (sogen. Bénard-Zellen) heraus. Bestimmte chemische Systeme (bei denen das Ungleichgewicht nicht durch Wärmezufuhr, sondern durch die Zugabe einer Substanz, die allmählich, hin zum Gleichgewicht, abgebaut wird) zeigen rhythmische Schwankungen wie Farbwechsel („chemische Uhr“), räumliche Muster oder sich zeitlich ausbreitende Wellenstrukturen. Ein solcher Übergang in einen neu strukturierten Zustand ist vergleichbar mit den Phasenübergängen (fest-flüssig-gasförmig), die schon aus der Gleichgewichts-Thermodynamik bekannt sind.

Diese Zustände sind nicht von sich aus stabil und existieren nur so lange, wie durch Materie- oder Energieaustausch das System im Ungleichgewicht gehalten wird. Sie zerstreuen („dissipieren“) laufend Energie.

Für solche dissipativen Strukturen gibt es inzwischen zahllose Beispiele, und es erschließt sich eine ganze Welt bisher unverständlicher oder unbeachteter Wirbelverhalten von Strömungen, auch in der Meteorologie, Oberflächenphänomene, Einflüsse äußerer Magnetfelder, Strukturbildung von Zellenverbänden. Die neu gefundenen dissipativen Strukturen haben eine Reihe besonderer Eigenschaften:

- Die raumzeitliche Struktur, die das System annimmt, ist nicht durch äußere Bedingungen erzeugt, sondern wird durch die innere (physikalische, chemische, oder dergleichen) Funktion des Systems bestimmt. (Wobei in der Umwelt bestimmte Voraussetzungen existieren müssen.) Aus diesem Grund kann von Selbstorganisation gesprochen werden.

Beachtenswert ist, daß chemische Wechselwirkungen, die nur kurzreichweitig wirken, zu einer großräumigen koordinierten Struktur führen, als ob eine langreichweitige Wechselwirkung vorhanden wäre. Im Beispiel der Bénard-Zellen befinden sich in jeder Wirbelzelle abermilliarden Moleküle in einer koordinierten Bewegung.

- Die Struktur und ihre Gesetzmäßigkeiten sind nicht reduzierbar auf die Funktion, wenn auch durch sie erklärbar. Aber ihre Beschreibung erfordert eine eigene makroskopische Betrachtungsebene.

- Die Struktur der Systeme ist eine Prozeß-Struktur, keine statische. Das kann man sich am Beispiel einer Kerzenflamme verdeutlichen: Obwohl sie als gleichbleibende Gestalt wahrgenommen

„In diesen unterschiedlichen und sich zum Teil widersprechenden naturwissenschaftlichen Entwicklungen zeigen sich unserer Meinung nach einige gemeinsame Ansätze, die sich explizit oder implizit im Zusammenhang von Überlegungen sehen lassen, auf die das unvollendet gebliebene Marxsche und Engelsche Projekt ‚Dialektik der Natur‘ abzielte.“

wird, besteht sie in jedem Augenblick aus neuen Luft- und Wachsmolekülen, während die Verbrennungsprodukte ständig nach oben entweichen.

Viele Systeme können nicht nur *eine* dissipative Struktur annehmen. Werden sie weiter vom Gleichgewicht wegbewegt, nehmen schließlich wieder Fluktuationen überhand, das System springt in eine neue Struktur. Wesentlich ist, daß der einer solchen Verzweigungsstelle (Bifurkation) folgende Zustand des Systems nicht determiniert ist, daß mehrere Zustände möglich sind. Welcher eingenommen wird, ergibt sich aus gerade auftretenden zufälligen Fluktuationen und ist selbst zufällig. Das Gesamtverhalten wird durch das Zusammenwirken der drei Ebenen – Funktion, Struktur, Fluktuation – bestimmt und vereinigt deterministische und zufällige Elemente.

Soll ein bestimmter Zustand, in dem sich das System in einem gegebenen Augenblick befindet, erklärt werden, so ist dieser nicht allein bestimmt durch die Parameter, sondern auch durch das Verhalten an den früheren Bifurkationspunkten, durch die Geschichte des Systems. Auch in der Diskussion um die Quantenphysik zeigen sich Ansätze eines neuen Verhältnisses zwischen reduktionistischer und nichtreduktionistisch-historischer Betrachtungsweise, eine Überwindung von demokritischen Gedanken, die manche überraschen wird, die sich Demokrits als des „Vaters der Atomtheorie“ erinnern. Demokrits Hauptgedanken waren:

- Die Welt und ihr Geschehen besteht aus nichts als getrennten Atomen, die sich eigenschaftslos (abgesehen von ihrem jeweiligen Ort) im leeren Raum stoßen. Daraus lasse sich alles verstehen, alles Qualitative sei unwesentlicher Schein, alles Zusammenhängende Illusion.

- Die Lehre von den Atomen sei das letzte Wort, die tiefste Ebene der Wirklichkeit sei mit ihr bezeichnet. Die Erkenntnis der Welt könne damit abgeschlossen werden, kein tieferes Verständnis sei möglich.

Die moderne Physik, die sich an der Untersuchung von Mikrosystemen entwickelte, hat einerseits die tatsächliche Existenz von Atomen und noch elementarerer Teilchen bestätigt, damit der reduktionistischen Betrachtungsweise (bzw. einer ausschließlich reduktionistischen Betrachtungsweise) neue Nahrung gegeben. An-

dererseits zeichnet sich zunehmend ein zweiter Charakterzug ab, der die reduktionistische Betrachtung um eine ganzheitliche ergänzt, die von unlösbarem Zusammenhang sogar über große sichtbare Distanzen ausgeht. Träger dieser Zusammenhänge zwischen Teilchen, die nicht im Demokritischen Sinn als isoliert aufgefaßt werden können, ist ein den ganzen Raum erfüllendes Medium aus stochastisch, ungeordnet sich bewegenden „Subteilchen“, das man sich nicht scheut, Äther neuer Art, oder (nach dem englischen Physiker) Diracschen Äther zu nennen. Dirac, dem die Quantentheorie eine Form verdankt, die sie in Übereinstimmung mit der Relativitätstheorie brachte, lieferte auch die Grundlage dafür, daß der „neue Äther“ der Relativitätstheorie genügt. Ein gelee-artig vorgestellter, strukturloser Äther, wie er im 19. Jahrhundert angenommen wurde, hätte als Bezugsrahmen für einen „absoluten Raum“ dienen können, dessen Existenz durch Einstein tiefgehend in Frage gestellt wurde. Der Diracsche stochastische Äther erscheint dagegen je nach Bezugssystem verschieden dicht. Manche Physiker sprechen verschämt vom „physikalischen Vakuum“ – im Unterschied zum leeren Raum. Offen bleibt, ob und wie weit die Teilchen (wie Protonen, Elektronen, auch Quarks als Bestandteile der Protonen) als Wirbel oder Verdichtung im Dirac-Äther aufgefaßt werden können oder Dinge eigener Art sind, die in diesem Äther schwimmen wie Staub in der Luft. Jedenfalls ist heute deutlich, daß ihr Verhalten durch kollektive Anregungs- oder Spannungszustände des Dirac-Äthers verstanden werden kann. Formal lassen sich diese durch die sogenannten Wellenfunktionen der Quantentheorie beschreiben. Solange man den Dirac-Äther nicht als materiellen Träger akzeptiert hatte, mußten diese Funktionen als unverständbare Phänomene erscheinen, die allerdings sehr exakt die Wahrscheinlichkeiten für den Ausgang von Experimenten wiedergaben und damit die Grundlagen der modernen Technik vom Laser bis zum AKW wurden. In den 20er und 30er Jahren wurde die scheinbare Unverständlichkeit dieser Beschreibungen als das letzte Wort propagiert, tiefere Fragen nach dem Wesen der Dinge, nach den Ursachen dieses Verhaltens galten als verboten.

Damit wurde der zweite Hauptgedanke Demokrits zur herrschenden Auffassung, den David Bohm „indeterministischen Mechanismus“ nannte. Bohm entwickelte demgegenüber (Bohm 1971 und 1980) den Gedanken der „ungeteilten Ganzheit“ und ihrer inneren Struktur, der von der qualitativen Unerschöpflichkeit der Natur ausgeht. Zur Illustration der engen Beziehungen zwischen Natur im großen und im kleinen dient ihm das Beispiel des Hologramms. Dabei wird der Anblick der realen Welt so in einem unauflösbaren Muster auf einer Photoplatte verschlüsselt, daß sich bei Bestrahlung mit Laserlicht wieder derselbe dreidimensionale Anblick ergibt. Seine Überlegung geht nun dahin, daß die „wahre Wirklichkeit“ von ähnlicher innerer Struktur sein könnte, von der sich der entfaltete Anblick der Dinge im großen, wie sie sich uns darstellen, als Abbild ergibt. Das Besondere dabei ist, daß die volle Ganzheit sich in jedem noch so kleinen Abschnitt der Platte wiederfindet, wobei allerdings die daraus resultierenden Abbildungen immer undeutlicher und weniger intensiv werden.

Bei dem Versuch, den Gedanken von „Wholeness and the imlicate order“ zu einer allgemeinen Weltansicht weiterzuentwickeln, stößt er an die Grenzen der zur Verfügung stehenden Begrifflichkeit und ihrer sprachlichen Ausdrucksmöglichkeiten. Die Arbeiten von Thom zur Strukturellen Stabilität und Morphogenese, erste Schritte zu einer neuen Mathematik mit dem Ziel, kollektive Struk-

turbildungen, Sprünge, Verzweigungen, Katastrophen begrifflich zu fassen, scheinen dabei für ihn an Bedeutung zu gewinnen. Was zunächst entwickelt wurde, um dem Verständnis von Formen des Lebens näher zu kommen, könnte so vielleicht auch dazu benutzt werden, die Formen des Dirac-Äthers und ihre Herausbildung genauer zu verstehen, des derzeit und vorläufig als tiefster erscheinenden Trägers alles Sein und Geschehens.

In diesen unterschiedlichen und sich zum Teil widersprechenden naturwissenschaftlichen Entwicklungen zeigen sich unserer Meinung nach einige gemeinsame Ansätze, die sich explizit oder implizit im Zusammenhang von Überlegungen sehen lassen, auf die das unvollendet gebliebene Marxsche und Engelsche Projekt „Dialektik der Natur“ abzielte. Dabei geht es uns in erster Linie um den Gedanken einer geschichtlichen Betrachtung der Natur, der den Blick öffnet für die Durchbrechung einseitig reduktionistischen Denkens wie für das Paradigma der Selbstorganisation.

Zeichnet sich die realistische Möglichkeit eines Brückenschlags zwischen den Wissenschaften vom Menschen und den Wissenschaften von der Natur, wie ihn Marx und Engels – von historischer Auffassung der Natur ausgehend – für unmittelbar bevorstehend hielten, jetzt ab? („Jetzt auch die ganze Natur in Geschichte aufgelöst, und die Geschichte nur als Entwicklungsprozeß selbstbewußter Organismen von der Geschichte der Natur verschieden.“ Engels, MEW 20, S. 504) Oder drückt sich im breiten Interesse an der naturwissenschaftlichen Diskussion nur das Ins-Wanken-Geraten der gesellschaftlichen Legitimationsideologien aus, in Ost wie in West? Ist die historische Auffassung der Entwicklung der Natur, die auch deren Gesetze als historisch begreift, resistent gegen die Ingebrauchnahme „eherner Naturgesetze“ als Instrumente gegen den Veränderungswillen der Unterdrückten? Freilich ist das Postulat historischer Naturwissenschaft und des Systemdenkens an sich noch keine Theorie der Geschichte der Natur und des Systems ihrer Produktion und Reproduktion. Die Tendenz zu vorschneller Verallgemeinerung erster Ergebnisse ist überall sichtbar, und es scheint so, als wäre sie ein Ergebnis der Konkurrenz, unter der in unseren gesellschaftlichen Bedingungen Naturwissenschaftler produziert werden und sich reproduzieren. So besteht die Gefahr, daß der Blick wieder verstellt wird, daß sich neue Schranken des Denkens bilden, noch bevor die Befreiung von alten Vorstellungen richtig in Gang gekommen ist.

„Der werdende Mensch
als Subjekt der Geschichte dagegen
verdankt sein Dasein sich selbst —
seine Vergangenheit,
seine Gegenwart und seine Zukunft.
Wie der Mensch
ist auch die Natur
die Schöpfung ihrer selbst.“

Wo hinaus? Im Prozeß der Menschengeschichte wie der Naturgeschichte greifen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (zunehmend weitreichender?) ineinander. Demnach stellt sich die Dialektik von Fortschritt und Rückschritt komplex. Nicht nur was hier fortschreitet, zerrt dort zurück, nicht nur was hier diese vorhergesehenen Folgen hat, hat dort jene unvorhergesehenen, sondern: immer weiter zurückliegende Perioden der Geschichte der Natur wirken auf Gegenwart und Zukunft ein. Die Folgen gegenwärtiger menschlicher Praxis reichen umgekehrt immer weiter in die Zukunft. (Was sich keineswegs auf die Frage des Atommülls und seine berechenbaren Halbwertszeiten reduzieren läßt. Wie würde die Welt heute aussehen, wenn diejenigen, die Faschismus und Krieg zum Opfer gefallen sind, sie hätten weiter mitverändern können? Wie viele Möglichkeiten wurden ein für allemal abgeschnitten, die durch keine Form des „Wiederaufbaus“ wiederherstellbar sind?)

Marx hielt den Kapitalismus schon in seiner Zeit für überreif. Er erwartete seine revolutionäre Ablösung. Hat er die Möglichkeit seines Fortbestehens bei zunehmendem Überwiegen der Seite des Rückschritts ins Auge gefaßt. (Lenin hat später von Stagnation und Fäulnis gesprochen. Kann das vor unserem Hintergrund qualitativ gefaßt und neu verstanden werden?) Zweifellos hat Marx in der konkreten Prognose die revolutionären Zukunftsaussichten der europäischen Arbeiterklasse zu optimistisch eingeschätzt. Andererseits ging er nicht von einem mechanistischen Gang der zukünftigen Entwicklung aus. Er hielt die revolutionäre Beseitigung der kapitalistischen Formation für möglich. Aber er erwog auch die Möglichkeit „realer Antizipation der Zukunft“ durch Zerstörung der Potenzen zukünftiger Entfaltung der gesellschaftlichen Individuen und der Natur. (MEW 3, S. 303) Im Angesicht der Realität der sowjetischen Gesellschaften ist die Sozialismusvorstellung von der Wissenschaft auf die Utopie zurückgeworfen. Wie kann gegenüber dem eisernen Geschichtsdeterminismus, der über der europäischen Szenerie zu liegen scheint, die Dialektik von Möglichkeit und Wirklichkeit in „ihr Recht“ gesetzt werden? Geschichtsdeterministisch gilt der Mensch als Subjekt nur in seiner Theorie, als Geisteswesen, das Zukunft zwar prognostizieren, aber nicht wirklich beeinflussen kann. Die Natur andererseits (einschließlich der Natur des Menschen) wird zum bloßen Mechanismus degradiert. Der Geschichtsdeterminismus paßt zum naturalistischen Evolutionismus wie zur Metaphysik, der „unendliche Progreß“ führt nach „vorn“ zur „Vervollkommnung der Produktivkräfte“ und zurück zum Schöpfer.

Der werdende Mensch als Subjekt der Geschichte dagegen verdankt sein Dasein sich selbst – seine Vergangenheit, seine Gegenwart und seine Zukunft. Wie der Mensch ist auch die Natur die Schöpfung ihrer selbst. Die Geschichte des Menschen ist die Geschichte der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, in der der Mensch sich als Gattungswesen und als Naturwesen produziert und reproduziert. Sie ist Teil der Geschichte der Natur, wie die Geschichte der Natur Teil der Geschichte des Menschen. Die Natur als Subjekt ihrer Selbsterzeugung kommt zum Bewußtsein ihrer selbst in der Praxis der (nicht nur menschlichen?) vernunftbegabten Wesen. Die Selbstreflexion des menschlichen Gattungswesens beruht auf seinem Stoffwechsel mit der Natur, in dem er der Natur gegenübertritt, aber auch sie vollzieht. Daß die Natur zum Bewußtsein ihrer selbst kommt und der Mensch zu seiner „wirklichen Natur“ (Marx) ist möglich und in diesem Sinn wirklich, aber auch nicht-

wirklich. Die Hervorbringung der menschlichen Gesellschaft durch den Stoffwechsel mit der Natur vollzog sich historisch als Arbeit. Da aber Arbeit entfremdete Tätigkeit ist, schafft sie zwar einerseits die Voraussetzungen für das Heraustreiben der wirklichen Natur des Menschen, verhindert aber andererseits deren Verwirklichung. In der kapitalistischen Gesellschaftsformation produziert und reproduziert Arbeit die Beziehungen zwischen Menschen als Beziehungen zwischen Dingen und die Beziehungen zwischen Dingen erscheinen als Beziehungen zwischen vernunftbegabten Wesen. In den sowjetischen Gesellschaften, in denen die Arbeit nicht aufgehoben, sondern verallgemeinert ist, erscheint geradezu das „Gesellschaftliche“ als die Quelle der Entfremdung, produziert und reproduziert die gesellschaftliche Arbeit den ungesellschaftlichen Menschen, gilt nicht der „einer Totalität der menschlichen Lebensäußerung bedürftige Mensch“ (Marx) als reicher Mensch, sondern der bedürfnislose, der danach strebt, die entfremdete Arbeit selber zum ersten Lebensbedürfnis zu verklären. Hier wie dort ist demnach Arbeit Einheit von Fortschritt und (zunehmend) Rückschritt. Die gesellschaftliche Natur des Menschen treibt nicht heraus, entwickelt sich statt dessen als Widerspruch zwischen Individuum und Gattung. Seine Aufhebung wäre in zwei Richtungen vorstellbar:

1. Zerstörung des Individuums und damit der Gattung, der Natur und damit des Menschen, oder
2. Rücknahme der Gattungsfähigkeit in das Individuum, Aufhebung der Arbeit, Entfaltung (der gesellschaftlichen Natur) des Menschen, damit (des Selbstbewußtseins) der Natur – volle Entfaltung der Natur, damit des Menschen – Entfesselung des Menschen und der Natur. □

Literatur:

David Bohm: Causality and Chance in Modern Physics, Philadelphia 1971

David Bohm: Wholeness and the Implicate Order, London (Boston und Henley) 1962

Barry Commoner: Energiecrisis und Wirtschaftskrise. Die Grundlagen für den radikalen Wandel. Reinstek bei Hamburg (Toronto aktuell 4/93) 1977

Manfred Eigen / Ruthild Winkler: Das Spiel. Naturgesetze steuern den Zufall, München / Zürich (3. Aufl.) 1979

Manfred Eigen / Peter Schuster: The Hierarchy - A Principle of Natural Self-Organization. Part C: The Realistic Hierarchy, in: Naturwissenschaften 65 (1978), S. 341 ff.

David M. Gates: Der Energiefluß in der Biosphäre, in: Holmer v. Dürfurth (Hrsg.), Mannheimer Forum 1974/75, S. 109 ff.

Siegfried Giedron: Die Herrschaft der Mechanisierung. Ein Beitrag zur anonymen Geschichte, Frankfurt am Main 1982

Erich Jantsch: Die Selbstorganisation des Universums. Vom Urknall zum menschlichen Geist, München (dtv 4397) 1982

Wilfried Maier: Mehr-Produkt: kosten Lebensanreicherung. Thesen zur Kritik der kapitalistischen Produktivkräfteentwicklung, in: Kommune 1983 H. 1, S. 37 ff.

Humberto R. Maturana: Erkennen: Die Organisation und Verkörperung von Wirklichkeit. Ausgewählte Arbeiten zur biologischen Epistemologie, Braunschweig/Wiesbaden 1982

MEW: Karl Marx / Friedrich Engels: Werke, Berlin/DDR 1956 ff.

Ilya Prigogine: Wandlungen der Wissenschaft - Kultur und Wissenschaft heute, in: Wirtschaft und Wissenschaft 3 (1978), S. 22 ff.

Ilya Prigogine: Vom Sein zum Werden. Zeit und Komplexität in den Naturwissenschaften, München/Zürich 1979

Ilya Prigogine / Elisabeth Stengers: Dialog mit der Natur. Neue Wege naturwissenschaftlichen Denkens, München/Zürich 1981

Rupen Riedl: Die Strategie der Genese. Naturgeschichte der realen Welt, München/Zürich 1976

Christian Schütz: Entropie, in: Natur, D-Ausgabe (1980), S. 123 ff.

Frederic Vester: Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter, Stuttgart 1980

Karl August Wittfogel: Geopolitik, geographischer Materialismus und Marxismus, in: Unter dem Banner des Marxismus, 1929, H. 1, 4 und 3, S. 17 ff., 485 ff., 696 ff.

Willfried Maier

Wende, alternativ

Fritjof Capras Buch
„Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild“

Wenn die Pleiten sich häufen, floriert der Handel mit Weltbildern. Capras „Wendezeit“, das schon einen kräftigen Marktanteil in den USA erobern konnte, hat sich auch in der Bundesrepublik seit einigen Wochen auf der Seller-Liste des *Spiegel* für Sachbücher fest etabliert. Da wird zwar eine ganz andere Sorte Wende angesagt als derzeit regierungsoffiziell. Aber auch dem Capraschen Buch bekommt der umfassend generalisierende Gestus der „Wende“ nicht gut. Der Markt fordert schnelle Urteile, handliche Begriffe und die einigermaßen plausible Behauptung, nun endlich sei der Stein der Weisen gefunden und hier zudem von einem Mann, der als Atomwissenschaftler und Kenner der Weltreligionen zugleich eingeführt wird. Capra bedient den Markt der Weltanschauungen, wie es gewünscht wird: „Die Grundthese dieses Buches ist, daß all das (Inflation, Arbeitslosigkeit, Energiekrise, Krise des Gesundheitswesens, vergiftete Umwelt, ökologische Krisen, wachsende Flut von Gewalt und Verbrechen, d. Verf.) nur verschiedene Facetten ein und derselben Krise sind, und daß es sich dabei um eine Krise der Wahrnehmung handelt.“

Wer auf solche Eingangssätze hin geneigt ist, das dickleibige Buch gleich wieder zuzuschlagen und sich nicht der Erklärung auszusetzen, inwiefern Arbeitslosigkeit eine Krise der Wahrnehmung sei, der handelt zwar verständlich, aber vorschnell. Streicht man aus dem Buch, was auf Bestseller-Ehren zielt, zudem die unerträglichen Plattheiten zur Ökonomie, wo zum aberhundertsten Mal versucht wird, Natur in den Wertbegriff einfließen zu lassen oder z.B. die Inflation aus Rohstoffverknappung zu erklären, als hätte es in der Phase sinkender Rohstoffpreise vor 1973 keine Inflation gegeben, erspart man sich weiter die inzwischen gähnend oft gelesenen Ausführungen über Wachstum, so bleibt zweierlei übrig: drei bemerkenswerte Kapitel, deretwegen sich die Lektüre lohnt, und ein brauchbarer Überblick über ganzheitliche Ansätze in Medizin und Psychologie.

Zunächst das Kapitel „Die neue Physik“. Capra hat sein Buch aufgebaut um die These, daß der Ausschließlichkeitsanspruch des mechanischen Bildes von der Natur, das Descartes und Newton begründet haben, nicht mehr haltbar sei. Weder ist Descartes' strikte Trennung zwischen *res cogitans* und *res extensa*, zwischen bewußtem Subjekt und bewußtlosem Objekt, vereinbar mit den Resultaten der modernen Physik und der ökologisch orientierten Systemtheorie. Noch ist Newtons Vorstellung vom absoluten Raum und der absoluten Zeit sowie von den separaten materiellen Objekten, die sich in diesem Raum bewegen und mechanisch aufeinander einwirken, geeignet, die Vorgänge im subatomaren Bereich zu fassen sowie den Zusammenhang der Lebensprozesse. Capra stellt dem „Newtonschen Paradigma“ in einem instruktiven Überblick die Resultate der Quanten- und Relativitätstheorie gegenüber und in-

terpretiert einleuchtend deren Bedeutung für unser Bild von der Natur. Im subatomaren Bereich läßt sich die gewohnte und für die Newtonsche Physik grundlegende Annahme von der Separierbarkeit einzelner Teile und Vorgänge nicht mehr halten. Hier existieren nur noch Zusammenhänge und Muster von Zusammenhängen, in welche der menschliche Beobachter mit seinen Fragestellungen mitwirkend einbezogen ist. Zudem treten bislang unerklärte nicht-lokale Zusammenhänge zwischen Vorgängen auf, und alle Festigkeit und Statik von Masse verschwindet zugunsten eines dynamischen Gefüges von Energie. An die Stelle der Vorstellung eines absoluten Raums und der absoluten Zeit, innerhalb derer sich für Newton die von beiden unabhängigen Bewegungen von Massen abspielten, tritt nun die Vorstellung eines Raum-Zeit-Kontinuums, das insgesamt dieses dynamische Energiegefüge des Universums ist und innerhalb dessen sich durch Symmetriebrüche besondere Räume und Zeiten mit ihren Substraten bilden.

Capras Hinweis auf die bloß relative Richtigkeit der Vorstellung von separierbaren Teilen und Vorgängen im Naturgeschehen bestreitet der Newtonschen Mechanik nicht, daß sie im makroskopischen Bereich zutreffend und technisch nutzbar bestimmte Naturvorgänge erfaßt. Es wird von daher aber verständlich, daß diese Anschauungsweise versagt, wenn über die Nutzung mechanischer Kräfte hinaus elektrische, chemische, biologische oder auch radioaktive Prozesse ins Spiel kommen. Hier ist Separierbarkeit weder theoretisch noch praktisch mehr möglich. Wenn sie dennoch industriell versucht wird, macht sich die Unmöglichkeit, vom Zusammenhang zu abstrahieren, in ökologischen Krisenerscheinungen geltend. Historisch ist es deshalb keineswegs zufällig, daß der Kapitalismus als gesellschaftliche Form, in der die Produktionsstätten gegeneinander und gegenüber den Produzenten separiert sind, seine charakteristische Form des Naturumgangs in der mechanischen Fabrik findet. Separierung in der gesellschaftlichen Form und relative Separierbarkeit des arrangierten mechanischen Systems entsprechen einander. Diese Entsprechung nimmt schon ab mit dem Aufkommen der Elektroindustrie, die zum Beispiel schon drastisch verstärkten Staatsapparat für die Infrastruktur erforderlich macht.

Das zentrale Kapitel in Capras Buch heißt: „Das Systembild des Lebens“. Es gibt einen Überblick über die Arbeiten von Prigogine, Jantsch, Bateson, Lovelock, Maturana et. al. Vorgestellt wird das Bild von der selbstorganisierten Evolution der Biosphäre hin zu wachsender Komplexität, Differenzierung und gegenseitiger Abhängigkeit aller Organismen. Was auf der subatomaren Ebene als umfassender Zusammenhang des Universums erscheint, wird für die Biosphäre beschrieben als ein dynamisches und im höchsten Grade integriertes Gewebe von lebenden und nichtlebenden Formen, wobei die Grenzen zwischen Organismen und Umwelt oft schwer feststellbar sind. Capra leitet aus der Tatsache des Zusammenhangs und der gegenseitigen Abhängigkeit aller Lebensformen voneinander ab, daß die Beziehungen kooperativer Art zwischen lebenden Organismen die Kampf- bzw. Jäger – Beute-Beziehungen noch umgreifen. Für menschliches Wirtschaften ergibt sich daraus die Notwendigkeit, sich innerhalb des Gesamtzusammenhangs, also der Kooperation aller Lebewesen und ihrer Umwelt so zu verhalten, daß die Evolution der Biosphäre zu wachsender Komplexität fortgesetzt wird. Das Organisationsprinzip dieser Komplexität ist geschichtete Ordnung: „Lebende Systeme sind so organisiert, daß sie Strukturen auf mehreren Ebenen bilden, wobei jede Ebene aus Untersystemen besteht, die in bezug auf ihre Teile Ganzheiten sind, und Teile in bezug auf größere Ganzheiten.“ (S. 41) Dabei wächst

normalerweise „die relative Autonomie der Organismen mit ihrer Komplexität und erreicht im Menschen ihren Höhepunkt“ (S. 298). Diese relative Autonomie überschreitet aber niemals die grundsätzliche Tatsache der Bindung an andere Organismen und an die anorganische Umwelt. Selbstüberschreitung und Steigerung der Komplexität findet nur innerhalb der evolvierenden Materie statt.

Da so menschliches Leben prinzipiell abhängt von der Symbiose mit anderen Lebensformen und von gemeinsamer Entwicklung oder Koevolution, sind alle Vorstellungen von absoluter menschlicher Freiheit jenseits der Selbstorganisationsprozesse der Biosphäre leer, ebenso unhaltbar wie die Vorstellungen von einer politischen Ökonomie oder Volkswirtschaftslehre, die vom Naturzusammenhang des menschlichen Lebens zu abstrahieren versucht, eine Vorstellung, die Marx in seiner „Kritik der politischen Ökonomie“ als die reale Lebenslüge der bürgerlichen Gesellschaft aufdeckt, welche die politische Ökonomie lediglich reflektiert. Allerdings geht relative Autonomie auch nicht auf in Einsicht in die Notwendigkeit. Vielmehr ist der Evolutionsprozeß tatsächlich unabgeschlossen und offen, nicht schon in der Idee von Anfang an beschlossen, ebensowenig wie in einer ersten Ursache, sondern mit tatsächlichen Freiheitsgraden in seiner Entfaltung.

Capras Darstellung der Systemtheorie enthält schließlich deren Fassung des Geist – Materie-Problems, worin der idealistisch / materialistische Streit um den Primat aufgehoben wird in der Auffassung des Geistes als der Selbstorganisationsdynamik physikalischer und d.h. vor allem auch biologischer Systeme. Damit fällt zugleich die Vorstellung vom einzigartigen Menschengestalt, der einer bloß stofflich-geistlosen Umgebung gegenübersteht, der er die Gesetze vorschreibt. Die Welt insgesamt ist „geistvoll“. Die immanente Dynamik der verschiedenen Materieformen und Organismen ist ihr Geist, dessen Reflexions- und Selbstreflexionsfähigkeit mit dem Komplexitätsgrad der Organismen zunimmt, bis zum menschlichen Geist und seinen kollektiven Hervorbringungen.

Im Kapitel „Reisen jenseits von Zeit und Raum“ diskutiert Capra – gestützt auf C.G. Jung und Wilhelm Reich –, inwieweit im menschlichen Unterbewußtsein, d.h. in den evolutiv früh ausgebildeten Strukturen des Nervensystems, kollektive Muster verankert sind, an denen die ganze Menschheit teilhat und über welche die

Menschheit verbunden ist mit dem Geist der übrigen Materieformen. Zitiert wird von Jung: „Psyche kann kein ‚ganz anderes‘ sein als Materie, denn wie könnte sie dann den Stoff bewegen? Und Stoff kann der Psyche nicht fremd sein, denn wie könnte er sie dann erzeugen?“ (S. 403) Zugang zu diesen kollektiven Mustern des menschlichen Nervensystems wird gesucht im Traum, in meditativen Zuständen oder auch in frühen Formen des Kollektivgeistes, in Märchen etwa. Die therapeutische Vorstellung, die sich hinter diesen Überlegungen verbirgt, zielt darauf, nicht nur die Identität einer Individualgeschichte wiederherzustellen, sondern Übereinstimmung mit Naturdynamik insgesamt. Da ist naheliegenderweise vieles spekulativ und freihändig gedacht. Aber es steckt eine eigentümliche Faszination darin, wenn weitestentwickelte Autonomie und Individualität nicht nur in Kunst, Musik, Literatur und Religion, sondern auch in den Wissenschaften und in der Arbeit sich auf Spuren der Übereinstimmung mit allen anderen Organismen und der Materieorganisation insgesamt zurückwendet und ihren Geist zu ergründen versucht. Anders als in dieser Spannung lassen sich die vielzitierten „Sinnfragen“ nach dem Zerfall der gesellschaftlichen Traditionen nicht mehr stellen. Es zeichnet sich darin das Projekt ab der koevolutiven Weiterentwicklung sich selbstorganisierender Natur, vermittelt durch die Tätigkeit der Menschen, die ja selbst komplexeste Produkte der Naturentwicklung sind.

Capras Buch zielt direkt auf die ökologische und die feministische Bewegung, deren sachlichen Zusammenhang er betont. Einen Sinn für die klassisch-sozialistische Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft wegen ihrer wirtschaftlichen Krisen, wegen der Ungleichheit der Verteilung und der Subordination der Produzenten hat Capra nicht. Aber auf dem Feld, das er bearbeitet, ist seine Argumentation den Gleichgewichts- bzw. Knappheits-Ökologen überlegen. Entwicklung und Umwälzungen werden nicht geleugnet, vielmehr kreist das Buch um die Frage, wie sie zu verstehen sind, worauf Naturentwicklung hinauswill, nach welchen Gesetzen sie sich vollzieht und wie menschliche Tätigkeit und menschliches Wissen sich damit ins Benehmen setzen kann. Das aber ist – finde ich – die aktuell spannendste Frage und läßt den schwer verdaulichen Synkretismus des Buches am Ende noch vertragen. □

Fritjof Capra: Wendezeit. Bausteine für eine neues Weltbild, Bern/München/Wien (Scherz) 1983, 34 DM



Unsere Themen:
 engagierte Literatur, Filme, Grafiken, Musik und Fotoreportagen aus und über die „Dritte Welt“, die Kultur(en) der Arbeits-emigranten in der Bundesrepublik.
 Einzelpreis DM 5,-, Abo für 4 Hefte DM 20,- (incl. Porto)

Hiermit wird bestellt:
 _____ Heft 21/22 (je DM 5,-)
 _____ ein Abo ab Nr. _____
 _____ ein Probeheft (DM 3,- in Briefmarken liegen bei)
 _____ Infos über den Herausgeberverein und Möglichkeiten der Mitarbeit

abtrennen und einsenden an
IKA, Lerchenstr. 84, 7 Stuttgart

Um es gleich zu Beginn zu gestehen: der Informant ist bloß Import. Von Heimat ist also nicht die Rede, nicht einmal von intimer, langjähriger Kennerschaft. Berichtet kann hier werden nur aus einer gewissen Perspektive des Staunens, sozusagen aus langjährigem Tourismus. Hinzu kommt, daß der Berichterstatter gar nicht in Bad Hersfeld wohnt, sondern ungefähr in der Mitte zwischen den beiden Städten Fulda und Hersfeld.

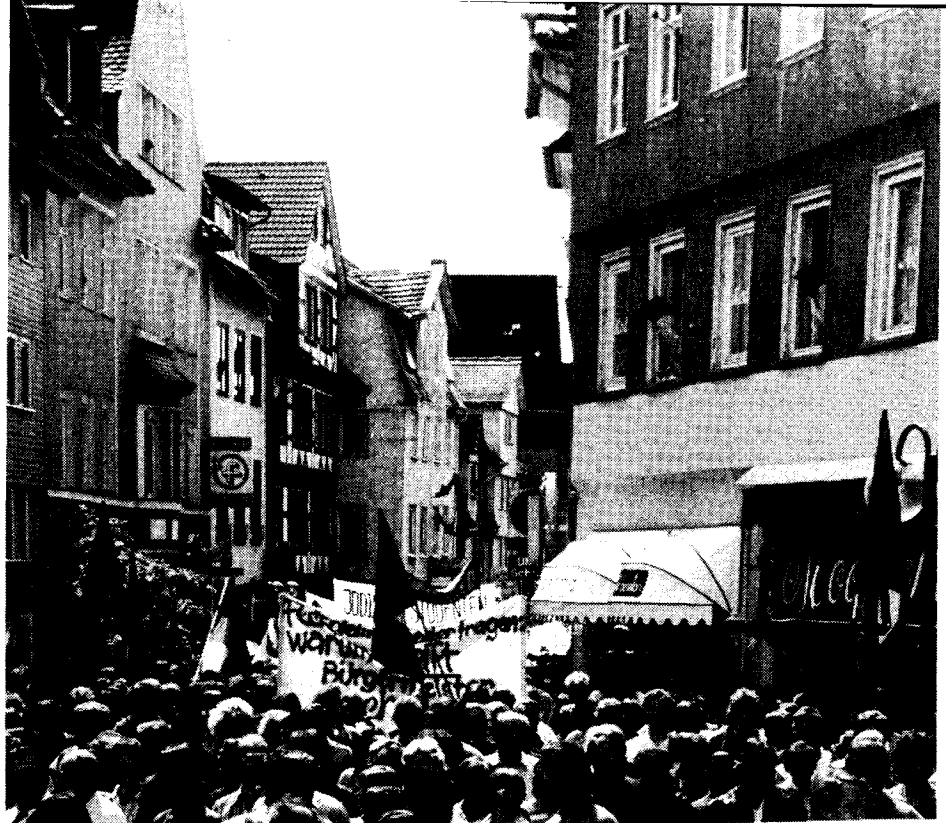
Von daher rührt gleich die erste Beobachtung: Beides sind ehemalige Klostergründungen, beide vom Krieg weniger angegriffen als von den Stadtplanern. Den Fuldaern ist es gelungen, mitten ins Stadtzentrum einen Kaufhauskomplex zu setzen, „Karstadt“ als einziger Ziel- und Fluchtpunkt der großen Straße, die vom Bahnhof her ins Stadttinnere führt.

Hersfeld wirkt eigentlich unberührt. Ist es einmal gelungen, aus dem Umgehungs-kreis um die Stadt herum den Aus- oder Eingang zu finden, kommt man in eine Ansammlung kleiner Plätzchen, umstanden von sorgfältig renovierten Fachwerkhäusern. Stiftsruine im Park, Rathaus in der Fußgängerzone, verschwiegene Gäßchen mit Kopfsteinpflaster: Uraltdeutschland, aber gepflegt, wie es aus dem Kulturfilm schaut. Der Generalstimmung nach, die über den Städten lagert, erscheinen sie ebenfalls als Gegensatz: Fulda, superkatholisch, Dregger-Metropole, die Stadt der gemütlichen Verhocktheit, in der sich noch die Unterdrückung froh und ungeniert zur Schau stellt.

Hersfeld dagegen, früh dem Protestantismus zugewandt, SPD-Wahlkreis (allerdings nur, was die Bundestagswahlen angeht), als Kurstadt zu einer gewissen Welt-offenheit verpflichtet. Durch dies Flair von Weltoffenheit sticht Bad Hersfeld zunächst sehr angenehm von Fulda ab.

All die großen und kleinen Städte im Sonnenrandgebiet unterliegen schon seit dem Krieg einem Prozeß zunehmender Verödung. Lagen sie einmal auf der Durchgangsstraße zwischen der Frankfurter und der Leipziger Messe, so liegen sie heute an einer Grenze, die undurchlässiger ist als jede andere.

Hinzu kommt die wachsende Unruhe, die die ganze Region erfaßt hat. Konnte man noch vor fünf Jahren von einer generellen Verschlafenheit und Abgestorbenheit reden, so ist inzwischen durch die in diesen Gebieten besonders bedrohliche Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und durch die Stationierungspläne der US-Armee auf der anderen Unruhe in die Gegend gekommen, eine Unruhe, die freilich zunächst nur als von außen hereingetragene Störung er-



Bad Hersfeld: Idylle im Angriff

Ob die Bad Hersfelder Festspiele überhaupt noch stattfinden werden? Egal wie es nun ausgeht, die Stadt ist jedenfalls im Zentrum der Aufmerksamkeit. Was ist das für ein Ort, in dem die Veteranen der „Leibstandarte Adolf Hitler“ seit Jahren ihre Treffen abhalten und Klümmen seine Nazi-Ortsgruppe gründen kann? Die Widersprüche in Bad Hersfeld sind nun zum Vorschein gekommen. Die friedliche Idylle

des braven Bürgers und biederen Geschäftsmannes ist durcheinandergebracht. Und da geraten DGB-Vertreter und Polizeigewerkschaft aneinander. Ein Konflikt, der zeigt, wie auch in scheinbar ruhigen Gegenden einiges in Bewegung kommen kann.

scheint. Für diese verzerrten Reaktionen auf die real sich verschärfende Krise scheint mir Bad Hersfeld ein sehr gutes Beispiel. Es sei deshalb herausgegriffen, weil sich aus der Entwicklung dieser Stadt deutlicher verstehen läßt, was sich zur Zeit in Schlitz oder Lauterbach oder anderen kleineren osthessischen Gemeinden anbahnt.

Verkehrte Welt

Der Brockhaus beharrt darauf, daß für Bad Hersfeld die Industrie eine weit größere Rolle spiele als der Kur- und Tourismusbetrieb. Tatsächlich gibt es zwei größere Niederlassungen von Weltfirmen: eine von

Unruhe am „Zonenrand“

In allen kleineren Ortschaften an der Grenze hat die Arbeitslosigkeit besonders hart zugeschlagen. In der Angst um den – meist ohnedies weit entfernten – Arbeitsplatz liegt aber nur eine der Ursachen der wachsenden Beunruhigung, aber auch Auflehnung der Bewohner des Vogelbergs, der Rhön oder der Knüll-Landschaft in Nordhessen.

Man braucht sich bloß an Schlitz zu erinnern. Dort soll der Hausberg der kleinen Stadt amerikanischen Truppen als Stationierungsgelände dienen. Anhänglichkeit an das vertraute Bild der Landschaft, Ablehnung aller Kriegsvorbereitungen treten in eine überraschende Verbindung mit Gefühlen, die man abwertend als Fremdenfeindschaft, beschönigend als Heimatliebe kennzeichnen könnte: „Ich hab eine 15jährige Tochter! Wenn die sich mit einem Ami einläßt, kriegt sie den Arsch voll!“ Ein sinngemäß in zahlreichen Varianten zu hörender Ausspruch aus der Region. Gerade diese im Augenblick noch trübe Mischung der Stimmungen, das Durcheinandergehen der Gefühle sollte unser Interesse erregen. Welche Politik kann aus dem Unbestimmten, Schwankenden entstehen?

Auf der anderen Seite kann man von den Orten geplanter Niederlassungen der US-Army auch Zustimmung hören: „Die bringen Leben in die Bude! Da kann sich in unserem Ort auch mal 'ne Disco halten – oder ein Supermarkt!“ Man darf nicht vergessen, daß die kleinen Ortschaften, so intakt sie wirken, auch Heimstätten von Verhocktheit und unerbittlicher Beaufsichtigung eines jeden durch seinen Nachbarn darstellen. Da verspricht sich mancher in seiner Not sogar von den Amis frischen Wind.

Nicht so sehr die alten als die neuen Nazis der gar nicht so winzigen ANS-Gruppe um Kühnen und Brel (Fulda) versuchen, innerhalb dieser selbst noch unsicheren Bewegungen mitzupaddeln. Sie machen Anstrengungen, als adrette, aber auch entschlossene Jungs aufzutreten, die modern und traditionsbewußt zugleich sind. Sie nehmen es mit den Amis auf und sind doch nicht gegen den Fortschritt.

In diesem Umfeld verdienen die Hersfelder Vorgänge besondere Beachtung.

Hoechst, eine von Siemens mit je 1000 Arbeitsplätzen, dazu kommt eine von Babcock mit ebenfalls ca. 1000 Arbeitern: Hier wurde eine einheimische Firma übernommen. Die ursprünglich bekanntere heimische Textilindustrie mußte in den Jahren nach dem Krieg im Zug der Verlagerung der Textilproduktion ins billigere Ausland endgültig aufgeben.

Erstaunlich ist nur, daß die Industrie in den Lebensäußerungen der Hersfelder die allergeringste Rolle spielt. Kaum wird sie im örtlichen Blatt besonders erwähnt; die Niederlassungen sind an den Stadtrand gedrängt, fallen trotz ihrer Größe gar nicht besonders auf. Die Arbeiter stammen zum allergrößten Teil nicht aus Hersfeld, sondern aus den Dörfern zwischen Fulda und Kassel. Die Möglichkeit, nach dem Krieg in diesen ursprünglich bäuerlichen Gebieten noch Arbeitskräfte zu finden, wird neben den Zonenrandförderungsmaßnahmen auch der Grund gewesen sein, warum Siemens und Hoechst sich ausgerechnet hier angesiedelt haben.

Einen entsprechend schweren Stand hat die Gewerkschaft in diesem Ort. Die Arbeiter, weitgehend noch mit Nebenerwerbsbetrieben in ihrem Heimatdorf verwurzelt, springen nach Betriebsschluß in Auto oder Bus, sie existieren für die Stadt allenfalls als Einkäufer in den verschiedenen Supermärkten.

So kommt es, daß für die Hersfelder die Produktion kaum eine Rolle spielt. Für das allgemeine Bewußtsein steht und fällt die Stadt mit ihrem Kurbetrieb, mit ihrem Fremdenverkehr – und mit den allsommerlich wiederkehrenden Festspielen, bei

denen in der riesigen Stiftsruine Theater gespielt wird. Geschäftsleute und Gaststättenbesitzer geben im Stadtparlament und der öffentlichen Meinung ziemlich den Ton an, und ihnen ist es lange Jahre gelungen, in einer anständig, temperierten Weise von Kultur in unserer schönen Stadt zu sprechen und dabei besinnlich an die Umsätze zu denken.

In den Köpfen dieser Leute ist die Vergangenheit der Stadt schon selbst zum Vorzeigobjekt geworden, zur adrett verpackten Ware, die an den Mann gebracht werden muß, ohne daß aufdringlich von Geld gesprochen werden darf. So erklärt sich zwanglos, daß im Kopf der „maßgeblichen“ Hersfelder die Industrie und andere Einbrüche der bösen Außenwelt genauso an den Rand gedrückt werden, wie das im Weichbild der Stadt tatsächlich geschehen ist.

Die Gesamtschule, einmal zur Einsaugung des halben Landkreises bestimmt, liegt ebenfalls auf einem Höhenzug, ziemlich außerhalb. Ein Prunkstück der ausgreifenden Großplanungsarchitektur, wie sie in den Glanztagen des Reformzeitalters den kühnsten Erfassungsabsichten entsprang. Zum Zeichen obligatorischer Lebensfreude ist der Beton anfallsweise mit leuchtenden Farben überzogen worden, verführerisch wie eine Leiche, der man ein Herzmädchen angeschminkt hat. Es scheint, daß diese Schule zum größeren Teil von den umliegenden Gemeinden beschickt wird, während die feineren Hersfelder Kreise das traditionelle Gymnasium bevorzugen.

Man sieht: Der Dornröschenschlaf der kleinen Stadt ist eigentlich gar nicht so tief. Von überallher pirschen sich die Erschei-

nungen der modernen Welt heran. Das Kunststück, das die herrschenden Kreise Bad Hersfelds zu vollbringen haben, besteht gerade darin, sich auf weltoffene und nette Art mit all diesen Erscheinungen *nicht* abzugeben. Man läßt sie zu, aber nimmt sie nicht zur Kenntnis.

Sinti und Türken

Bevor Bad Hersfeld durch neuere Ereignisse, von denen gleich die Rede sein wird, in die Presse geriet, kam es wegen seines „Zigeunerproblems“ immer wieder in die Zeitungen. Es geht darum, daß in Bad Hersfeld eine größere Gruppe Sinti in Einfachstwohnungen untergebracht ist. Es gab Anstrengungen, die ganze Gruppe irgendwohin abzuschieben; schließlich bot man sogar Geld, um die unerwünschten Mitbürger loszuwerden. Erst vor kurzem beklagte sich die ganze Gruppe, daß sie in den meisten Gaststätten der Stadt keinen Zulaß finde.

Auffällig ist dabei nicht eigentlich die Fremdenfeindlichkeit der Hersfelder Stadtverwaltung – diese dürfte weitverbreitet sein –, sondern das offenherzige Vorbringen der Abschiebungswünsche, das ungebrochen gute Gewissen, mit dem die Administration sich auf die Bedürfnisse der Kurstadt beruft, um ihr Unterdrückungswerk betreiben zu können.

Daß die in den erwähnten Fabriken arbeitenden und in Hersfeld wohnenden Türken nicht in einer wesentlich besseren Lage sind, muß nicht eigens erwähnt werden. Auffällig ist nur, welche Rolle die Türken in der Mund-zu-Mund-Propaganda gegen das Buch-Café spielen. Das Buch-Café ist eine fortschrittliche und sehr verdienstvolle

Das ist Bad Hersfeld bislang nicht gewohnt: Farbbeutel – aber wirklich nur ein einzelner – zierte plötzlich die Gedenktafel der „Herren von Schachten“

Foto: Klaus Hauck





Das war den Honoratioren ein besonderer Dorn im Auge: das Engagement der Festspielteilnehmer und Schauspieler gegen das Alt-Nazi-Treffen in Bad Hersfeld. – Foto: Florian Fischer

Gründung in Selbstverwaltung, wo häufig literarische und politische Veranstaltungen stattfinden. Es wird von der Stadtverwaltung (meiner Kenntnis nach) nicht unterstützt, aber auch nicht offiziell behindert. Nur: Beim Vorschlag, irgendeine Veranstaltung im „Buch-Café“ zu machen, tauchen immer wieder Vorbehalte auf: „Ach, diese Türken.“ Tatsache ist, daß fortschrittliche Vereinigungen von Türken dort ebenfalls Veranstaltungen abhalten, daß bei der Abneigung gewöhnlicher Gaststätten gegenüber Türken diese dort aber auch einen noch relativ gemütlichen Zufluchtsort finden. Die Hersfelder behindern zwar das Buch-Café nicht, ziehen aber unter Hinweis auf unerwünschte Gäste eine Art sanitären Sperrkreis um den Laden.

Es wird erzählt, daß in Bienenstöcke manchmal Mäuse oder sogar Maulwürfe eindringen, die dann totgestochen und mit einer dünnen Wachsschicht überzogen werden. Diese Art von Einbalsamierung und heimlicher Stillstellung scheint das verschwiegene Ideal der Hersfelder zu sein gegenüber allen von außen beunruhigend eindringenden Erscheinungen.

Die Frage ist, wielange diese Art der abweisenden Weltoffenheit durchzuhalten sein wird.

Geballte Harmlosigkeit

Seit mehreren Jahren hat sich diese Kunst der Hersfelder Stadtverwaltung und des Hersfelder Stadtrats (in welchem CDU und SPD dominieren) an den jährlichen Treffen des Traditionsverbands der Waffen-SS „Leibstandarte Adolf Hitler“ und „Hitlerjugend“ zu bewähren gehabt. Nachdem es diesen Truppen nicht mehr möglich war, in Nassau zu tagen, weil dort die Öffentlichkeit einen zu starken Druck auf die Stadtverwaltung ausübte, hatten sie immer wieder Aufnahme in Bad Hersfeld gefunden.

Gegenüber den auch hier nicht ausbleibenden Angriffen und Vorwürfen verfuhr CDU und FDP, die in Bad Hersfeld vorausschauend ein Bündnis abgeschlossen hatten, zweispurig.

Die eine Linie folgte der Argumentation: „Laßt die alten Leute doch! Es ist alles nur eine Art Klassentreffen.“

Nun wäre ja gar nichts gegen ein Treffen selbst von Angehörigen der Waffen-SS einzuwenden, wenn diese die Gelegenheit benutzen würden, um auch nur einen Gedanken daran zu verschwenden, wieso sie sich für eine verbrecherische Politik haben einfangen lassen. In Wirklichkeit stellen aber die Treffen – bei allermildester Beurteilung – überdimensionale Stammtische dar, an denen ergraute und weißhaarige Nazis ihrem toten Führer erklären, wie er bei Stalingrad oder Smolensk mit ihrer Hilfe doch noch hätte gewinnen können. In Ritualen wechselseitiger Bestätigung bildet sich bei solchen Treffen regelmäßig neu die Überzeugung heraus, man habe doch „im Grunde“ damals schon für den Westen gekämpft, für eine vorempfundene Nato, gegen einen überdimensionalen Iwan, der damals, heute und immer zu bekämpfen sei.

Man darf nicht glauben, daß der FDP-Stadtrat, von dem vor allem die Parole „Klassentreffen“ ausging, selbst überzeugter Nazi gewesen wäre oder daß er sich den Luxus von Überzeugungen überhaupt geleistet hätte. Er folgte lediglich den Tendenzen universaler Eingemeindung alles dessen, was übernachtungswillig und zahlungskräftig erscheinen könnte. Die geballte Harmlosigkeit seiner Beweisführung soll im Grunde jede demokratische Argumentation enttarnen, wenn sie sich gegen geschäftliche Interessen richtet.

Die zweite Verteidigungslinie der Stadtväter – vor allem von Bürgermeister Boehmer (CDU) vorgetragen – sekundiert der ersten. Sie geht grundsätzlich juristisch vor. Schließlich ist die Traditionsvereinigung der SS nicht verboten; schließlich können wir einen einmal vermieteten Saal der Stadt nicht mehr zurücknehmen usw. Die Berufung auf die Majestät des Gesetzes wirkt besonders spiegelfechterisch angesichts der Bemühungen linker Gruppen in Hersfeld und anderswo, auch einmal einen städtischen Saal mieten zu dürfen. Wie waren sie da mit ihren Argumenten schnell bei der Hand! Tatsächlich hat die juristische Argumentation den einzigen Vorteil, daß man Kritikern sofort und ohne Anfälle von Laschheit mit „Mißachtung des Rechtsstaats“ kommen kann.

Theorie eins (Klassentreffen) und Theorie zwei (Gleichheit vor dem Gesetz) führten jedenfalls, ob beabsichtigt oder nicht, zu einer Wehrlosmachung gegenüber allen anti-demokratischen Tendenzen. Im Namen geschäftsorientierter Vorurteilslosigkeit bei dem geheimen Vorbehalt des gewitzten Geschäftsmanns, alle reden zu lassen, aber nichts zu glauben, schleppte man in Wirklichkeit den Keim des Zerfalls ein in die große Hersfelder Einheit.

Auf beiden Seiten: gefährdete Einheit

Kleinere Demonstrationen gegen die alljährlichen SS-Treffen hatte es in den letzten Jahren immer wieder gegeben (ebenso gegen die traditionellen Feiern der NPD in Philippsthal an der Zonengrenze zum Neuen Jahr und zum 17. Juni. Meist waren dabei Störer der NPD-Veranstaltung festgenommen und dem Gericht zur Aburteilung zugeführt worden.). Die Demonstrationen waren nicht behindert worden, wurden vielmehr in einer milde-herablassenden Weise in der „Hersfelder Zeitung“ kurz erwähnt.

Das änderte sich alles, nachdem in Bad Hersfeld ein neuer Vorsitzender des Ortskartells des DGB gewählt worden war (1982), Julius Klausmann. Dieser, in richtiger Erkenntnis der relativen Schwäche der Einzelgewerkschaften in Bad Hersfeld, versuchte nun vor allem auf allgemeinpolitischem Feld Positionen zu beziehen. So wurde in diesem Jahr von ihm eine Veranstaltung zum fünfzigjährigen Jahrestag der Bücherverbrennung (10. Mai 1983) initiiert, meiner Kenntnis nach die einzige DGB-Veranstaltung zu diesem Thema in Nordhessen.

Mit dem Auftreten dieses engagierten DGB-Vorsitzenden änderte sich der Stil der Diskussion um das alljährliche SS-Traditionstreffen erheblich. Da der DGB Hessen den Protest gegen die nachträgliche Verharmlosung, um nicht zu sagen Verherrli-

chung des Nazi-Regimes mitrug, konnte der chloroformierte Wattebausch herablassender Toleranz gegenüber Demonstrationen diesmal nicht mehr wirken. Die SPD-Fraktion im Stadtrat sah sich genötigt, diesmal stärker als üblich gegen das geplante Treffen zu protestieren. So zerfiel die große Einigkeit.

Jene, die bisher mit den Stichworten „Toleranz für jedermann“ und „nach fünfzig Jahren sollte man die Dinge doch ruhen lassen“ gearbeitet hatten, sahen sich genötigt, jetzt frontal anzugreifen.

Zunächst wurde versucht, eine Spaltung innerhalb des Gewerkschaftskartells durchzuführen. Nachdem Klausmann die Stadtverwaltung in einem offenen Brief darauf aufmerksam gemacht hatte, daß zum Schutz der Alt-SSler Polizeiverbände aus ganz Hessen zusammengezogen würden, unter denen sich – seinen Informationen nach – auch NPD-Mitglieder oder Sympathisanten befänden, wandte sich die Polizeigewerkschaft wütend gegen Klausmann.

Sie bezeichnete ihn als „hysterisch“, „profilneurotisch“, drohte, auf seine Abwahl hinzuwirken – und stellte, in den aufgeregten Tagen vor der Demonstration, sogar Strafanzeige gegen den eigenen DGB-Vorsitzenden wegen Verleumdung.

Es ist natürlich gut, daß die Polizeigewerkschaft in den DGB eingetreten ist, schon wegen der Möglichkeit, innerhalb der gewerkschaftlichen Gesamtorganisation die Polizisten als Arbeitnehmer ansprechen zu können und sie auf die gemeinsamen Interessen aller Arbeitnehmer auf-



Auf gute Zusammenarbeit! –
Polizei und Kühnen-Truppe.

merksam zu machen. Nur ist auch unbestreitbar, daß viele höhere Polizeibeamte das, was sie als Beamte zu glauben und zu verlautbaren haben, gern als Gewerkschafter ausgeben, um solchen Bekundungen den Glanz der Volksnähe zu geben.

Schon im Vorfeld der Demonstration gegen das SS-Treffen zeigten sich also auf beiden Seiten Risse in der großen Einigkeit: Die SPD-Stadtrat-Fraktion scherte aus der „Solidarität aller Demokraten“ aus, die GdP versetzte Klausmann einen Nierenschlag.

Unverschäm! Er grapscht nach den Festspielen

Das eigentliche Verbrechen Klausmanns war es aber, daß er sich – so hieß es – an Schauspieler der Festspiele gewandt habe, um sie auf das SS-Treffen aufmerksam zu machen. Die CDU-Fraktion forderte ihn daraufhin sofort zum Rücktritt auf; das örtliche Einheitsblatt brachte einen „Aufmacher“ der Lokalseite mit dem Titel: „DGB-Klausmann versucht die Festspiele zu torpedieren.“ In noch schärferer Weise hakte der *Kreisanzeiger* nach (ein kostenlos verteiltes Anzeigenblatt im Besitz derselben *Hersfelder Zeitung*): „Der Fall Julius Klausmann – oder Polizeigewerkschaft als Psychiater.“

Aus war es jetzt mit der Harmlosigkeit. In klassischer Weise wurde das Barometer fürs Wetter verantwortlich gemacht. Daß der Regisseur Moscowicz, der Mutter und Geschwister im Konzentrationslager verloren hatte, von seinem Vertrag mit der Festspielleitung zurücktrat, schrieb die Zeitung nicht etwa der Politik der Stadtverwaltung zu, die die Alt-SSler eingeladen hatte, sondern Klausmann, der darüber informiert hatte.

Was sonst – mit Recht – als typisch für die Zustände in Sowjetrußland gilt, daß nämlich der juristisch Angeklagte durch psychiatrische Behandlung weggeschoben





Foto: Klaus Hauck

wird, das begrüßte jetzt der *Kreisanzeiger*, weil es gegen den „Störer“ ging, der erst aus Marburg importiert worden war, den, der sich gefälligst um „rein gewerkschaftliche“ Angelegenheiten zu kümmern hätte, den, der der Waffen-SS zu Unrecht vorwirft, daß sie Verbrechen begangen hätte, wo sie doch nur einfache Soldaten waren. Die CDU-Fraktion im Stadtrat stützte diese Argumentation weitgehend. Klausmann sah sich schließlich genötigt, eine einstweilige Verfügung gegen sie zu erwirken, um die Wiederholung der Behauptung zu verbieten, er wolle die Hersfelder Festspiele kapputmachen.

All das Lächerliche dieser Auseinandersetzungen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein exemplarischer Fall vorliegt. Aus den Samtpfoten fahren in dem Augenblick die Krallen, wo geschäftliche Interessen berührt werden. Und: Benannt werden dann keineswegs diese offen zu Tage liegenden Interessen, sondern angerufen werden die höchsten Werte der gemeinsamen Kultur, gegen die sich der vergangen hätte, der jetzt ausgestoßen werden soll.

Vorläufiges Resultat

Die Demonstration am Pfingstsonntag brachte es auf ca. 8000 Teilnehmer. Zwar nahmen nicht besonders viele Hersfelder teil; viele Hersfelder Bürger schauten verlegen hinter den Gardinen hervor. Trotzdem hatte die Standhaftigkeit des DGB und der sonstigen an der Demonstration beteiligten Organisationen zur Folge, daß Bürgermeister Boehmer tatsächlich zu der Zusage genötigt wurde, im nächsten Jahr die Alt-Waffen-SS nicht mehr willkommen zu heißen. Es zeigte sich also, daß selbst eine weitgehend von außen getragene Demonstration einen Meinungsbildungsprozeß in Gang setzen kann, der eine scheinbar unerschütterliche Einheit zu zersetzen vermag.

Zugleich zeigt sich aber, daß aus der Atmosphäre fauler und nur scheinbarer Tole-

ranz im Augenblick der Gefährdung die Blitze unverhüllter Aggressivität hervorschießen können. Das belegt nicht nur der Angriff auf Klausmann, der sicher weitergeführt werden wird, sondern auch die Reaktion des Intendanten der Hersfelder Festspiele. Bei der großen Kundgebung am Pfingstsonntag sprach nämlich auch Eva Renzi, die als „Star“ der Festspiele verpflichtet worden war. Sie sprach sich leidenschaftlich gegen die SS aus und gegen alle, die sie eingeladen hatten.

Zwei Tage später erfolgte ihre fristlose Kündigung, beileibe nicht, weil sie an der Demonstration teilgenommen hatte, sondern weil sie Bundespräsident Carstens – „trotz Abmahnung“ – in einem Brief an einen Hersfelder Bürger „einen alten Nazi genannt“ habe. Es steht zu vermuten (ich vermute es jedenfalls), daß Eva Renzi auf dem Altar der Versöhnung geopfert wurde. Nach der großen Demonstration fand nämlich ein langes Gespräch zwischen dem Vorsitzenden der „Traditionsgruppe Leibstandarte Adolf Hitler“, Bürgermeister Boehmer und dem Intendanten statt. Ergebnis: Die Leibstandarte wird nicht mehr nach Hersfeld kommen. Liegt es so fern anzunehmen, daß ihr die Kündigung Eva Renzis als Trostpflaster verabreicht wurde?

Trifft diese Vermutung zu, dann schließen die maßgebenden Kreise gerade eine Vereinbarung zur Frontbegradigung. Die große Hersfelder Einheit soll neu zementiert werden.

Tatsächlich zeichnet sich aber jetzt schon ab, daß der bisherige auf Verschweigen aller Wesentlichen gegründete Frieden gestört ist. Zahlreiche Schauspieler scheinen sich mit Eva Renzi solidarisiert zu haben. Der Zement der neuen Einigung scheint das Dynamit gleich mit zu enthalten. Gerade die, die sich so lange als Hüter der Festspiele dargestellt haben, torpedieren sie nun.

Die andere wichtige Schlussfolgerung: Die angebliche weltanschauliche Neutralität der Hersfelder Stadtväter ist durch die Tatsachen widerlegt. Während sie immer von einem politisch neutralen Kameradschaftstreffen schwadronierten, hat sich prompt die Kühnen-Gruppe besonders aggressiver und militanter Neonazis an das Treffen angehängt. Mit der heuchlerisch als Schwurhand getarnten Gebärde verschworen sie sich, ihrem Führer die Treue zu halten und gründeten gleich eine dreißig Mann starke Ortsgruppe Bad Hersfeld.

So stehen im Augenblick die Dinge in der kleinen Stadt am Zonenrand. Über die weitere Entwicklung läßt sich wenig sagen. Fest steht nur, daß auch die größten Genies der Zeitablehnung in ihre alten Formationen nicht zurückkehren können. Es werden sich auf beiden Seiten neue Fronten bilden und neue Zusammenschlüsse. □



Im neuen UMBRUCH z.B.:

- *Simone de Beauvoir und Dostojewski* – von MÄNNERN gelesen. Nach den entsprechenden „Tritten gegen Schienbein“. Und entsprechend spannend.
- Gespräch mit dem Multiinstrumentalisten HEINER GOEBBELS.
- Eine wissenschaftliche und dennoch verständliche Einschätzung der vorhandenen Atomwaffenarsenale.
- Und über JACK LONDON, wie ihn kaum einer kennt, die Geschichte des Dt. Tururfestes u.v.a.m.

Der **UMBRUCH**? Eine marxistische Zeitschrift für Kultur und Wissenschaft.

Herausgegeben von Profis und Laien. Zum Austausch von Anregungen und Arbeitsergebnissen. Für Debatten und Dokumentationen. Einmal im Monat, vielseitig und gut aufgemacht.

Kennlern-Coupon
 So einfach ist's, den UMBRUCH kennenzulernen:
 Diesen Coupon + 1,40 DM in Briefmarken
 einlösen und schon kommt unser
 INFO-PAKET mit Probeheft
 vom UMBRUCH,
 hainzer Landstr.
 147, 6 Firm.
 K

Fatalismus ohne Erkenntniswert

FORUM
DANTON



Andrzej Wajda beherrscht das Handwerk des Filmemachens. Das ist auch nach seinem neuesten Streifen „Danton“ keine Frage. Düstere Farben passen zur dumpfen Not des nach Brot schlängelstehenden Volkes, das Rasiermesser der Revolution wird körpernah in Szene gesetzt, der Revolutionsasket Robespierre wirkt ebenso glaubhaft abstoßend wie der präsidente Danton lebensfroh und richtig sympathisch. Wajda hat die beiden Kontrahenten absichtsvoll stark gegensätzlich charakterisiert, um seine Sichtweise der „Tragödie der Revolution“, jeder Revolution, zu verdeutlichen: Unvermeidlich erreicht sie einen Punkt, an dem sie zu Mitteln greift, die sie einmal selbst bekämpft hat, wo ihre Dynamik zu Terror und Gewalt führt, an der sie schließlich erstickt. Selbst die Führer der Revolution beherrschen den Prozeß nicht mehr, sie werden von der Geschichte eher getrieben und schließlich von ihr überrollt. Danton starb am 5.4.1794 unter der Guillotine, Robespierre folgte ihm am 28.7. desselben Jahres.

Der Film schildert nur wenige Tage, die der Enthauptung Dantons vorausgehen, und verlegt einige Ereignisse, die vorher geschahen, in diese Tage hinein, um den Ablauf dramaturgisch zu verdichten. Er beschreibt nur den Mechanismus von Terror und Gewalt, wie er von den in Hinterzimmern und Amtsstuben intrigierenden Politypen ausgeklügelt worden sein soll. Ihr Spektrum reicht von bössartigen terroristischen Scharfmachern des regierenden Wohlfahrtsausschusses mit finsterem Blick und ungehobeltem Benehmen über den unbestechlichen, aber deshalb nicht minder gefährlichen Robespierre als Mann der Mitte bis zum jovialen Volksfreund Danton. Sie alle verhalten sich zum Problem des Terrors, ohne daß klar wird, wie es dazu gekommen ist und warum er ausgeübt wird. Die Andeutung, daß das Volk hungert, reicht keinesfalls für eine Erklärung aus. Gibt es den Terror, weil das Volk hungert und zu einer Gefahr geworden ist, fehlt das Brot, weil Terror herrscht? Die Andeutungen sind bewußt dunkel, weil es Wajda nicht um die Aufklärung eines historischen Sachverhaltes geht, sondern um die Darstellung eines angeblich ehernen Gesetzes von Revolutionen, das ihr Scheitern vorgeprogrammiert: Sie gehen an dem Terror zugrunde, den sie zunächst gegen ihre Feinde in Gang setzen und der sie im Selbstlauf ihrerseits zu Opfern werden läßt. Ergebnis des geschichtlichen Prozesses sind viel zu viele Leichen auf dem Weg zurück zum

Ausgangspunkt. Der revolutionäre Ansturm war umsonst.

Weil der sozial-historische Bezug fehlt, kann man sich darüber streiten, ob Robespierre mit Jaruzelski oder Stalin zu vergleichen ist oder Danton mit Walesa und Trotzki oder anderen. Man kann auch, wenn man Geschmack daran findet, mit erhobenem Zeigefinger das Einfrieren der Unterstützung der Befreiungsbewegung in El Salvador wegen des Mordes an Melida Anaya Montez fordern, wie das Cohn-Bendit unter dem Eindruck von „Danton“ im *Pflasterstrand* getan hat – der Film läßt auch schwärmerische erkonservative Kommentare zu (*FAZ*: ein genialer Film). Viele Schlüsse sind möglich, wenn die moralische Elle an die Geschichte angelegt wird. Schließlich mag niemand den Terror und lebt lieber in Frieden – auch und gerade das revolutionäre Volk, das gegen den Terror der alten herrschenden Klassen angetreten ist, um ihn zu beseitigen, und sich keine neuen Herrscher einhandeln will. Aber ebenso wie die christliche Moral barbarische Verbrechen von Christen an den Völkern der Welt nicht verhindert hat, wird eine revolutionäre Moral, so gut gemeint sie auch sein mag, Verbrechen von Revolutionären verhindern. Das Problem läßt sich von einer höheren geschichtsphilosophischen Warte aus nicht lösen, der Erkenntniswert von „Danton“ ist deshalb gleich null.

Wer verstehen und sich durch den düsteren Gewaltmechanismus des Films nicht einfach einschüchtern lassen will, kommt um ein Studium der historischen Fakten, der sozialen Widersprüche im Frankreich des ausgehenden 18. Jahrhunderts nicht herum. Das ist hier im einzelnen nicht möglich. Nur soviel: Frankreich befand sich im Krieg mit dem aristokratischen Europa, die Konterrevolution im Innern war bewaffnet. Die Regierung des Wohlfahrtsausschusses mit Robespierre war aus einer zweiten Revolution 1792 (nach 1789) hervorgegangen, die getragen war von der Masse des verarmten Volkes (den Sansculotten), einem Teil der Bourgeoisie und den Bauern, die erst jetzt die letzten Reste des Feudalismus auf dem Lande beseitigten und den Adel vollständig aus der politischen Herrschaft drängten. Anlaß für diese zweite Revolution war die Unfähigkeit der gemäßigten Bourgeois, mit den Problemen des Krieges und der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln fertig zu werden. Die Revolutionsregierung meisterte zu nächst beide Aufgaben, stampfte innerhalb

Die deutsche Geschichte ist von Tragödien siegreicher Revolutionen verschont geblieben, einfach, weil die revolutionären Umwälzungen von Produktion und Gesellschaft nie die Form politischer Revolutionen annahmen. Die „französische Methode“ aber auch die englische gesellschaftliche Umwälzung hatten hierzulande keine Chance. Die schon im Ansatz gescheiterten Revolutionen gaben immer nur den Kompost ab, auf dem die politische Reaktion die fälligen Veränderungen vorantrieb. Ohne die Bismarcksche Reaktion und die faschistische Konterrevolution kein moderner Kapitalismus in der spezifischen deutschen Form. Auch die 68er Bewegung war ja keine Bewegung, die mit siegreicher Revolution geendet hätte, wo den Helden die moralischen Wunden durch ihre Siege geschlagen worden wären. Vielleicht erleben wir jetzt einmal mehr, daß die soziale Umwälzung in Form der politischen Reaktion vorangetrieben wird.

An der französischen Revolution haben sich die deutschen Dichter und Denker nur solange delectiert, als ihre Widersprüche noch nicht aufgebrochen waren. Dann krochen sie serienweise zu Kreuze und entwarfen Modelle des „ewigen Friedens“, in denen aufgeklärte Fürsten die Hauptfigur bildeten.

Die 68er Linke leckt sich die Wunden fremder Revolutionen. Es läuft nicht so gut in El Salvador. Mit der russischen Revolution und den ihr folgenden antiimperialistischen Revolutionen ist man schon lange fertig. Da wird Wajdas „Danton“ freundlich als Illustration des „ehernen Gesetzes“ jeder Revolution begrüßt. An den Stimmtischen der Szene wird philosophiert. Das Pathos und die Monumentalität des Italo-Western paaren sich mit der erleichternden Botschaft: die Mechanik der Revolution ist die Mechanik der Guillotine. Laßt also die Finger davon. Seit nett zueinander, ist die banale Lehre etlicher 68er aus ihrer Geschichte.

weniger Wochen ein Massenheer aus dem Boden, schaffte die Grundlage der Waffenproduktion, kontrollierte die Beschaffung und Verteilung von Brot und verfolgte erbarmungslos die Wucherer und Spekulanten. Die Jakobiner um Robespierre hatten ständig zu laviieren zwischen den Forderungen der Sansculotten nach staatlicher Garantie ihrer Versorgung und denen der Bourgeoisie nach vollständiger Freiheit von Industrie und Handel. Die Klammer, die diese Regierung zusammenhielt, war der adlige und klerikale Feind im Innern und in Europa. Diesen Hintergrund für den Terror der französischen Revolution sollte man kennen, wenn man Wertungen abgeben will, auch solche moralischer Art. Der Film von Wajda beschäftigt sich jedoch mit Höherem und gibt auf eine freischwebende Fragestellung eine ebensolche und damit wenig nützliche Antwort. *Helmut Veil*

Verschüttete Angst

Vier Wochen ist es her, daß ich den Film gesehen habe. Was bleibt haften im Gedächtnis? Gesichter vor allem, aufgerissen vor Anst, verquollen von Müdigkeit, früh zerfallen. Erst Anzug und Perücke machen aus einem maulwürfig sich schleppenden Wesen den Robespierre, den uns feinpinselnde Miniaturisten oder David mit seinen Monumentalisierungskünsten überliefert haben. Zwischen Robespierre und Danton scheint in dem Punkt kein großer Unterschied: eine fahrig, husch-zuckend gehetzte Kreatur muß erst von anderen hinter den üppig beladenen Tisch geschafft werden, um für einen Augenblick wenigstens den froshmauligen Genießer hinzubekommen, den die Geschichtszähler uns ausmalen.

Seelen, die in eine Rolle jagen wie Mäuse in ihre Löcher, Körper, festgehalten vom Kostüm, als brauchten sie alle ein Stützkorsett: So zeichnet Wajda die Personen, die doch an einer der größten Umwälzungen der Menschheitsgeschichte beteiligt waren, Personen, die ohne Entschlossenheit und Sprungkraft nie bis zu dem Punkt hätten gelangen können, am dem wir sie zu Beginn des Films vorfinden.

Hat Wajda sie historisch getreu dargestellt? – So ist oft gefragt worden. Aber so gestellt greift die Frage zu kurz. Verlangt werden kann von einem Drama oder Film nur überhaupt ein Bezug zur Geschichte, nicht aber historische Treue gegenüber dem Augenblick, der dem Werk den stofflichen Anlaß gegeben hat.

Wie aber sieht Wajda Geschichte? Auf den ersten Blick als etwas, das uns schleift, vorwärtsstößt, weiterboxt, übertölpelt,

endlich überfährt und liegenläßt. Zwar handeln alle im Film, sie planen, intrigieren, halten große Reden, rufen Volk und Menschheit an – nur wirkt das alles wie Gestikulieren vor einer schwarzen Wand. Denn es fehlen die, die diese Taten und Worte aufnehmen und tätig verwirklichen sollten: die Massen. Ihnen ist bloß die Rolle des brausenden Meeres gelassen, an dessen Strand sich die Redner heiser schreien. Schleim der Führervergötterung, schilfartiges Schwanken im Meinungswind, schlammiges Versacken – das ist alles, was dem Volk im Film zugestanden wird, das in Wirklichkeit die Revolution doch gemacht hat.

Wenn das Volk selbst nicht eingreift, was können Robespierre und Danton dann antreiben? Anscheinend nur die abstrakte Dynamik der Revolution, einer jeden Revolution, so scheint es. Da die zu vermutenden Erfahrungen eines polnischen Regisseurs leicht hinzudenken sind, gerinnt alles zur leichtfaßlichen Lehre: Revolutionen enden immer so. Mach also keine! Wer das Schwert ergreift, wird durch das Schwert umkommen usw.

Angst: Treibsatz? Triebssand?

Beim ersten Blick soll es aber nicht bleiben. Ein zweiter mag sich heften an das, was am sinnfälligsten die Absage an jede Revolution zu erhalten scheint: an das angstvolle Getriebensein der Akteure.

Eine Revolution wie die französische, eine Situation wie die von 1794 hatte es noch nie in der Geschichte gegeben. Nicht der Rückblick auf Griechenland und Rom, nicht der auf die englische Revolution konnten da irgend etwas raten. Wer ins Neue tritt, der tappt im Flockenruß, er tastet nach Halt, es verschlägt ihm den Atem.

Und doch war der Anfang so hell gewesen, so herzhebend der Ballhauschwur, so glorreich der Sturm auf das Staatsgefängnis im Herzen von Paris. Jetzt aber Bedrängnis: Du bist zu weit gegangen, um noch anhalten zu können. Es muß doch einen Ausweg geben.

Die Beklommenheit, die an Danton und Robespierre gleichermaßen frißt, die herz-lähmende Ungewißheit, sie sind doch nur Stau des Schwungs, der sie so weit getragen hat, bis zu diesem Augenblick der Enge und Klemme. Solche Augenblicke sind unvermeidlich. Wajda zieht aus der ganzen Revolutionsgeschichte gerade sie ans Licht. Vielen schien es, er schlage damit ein Fenster zu. Tatsächlich tut er eine Tür auf. Indem er seinen Helden in den unbewachten



Momenten der Verlassenheit vorführt, zeigt er: Es wäre auch möglich, seine Ratlosigkeit preiszugeben, seine Angst zusammenzuschütten mit der aller anderen. Könnte nicht dem eingestandenen gemeinsamen Leidensdruck der Einfall des nächsten Schritts entspringen? Ein nächster – und dann noch einer – und dann wieder einer . . . Wajda kann das nur als verworfene Möglichkeit zeigen. Es ist die Chance, die seine Helden *nicht* ergreifen.

Kaum trifft diese ein fremder Blick, da fahren sie in ihre Jacken und Überzeugungen, spielen Marmorherrn und Felsenherz, den Unbestechlichen und den Volkstribun, haben Grundsätze und wissen alles genau.

Wer führen will und Leiden zu verantworten hat, der muß über Gewißheit verfügen und Festigkeit des Herzens. Wie wäre sonst alles zu rechtfertigen? Wo solche Gewißheit nicht zu haben ist, da wird Härte provoziert, am Andern, am Gegner, am Feind. Nicht den Mechanismus der Revolution überhaupt führt Wajda vor, sondern den Mechanismus dieser vorgetäuschten, erfundenen, über andere verhängten Gewißheit. Wajda zeigt das Schicksal derer, die einander nicht eingestehen können, wie dunkel der gelebte Augenblick ist.

Es betten sich heute manche bequem auf das schwarze Roßhaar der Angst, die sich auf den Pritschen der Gewißheit wundgelegen haben. Solcher Bequemlichkeit spricht Wajda wohl nicht das Wort. Sein Film zeigt bloß, wo in uns die Angst verscharrt liegt. Er stellt anheim, den Schutt über ihr abzuräumen. Wird ihre Säure nicht jede Antwort des Augenblicks zersetzen, durch alle Kompromisse durchschlagen, jeden faulen Frieden noch zerfressen? So schwer sie auch lastet, die Angst ist das Zeichen, daß wir uns wirklich aufgemacht haben. Sie ist so mächtig, so unruhevoll, daß sie durch keine Gegenwart zur Ruhe zu bringen ist. Wo sollte sie hingehen, nachdem sie einmal in uns aufgetreten ist? Vielleicht führt sie aber weiter als die wilde Hoffnung des Anfangs.

Fritz Güde



Zu Beginn dieses Jahrhunderts geboren, ist mit Anna Seghers nach Andersch, Weiss und so vielen anderen eine der letzten Schriftstellerinnen gestorben, die den Triumph des Nazismus, den Stalinismus, die grausame Kette von Niederlagen am eigenen Leib erlebten und zu ihrem zentralen Thema gemacht haben. Viele ihrer Generation sind ermordet worden, in KZs zu Tode gequält, in Moskau erschossen worden, etliche haben ihrem Leben selbst ein Ende bereitet. Die Traumata dieses Jahrhunderts, die Erfahrung des Faschismus und wie es dazu kommen konnte, werden noch lange das Thema der deutschen Literatur sein.¹

Anna Seghers als exilierte jüdische Kommunistin hat den Weg gewählt, der zu ihrer Funktion als quasi Staatsschriftstellerin geführt hat. Ihren Preis hat sie dafür gezahlt, ohne Zweifel. Wir erinnern uns, daß auch Peter Weiss nie zu einem vollständigen Bruch mit dem sogenannten Sozialismus sich hat durchringen können, wiewohl er die Geschichte dieser Epoche wie kaum jemand im nachhinein schmerzlich aufgearbeitet hat. Anna Seghers ihrerseits hat bereits in den 30er Jahren in ihren Romanen „Kopflohn“ (1933), „Der Weg durch den Februar“ (1934), „Die Rettung“ (1937) und schließlich „Das siebte Kreuz“ (1942)² eine Kritik der Parteilinie vorgeführt, die in ihrer Anschaulichkeit ihresgleichen sucht. So widerlich jetzt der Versuch von „drüben“ ist, in Überspielung dessen sie zur Uroma des sogenannten sozialistischen Realismus hochzujubeln, so ekelhaft hier der Verweis auf die christliche und mystische Grundstimmung in ihrem Werk.³ Ein weiteres Mal sieht Reich-Ranicki im „Siebten Kreuz“ Anna Seghers Beitrag zur Weltliteratur, eine „Passionsgeschichte“ des leidenden Flüchtlings, ein Hohelied auf die individuelle Redlichkeit, „Oder sollte man sagen: auf die Nächstenliebe?“

Sagen Sie's doch, werter Herr! Nur bilden Sie sich nicht ein, daß mitmenschliches Verhalten ein Wert wäre, der beim Christentum (und dem freien Abendlande) allein unter Pacht stünde, und daß mit der beliebten Rückführung von etwas auf etwas schon jenes erklärt wäre. Auch Joycens „Ulysses“ ist durch den Odysseus-Mythos mitnichten hinreichend dechiffrierbar. Und Anna Seghers scheut nicht davor zurück, schon im Titel auf alte Motive hinzuweisen (die magische Zahl sieben, das christliche Kreuz): Entscheidend ist doch, in welchen Kontext diese Motive eingebunden sind!

Das Großartige des Romans liegt zunächst darin, wie hier qua künstlerischer Imagination die Lage im faschistischen Deutschland veranschaulicht wird, und zwar so, daß bei aller erstickenden Übermacht im einfachen Leben, in der Alltäglichkeit, im Heimatgefühl etwas gezeigt wird, was die Kraft hat, den Faschismus

zu überdauern. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß Seghers nicht den Parteihelden Wallau entkommen läßt, sondern den eher unsympathischen Georg. Aber auch er ist nicht nur einfach der Gehetzte, der sein Leben retten will, wie Reich-Ranicki meint; im Gespräch mit dem Jugendfreund Paul werden ausdrücklich die Moskauer Prozesse und Spanien angesprochen (wenn auch nicht „diskutiert“). Durch die Flucht Georgs wird das Netz menschlicher Beziehungen, das durch den Faschismus zerstört worden war, wieder neu geknüpft. Erst aus dem Zusammenwirken des organisierten Widerstandes mit den Nichtorganisierten erwächst die Möglichkeit, Georg ins Ausland zu schaffen; in dieser Bewegung finden die Leute wieder zueinander und sprechen miteinander – allemal eine

Im Innersten das Unverletzbare

Zum Tode von Anna Seghers

Voraussetzung zu gemeinsamem Handeln. Eine Vorstellung davon, was Aktionseinheit sein könnte, erhalten wir hier, die nicht nur farbiger ist, sondern auch tiefer geht als jede politische Festlegung. In winzigen Schritten gelingt es der Seghers, glaubhaft Lernprozesse darzustellen. In fünf kurzen Szenen⁴ wird der Junge Helwig dargestellt, dessen Jacke Georg auf der Flucht aus einem Geräteschuppen entwendet hat. Der Zorn, seiner und der Jacke habhaft zu werden, wandelt sich bis zur Identifizierung mit „seinem“ Flüchtling, dem er das Entkommen wünscht – die Jacke wird ihm gleichgültig, schließlich verleugnet er sie und hilft damit dem Flüchtenden. Die Jacke, durch ihren Verlust zunächst ein Symbol für Selbstsucht wie irgendein Schatzkästlein-Motiv, verliert diese Bedeutung in dem Maße, wie sich der Junge den darin steckenden Menschen vorzustellen vermag. Diese Fähigkeit ist gerade die Basis für solidarische Parteiergreifen und ist einer bloß abstrakten Einsicht weit voraus.

Anna Seghers zeigt uns nicht Heroen, die unbeirrbar von allen Wechselfällen des Geschicks ihren Weg verfolgen, eher unscheinbaren Figuren, isolierten Einzeltägern, leidenden Frauen schien ihre Liebe zu gelten; Gestalten, die in ihren Erfahrungen als lernend gezeigt werden. Sie hat dadurch Bilder geschaffen, die auch in einer Zeit vom Faschismus und dem Widerstand zeugen werden, wenn



der mündliche Bericht der Eltern und Großeltern entfallen ist und die Filmdokumente allein so wenig wie die historischen Werke die Phantasie ingangsetzen können. Wer kann schon noch die jeweiligen Augusts, Wilhelms und Friedrichs den jeweiligen Höfen korrekt zuordnen, aber von Goethe & Schiller, die in deren Diensten standen, hat doch jeder einen Begriff. So werden die Namen der Piecks, Ulbrichts und Honeckers schon einen verstaubten Klang haben, wenn Anna Seghers immer noch gelesen wird.

P.K.

- 1 Martin Walser hat in einer Diskussion über die Holocaust-Serie mit Recht darauf hingewiesen, daß, solange Hunderttausende, die so oder so mitgemacht hätten, sich über ihre Erfahrungen nicht auszusprechen wagten, diese Traumata auch nicht überwunden werden könnten. Im Gegenteil, dies bildet den Boden, auf dem Verdrängungen und bewußte Verzerrungen erst gedeihen können.
- 2 Die beiden erstgenannten haben wir in der „revolutionären volksbildung“ (heute *Umbruch*) 10/1981 und 2-3/1982 ausführlich gewürdigt.
- 3 In dem FAZ-Nachruf wärmt Reich-Ranicki seine Beurteilung der Seghers, die er schon vor 20 Jahren publiziert hatte (Deutsche Literatur in West und Ost) bis in den Wortlaut hinein („Die Welt der Anna Seghers kennt keinen blauen Himmel“) auf: eine sprunghafte Erzählweise, stets ein wenig exotische Milieus, eine Schwäche für Mystisches, eine fideistische Grundhaltung, Hörigkeit gegenüber der KP usw. Am selben Tage hat Hans Albert Walter, diesen Aufbau vorausahnend, in einem sehr eindrücklichen Aufsatz Reich-Ranickis Argumente widerlegt (*Frankfurter Rundschau* vom 3.6.1983).
- 4 Die Simultantechnik des Buches, die rasche Schnittfolge bei unterschiedlichen Handlungsebenen, ist von Dos Passos übernommen.

Spurensicherung der Geschichte — aber wie?

Über Christine Wittrocks
Buch „Weiblichkeitsmythen“

Unter der inzwischen zahlreicher gewordenen Literatur über deutsche Frauen und deutschen Faschismus hat es bisher an einer detaillierten Darstellung des Zusammenhangs von faschistischen Frauenbildern und ihren Vorläufern in der Frauenbewegung vor 1933 gefehlt. Mit ihrem Buch „Weiblichkeitsmythen“ legt Christine Wittrock nun eine Untersuchung dieser Frage vor, die in ihrer Materialverarbeitung weit über die bisherigen Studien zum Thema hinausreicht.

Mag auch inzwischen die Aussage, die Frauenfeindlichkeit des Deutschen Faschismus habe nur patriarchale Traditionen der Zeit vor 1933 politisch neu akzentuiert, zum Allgemeinwissen Interessierter gehören, so liegt doch m. E. der besondere Gewinn des vorliegenden Buches darin, diese These nicht zum Gemeinplatz verkommen zu lassen.

Am Beispiel Gertrud Bäurers und Agnes von Zahn-Harnacks als maßgeblichen Vertreterinnen der konservativen Mehrheit der bürgerlichen Frauenbewegung vor 1933 führt Christine Wittrock die Ideenwelt dieses Flügels der Frauenbewegung vor. Bei Gertrud Bäumer sieht sie frauenrechtliche Forderungen in der Verbindung mit apokalyptischer Gesellschaftskritik an „Rationalismus“, „Materialismus“ und „Intellektualismus“, also in einem politischen Mystizismus ersticken. Dessen zentrale Kategorien – den Gedanken der „Volksgemeinschaft“ und der Beteiligung „weiblicher Kulturkräfte“ als besonderer „Wesensart“ der Frau – erkennt die Autorin als Affinitäten zu faschistischen Vorstellungen über die Aufgaben der Frau.

In ähnlicher Weise arbeitet sie aus den Argumentationen von Agnes von Zahn-Harnack, die sich am protestantischen Konservatismus orientierten, die Nähe zu faschistischen Positionen heraus. Allgemein lastet Christine Wittrock der bürgerlichen Frauenbewegung an:

- die grundsätzliche Anerkennung des bürgerlichen Staates und seiner Institutionen, insbesondere der patriarchalen Kleinfamilie;

- das Selbstverständnis, eine „geistige“ oder „kulturelle“ Bewegung zu sein;

- die Unfähigkeit zur rationalen Analyse der gesellschaftlichen Diskriminierung von Frauen und das Verbleiben in klassengebundenen Konzepten des Bildungsbürgertums;

- die Anerkennung der Geschlechterrollenteilung, derentsprechend sich Emanzipationsforderungen um das Prinzip der „Mütterlichkeit“ gruppierten;

- die Unterwerfung unter Theorien der „Polarität der Geschlechter“ und damit zusammenhängend über das „Wesen der Frau“, weil diese weibliche Unterwerfung und Unterdrückung fortschreiben.

Bei ihrer Untersuchung der Weiblichkeitsbilder des „linken“ Flügels der bürgerlichen Frauenbewegung hebt die Autorin hervor, daß allein der kleine Kreis um Helene Stöcker das Konzept der Geschlechterpolarität durchbrochen habe. Gegenüber den hier entwickelten Vorstellungen, die auf eine „Angleichung der Geschlechter“ ausgerichtet gewesen seien, betont sie, daß dies Frauen um Anita Augspurg und Lydia Gustava Heymann ihre radikaldemokratischen und pazifistischen Bestrebungen wiederum mit Polaritätsvorstellungen von „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ begründet hätten. „Hier werden der auf ‚Gewalt, Einschüchterung, Zwang, Furcht und Profitgier‘ gegründeten ‚Herrschaft des Mannes‘ und seiner ‚imperialistischen Gewaltpolitik‘ Frauen gegenübergestellt, die weniger auf ‚Eroberung, Krieg und Beute eingestellt‘ sind, sondern vielmehr bestrebt sind, Wohlstand und Frieden zu mehren.“ (S. 78 f.)

Besonders interessant lesen sich Christine Wittrocks Ausführungen zu den Weiblichkeitsbildern faschistischer Frauen. Nicht nur, daß sie die Vielfalt der Positionen und Argumentationsmuster darstellt; wichtige Eindrücke von den historischen Auseinandersetzungen um die NS-Frauenpolitik vermittelt hier die Verarbeitung biografischen Materials. Berta Braun und Lydia Gottschewsky werden als Repräsentantinnen der „neuen“ faschistischen Frauenbewegung vorgestellt, Guida Diehl als „untypische“ Vertreterin der Allianz zwischen weiblichem Protestantismus und Faschismus, Sophie Rogge-Börner als Repräsentantin der „feministischen“ oder oppositionellen Faschistinnen, die auf der Grundlage aristokratischer Vorstellungen und unter Hinweis auf die Stellung der Frau im „Germanentum“ weibliche Gleichberechtigung forderten. Als Beispiel für die extreme Frauenfeindlichkeit männerbündischer Weiblichkeitsvorstellungen stellt die Autorin das Frauenbild Alfred Rosenbergs vor.

Die im letzten Teil des Buches vorgestellten (und interpretierten) Texte aus Schulbüchern des 3. Reiches lassen zwei recht unterschiedliche Frauenbilder erkennen: Dem Bild der sich aufopfernden, selbstlos leidenden und sanftmütigen Mutter wird das Bild der selbständigen, tatkräftigen oder auch heldischen Frau gegenübergestellt. Eine ähnliche Zweiseitigkeit faschistischer Weiblichkeitscharakterisierungen zeigt die

Autorin auch in den Diskussionen des BDM auf.

Zu der Widersprüchlichkeit faschistischer Frauenbilder meint Christine Wittrock, daß nicht notwendig ein Zusammenhang zwischen Frauenfeindlichkeit und Faschismus bestehe. Vielmehr habe der Deutsche Faschismus auf patriarchale Muster zurückgegriffen, die sowohl von der bürgerlichen Frauenbewegung als auch in der faschistischen Bewegung vorfindbar gewesen seien, deren Grundelemente im „Dogma der geschlechtlichen Polarität, der Propagierung der patriarchalisch-monogamen Kleinfamilie und der Idee der ‚neuen Mütterlichkeit‘“ (S. 312) angelegt gewesen seien.

In diesen Thesen scheint auf, was die Autorin auch an anderen Stellen ihres Buches andeutet: daß sie die Frauen nicht als „Opfer“ „männlicher“ Politik zu sehen gewillt ist, sondern auch bei den Frauen selbst die Verantwortung für ihre anhaltende Unterdrückung suchen möchte. Ich selbst bezweifle, ob mit der Frage „Opfer oder Täter?“ einer Spurensicherung der Geschichte von Frauen Genüge getan werden kann. Wichtiger erscheint es mir, mit einem „anderen“ Blick historische Frauenforschung zu betreiben – mit einem Blick, der nicht nach „Schuldigen“ sucht, sondern vorfindbare „Weltanschauungen“ aus den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Zeit heraus kritisch zu begreifen versucht. Für die Frauenbewegung vor 1933 hieße das, die Konfliktlage der Frauen, die sich hier organisierten, genau zu bestimmen und auf ihren Zusammenhang mit der „Entpolitisierung“ durch völkisch-nationales Ideengut zu untersuchen. Für die bürgerlichen Frauen ist das Fehlen oder Scheitern einer bürgerlich-demokratischen Bewegung im Deutschland des 19. Jahrhunderts von erheblicher Bedeutung gewesen.

Mit Hinweisen auf eine ganz andere Frauenpolitik im revolutionären Rußland jedenfalls läßt sich kaum mehr als ein allgemeiner Konservatismusvorwurf an die bürgerliche Frauenbewegung befestigen. Hier zeigt sich: Die interessante Studie von Christine Wittrock verbleibt zu sehr bei der ideologiekritischen Betrachtung; die materialistische Blickrichtung kommt zu kurz.

Christine Wittrock, Weiblichkeitsmythen, Das Frauenbild im Faschismus und seine Vorläufer in der Frauenbewegung der 20er Jahre, Frankfurt (Sendler-Verlag) 1983, 22,00 DM

Erst 1961 wurde die Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean“ in deutscher Sprache, der Sprache, in der sie geschrieben wurde, veröffentlicht. 1940 hatte Sperber mit den ersten Niederschriften in Cagnes sur Mer begonnen. Als demobilisierter Soldat der französischen Armee war er wie viele Emigranten in Vichy-Frankreich gestrandet und saß in der Falle. Vor der drohenden Deportation konnte er in die Schweiz fliehen. Das Manuskript verbarg Roger Martin du Gard. In Zürich entstanden weitere Teile von „Der verbrannte Dornbusch“, dem ersten Roman der Trilogie. Ob er den Roman abschließen wollte, machte Sperber davon abhängig, daß er nach Kriegsende an das in Frankreich verborgene Manuskript wieder herankam. In Paris schließlich wurden „Der verbrannte Dornbusch“ fertiggestellt und die beiden anderen Romane niedergeschrieben. Nach Westdeutschland kamen sie erst zehn Jahre nach Abschluß der Niederschrift, in die DDR legal natürlich bis heute nicht. Denn Sperber ist ein „Renegat“. Aber Reaktion läßt sich mit seinen Büchern halt auch nicht machen.

Außer „Eine Träne im Ozean“ hat Sperber keine Romane veröffentlicht. Anders als andere hat Sperber darauf verzichtet, wiederzukäuen, jedenfalls in Romanform. Thema des Romans ist das Schicksal der Generation europäischer Revolutionäre, die den Schub der Oktoberrevolution fortsetzen wollten und im Kampf gegen die faschistische Konterrevolution erfuhren, daß die Sowjetunion und die Dritte Internationale zu einem neuen Hindernis der Emanzipation wurden. Schauprozesse, Hitler-Stalin-Pakt und sowjetischer Expansionismus in Osteuropa waren dafür die Anzeichen. Revolution wie Konterrevolution schienen beide nur zu Totalitarismus zu führen. Im Kampf gegen die Konterrevolution hörte die Revolution auf, eine Perspektive zu bieten. Wenn die Revolutionäre im KZ oder im Gulag enden, was bleibt dann mehr als Revolte gegen KZs und Gulags, um das Schlimmste zu verhüten?

Vasso, jugoslawischer Revolutionär der ersten Stunde, Parteigründer, landet in den Kerkern der GPU und versucht sich mit imaginären Briefen an Dojno, eine der anderen Hauptpersonen der Romantrilogie, bei der Stange zu halten:

„Wenn die Sache, der mein Leben gegolten hat, wirklich verurteilt ist, von aller Ewigkeit her, im Dreck der Dugaschwilis zu

enden, so sterbe ich gegen etwas, also sinnlos: für nichts. Und dann habe ich für nichts alles vergeudet. Wenn es diesen Sieg ohne Besiegte, den ersten wahren, menschlichen Sieg in alle Ewigkeit nicht geben kann, wenn die Dugaschwilis unvermeidlich sind, dann, ja dann sind sie berufen, mich zu vernichten, dann haben sie recht und ich unrecht gehabt mein Leben lang. Und all mein Tun, selbst der letzte Akt, ist dann Hochmut und törichter Trotz gewesen.“

Zweifle keinen Augenblick daran: Sie können mich nicht besiegen, denn ich habe

nur eine Tatsache, sondern auch eine Supermacht. Wäre es nicht dumm, sich mit ihr auf Streit einzulassen? Hat sie nicht im übrigen auch einiges zustande gebracht, Industrialisierung etc.? Die Leute sind zwar nicht frei – wo sind sie das schon? – aber haben sie nicht inzwischen zu beißen? Was haben die hiesigen Ausbeuter und Herrscher schon für ein Recht, über die Sowjetunion herzuziehen? Immerhin gibt es dort polytechnische Erziehung, und die Mieten sind auch billiger. Das ist die eine Version des Antikommunismus. Die andere Version, die der revolutionären Solidarität, ist:

Friedenspreis der Buchhändler für Manès Sperber

„All das Vergangene . . .“

Sowjetunion, die Totalitarismustheorie und die
68er Bewegung — in den Augen von Manès Sperber

sie im Namen der Sache verurteilt, sie werden mich nicht richten können. Aber an dem Tag, an dem du die Sache verlassen wirst, werde ich verurteilt sein. Bedenke das, Dojno, wäge ab.“

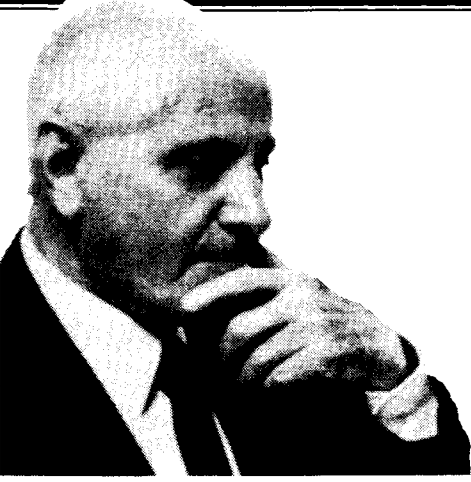
Ich habe den Roman irgendwann kurz nach Erscheinen, also wohl gleich 1961 oder 1962 gelesen. Romane liest man, lese ich jedenfalls normalerweise nicht mit Bleistift. Aber in „Wie eine Träne im Ozean“ habe ich seinerzeit doch einiges unterstrichen, unter anderem das angeführte Zitat, und, es war die einzige Notiz auf den ganzen 1040 Seiten, daneben geschrieben: „Dieser Brief gilt uns allen!“

Der Antikommunismus sei die Grundtorheit des Jahrhunderts, hat Thomas Mann irgendwann zur gleichen Zeit gesagt, als Sperber seinen Roman fertigstellte. Die DKP zitiert den Satz bei jeder Gelegenheit. Er ist zweideutig, und das macht seine Gefährlichkeit aus. Er bringt scheinbar ganz unterschiedliche Motive unter einen Hut. Die Sowjetunion ist nicht

Wer hat eigentlich gegen den Faschismus nicht nur, sondern überhaupt für die Befreiung in diesem Jahrhundert gekämpft? Waren das nicht vor allem Kommunisten? Was ist Kommunismus eigentlich anderes als das Streben nach Emanzipation des Menschen, nach Frieden der Menschen untereinander und der Menschen mit der Natur? Und dies soll man verteufeln, statt zu seiner eigenen Sache zu machen?

In der Oktoberrevolution war noch beides angelegt: Die Emanzipation des Menschen war ihr Panier und die Sowjetunion ist ihr Ergebnis. Man kann das auch nicht einfach auseinanderklamüseln.

Die Kommunisten unserer Generation, das heißt die Kommunisten, die sich in den Kämpfen der späten 60er Jahre heranbildeten, waren in ihren Ursprüngen, entsprechend der Definition der DKP, sicherlich „Antikommunisten“, denn von der Sowjetunion als Verwirklichung ihrer Ziele hielten sie nichts. „Dieser Brief gilt uns allen.“ Gleichzeitig konnten sie politische Selbständigkeit nur erringen, wenn sie sich von dem Freund-Feind-Schema des Kalten



Krieges befreien, und das hieß konkret, daß sie die Sowjetunion erstmal gegen alle üblichen Angriffe verteidigten. Damit entstand das Problem, sich als Revolutionär und Kommunist einerseits in die Tradition der Oktoberrevolution zu stellen, denn die Oktoberrevolution hatte den Kommunismus ausdrücklich als ihr Ziel proklamiert, und sich andererseits von der Sowjetunion, das heißt der staatsmonopolistischen Gesellschaftsformation als Ergebnis der Oktoberrevolution, zu distanzieren. Die Ideologen des Staatsmonopolismus und die DKP erkannten dies Dilemma der neuen Generation von Revolutionären und Kommunisten wohl und schlugen auch gleich eine Lösung vor: die Sowjetunion und was ihr alles unterworfen ist, wurde zum realen Sozialismus erklärt. Bei kommunistischen Revolutionen kann halt in Wirklichkeit nicht mehr herauskommen, als mit der Sowjetunion herausgekommen ist. Mit dem Begriff Sozialismus wurde die Oktoberrevolution vereinnahmt und mit dem Begriff „real“ alles gerechtfertigt, was tatsächlich geschah. So ist es noch heute und keineswegs bloß bei der DKP und ihren Anhängern. Revolutionäre, die den Kommunismus von dem Ziel der Emanzipation des Menschen her verstehen, mußten dagegen erklären, wo die entscheidenden Brüche zwischen der Oktoberrevolution und der Ausbildung des Staatsmonopolismus liegen. Die historische Ironie besteht darin, daß dann viele darunter, auch solche, die bei Sperber etwa angemerkt hatten, „der Brief gilt uns allen“, den Bruch ausgerechnet bei Stalins Tod und dem Parteitag von 1956 ansiedeln wollten: freilich nicht so naiv, daß vorher alles in Butter gewesen wäre.

Wieso? Eine Erklärung gibt Sperber mit seiner Polemik gegen die „Logik des Kampfes“, der man sich kaum entziehen kann. Gekämpft wurde gegen Kapitalisten und kalte Krieger, gegen moderne Revisionisten und gegen Reformisten. Mit Stalin wurden sie scheinbar alle geschreckt, und um mehr, als symbolischen Schrecken zu verbreiten, ging es auch kaum. Aber was für Rechtfertigungstheorien waren notwendig, um sich den eigenen Schrecken wegzuarargumentieren.

Die Logik des Kampfes ist nur ein Aspekt, denn aus ihr folgt ja nicht, daß man mit falschen Vorstellungen kämpfen muß. Diese entsprangen aus der Auffassung, daß es nur Kapitalismus und Sozialismus als Alternative geben könne und bestenfalls noch einen „Dritten Weg“ zwischen beiden, der aber Illusion bleiben müsse, weil es ein Niemandsland nicht geben könne. Die Sowjetunion konnte dann, weil nicht sozialistisch, bloß kapitalistisch sein und folglich bloß Ergebnis einer bürgerlichen Konterrevolution. Für die Datierung der Konterrevolution kamen dann nur die Reformversuche in den 50er und 60er Jahren in Frage. Daß sie sämtlich fehlschlügen und nur Kosmetik blieben, wurde mit Interesse verkannt, weil sonst gar nicht mehr hätte erklärt werden können, wo denn nun eigentlich der Bruch liegt.

Sperbers Kritik an der Entwicklung der Sowjetunion und mit ihr die ganze Totalitarismustheorie konnte schon deshalb nicht mehr greifen, weil sie scheinbar oberflächlich an politischen Phänomenen haften blieb. Bücher wie „Eine Träne im Ozean“ konnte man vergessen. Tatsächlich reicht zwar eine moralische Kritik der politischen Verhältnisse der Sowjetunion nicht aus, sie ist aber doch der Anfang aller Kritik von Revolutionären, wenn sie mehr als sozialtechnische Ingenieure sein wollen.

Sperbers „Wie eine Träne im Ozean“ kann man trotz Friedenspreis nicht einfach empfehlen. Nicht jeder muß das lesen, und viele interessiert sicher ein solcher Essay mit Dialogen, der sich als Roman tarnt, auch nicht. Die Erinnerungen „All das Vergangene“ sind nicht viel mehr als ein Kommentar des Autors zu seinem Hauptwerk. Aber ohne die Lektüre von Sperbers Büchern wird man weniger von den politischen Voraussetzungen wissen, unter denen wir ange treten sind.

Heute sehen die Probleme schon anders aus. Die 68er Bewegung, von der Sperber, wie aus seinem Essay-Band „Sieben Fragen zur Gewalt“ hervorgeht, nicht viel hält, und dann die spätere Entwicklung haben die falsche Alternative Kapitalismus oder Staatsmonopolismus (realer Sozialismus) schon etwas aufgebrochen. Die Ausgangspositionen der heutigen politischen Generation sind anders als in den 60er Jahren, wo rebellischen Elementen tatsächlich nicht viel mehr zu bleiben

schien als der „Mythos von Sysiphos“. Camus hat diesen Mythos gepflegt, der aber keine persönliche Marotte war. Kapitalismus führte zu Faschismus, aber was von der Sowjetunion kam, war schließlich die Niederschlagung des Ungarnaufstandes. Wo also lang gehen? Nach den nachprüfba ren Ergebnissen von Revolution und Konterrevolution blieb nur die Revolte, von der nicht mehr zu erwarten war als moralische Integrität des „Menschen in der Revolte“. Das allerdings bleibt das Minimum jeder ernst zu nehmenden revolutionären Bewegung heute. Sperber oder Camus beziehen Positionen, hinter die man nicht zurückfallen kann, aber die halt auch solange bloße Mythen bleiben, als kein Dritter Weg zum Kommunismus, statt Kreuzungsversuchen zwischen Kapitalismus und Staatsmonopolismus, sichtbar wird. Vielleicht beginnt sich das zu ändern. Die „Legende vom verbrannten Dornbusch“, die Sperber seiner Romantrilogie voranstellt, verherrlicht noch ganz die Revolte, die für die meisten unpraktikabel bleibt. Um den brennenden Dornbusch soll die neue Gesellschaft gegründet werden, aber der wird zu Asche, weil sich wieder die Führer zu Herrschenden über Sklaven aufschwingen. Diese Wahrheit auszusprechen, wird strafbar.

„Die neuen Schergen der neuen Herren gingen aus, jene auszurotten, die die Wahrheit sagten, die Namen jener in Schande auszulöschen, die davon sprachen, aufs neue zu beginnen. Doch so viele sie ihrer auch töteten, sie konnten die Hoffnung nicht vernichten, die alt ist wie die Trauer und jung wie die Morgendämmerung.“

Es gibt einen anderen Dornbusch, man muß ihn suchen – verkünden die geheimen Stimmen jener, denen die Schergen der alten und der neuen Herren auf den Fersen sind – und finden wir ihn nicht, so werden wir ihn pflanzen. Gesegnet seien, die so sprechen. Daß doch die steinigten Wege ihren Füßen nicht zu hart werden und ihr Mut nicht geringer als unser Jammer.“

In den Jahren, die Sperber beschreibt, ist der Kommunismus wieder zum bloßen Ideal und die Revolution zum Mythos der Revolte geworden. Diese Situation ist noch nicht überwunden. Aus ihr führt bloß die wirkliche Bewegung heraus. Da es eine Bewegung von Menschen ist, bleibt „All das Vergangene“ wesentlich. □

Die Romantrilogie „Wie eine Träne im Ozean“ von Manes Sperber gibt es als dtv-Taschenbuch (1579) für 19,80 DM. Ebenfalls bei dtv erschienen sind die drei Bände der Autobiographie „Die Wasserträger Gottes“, „Die vergebliche Warnung“ und „Bis man mir Scherben auf die Augen legt“ sowie die Essaybände „Churban oder Die unfaßbare Gewißheit“ und „Sieben Fragen zur Gewalt“.

Für das Gefecht mit schweren Säbeln in den **MOZ** war schon immer Michael Stamm zuständig. Weder Volksvertreter noch sonst mit Repräsentationsaufgaben belastet, hat er die Hände frei. Im Juniheft der **Modernen Zeiten** greift dieser Friedensfreund mal wieder zur Waffe. Anlaß ist die Aktion einiger grüner Bundestagsabgeordneter auf dem Ostberliner Alexanderplatz, bei der sie Transparente mit den Losungen „Schwerter zu Pflugscharen!“ und „Jetzt damit anfangen – Abrüstung in Ost und West“ entrollt hatten und dann in den westlichen Teil der Stadt abgeschoben worden waren. Michael Stamm sieht Grund zum Rundumschlag.

Hauptsächlich bekommen Max Thomas Mehr und Klaus Wolschner, Hauptbegründer der Aktion auf dem Alexanderplatz in der *taz* Dresche. Petra Kelly und Gert Bastian kommen dagegen noch glimpflich davon. Gegen sie ficht der Wortgewaltige eher mit flacher Klinge.

Aber weitere Rechnungen stehen auch noch offen, etwa von wegen Solidarität mit Solidarność und anderem mehr. So werden nicht ganz unvermutet auch wir auf den Fechtboden gezerrt und abgeschlachtet:

„Die Pol Pot-Anhänger vom KBW – heute Herausgeber der *Kommune* (!) – plädierten für entschiedene Wirtschaftsanktionen des Westens, fanden Reagan und die CSU noch zu schlapp und haben auch sonst noch einige dialektische Weisheiten für die Friedensbewegung auf Lager: *Friedenspolitik* kann unter Umständen durch die Menschen, die sie verfolgen, bloß *beibehalten* werden, wenn sie mit *kriegerischen* Mitteln *fortgesetzt* wird.“

Wenn Petra Kelly und der General gehäht hätten, zu wem alles sie mit ihrer gewaltfreien Aktion auf dem Alexanderplatz in unrühmliche Nachbarschaft geraten – sicher hätten sie sie unterlassen. Das Zitat ist aus einer Juni-Nummer der *KVZ* letzten Jahres in Michael Stamms Zettelkasten geraten. Da gerade in der Polemik die Würze in der Kürze liegt, ist es nur selbstverständlich, daß das Zitat aus dem Zusammenhang gerissen wird. Aber mal ganz allgemein genommen, wie es nun in der **MOZ** auftaucht: Es ist uns ja gut verständlich, daß die zitierte Aussage dem größten Teil der gegenwärtigen Friedensbewegung gegen den Strich geht, aber daß Leute wie Michael Stamm, die sich als *die* Marxisten in der Bewegung verstehen, sie nur mit der Beißzange anfassen und einem schaudernden Publikum vorführen, ist komisch und eigentlich bloß auf lang einstudierte Heuchelei zurückzuführen.

Wie ist es denn mit Mittelamerika zum Beispiel? Stehen die Sandinisten und die Befreiungsorganisationen in El Salvador auf der Seite der Gegner der Friedensbewe-

gung, bloß weil sie ihre Interessen und Rechte nicht durch Aufzüge auf den Bonner Rheinwiesen wahrnehmen können? Die Formen der Politik sind halt doch nicht ganz unabhängig von den „Umständen“.

Deshalb ist der Versuch der Friedensbewegung hier, von ihrer Seite aus die Aktionen nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen



zungen zu eskalieren, ja auch vernünftig. Ob man deshalb Gewaltfreiheit zum Prinzip erheben darf, muß weiterhin bezweifelt werden angesichts der Umstände in anderen Teilen der Welt und verschiedener Erfahrungen der eigenen Geschichte.

Was aber hat das mit der Aktion auf dem Alexanderplatz zu tun? Gewaltfrei war sie doch auf jeden Fall, und unsereins hat zu ihr weder aufgerufen noch sie wegen der Gewaltfreiheit kritisiert. Obwohl wir als Pol Pot-Anhänger natürlich noch zu ganz anderem fähig wären. Uns selber will Michael Stamm nicht schrecken. Aber was mögen denn all die Friedensfreunde von Petra Kelly denken, wenn sie mit uns in einem Atemzug genannt wird? Das läuft ja auf Rufmord hinaus.

Die Geschmäcker, auch die politischen, sind verschieden, doch kann man dem Inhalt nach gegen die Aktion auf dem Alexanderplatz Wesentliches einwenden? Michael Stamm tut sich schwer. Seine Argumentation fährt wenigstens auf zwei Gleisen: Da die konkrete Gefahr eines Krieges ausschließlich von der Aufrüstung der Nato ausgehe, lenke eine Aktion für Abrüstung in Ost und West vom eigentlichen Ziel ab, der Verhinderung der Nato-Nachrüstung. Und gerade in diesem Ziel herrsche Übereinstimmung mit den Regierungen der Sowjetunion und des Warschauer Pakts. Die Aktion könne also bloß schaden. So die eine Schiene. Das andere Gleis der Argumentation verläuft ungefähr in folgender Richtung: Da man schließlich wisse, wie die DDR mit autonomen Bewegungen umspringe und daß sich daran aus „Systemgründen“ auch nichts ändern könne, was solle also eine Solidaritätsaktion mit der selbständigen Friedensbewegung in der DDR?

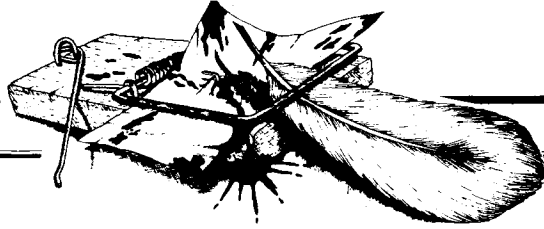
Doch die beiden Argumentationsstränge

passen spätestens auf den zweiten Blick durchaus zusammen. Wenn die Kriegsgefahr ausschließlich von der Nato ausgeht und Solidarität mit den demokratischen Bewegungen innerhalb des Warschauer Paktes sowieso nichts nützt, dann ist die Sorte Kirchturmpolitik, auf die die Stamm u.a. die Friedensbewegung festlegen wollen, scheinbar berechtigt. Dann haben aber auch diejenigen recht, die sagen, am Status quo im Westen lasse sich sowieso nichts ändern, weil der Status quo im Osten unabänderlich sei. Auf diese Art wird bloß von links der Speck gereicht, mit dem von rechts die Mäuse gefangen werden.

Die Regierung wird es sich dann um so leichter leisten können, die Stationierung durchzuziehen, obwohl sie genau weiß, daß über die Hälfte der Bevölkerung schwerste Bedenken hat; und der Austritt aus der Nato wird immer eine linke Phrase bleiben; denn nicht die Regierung muß das Volk mobilisieren, sondern die Friedensbewegung. Einseitige Abrüstung und Austritt aus der Nato enthält ein Risiko, das zu Zerschweigen nichts nutzt und auf das sich große Massen bloß einlassen werden, wenn sie begründete Hoffnung haben, daß auch auf der anderen Seite etwas in Bewegung kommt und zwar in Richtung auf Souveränität und Demokratie der Völker, für die im Westen einseitige Abrüstung und schließlich Austritt aus der Nato ein Ausdruck wäre. Sowieso geht das nur Hand in Hand mit dem Kampf für einen Friedensvertrag mit den beiden deutschen Staaten.

Vielleicht hat eine Losung in diese Richtung auf den Transparenten in Ostberlin gefehlt, und sicher fehlt diese Seite einer Politik der Blockfreiheit gänzlich in dem anschließenden Briefwechsel mit Honecker. Vielleicht hätte er dann auch nicht so ohne weiteres im *Neuen Deutschland* abgedruckt werden können.

Für Michael Stamm, den Säbelfechter, bleibt nach einigem „Nachdenken“ daß „fortschrittliche Veränderungen innerhalb des ‚realsozialistischen‘ Lagers erfolgreich nur von Bewegungen durchgesetzt werden können, die antisowjetische Antriebsgründe zu überwinden bereit sind und zugleich energisch die von den USA und der Nato betriebene Kriegführungs- und Totrüstungsstrategie zurückweisen“. Vielleicht hören wir nächstens eine ähnliche Belehrung an unsere Adresse hierzulande, vielleicht von einer der von Stamm zu Recht so gehähten Springerzeitungen: die Bewegung müsse ihre antikapitalistischen Antriebskräfte überwinden, wenn sie Erfolg haben wolle, und zugleich energisch die von der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt betriebene Hochrüstungs- und Erpressungsstrategie zurückweisen. In Wahrheit haben wir das schon oft gehört. □



Beschleunigte Akkumulation führt ideologisch zur Versöhnung

Zum Artikel „Der Marxismus in Asien und Afrika“ von Samir Amin, in *Kommune* 4/1983

Der Beitrag Samir Amins über Marxismus in Asien und Afrika (Schwerpunkt des April-Hefes der *Kommune*) war sehr interessant, und Euch sei für seine Dokumentation gedankt, wenn sie auch auf Kosten des Lay-Outs gekürzt und ohne Anmerkungen erschien. Im folgenden möchte ich auf seine Einschätzung des Proletariats in den kapitalistischen Zentren und die Chancen revolutionärer Bewegung hier eingehen.

Nach Amin hat die Arbeiterklasse in den Metropolen „ihre revolutionäre Berufung verloren“, wie auch allgemein „kaum Möglichkeiten“ für einen antikapitalistischen Weg bei uns bestünden. Dafür gibt er zwei Gründe: „1. Die Ausplünderung der Dritten Welt schafft innere Solidarität in diesen Gesellschaften“ und 2. verzögern Gruppen, die auf den „realen Sozialismus“ fixiert sind, „die Ausbildung eines sozialistischen Bewußtseins“.

Der letztere Punkt, die These vom „Verrat“ statistisch-revisionistischer „Agenturen des Ostblocks“ (Ausdrücke nicht von Amin), hält sich im ideologischen Bereich auf und kann nur als verzögerndes Moment gelten, nicht als Begründung prinzipieller Unmöglichkeit einer Revolution in den Zentren.

Das erstere Argument geht tiefer. Es verallgemeinert die These von der „Arbeiteraristokratie“ auf die gesamte Arbeiterklasse hier und postuliert eine tatsächliche Interessensharmonie zwischen dieser und der Bourgeoisie, basierend auf der Ausbeutung der Dritten Welt zugunsten beider Klassen. Sodann unterteilt Amin die Entwicklung der metropolen Arbeiterbewegung und ihrer „Marxismen“ in Phasen, entsprechend der – mehr geläufigen als sachlich treffenden – Einteilung der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise in Stadien. Grob zusammengefaßt und unter einen Hut gebracht: Dem Stadium des Konkurrenzkapitals entsprach ein tendenziell revolutionäres Proletariat und die Theorie von Marx, dieses sei nun abgelöst vom Stadium des Imperialismus mit Arbeiteraristokratie in den Zentren und möglicher Revolution an den „schwächsten Gliedern“ sowie die marxistische Weiterentwicklung durch die Theorien von Lenin und Mao.

Dieser Ansicht möchte ich in aller Kürze folgendes erwidern:

1. Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bewegt sich nicht in aufeinanderfolgenden, sich qualitativ unterscheidenden Stadien, sondern – gemäß dem tendenziellen Fall der Profitraten – in Veränderungen des Akkumulationstyps von beschleunigter Akkumulation zu Stagnation und Krise und weiter – bei Aus-

bleiben einer Revolution – imperialistischer Krisenlösung mit Kapitalvernichtung und anschließendem Beginn erneuter beschleunigter Akkumulation auf erhöhter Stufenleiter der technischen Entwicklung, Ausbeutung und Naturzerstörung. Phänomene wie Monopolbildung und imperialistischer Krieg sind Erscheinungen und Verlaufsformen der Durchsetzung dieser gesetzlichen Tendenz. Somit gelten Methode und Resultate der Marxschen Kapitalismuskritik unverändert und sind Lenin wie Mao als deren Anwender statt Weiterentwickler anzusehen.

2. Die Entwicklung von Arbeiterbewegung, Klassenbewußtsein und auch der marxistischen Theorie folgt in den Metropolen der ökonomischen Bewegung – wenn auch stark modifiziert von jeweiligen kulturellen, politischen usw. Traditionen und Eigenheiten. So sagt Marx: „Bei dieser allgemeinen Prosperität, worin sich die Produktivkräfte der bürgerlichen Gesellschaft so üppig entwickeln, kann von einer wirklichen Revolution keine Rede sein. Eine solche Revolution ist nur in Perioden möglich, wo diese beiden Faktoren, die modernen Produktivkräfte und die bürgerlichen Produktionsformen, miteinander in Widerspruch geraten ... im Gefolge einer Krisis.“ (MEW 7, S. 98)

In Phasen beschleunigter Akkumulation tendiert das Proletariat ideologisch zur Versöh-

Sehr große Synthese am Entstehen . . .

Zum Artikel „Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts“ von Rudolf Bahro, in *Kommune* 5/1983

Ich möchte eine kleine Rückmeldung geben zur neuen *Kommune*, speziell zum Bahro-Artikel. Ich finde das gut, daß Ihr ihn abgedruckt habt. Sicherlich ist es für den Teil der Linken, z.B. für die MOZler, die den Marxismus immer noch nicht aus der Freiheit ihrer Person heraus als Methode anwenden können, ein hartes Stück Brot, wenn Bahro da plötzlich den Bogen spannt vom Materialismus hin zur spirituellen Transzendenz. Für mich ist das ein wichtiger Schritt: ein Schritt dahin, den Menschen in seiner lebendigen Totalität zu erfassen suchen – bis hinein in die Tiefen unserer Seele. Wenn wir in Zukunft noch etwas sagen können wollen, (ich versuche das seit neuem bei den Grünen, nach endlich überwundenem KBW-Frust) dann doch nur, wenn wir uns nicht mehr verschließen den Er-

nung, die Theoretiker zur Revision („Reformismus“). Das Aufbrechen der Widersprüche in Form der Krise aufgrund verlangsamter Akkumulation der Kapitale (bzw. „Überakkumulation“) kann dagegen der Ausbeutung und Herrschaft die Legitimation rauben und bedeutet somit eine revolutionäre Situation, die die Frage stellt: Sozialismus oder Barbarei.

3. Die Kapitalakkumulation in den Zentren beruht neben der Ausplünderung der peripheren Länder nach wie vor und in der Hauptsache auf der Ausbeutung der produktiv Arbeitenden. Die Interessen der Arbeiter bleiben im Gegensatz zu denen der Kapitalisten. Nur indem und solange wie die Ausplünderung der Dritten Welt den Fall der Profitraten bremsen kann, bremsst dieses Treiben der Kapitalisten die Zuspitzung der Widersprüche in den Metropolen. Auf solche Art aufrechterhaltene Prosperität der Geschäfte der Kapitalisten verlängert die eingebildete Interessensharmonie. Daher kann der Klassenwiderspruch in den kapitalistischen Zentren nicht als vom Gegensatz Metropolen – Peripherie abgelöst eingeschätzt werden, genausowenig wie vom Gegensatz Ostblock – westlicher Imperialismus. Im Gegenteil tritt er immer vehementer auf die Tagesordnung, und sein im proletarischen Sinn erfolgreicher Ausgang ist die Bedingung für eine sozialistische Entwicklung der unterentwickelten Länder frei von imperialistischen Attacken und bürokratischen Entartungen.

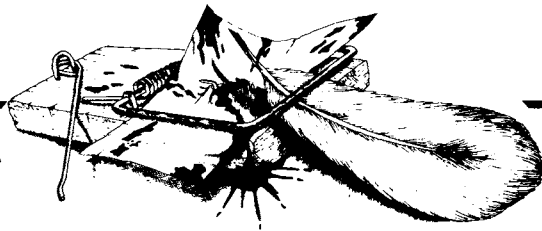
4. Und nebenbei bemerkt: Für ein Hinarbeiten auf einen Sieg der Arbeiterklasse in ihren Ländern der Metropolen können die Kommunisten Richtlinien nicht aus den Theorien und lokalen Erfordernissen Moskaus, Pekings oder Tiranas mechanisch übertragen, sondern nur aus den eigenen Voraussetzungen mit den wissenschaftlichen Mitteln der Marxschen Orthodoxie ableiten.

Horst Eckert, Westberlin

kenntnissen der Psychologie, wie auch vielleicht so mancher alter und neuer spiritueller Weisheiten. So wie ich das sehe, ist da z.Zt. weltweit eine sehr große Synthese am Entstehen, die weit davon weg ist, irgendwie komisch und nicht-revolutionär zu sein.

Als kleines Beispiel aus meinem Gesichtskreis anbei die Kopie eines neuartigen Informationsdienstes. Das Buch von Fritjof Capra (Besprechung im Schwerpunkt, *d. Red.*) habe ich eben erst angefangen. Ich glaube, er ist ein sehr wichtiger Mann. Kürzlich hörte ich ihn in Tübingen in einer rammel-vollen Hörsaal-Veranstaltung. Es hat Hand und Fuß, was er sagt – vielleicht nicht so, wie man das aus Gewohnheit erst mal erwartet – vieles führte mich an neue Denkinhalte, positive, was ja doch selten ist in dieser Zeit, in der wir wohl alle eher etwas depressiv sind. Zwischen dem, was Bahro da sehr komprimiert sagt, und dem, was Capra versucht, weniger esoterisch, sondern eher für ein breiteres Publikum zu schreiben, sehe ich viele Parallelen. Ich weiß auch, daß Capra einen Termin bei der grünen Fraktion in Bonn hat. Hoffentlich geht das Zueinanderfinden weiter! Nicht um dadurch diffus zu werden – ich habe Hoffnung auf eine neue, zeitgemäße Qualität dieser Synthese.

A. S., Wurmberg



Schöne Worte haben noch niemandem gedient

Anmerkungen zur Berichterstattung über Frankreich, zu den Diskussionen über Verstaatlichungsforderungen und zur Auseinandersetzung mit Rudolf Bahro

Nach der Lektüre der ersten fünf Nummern der *Kommune* gäbe es viel zu sagen. Ich will hier nur kurz kritisch auf drei Bereiche eingehen:

a) die Frankreichberichterstattung in der Nr. 4, b) die Berichterstattung bzw. Diskussion zur Verstaatlichungsforderung, c) zur Auseinandersetzung mit Bahro.

zu a): Abgesehen von den Ansichten ist die Optik der Berichterstattung und Problematisierung von Cornelia Falter zu kritisieren. Eingegangen wird nur auf die großen bürgerlichen und reformistischen Parteien (und Gewerkschaftsführungen). Eine Zeitschrift wie die *Kommune*, die doch an der Herausbildung einer linken Alternative interessiert sein müßte, kann doch nicht einfach die Aussagen und Aktivitäten der revolutionären Organisationen in Frankreich übergehen, die ja immerhin schon mehr Wirkung erzielen als vergleichbare Strömungen in der BRD (so zu sehen am Wahlbündnis der LCR – frz. Sektion der IV. Internationale – mit Lutte ouvrière). Oder paßt das einfach nicht in den Kram, weil diese Strömungen sich auf den Trotzkismus berufen, der ja, ob aus maoistischer, bürgerlicher, reformistischer oder auch öko-sozialistischer Sicht, immer so unbeliebt unmodisch ist? Ein inhaltliches Eingehen auf diese Strömungen und ihre Aussagen und Initiativen angesichts der Krise der PS-KP-Regierung in Frankreich hätte der Autorin die Möglichkeit genommen, alles so darzustellen, als gäbe es keinen Ausweg – nämlich den des unversöhnlichen antikapitalistischen Kampfs und der Einheitsfronttaktik gegenüber den reformistisch geführten Massen – und als sei alles, was Frankreich brauchte, neue Phantasterien über „Industrialismus“ oder „Nicht-Industrialismus“.

zu b): Es ist sehr bedauerlich, daß die *Kommune* sich zu einer regelrechten Kampagne gegen die Verstaatlichungsforderungen hinreißen läßt. Angefangen mit dem Kasten „Zauberstab Verstaatlichung?“ bis zu dem Opus „Verstaatlichung, Entstaatlichung – oder was?“ von Adelheid Biesecker (Nr. 3 bzw. 4): die ganze Richtung ist verkehrt. Ist es denn so schwer zu begreifen, daß das Auftauchen der Verstaatlichungsforderungen im Rahmen einer Suche der Arbeiter nach einer Lösung der Stahlkrise, der kapitalistischen Krise allgemein, die *nicht* auf ihre Kosten geht, etwas ganz anderes bedeutet als ein „Ausweichen vor den konkreten Problemen“ oder einen Hang zum „Staatsmonopolismus“ oder gar ein Drang zur Stärkung des Staats? Ist es nicht offensichtlich, daß hier die „konkrete“ Gegenüberstellung der Arbeiterinteressen mit denen der Bosse zum Ausdruck gebracht wird und daß das Bewußtsein anhand der konkreten Erfahrung dieser Frontstellung darüber neu zu keimen beginnt, daß man ran muß ans bürgerliche Privateigentum, daß man das Profitprinzip und das Privateigentum an den Produktionsmit-

teln in Frage stellen muß, um auch nur die Verteidigung des bestehenden bzw. verbliebenen Bestands sozialer Errungenschaften zu sichern? Liegt es nicht auf der Hand, daß Revolutionäre, daß Sozialisten solche Entwicklungen leidenschaftlich begrüßen müssen, daran anknüpfen müssen, den Kampf um solche Teilziele und die Selbstorganisation in diesem Kampf vorantreiben müssen, um neue Erfahrungen zu ermöglichen? Wie ordnet Ihr, die Ihr die Verstaatlichungsforderung – nicht als Relikt für Sonntagsreden in verstaubten Programmen, sondern als Tagesforderung zum Erhalt von Arbeitsplätzen – wie eine Dutzendforderung behandelt, denn die Reaktion des Bürgertums und der Gewerkschaftsbürokratie gegen diese Forderung ein?

Es ist ein Unding, anstatt die Forderungen zu konkretisieren und in den Rahmen eines gesamten antikapitalistischen Aktionsprogramms zu stellen – berichtet doch einmal über die Position von Jakob Moneta hierzu! –, ihnen abstrakt ein angestrebtes Modell der Selbstbestimmung assoziierter Produzenten entgegenzustellen. Da fällt Ihr wieder in den alten Minimalismus-Maximalismus zurück. Versucht doch, eine Brücke zu schlagen von einem zum andern! Selbst wenn das Kapital zurückweicht und seine Interessen durch eine – dann auch in allen Punkten wie Entschädigung usw. zu seinen Gunsten ausfallende – partielle Verstaatlichung verlustreicher Bereiche zu wahren sucht, so sind die betroffenen Arbeiter dann mit dem Staat als *Boß* konfrontiert und können dann viel leichter erfahren, daß er nicht dem Allgemeinwohl dient, sondern ein *Staat der Bosse* ist. Dann hat der nächste Kampf schon eine sehr politische Dimension...

Schöne Worte haben noch niemandem gedient. Wenn Ihr sagt, ihr seid für „wirkliche Vergesellschaftung“ und gegen den Staat überhaupt, so seid Ihr der Frage nicht enthoben: was ist der nächste Schritt mit den Arbeitern und den Betroffenen überhaupt zusammen? Und: über welche konkreten Kampferfahrungen und Mobilisierungsformen können nicht nur ein paar Zirkel, sondern Millionen von Arbeitern und Angestellten zur Schlußfolgerung kommen, das grundsätzlich andere System zu verwirklichen, d.h. erstens Organe der Doppelherrschaft errichten, zweitens den bestehenden Staat zerschlagen und drittens den neuen Staat so gestalten, daß er seine Aufgabe der Abwehr innerer und äußerer Konterrevolution erfüllt und doch von Anfang an beginnt abzusterben? Wenn Ihr sagt „wirkliche Vergesellschaftung“, deshalb ist die Verstaatlichungsforderung der Stahlarbeiter Murks, dann sagt Ihr nichts anderes als „die Träume von morgen sind alles, die Interessen und Kämpfe von heute sind nichts“.

Das ganze Problem besteht darin, daß ihr eure eigene Zirkeldiskussion über „Staatsmonopolis-

mus“ – das „objektive“ Gewand eurer Vergangenheitsbewältigung – künstlich dem realen Problem der Stahlarbeiter, dem realen Gang des Klassenkampfs und der realen Entwicklung des Klassenbewußtseins entgegengesetzt und aufzupropfen versucht. Was Not tut wäre eine Auseinandersetzung mit der Methode des Übergangsprogramms und nicht das marxistische Kind mit dem mao-dogmatischen Bad auszuschütten, was jetzt eure allgemeine Tendenz zu sein scheint. zu c) Dem Genossen Bahro soviel Raum geben, gut und schön – wie in der Nr. 5 der *Kommune*. Nur bleibt hoffentlich das Ganze nicht ohne Kommentar eurerseits. Es würde mich sehr interessieren, wie weit ihr oder zumindest einzelne von euch diesen Ausführungen Bahros folgen. In einigen Punkten gibt es ja Näherungen zwischen Bahro und dem neuen KBW-Profil! Auch Bahro läßt die Entwicklung des Klassenbewußtseins im Rahmen der Klassenkämpfe außer Acht. Ich hoffe nur, eure Schlußfolgerungen sind nicht so „radikal“ – daneben – wie seine. Im übrigen kann man seine Ansichten bis in die nackten Tatsachen hinein widerlegen – wenn ihr mir dafür Raum in der *Kommune* gebt, will ich das gerne tun(...)

Manuel Keller, Aachen

Nur zu!

termine

„Anatomie einer Wende“

Köln. Eine Tagung des Sozialistischen Büros. Schwerpunkte: Die Entwicklung der Gewerkschaftspolitik und ihr Verhältnis zur Ökologie · Die Entwicklung der Sparpolitik und die Krise des Sozialstaates · Die Entwicklung des Sicherheitsstaates. Mit prominenten Referenten von SB, AL und Grünen
17. Juni, 10.30 Uhr in der ESG, Bachemer Straße, 5000 Köln

Jour fixe in Westberlin

Thema: Rudolf Bahro, Bedingungen einer sozialistischen Perspektive am Ende des 20. Jahrhunderts (s. *Kommune* 5/1983)

Freitag, 24. Juni, 19.30 Uhr, Oranienstraße 159

„Erfahrungen im Aufbau des Sozialismus“

Frankfurt, Wochenendseminar. 25./26. Juni, Beginn: Samstag, 14.00 Uhr, Mainzer Landstraße 147

Kapitalschulungen in Frankfurt

Band I: 13.8.1983, 14 Uhr – 21.8.1983

Band II/III: 6.8.1983, 14 Uhr – 18.8.1983

Für die Schulungen des Bandes I sind keine Vorkenntnisse erforderlich, an der Schulung der Bände II und III können alle Interessierten teilnehmen, die sich schon einmal mit Band I beschäftigt haben. Der Text wird jeweils abschnittsweise gelesen und diskutiert. Die Schulungen sollen jeden Tag von ca. 9 bis 19 Uhr stattfinden. Die Kosten betragen ca. 10 DM pro Tag für Verpflegung. Für die Übernachtung wird Unterbringung in Privatwohnungen angestrebt. Interessent/inn/en sollen sich umgehend anmelden, weil wir die Teilnehmerzahl wissen müssen! Die Durchführung der Schulung zu Band I hängt noch von weiteren Anmeldungen ab. Wer sich angemeldet hat, erhält Anfang Juli von uns Bescheid. Tel.: 0611/730231 bei Jürgen Schwemann oder schriftlich an KBW, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Elisabeth Weber

**Die
OPPOSITION
gegen die
BLOCKBINDUNG
DEUTSCHLANDS
1945-1955**

Die Broschüre beschäftigt sich mit den Personen und Gruppen, die zwischen 1945 und 1955 gegen die Eingliederung der beiden Teile Deutschlands in die von den USA und der Sowjetunion geführten Blöcke gekämpft haben. Sie fragt nach den Ansichten und dem Schicksal dieser Gruppen und versucht die Frage nach ihrem Scheitern zu beantworten.

Für die gegenwärtige Diskussion innerhalb der Friedensbewegung ist eine solche Untersuchung wichtig: Es geht um Traditionen und Erfahrungen, an die trotz veränderter politischer Bedingungen z.T. angeknüpft, aus denen auf jeden Fall gelernt werden kann.



Wichtig für die Diskussion in der Friedensbewegung!

Elisabeth Weber

Die Opposition gegen die Blockbindung Deutschlands 1945-55

Sendler Broschur, 48 Seiten, 5,00 DM

Aus dem Inhalt:

Von der Kapitulation Deutschlands bis zum Beginn des Kalten Krieges

Positionen der Blockfreiheit in der SBZ

Die Opposition gegen die Westintegration der Bundesrepublik: pazifistische Strömungen, protestantische Kreise, neutralistische Zirkel, KPD, SPD, Gesamtdeutsche Volkspartei, Paulskirchenbewegung

Der Weg der verschiedenen Kräfte nach 1955

Einige Schlußthesen zur Bedeutung der damaligen Opposition für die heutige Friedensbewegung

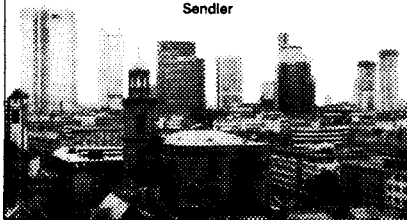
Der Text entstand im Rahmen eines Arbeitskreises über die Blockbildung in Europa und die Alternativen dazu, den die Russell-Friedensgruppe in Köln zur inhaltlichen Fundierung ihrer Arbeit durchführte.

Michael Gerhards

**Industriebeziehungen
der westdeutschen**

BANKEN

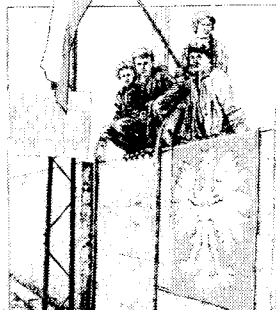
Sendler



270 Seiten, 24,00 DM

Gerd Koenen, Krisztina Koenen, Hermann Kuhn
**Freiheit, Unabhängigkeit
und Brot**

Zur Geschichte
und den Kampfzielen
der Arbeiterbewegung
in Polen



Sendler

326 Seiten, 12,00 DM

Christine Wittrock

**Weiblichkeits
Mythen**

Das Frauenbild im Faschismus
und seine Wirkung auf die
Frauenbewegung der 1930er Jahre



340 Seiten, 22,00 DM



Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur.

Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben . . . Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen anderen Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.

Friedrich Engels, Dialektik der Natur